

Mittelstands- bericht 2012

Bericht über die Situation
der kleinen und mittleren
Unternehmungen der
gewerblichen Wirtschaft



IMPRESSUM

Herausgeber: Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend
Stubenring 1, 1011 Wien

Für den Inhalt verantwortlich: Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend

Inhalt

Vorwort	1
Zusammenfassung	3
1 Bedeutung der KMU und des Unternehmertums	8
1.1 Unternehmensstruktur	8
1.1.1 Aktuelle Situation in Österreich	9
1.1.2 Österreich im EU-Vergleich.....	19
1.2 Beschäftigung	23
1.2.1 Aktuelle Situation in Österreich.....	23
1.2.2 Österreich im EU-Vergleich.....	32
1.3 Output.....	34
1.3.1 Umsatzerlöse	34
1.3.2 Bruttowertschöpfung	39
1.4 Exkurs: Abschätzung für 2011	44
1.5 Betriebswirtschaftliche Situation	45
1.5.1 Entwicklung der KMU.....	45
1.5.2 Entwicklung der EPU	50
2 Heterogenität österreichischer KMU	53
2.1 Ein-Personen-Unternehmen in Österreich.....	53
2.2 Unternehmerinnen	65
2.3 Familienunternehmen	70
2.4 Österreichs Kreativwirtschaft	74
3 Aktuelle wirtschaftliche Lage	81
3.1 Wirtschaftliche Entwicklung 2011.....	81
3.1.1 Gesamtwirtschaft.....	81
3.1.2 Sektorale Entwicklung	86
3.2 Wirtschaftliche Entwicklung und Prognosen	102

3.2.1	Gesamtwirtschaft.....	102
3.2.2	Sektoren.....	108
4	Auswirkungen und Bewältigung der Schuldenkrise.....	120
4.1	Finanz- und Staatsschuldenkrise	120
4.2	Basel III	125
4.3	Unternehmensfinanzierung & Kreditvergabe.....	127
4.4	Maßnahmen auf europäischer und internationaler Ebene	133
5	Maßnahmen zur Förderung der KMU	136
5.1	Unternehmerische Initiative	136
5.1.1	Österreich im europäischen Vergleich.....	137
5.1.2	Aktuelle Situation.....	137
5.1.3	Herausforderungen und Ausblick	145
5.2	Zweite Chance nach Insolvenz	148
5.2.1	Österreich im europäischen Vergleich.....	148
5.2.2	Aktuelle Situation.....	148
5.2.3	Herausforderungen und Ausblick	151
5.3	Prinzip „Vorfahrt für KMU“	151
5.3.1	Österreich im europäischen Vergleich.....	151
5.3.2	Aktuelle Situation.....	152
5.3.3	Herausforderungen und Ausblick	154
5.4	Öffentliche Verwaltung	155
5.4.1	Österreich im europäischen Vergleich.....	155
5.4.2	Aktuelle Situation.....	156
5.4.3	Herausforderungen und Ausblick	157
5.5	Politische Instrumente – KMU gerecht	159
5.5.1	Österreich im europäischen Vergleich.....	159
5.5.2	Aktuelle Situation.....	160
5.5.3	Herausforderungen und Ausblick	162

5.6	Finanzierung.....	163
5.6.1	Österreich im europäischen Vergleich	163
5.6.2	Aktuelle Situation	163
5.6.3	Herausforderungen und Ausblick.....	171
5.7	Binnenmarkt.....	175
5.7.1	Österreich im europäischen Vergleich	175
5.7.2	Aktuelle Situation	176
5.7.3	Herausforderungen und Ausblick.....	177
5.8	Weiterqualifizierung und Innovation.....	178
5.8.1	Österreich im europäischen Vergleich	178
5.8.2	Aktuelle Situation	178
5.8.3	Herausforderungen und Ausblick.....	186
5.9	Nachhaltigkeit, Umwelt und Energie.....	188
5.9.1	Österreich im europäischen Vergleich	188
5.9.2	Aktuelle Situation	188
5.9.3	Herausforderungen und Ausblick.....	190
5.10	Internationalisierung.....	190
5.10.1	Österreich im europäischen Vergleich	191
5.10.2	Aktuelle Situation	191
5.10.3	Herausforderungen und Ausblick.....	192
6	Schlussfolgerungen und Empfehlungen	194
7	Anhang.....	197
7.1	Nationale statistische Daten.....	197
7.1.1	Unternehmen und Beschäftigte in der gewerblichen Wirtschaft	197
7.1.2	Struktur nach Größenklassen.....	198
7.1.3	Sektorale Struktur nach Größenklassen.....	199
7.1.4	Gründungsgeschehen	206
7.1.5	Lehrlinge	208

7.2	Definitionen.....	209
7.3	Small Business Act	219
7.4	Übersicht der erfassten Maßnahmen	222
7.5	Quellen- und Datenquellenverzeichnis	225
7.6	Abkürzungsverzeichnis.....	227



Vorwort

Starker Mittelstand, gute Zukunft

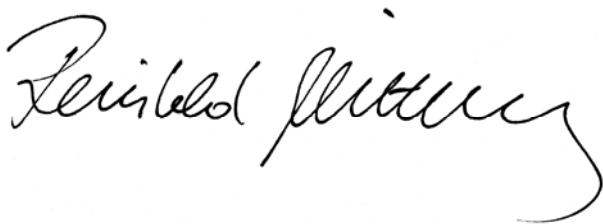
Trotz eines schwierigen internationalen Umfelds ist Österreichs Wirtschaft auf dem richtigen Weg. Dank guter Rahmenbedingungen und starker Unternehmen wachsen wir 2012 schon das elfte Jahr in Folge schneller als die Eurozone und liegen auch bei der Beschäftigung an der Europaspitze. Einen entscheidenden Beitrag dazu leisten die mehr als 300.000 heimischen Klein- und Mittelbetriebe. Als Herzstück und Rückgrat unserer Wirtschaft schaffen sie solide Werte, sind krisenresistent und entwickeln laufend Innovationen, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.

Eine aktuelle Studie der KMU Forschung Austria belegt, dass der Mittelstand Österreichs wichtigster Beschäftigungsmotor ist. Zwei von drei Jobs werden von KMU geschaffen, die für insgesamt rund 1,8 Millionen Menschen Beschäftigung bieten. Aufgrund ihrer Bedeutung werden diese Unternehmen auch vom Wirtschaftsministerium stärker denn je unterstützt, um auf allen Ebenen Innovationspotenziale zu heben, Investitionen zu unterstützen und die Internationalisierung zu fördern. Daher sind bei der Austria Wirtschaftsservice (aws) zinsgünstige erp-Kredite, Zuschüsse und Haftungen mit einem Volumen von rund einer Milliarde Euro abrufbar. Dazu kommen die Angebote der Forschungsförderungsgesellschaft (FFG), die zum Beispiel maßgeschneiderte Innovationsschecks anbietet. Mit Blick auf den demographischen Wandel und den Fachkräftebedarf unterstützen wir zudem die Lehrlingsausbildung inklusive der Mittel des Arbeitsmarktservice mit jährlich mehr als 300 Millionen Euro.

Umfangreiche Förderangebote gibt es auch für exportorientierte Betriebe, die im Ausland eine wichtige Visitenkarte für den Standort Österreich sind. Unsere Internationalisierungsoffensive haben wir daher bis 2013 verlängert und mit 35 Millionen Euro dotiert, um noch mehr Unternehmen zum Schritt in neue Wachstumsmärkte zu motivieren. Ziel dieser Diversifikation ist es, die Abhängigkeit von Europa zu reduzieren und neue Märkte mit neuen Produkten und Dienstleistungen zu erschließen. Damit verringern wir zudem unser Risiko, wenn es in einzelnen Regionen zu Konjunkturunbrüchen kommt.

Die unternehmerische Initiative wird durch gezielte Förderungen im Vorfeld der Gründung und im Laufe des gesamten Unternehmenslebenszyklus forciert. Um die innovativen Tempomacher der Wirtschaft noch stärker zu unterstützen, stellen wir 2013 zwei neue Jungunternehmerfonds auf, die langfristig mit 110 Millionen Euro dotiert sein sollen. Denn wenn nach dem Startschuss Kapital und Kontakte fehlen, bleiben viele potenziell erfolgreiche Unternehmen auf halber Strecke stecken. Genau das wollen wir künftig verhindern, weil Menschen mit Mut, Innovationskraft und Unternehmergeist der Schlüssel für eine erfolgreiche Zukunft Österreichs sind.

Der vorliegende Mittelstandsbericht bezieht erneut die europäische Perspektive mit ein, wobei die zehn Grundsätze des „Small Business Act“ als Leitprinzip berücksichtigt werden. Der umfangreiche Vergleich zeigt, dass das Motto "Vorfahrt für KMU" in Österreich deutlich stärker gelebt wird als in vielen anderen Ländern Europas.



Dr. Reinhold Mitterlehner,
Bundesminister für Wirtschaft, Familie und Jugend

Zusammenfassung

Die österreichische Wirtschaft wird von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) getragen, welche nicht nur 99,7 % der Betriebe darstellen, sondern auch für den Großteil der Umsätze, Wertschöpfung und Beschäftigung (je ca. 60 %) in unserem Land verantwortlich sind.

Der vorliegende Bericht liefert eine umfassende strukturelle und betriebswirtschaftliche Darstellung der Entwicklung der österreichischen KMU, analysiert die konjunkturellen Entwicklungen in Österreich und Europa und zeigt auch die Vielfalt der KMU anhand eigener Kapitel zu Ein-Personen-Unternehmen (EPU), Familienunternehmen, von Frauen geführte Unternehmen und der Kreativwirtschaft auf. Ein umfassender Teil dieses Berichts, gegliedert nach den Grundsätzen des Small Business Acts (SBA), widmet sich den Maßnahmen, die auf österreichischer und europäischer Ebene zum Zweck der Unterstützung und Förderung der KMU umgesetzt wurden.

Rund 307.700 bzw. 99,7 % der Unternehmen zählten im Jahr 2010 zu den KMU. Diese Unternehmen beschäftigten mehr als zwei Drittel der unselbstständig Erwerbstätigen und erwirtschafteten 63 % der Umsatzerlöse (€ 398 Mrd.) und rund 58 % Bruttowertschöpfung (€ 99 Mrd.). Im Vergleich zum Jahr 2008 waren 2010 um 2,7 % mehr KMU am Markt tätig.

Dieser Zuwachs war vor allem auf die hohe Gründungsrate bei den EPU zurückzuführen. Für das Jahr 2011 wird gegenüber 2010 mit einer weiteren Zunahme an Unternehmen gerechnet (+1 %).

Ein EU-Vergleich zeigt, dass der Anteil der KMU an den Unternehmen in Österreich in etwa dem Durchschnitt der EU-27 (99,8 %) entsprach. Während in Österreich ein etwas geringerer Anteil an unselbstständig Erwerbstätigen in KMU beschäftigt war als in den meisten EU-Ländern, erwirtschafteten die österreichischen KMU einen höheren Anteil an Umsatzerlösen und Bruttowertschöpfung als der Durchschnitt der KMU in den EU-27.

Der Anteil der neu gegründeten Unternehmen an den gesamten aktiven Unternehmen (Neugründungsquote) lag 2010 bei 6,5 %, die Schließungsquote bei 5,9 %. Im EU-Vergleich wies Österreich eine niedrigere Neugründungsrate, jedoch auch eine geringere Schließungsquote und höhere Überlebensraten auf als die meisten anderen EU-Staaten.

Die Umsatzerlöse der heimischen KMU waren im Jahr 2010 gegenüber 2008 rückläufig (-1,8 %), was vor allem auf die unterdurchschnittliche Entwicklung der Mittelbetriebe (50 – 249 Mitarbeiter) zurückzuführen ist, welche für über ein Fünftel der Erlöse der KMU verantwortlich sind. Für das Jahr 2011 wird gegenüber 2010 mit einem Anstieg der Umsatzerlöse um rund 5 % gerechnet. Der Handel erwirtschaftet als umsatzstärkster Bereich über zwei Fünftel der gesamten Erlöse.

KMU sind die größten Lehrlingsausbildner innerhalb der österreichischen marktorientierten Wirtschaft: sieben von zehn Lehrlingen werden in Klein- und Mittelbetrieben ausgebildet. Im Jahr 2010 stellten österreichische KMU rund 73.100 Lehrplätze bereit, die meisten davon im Bau und im Handel.

Eine Analyse der betriebswirtschaftlichen Situation der KMU zeigt, dass die Unternehmen hinsichtlich der wichtigsten Ertrags- und Rentabilitätskennzahlen sowie bei Indikatoren zu Finanzierung und Liquidität eine gute Performance erzielen. Beispielsweise lag das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Prozent der Betriebsleistung im Bilanzjahr 2010/11 bei 3,1 %, wobei die Kleinstbetriebe eine höhere Umsatzrentabilität erzielen konnten (3,4 %) als die Klein- und Mittelbetriebe (3,1 %). Gegenüber dem Bilanzjahr 2008/09 hat sich die Ertragssituation in allen Größenklassen im Durchschnitt verbessert.

Eine positive Entwicklung konnte in den vergangenen Jahren auch bei der durchschnittlichen Eigenkapitalquote beobachtet werden. Diese steigt mit zunehmender Betriebsgröße und betrug im Bilanzjahr 2010/11 im KMU-Durchschnitt 28,5 %, was einem Anstieg von 3,5 %-Punkten gegenüber 2008/09 entspricht.

Die gesamtwirtschaftliche Konjunkturlage in Österreich konnte sich nach konjunkturellen Einbrüchen im Jahr 2009 wieder weitgehend erholen. Während das BIP im Jahr 2009 schrumpfte (-3,8 %) war in den Jahren 2010 (+2,1 %) und 2011 (+2,7 %) eine dynamische Entwicklung zu verzeichnen. Im EU-Vergleich lag das österreichische BIP-Wachstum 2011 über jenem der meisten EU-Staaten (Durchschnitt EU-27: 1,5 %).

Die Entwicklung der Hauptkonjunkturindikatoren macht deutlich, dass insbesondere der Außenhandel und die Bruttoanlageinvestitionen von stärkeren Schwankungen betroffen waren, während sich die privaten Konsumausgaben relativ stabil entwickelten. Die rezenten Zahlen zeigen, dass nach realen Zuwachsraten im ersten Quartal 2012 eine Verschlechterung der gesamtwirt-

schaftlichen Situation im zweiten Quartal eintrat. BIP, Exporte, Importe und Konsumausgaben stagnierten real, während die Bruttoinvestitionen um 0,6 % zurückgingen.

Am Arbeitsmarkt stieg die Zahl der unselbstständig Beschäftigten 2010 und 2011 nach einem Rückgang im Jahr 2009 wieder an, was sich auch am Rückgang der Arbeitslosenquote (2011: 6,7 %) äußerte. Zuletzt stieg die Arbeitslosenquote (Juni 2011: 5,7 %; Juni 2012: 5,9 %) jedoch wieder an.

Die drei großen Bereiche der marktorientierten Wirtschaft Österreichs (Produktion, Handel und sonstige Dienstleistungen) konnten sich 2011 sowie im ersten Halbjahr 2012 hinsichtlich Beschäftigten- und Umsatzzahlen positiv entwickeln.

Die aktuelle Prognose des WIFO für 2012 und 2013 zeigt, dass Österreich in diesen Jahren mit einem realen BIP-Wachstum von +0,6 % bzw. + 1 % rechnen kann und somit weiterhin Stütze für die Konjunktur in der Eurozone ist. Während Exporte und Importe im Jahr 2012 verhalten wachsen bzw. stagnieren, können diese im Jahr 2013 wieder anziehen. Bruttoanlageinvestitionen und private Konsumausgaben werden in den Jahren 2012 und 2013 voraussichtlich leicht wachsen. Die Zahl der unselbstständig Beschäftigten steigt in den Jahren 2012 (+1,5 %) und 2013 (+0,5 %). Auf Grund des höheren Arbeitskräfteangebotes wird dennoch mit einem Anstieg der Arbeitslosenquote auf 7,0 % im Jahr 2012 und 7,4 % im Jahr 2013 gerechnet.

Das unternehmerische Umfeld der KMU ist durch zunehmende Globalisierung und europäische Integration von Entwicklungen auf internationaler und europäischer Ebene beeinflusst. Die Bewältigung der Finanz- und Staatsschuldenkrise ist vor diesem Hintergrund von Bedeutung. Verschiedene Studien zeigen, dass es durch das Instrument zur Stabilisierung der Finanzmärkte - Basel III - in Folge von erhöhten Eigenkapitalanforderungen an Kreditinstitute, zu Engpässen in der Unternehmensfinanzierung kommen könnte. Angesichts dieser Herausforderungen gewinnt die konsequente Umsetzung der Grundsätze des SBA und die zielorientierte Nutzung der einschlägigen EU-Programme an Bedeutung.

Besonders erfolgreich ist Österreich bei der Umsetzung des Grundsatzes „Vorfahrt für KMU“. Bei allen drei Indikatoren, die den Fortschritt der EU-27 im Bereich dieses Grundsatzes messen, liegt Österreich über dem europäischen Mittelwert. Eine vielversprechende Maßnahme zur Unterstützung der Wirtschaft und zur Stärkung des Standortes ist das von der Bundesregierung

beschlossene Entbürokratisierungsprogramm mit insgesamt 173 Vereinfachungsmaßnahmen für die Unternehmen Österreichs. Bis Ende 2012 werden diese um mehr als € 1 Mrd. entlastet. Zu den wichtigsten Einzelmaßnahmen zählen die Einführung der E-Rechnung (Gleichstellung der elektronischen Rechnung mit der Papierrechnung), das Unternehmensserviceportal (USP) und die Einrichtung des Gewerberegisters NEU.

Aber auch bei der Umsetzung des Grundsatzes „KMU gerechte politische Instrumente“, der darauf abzielt, die Teilnahme von KMU an öffentlichen Ausschreibungen zu erleichtern und staatliche Beihilfen zur Förderung von KMU zur Verfügung zu stellen, liegt Österreich bei allen vier Indikatoren über dem Mittelwert der EU-27. Besonders erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang, dass die Novelle des Bundesvergabegesetzes (BGBl. I Nr. 15/2010) im Jahr 2010 zur Erleichterung der Teilnahme von KMU an öffentlichen Vergabeverfahren beigetragen hat. Sie ermöglicht den Unternehmen anstatt des bisher notwendigen Nachweises über die geforderten Eignungskriterien ihre Eignung durch die bloße Vorlage einer „Eigenerklärung“ zu belegen. Im Zuge einer weiteren Novelle des Bundesvergabegesetzes im Jahr 2012 wurden die Schwellenwerte für größere Aufträge, bei denen Nachweise zwingend vorzulegen sind, erhöht.

Der Grundsatz „Qualifikation und Innovation“ zielt darauf ab, KMU zu ermutigen, in Forschung zu investieren und sich an F&E-Förderprogrammen zu beteiligen. Darüber hinaus soll geistiges Eigentum stärker vermarktet werden. Besonders gut schneidet Österreich im europäischen Vergleich bei diesem Grundsatz bei den beiden Bildungsindikatoren (Anteil der Ausbildungsunternehmen und Anteil der Beschäftigten, die Aus- und Weiterbildungsangebote annehmen) ab. Das 2011 entwickelte „KMU-Paket“ bündelt die speziellen Angebote der FFG für kleine und mittlere Unternehmen. Es umfasst neben dem Innovationsscheck (€ 5.000 für die Leistung eines externen Forschungspartners) drei weitere Säulen: Das neue Förderprogramm „Projektstart“, das die Vorbereitung von Forschungsprojekten unterstützt, das Programm „Feasibility Studies“ (Machbarkeitsstudien) und die Förderung einer externen Managementunterstützung („Forschungscoach“) für Projekte.

Umweltprobleme in Geschäftschancen für KMU umzuwandeln, ist das Ziel des den Umweltschutz (Nachhaltigkeit, Umwelt und Energie) betreffenden Grundsatzes, der für Österreich ausschließlich anhand des Indikators „ökologisch nachhaltige Innovationen“ gemessen werden kann; Österreich schneidet da-

bei überdurchschnittlich gut ab. Besonders hervorzuheben ist die Fortführung der erfolgreichen Förderaktion zur thermischen Sanierung. Auch 2011 standen für diese Aktion € 100 Mio. zur Verfügung, und zwar € 70 Mio. für den privaten Wohnbau und € 30 Mio. für Betriebsgebäude.

KMU zu ermutigen, vom Wachstum der Märkte außerhalb der EU zu profitieren, ist das Ziel des Grundsatzes „Internationalisierung“. Österreich liegt im EU-27-Vergleich bei diesem Grundsatz leicht über dem Durchschnitt, wobei der Anteil der KMU, der in Nicht-EU-Länder exportiert, mit 5,5 % deutlich über dem EU-Durchschnitt von 3,9 % liegt. Eine wesentliche Maßnahme ist die im Regierungsprogramm festgeschriebene Internationalisierungsoffensive (IO), welche österreichische Exporteure und Investoren dabei unterstützt, auch unter schwierigen internationalen Wettbewerbsbedingungen erfolgreich zu sein. Für die aktuelle Periode 2011/2012 ist dafür ein Budget in Höhe von € 39 Mio. vorgesehen.

1 Bedeutung der KMU und des Unternehmertums

1.1 Unternehmensstruktur

Im Jahr 2010 gab es in der marktorientierten Wirtschaft¹ in Österreich rund 307.700 kleine und mittlere Unternehmen² (KMU)³. In diesen waren etwa 1,8 Mio. Beschäftigte⁴ tätig. Die KMU erzielten Nettoumsätze⁵ von insgesamt etwa € 398 Mrd. und eine Bruttowertschöpfung⁶ von rund € 99 Mrd.

Bei 99,7 % der österreichischen Unternehmen handelte es sich im Jahr 2010 um KMU. Diese beschäftigten rund zwei Drittel aller Erwerbstätigen und erwirtschafteten rund 63 % aller Umsatzerlöse sowie rund 58 % der Bruttowertschöpfung der marktorientierten Wirtschaft.

Gegenüber dem Jahr 2008 – das ist das Referenzjahr des letzten Mittelstandsberichts – stieg die Anzahl der KMU um rund 3 %. Bei den Beschäftigten kam es ebenfalls zu einem leichten Anstieg um 0,3 %. Die Umsätze (-1,8 %) und die Bruttowertschöpfung (-0,3 %) sanken im Betrachtungszeitraum.

Tabelle 1 Überblick über die KMU in der marktorientierten Wirtschaft¹, 2010			
	Absolut	Anteil KMU in %	Veränderung zu 2008 in %
Unternehmen	307.667	99,7	2,7
Beschäftigte	1.795.561	66,9	0,3
Umsatzerlöse in € Mio. (netto)	397.892	62,6	-1,8
Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten in € Mio.	98.524	58,0	-0,3

¹ ohne Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer: Abschnitte B bis N und S95 der ÖNACE 2008)
 Gliederung nach ÖNACE 2008 (= NACE Rev. 2)
 Quelle: Statistik Austria

¹ Hochzahlen im Text verweisen auf im Anhang unter Kapitel 7.2 angeführte Begriffsdefinitionen (z. B. wird unter Punkt 1 „marktorientierte Wirtschaft“ erklärt). In Grafiken und Tabellen wird mit Hochzahlen auf unmittelbar nachstehende Anmerkungen bzw. Erklärungen verwiesen.

Im Folgenden wird die Unternehmensstruktur von KMU sowie deren Beschäftigung und Output (Umsatzerlöse, Bruttowertschöpfung) genauer dargestellt. Zum Abschluss des Kapitels folgt eine Übersicht zur betriebswirtschaftlichen Situation der österreichischen KMU.

1.1.1 Aktuelle Situation in Österreich

Gegenüber dem Jahr 2008 stieg die Anzahl der KMU in Österreich um 2,7 % auf rund 307.700 Betriebe im Jahr 2010. Eine Unterteilung nach Größenklassen zeigt, dass etwa 87 % aller Unternehmen den Kleinst- (0 bis 9 Beschäftigte)⁷, knapp 11 % den Klein- (10 bis 49 Beschäftigte) und 2 % den Mittelunternehmen (50 bis 249 Beschäftigte) zuzuordnen waren. Bei mehr als einem Drittel der gesamten Betriebe handelte es sich um Ein-Personen-Unternehmen⁸ (EPU), also um Unternehmen mit einem einzigen Beschäftigten. Insgesamt waren im Jahr 2010 99,7 % der österreichischen Unternehmen den KMU zuzurechnen.

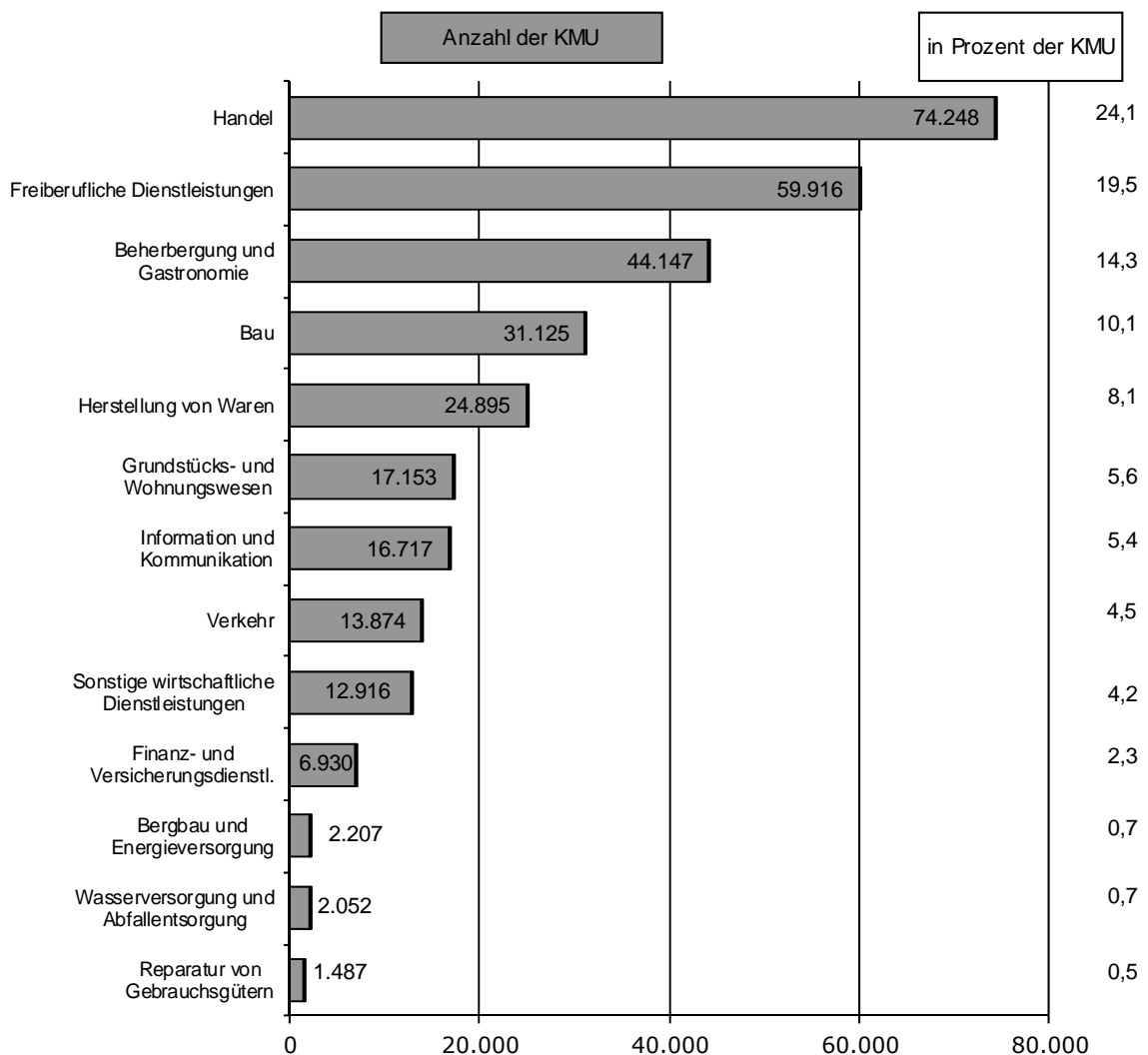
Die Zuwachsrate der KMU von 2,7 % gegenüber 2008 war vor allem auf die Zunahmen bei den EPU (+ 6 %) zurückzuführen.

Tabelle 2 Anzahl der Unternehmen in der marktorientierten Wirtschaft¹ nach Beschäftigten-Größenklassen, 2010			
	Absolut	Anteil an allen Unternehmen in %	Veränderung zu 2008 in %
0 bis 9 Beschäftigte	269.899	87,4	3,0
<i>davon 1 Beschäftigter</i>	<i>112.532</i>	<i>36,4</i>	<i>6,0</i>
10 bis 49 Beschäftigte	32.683	10,6	1,0
50 bis 249 Beschäftigte	5.085	1,6	-2,1
KMU insgesamt	307.667	99,7	2,7
250 und mehr Beschäftigte	1.068	0,3	-4,6
Gesamte marktorientierte Wirtschaft	308.735	100,0	2,7

¹ ohne Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer: Abschnitte B bis N und S95 der ÖNACE 2008)
Gliederung nach ÖNACE 2008 (= NACE Rev. 2)
Quelle: Statistik Austria

Etwas mehr als 74.000 KMU waren im Jahr 2010 dem Handel zuzurechnen. Diese Anzahl entsprach rund einem Viertel aller Kleinst-, Klein- und Mittelbetriebe der marktorientierten Wirtschaft Österreichs. Somit stellte der Handel den größten Wirtschaftsbereich gemessen an der Unternehmenszahl dar. Im Sektoren-Ranking folgten die freiberuflichen Dienstleistungen (etwa 60.000 oder knapp 20 % aller KMU), die Beherbergungs- und Gastronomiebetriebe (rund 44.000 KMU oder 14 %) und das Bauwesen (etwa 31.000 KMU oder 10 %).

Grafik 1 Anzahl der KMU in der marktorientierten Wirtschaft¹ nach Sektoren sowie deren Anteil in Prozent, 2010



Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen

¹ ohne Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer: Abschnitte B bis N und S95 der ÖNACE 2008)

Gliederung nach ÖNACE 2008 (= NACE Rev. 2)

Quelle:

Statistik

Austria

In allen Sektoren der marktorientierten Wirtschaft stellten im Jahr 2010 die KMU zumindest 98 % der Unternehmen. Hervorzuheben ist, dass die Kleinstbetriebe (0 bis 9 Beschäftigte) in allen Wirtschaftsbereichen den überwiegenden Anteil der Unternehmen ausmachten. Besonders hoch war der Anteil der Kleinstbetriebe in den Sektoren Information und Kommunikation, freiberufliche Dienstleistungen und Grundstücks- und Wohnungswesen. Klein- und Mittelunternehmen (10 bis 249 Beschäftigte) waren anteilmäßig in den Bereichen Herstellung von Waren, Bau und Verkehr am stärksten vertreten.

Tabelle 3 Aufgliederung der Unternehmen in der marktorientierten Wirtschaft¹ nach Beschäftigten-Größenklassen und nach Sektoren in Prozent per 31. 12. 2010						
	0 bis 9 Beschäftigte	davon 1 Beschäftigter	10 bis 49 Beschäftigte	50 bis 249 Beschäftigte	KMU insgesamt	250 und mehr Beschäftigte
Herstellung von Waren	72,2	25,2	20,4	5,6	98,2	1,8
Wasserversorgung und Abfallentsorgung	86,3	17,4	11,7	1,7	99,6	0,4
Bau	81,2	28,3	16,7	1,9	99,8	0,2
Handel	87,6	35,8	10,9	1,3	99,7	0,3
Verkehr	81,4	29,8	15,9	2,3	99,5	0,5
Beherbergung und Gastronomie	87,8	19,0	11,1	1,0	99,9	0,1
Information und Kommunikation	93,3	58,5	5,5	1,0	99,8	0,2
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	87,0	37,6	8,6	3,5	99,1	0,9
Grundstücks- und Wohnungswesen	97,0	39,7	2,5	0,5	99,9	0,1
Freiberufliche Dienstleistungen	94,2	53,2	5,3	0,5	100,0	0,0
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	84,0	37,7	11,7	3,6	99,2	0,8
Gesamte markt-orientierte Wirtschaft	87,4	36,4	10,6	1,6	99,7	0,3
Anmerkungen: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen auf Grund von Geheimhaltung ohne Bergbau, Energieversorgung und Reparatur von Gebrauchsgütern ¹ ohne Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer: Abschnitte B bis N und S95 der ÖNACE 2008) Gliederung nach ÖNACE 2008 (= NACE Rev. 2) Quelle: Statistik Austria						

Neugründungen

Im Jahr 2010 wurden in der marktorientierten Wirtschaft in Österreich rund 22.000 Unternehmen neu gegründet⁹. Etwa die Hälfte davon waren Unternehmen ohne (dauerhaft) unselbstständig Beschäftigte. Rund 42 % der Neugründungen entfielen auf Unternehmen mit 1 bis 4 Arbeitnehmern.

Im Vergleich zu 2008 ist die Anzahl der Neugründungen um etwa 3 % gesunken. Dies ist vor allem auf die EPU zurückzuführen. Bei den neu gegründeten Unternehmen mit 1 bis 4 unselbstständig Beschäftigten ist es hingegen zu einem Anstieg von fast 12 % gekommen.

Die Neugründungsquote betrug im Jahr 2010 in der marktorientierten Wirtschaft 6,5 %. Am höchsten war diese bei EPU, am geringsten bei Unternehmen mit 10 und mehr Mitarbeitern.

Tabelle 4 Anzahl der Neugründungen sowie Neugründungsquote¹ in der marktorientierten Wirtschaft² nach Beschäftigten-Größenklassen, 2010				
	2010	Anteil 2010 in %	VÄ 2008/10 in %	Neugrün- dungsquote 2010 in %
0 unselbstständig Beschäftigte	11.055	50,2	-12,7	8,8
1-4 unselbstständig Beschäftigte	9.234	41,9	11,9	6,7
5-9 unselbstständig Beschäftigte	1.222	5,5	1,8	3,4
10 und mehr unselbstständig Beschäftigte	517	2,3	-17,7	1,4
Gesamte marktorientierte Wirtschaft	22.028	100,0	-3,2	6,5

Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen
¹ Neugründungen in Prozent der aktiven Unternehmen
² ohne Land- und Forstwirtschaft, persönliche Dienstleistungen und Beteiligungsgesellschaften (genauer: Abschnitte B bis N ohne Gruppe 64.2 der ÖNACE 2008)
 Gliederung nach ÖNACE 2008 (= NACE Rev. 2)
 Quelle: Statistik Austria, revidierte Daten

Mehr als 90 % der im Jahr 2004 neu gegründeten Unternehmen in der marktorientierten Wirtschaft waren ein Jahr danach noch aktiv am Markt tätig. Zwei Jahre nach der Gründung lag die Überlebensquote bei mehr als 80 %, drei Jahre danach bei etwa 74 %. Nach vier Jahren bestanden noch rund 71 % der 2004 gegründeten Unternehmen. Nach fünf Jahren betrug die Überlebensrate rund 66 %, nach sechs Jahren rund 63 %.

Eine Betrachtung der Überlebensquoten nach Beschäftigten-Größenklassen zeigt den höchsten Wert bei den Unternehmen mit 10 und mehr Arbeitnehmer (rund 70 % nach 6 Jahren). Tendenziell steigt die Überlebensrate mit zunehmender Betriebsgröße. Eine Ausnahme bilden die EPU, welche eine höhere Überlebensquote aufweisen (rund 56 % nach 6 Jahren) als die Unternehmen mit 1 bis 4 unselbstständig Beschäftigten (rund 54 % nach 6 Jahren).

Tabelle 5 Überlebensquote von 2004 neu gegründeten Unternehmen in der marktorientierten Wirtschaft¹ nach Beschäftigten-Größenklassen						
	1 Jahr	2 Jahre	3 Jahre	4 Jahre	5 Jahre	6 Jahre
0 unselbstständig Beschäftigte	89,8	80,6	72,8	66,6	60,8	56,3
1-4 unselbstständig Beschäftigte	87,4	78,7	71,3	65,0	59,0	53,9
5-9 unselbstständig Beschäftigte	92,7	82,4	73,6	67,4	61,7	57,6
10 und mehr unselbstständig Beschäftigte	96,1	89,2	83,6	77,4	73,6	70,4
Gesamte marktorientierte Wirtschaft	90,9	80,5	74,4	70,5	66,3	63,2
¹ ohne Land- und Forstwirtschaft, persönliche Dienstleistungen und Beteiligungsgesellschaften (genauer: Abschnitte B bis N ohne Gruppe 64.2 der ÖNACE 2008) Gliederung nach ÖNACE 2008 (= NACE Rev. 2) Quelle: Statistik Austria, revidierte Daten						

Die meisten Neugründungen fanden im Jahr 2010 im Handel (22 %), im Bereich der freiberuflichen Dienstleistungen (20 %) und in der Beherbergung und Gastronomie (15 %) statt. Dies sind die Sektoren mit den meisten KMU in der marktorientierten Wirtschaft.

Die Neugründungsquote war bei den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (10,6 %) mit Abstand am höchsten. Am niedrigsten fiel diese im Bergbau (3,9 %) und der Herstellung von Waren (4,0 %) aus.

In der Energieversorgung, im Grundstücks- und Wohnungswesen, in der Herstellung von Waren sowie bei den Finanz- und Versicherungsdienstleistungen war die Überlebensquote der 2004 neu gegründeten Unternehmen vergleichsweise hoch. Mehr als 60 % dieser Unternehmen waren sechs Jahre danach noch aktiv am Markt tätig. Im Bergbau lag dieser Anteil demgegenüber bei weniger als 40 %.

Tabelle 6 Anzahl der Neugründungen, Neugründungsquote¹ sowie Überlebensquote von 2004 neu gegründeten Unternehmen in der marktorientierten Wirtschaft² nach Sektoren, 2010				
	Neugründungen	Anteil in %	Neugründungsquote in %	6-jährige Überlebensquote in %
Bergbau	15	0,1	3,9	38,5
Herstellung von Waren	1.135	5,2	4,0	66,1
Energieversorgung	112	0,5	5,8	69,5
Wasserversorgung und Abfallentsorgung	106	0,5	4,9	58,0
Bau	2.564	11,6	7,4	55,2
Handel	5.032	22,8	6,1	56,2
Verkehr	1.255	5,7	7,7	50,6
Beherbergung und Gastronomie	3.352	15,2	6,7	51,0
Information und Kommunikation	1.306	5,9	7,3	53,3
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	460	2,1	6,6	62,4
Grundstücks- und Wohnungswesen	714	3,2	7,6	68,6
Freiberufliche Dienstleistungen	4.447	20,2	6,2	59,6
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	1.530	6,9	10,6	49,2
Gesamte marktorientierte Wirtschaft	22.028	100,0	6,5	56,3
Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen				
¹ Neugründungen in Prozent der aktiven Unternehmen				
² ohne Land- und Forstwirtschaft, persönliche Dienstleistungen und Beteiligungsgesellschaften (genauer: Abschnitte B bis N ohne Gruppe 64.2 der ÖNACE 2008)				
Gliederung nach ÖNACE 2008 (= NACE Rev. 2)				
Quelle: Statistik Austria				

Schließungen

Im Jahr 2010 wurden in Österreich in der marktorientierten Wirtschaft rund 19.800 Unternehmen geschlossen¹⁰. Rund 63 % davon waren EPU. Bei einem weiteren Drittel handelte es sich um Unternehmen mit 1 bis 4 un-selbstständig Beschäftigten.

Gegenüber 2008 sind die Schließungen in allen Beschäftigten-Größenklassen zurückgegangen, wobei der Rückgang bei den EPU am geringsten und bei den Unternehmen mit 10 und mehr Arbeitnehmern am höchsten ausfiel. Insgesamt bedeutet dies, dass die Schließungen zwischen 2008 und 2010 um knapp 13 % gesunken sind.

Die Schließungsquote lag im Jahr 2010 bei 5,9 %. Diese war umso geringer je mehr Beschäftigte in einem Betrieb tätig waren: Einer Schließungsrate von 10 % bei Ein-Personen-Unternehmen stand eine von 0,6 % bei Betrieben mit 10 und mehr Mitarbeitern gegenüber.

Tabelle 7 Anzahl der Schließungen sowie Schließungsquote¹ in der marktorientierten Wirtschaft² nach Beschäftigten-Größenklassen, 2010				
	2010	Anteil 2010 in %	VÄ 2008/10 in %	Schließungs- quote 2010 in %
0 unselbstständig Beschäftigte	12.530	63,4	-7,0	10,0
1-4 unselbstständig Beschäftigte	6.481	32,8	-18,2	4,7
5-9 unselbstständig Beschäftigte	535	2,7	-34,1	1,5
10 und mehr unselbstständig Beschäftigte	208	1,1	-52,9	0,6
Gesamte marktorientierte Wirtschaft	19.754	100,0	-12,8	5,9

¹ Schließungen in Prozent der aktiven Unternehmen
² ohne Land- und Forstwirtschaft, persönliche Dienstleistungen und Beteiligungsgesellschaften (genauer: Abschnitte B bis N ohne Gruppe 64.2 der ÖNACE 2008)
 Gliederung nach ÖNACE 2008 (= NACE Rev. 2)
 Quelle: Statistik Austria, revidierte Daten

Nach Sektoren betrachtet waren die meisten Unternehmensschließungen im Jahr 2010 im Handel (24 %), bei den freiberuflichen Dienstleistungen (23 %) und in der Beherbergung und Gastronomie (15 %) zu finden. Dies sind jene drei Wirtschaftsbereiche, in denen es im Jahr 2010 innerhalb der marktorientierten Wirtschaft in Österreich sowohl die meisten KMU gab als auch die meisten Neugründungen stattfanden.

Die Schließungsquote war im Jahr 2010 im Bereich Information und Kommunikation (8,4 %) am höchsten und in der Energieversorgung (3,1 %) am niedrigsten.

Tabelle 8 Anzahl der Schließungen und Schließungsquote¹ in der marktorientierten Wirtschaft² nach Sektoren, 2010			
	Schließungen	Anteil in %	Schließungsquote in %
Bergbau	17	0,1	4,4
Herstellung von Waren	1.134	5,7	4,0
Energieversorgung	60	0,3	3,1
Wasserversorgung und Abfallentsorgung	81	0,4	3,8
Bau	1.795	9,1	5,2
Handel	4.650	23,5	5,6
Verkehr	1.090	5,5	6,7
Beherbergung und Gastronomie	2.932	14,8	5,8
Information und Kommunikation	1.501	7,6	8,4
Finanz- und Versicherungsleistungen	436	2,2	6,2
Grundstücks- und Wohnungswesen	462	2,3	4,9
Freiberufliche Dienstleistungen	4.556	23,1	6,4
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	1.040	5,3	7,2
Gesamte marktorientierte Wirtschaft	19.754	100,0	5,9
Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen ¹ Schließungen in Prozent der aktiven Unternehmen ² ohne Land- und Forstwirtschaft, persönliche Dienstleistungen und Beteiligungsgesellschaften (genauer: Abschnitte B bis N ohne Gruppe 64.2 der ÖNACE 2008) Gliederung nach ÖNACE 2008 (= NACE Rev. 2) Quelle: Statistik Austria			

Ein (geringer) Teil der Schließungen erfolgt durch die Insolvenz¹¹ eines Unternehmens, wobei eine Insolvenz nicht zwangsläufig zur Schließung des Unternehmens führen muss. Hierzu liegen Daten vom Kreditschutzverband von 1870 vor. Auf Grund von unterschiedlichen Methodiken sind diese nur bedingt mit jenen der Statistik Austria vergleichbar.

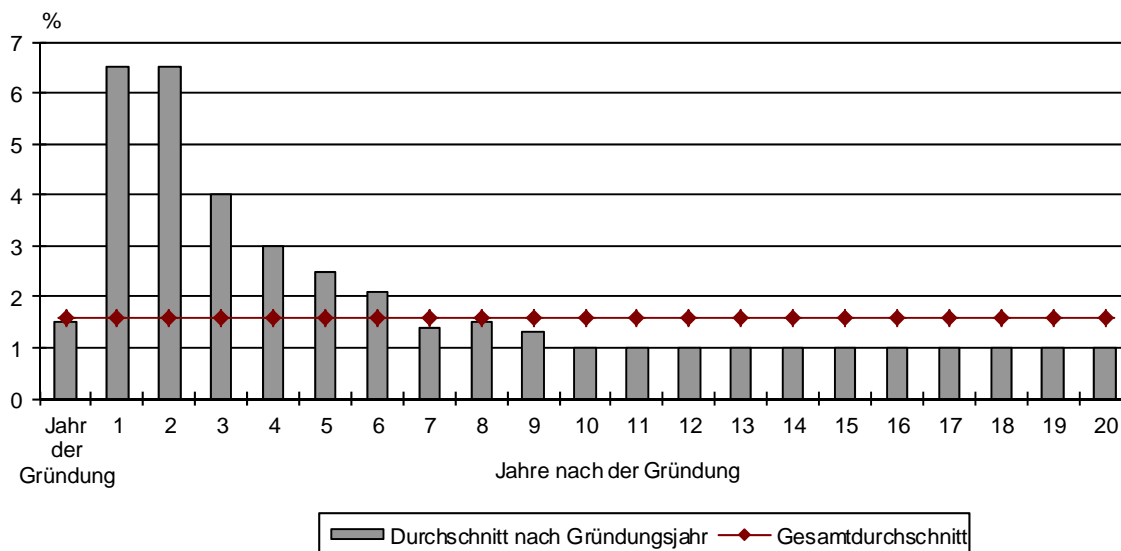
Im Jahr 2010 wurden in der marktorientierten Wirtschaft in Österreich etwa 5.500 Insolvenzen gezählt. Dies entspricht einem Rückgang um 1,1 % gegenüber 2008. 2011 ist die Anzahl der Insolvenzen gegenüber dem Vorjahr abermals um mehr als 7 % auf rund 5.100 gesunken, wovon rund 43 % mangels Masse abgewiesen worden sind. Im Jahresvergleich 2010/11 haben sowohl die eröffneten Insolvenzen als auch die mangels Masse abgewiesenen Konkursanträge abgenommen. Die Insolvenzquote ist ebenfalls leicht von 1,7 % im Jahr 2010 auf 1,6 % im Jahr 2011 zurückgegangen.

Tabelle 9 Anzahl der Insolvenzen und Insolvenzquote¹ in der markt-orientierten Wirtschaft², 2010 – 2011				
	2010	2011	VÄ 2008/10 in %	VÄ 2010/11 in %
eröffnete Insolvenzverfahren	3.112	2.896	-5,9	-6,9
abgewiesene Konkursanträge	2.382	2.190	5,2	-8,1
Gesamtinsolvenzen	5.494	5.086	-1,1	-7,4
Insolvenzquote	1,7	1,6	-	-

¹ Insolvenzen in Prozent der aktiven Unternehmen
² ohne Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer Abschnitte B bis N der ÖNACE 2008)
 Gliederung nach ÖNACE 2008 (=NACE Rev. 2)
 Quelle: Statistik Austria

Betrachtet man die Insolvenzquote nach Gründungsjahr, so zeigt sich im Jahr 2011 die größte Krisenanfälligkeit im ersten und zweiten Jahr nach der Gründung. In den folgenden Jahren ging die Insolvenzquote kontinuierlich zurück, lag aber bis zum sechsten Jahr nach der Gründung noch über dem Gesamtdurchschnitt.

Grafik 2 Insolvenzquote¹ in Österreich nach Gründungsjahr, 2011, Gesamtwirtschaft²



¹ Insolvenzen in Prozent der aktiven Firmen
² inkl. Land- und Forstwirtschaft
 Quelle: Kreditschutzverband von 1870

Die meisten Insolvenzen in der marktorientierten Wirtschaft fanden im Jahr 2011 im Handel (23 %), im Bau (19 %) und in der Beherbergung und Gastronomie (18 %) statt. Damit waren fast 60 % aller Insolvenzen diesen drei Sektoren zuzurechnen.

Die Insolvenzquote war im Verkehr (2,8 %) und im Bau (2,6 %) am höchsten. Im Bergbau, im Grundstück- und Wohnungswesen, in der Energieversorgung und bei den freiberuflichen Dienstleistungen lag diese demgegenüber bei weniger als 1 %.

Tabelle 10 Anzahl der Insolvenzen und Insolvenzquote¹ in der markt-orientierten Wirtschaft² nach Sektoren, 2011			
	Gesamt- insolvenzen	Anteil in %	Insolvenzquote in %
Bergbau	2	0,0	0,5
Herstellung von Waren	373	7,3	1,3
Energieversorgung	9	0,2	0,7
Wasserversorgung und Abfallentsorgung	15	0,3	1,1
Bau	955	18,8	2,6
Handel	1.148	22,6	1,3
Verkehr	442	8,7	2,8
Beherbergung und Gastronomie	914	18,0	2,3
Information und Kommunikation	159	3,1	1,1
Finanz- und Versicherungsleistungen	232	4,6	1,1
Grundstücks- und Wohnungswesen	89	1,7	0,6
Freiberufliche Dienstleistungen	352	6,9	0,9
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	396	7,8	1,9
Gesamte marktorientierte Wirtschaft	5.086	100,0	1,6
¹ Insolvenzen in Prozent der aktiven Firmen ² ohne Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer Abschnitte B bis N der ÖNACE 2008) Gliederung nach ÖNACE 2008 (=NACE Rev. 2) Quelle: Statistik Austria			

1.1.2 Österreich im EU-Vergleich

Insgesamt waren im Jahr 2009 rund 20,6 Mio. KMU in den EU-27 in der marktorientierten Wirtschaft tätig. Dies entsprach einem Anteil von 99,8 % an allen Betrieben; 92 % zählten zu den Kleinstunternehmen mit bis zu neun Beschäftigten.

Tabelle 11 Anzahl der Unternehmen in der marktorientierten Wirtschaft¹ der EU-27 nach Beschäftigten-Größenklassen per 31. 12. 2009		
	Anzahl der Unternehmen	Anteil an allen Unternehmen in %
0 bis 9 Beschäftigte	18.990.000	92,1
10 bis 49 Beschäftigte	1.359.000	6,6
50 bis 249 Beschäftigte	227.000	1,1
KMU insgesamt	20.576.000	99,8
250 und mehr Beschäftigte	43.000	0,2
Gesamte marktorientierte Wirtschaft	20.619.000	100,0

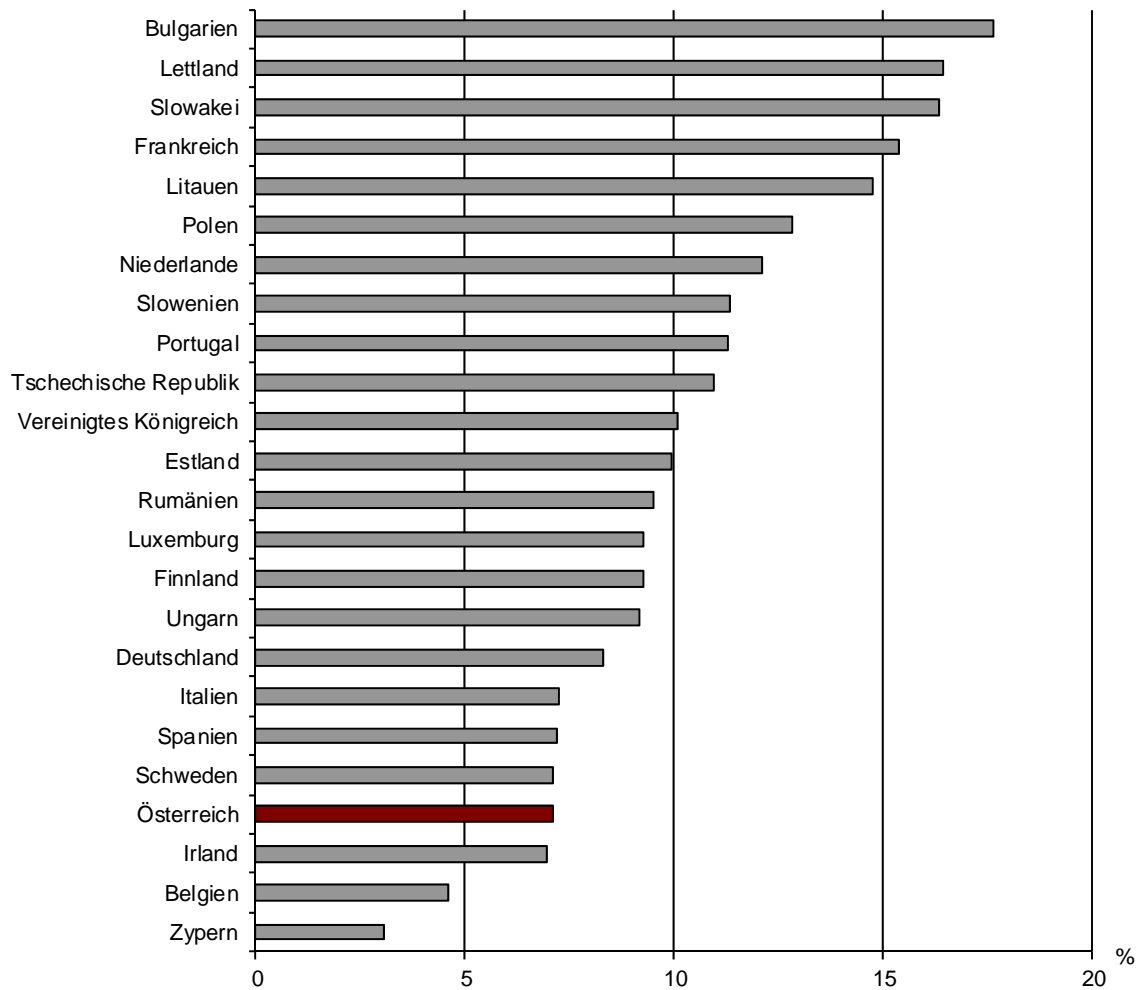
Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen
¹ ohne Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer: Abschnitte B - N ohne Abschnitt K der NACE Rev. 2 bzw. ÖNACE 2008)
 Gliederung nach NACE Rev. 2 (= ÖNACE 2008)
 Quelle: Eurostat

In allen Mitgliedstaaten der EU zählte die überwiegende Mehrheit der Unternehmen zu den KMU; ihr Anteil belief sich in allen Ländern im Jahr 2009 auf über 99 %.

In den folgenden Grafiken wird ein Überblick zur Neugründungs-, Überlebens- und Schließungsquote in den Staaten der EU gegeben.

Die Neugründungsquote war in Österreich in der marktorientierten Wirtschaft niedriger als in den meisten anderen europäischen Ländern.

Grafik 3 Neugründungsquote¹ in Prozent in der marktorientierte Wirtschaft², 2009



Anmerkungen: Die Daten sind nur bedingt miteinander vergleichbar, der Vergleich ist mit Vorsicht zu interpretieren.
Aktuellste verfügbare Werte August 2012

¹ Neugründungen in Prozent der aktiven Unternehmen

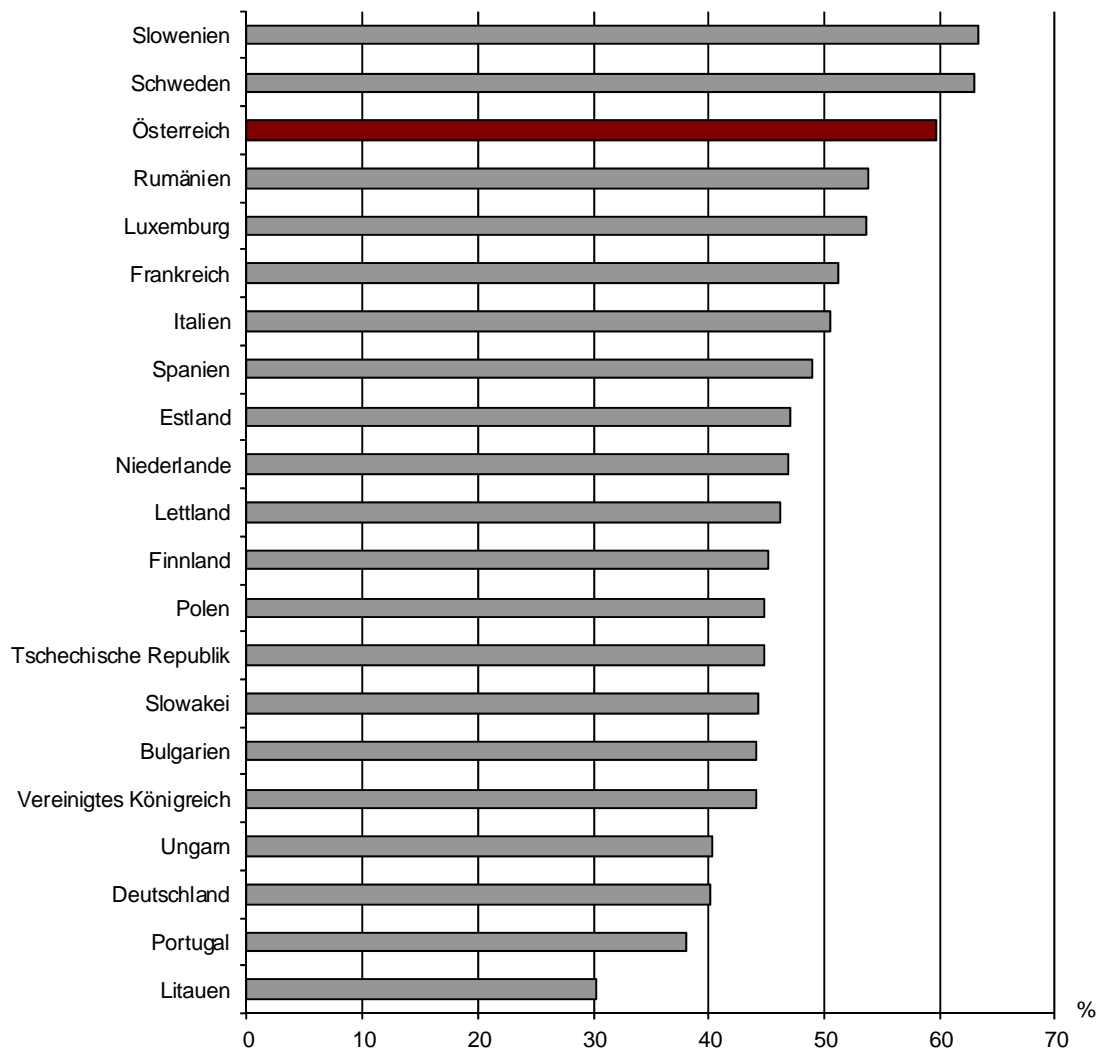
² Abschnitte B bis N der NACE Rev. 2

Gliederung nach NACE Rev. 2 (= ÖNACE 2008)

Quelle: Eurostat

Im Vergleich zu anderen europäischen Staaten wiesen die österreichischen Unternehmen der marktorientierten Wirtschaft eine hohe Überlebensquote nach 5 Jahren auf.

Grafik 4 5-jährige Überlebensquote von neu gegründeten Unternehmen in der marktorientierten Wirtschaft¹, 2009



Anmerkung: Die Daten sind nur bedingt miteinander vergleichbar, der Vergleich ist mit Vorsicht zu interpretieren.

Aktuellste verfügbare Werte August 2012

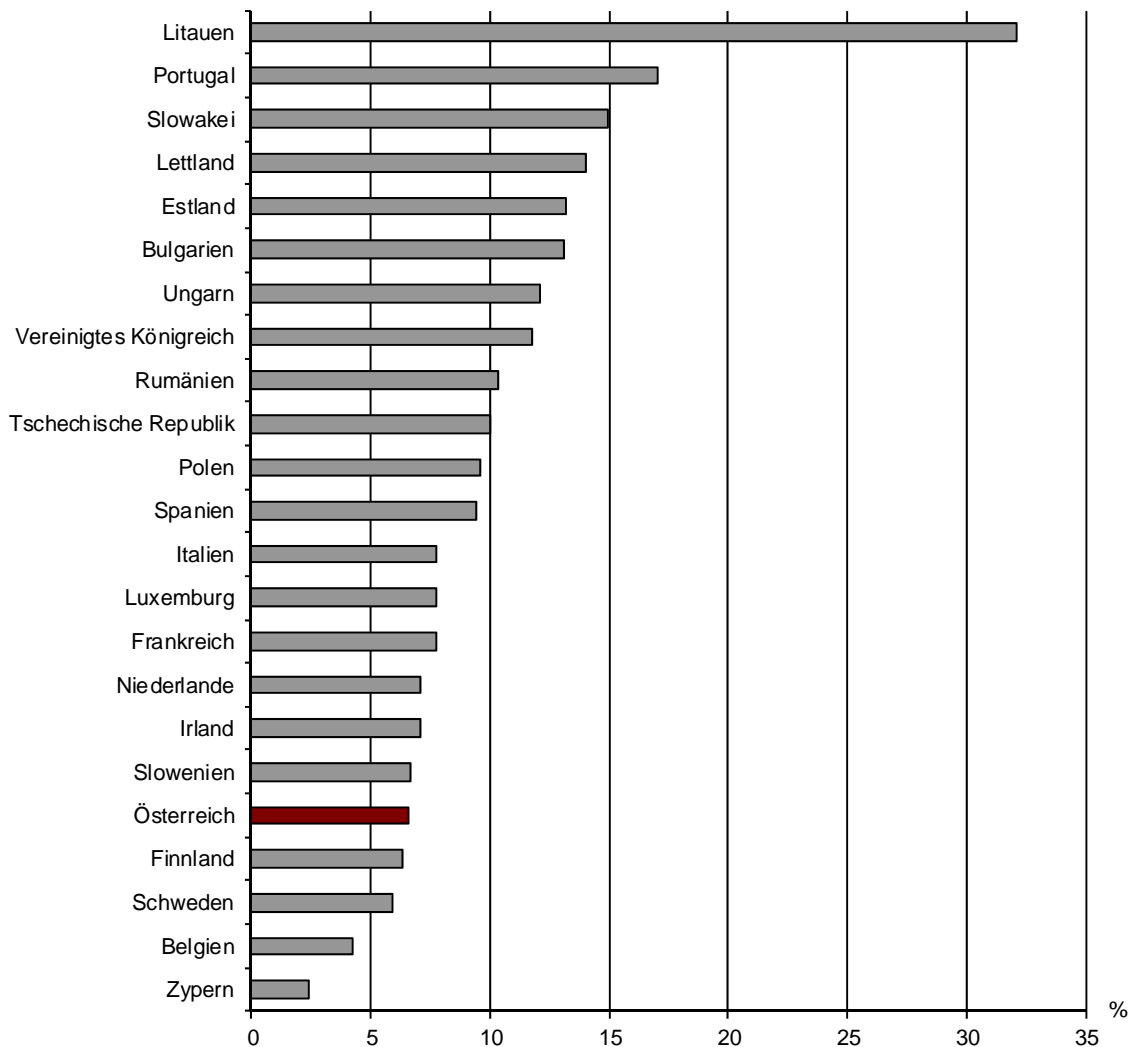
¹ Abschnitte B bis N der NACE Rev. 2

Gliederung nach NACE Rev. 2 (= ÖNACE 2008)

Quelle: Eurostat

Die Schließungsquote war in Österreich in der marktorientierten Wirtschaft niedriger als in anderen europäischen Ländern.

Grafik 5 Schließungsquote¹ in Prozent in der marktorientierten Wirtschaft², 2008



Anmerkung: Die Daten sind nur bedingt miteinander vergleichbar, der Vergleich ist mit Vorsicht zu interpretieren.

Aktuellste verfügbare Werte August 2012

¹ Schließungen in Prozent der aktiven Unternehmen

² Abschnitte B bis N der NACE Rev. 2

Gliederung nach NACE Rev. 2 (= ÖNACE 2008)

Quelle: Eurostat

Insgesamt zeigen sich in Österreich damit eine vergleichsweise niedrige Neugründungs- und Schließungsquote sowie eine hohe Überlebensquote. Oftmals

sind in Ländern mit hohen Gründungsquoten die Überlebensquoten niedrig bzw. die Schließungsraten hoch (Litauen).

1.2 Beschäftigung

1.2.1 Aktuelle Situation in Österreich

Zu Jahresende 2010 waren knapp 1,8 Mio. selbst- und unselbstständig Beschäftigte in den 307.700 österreichischen KMU tätig. In den Kleinst-, Klein- und Mittelbetrieben arbeiteten somit rund zwei Drittel aller Beschäftigten (inkl. Inhaber, mithelfende Angehörige) innerhalb der marktorientierten Wirtschaft.

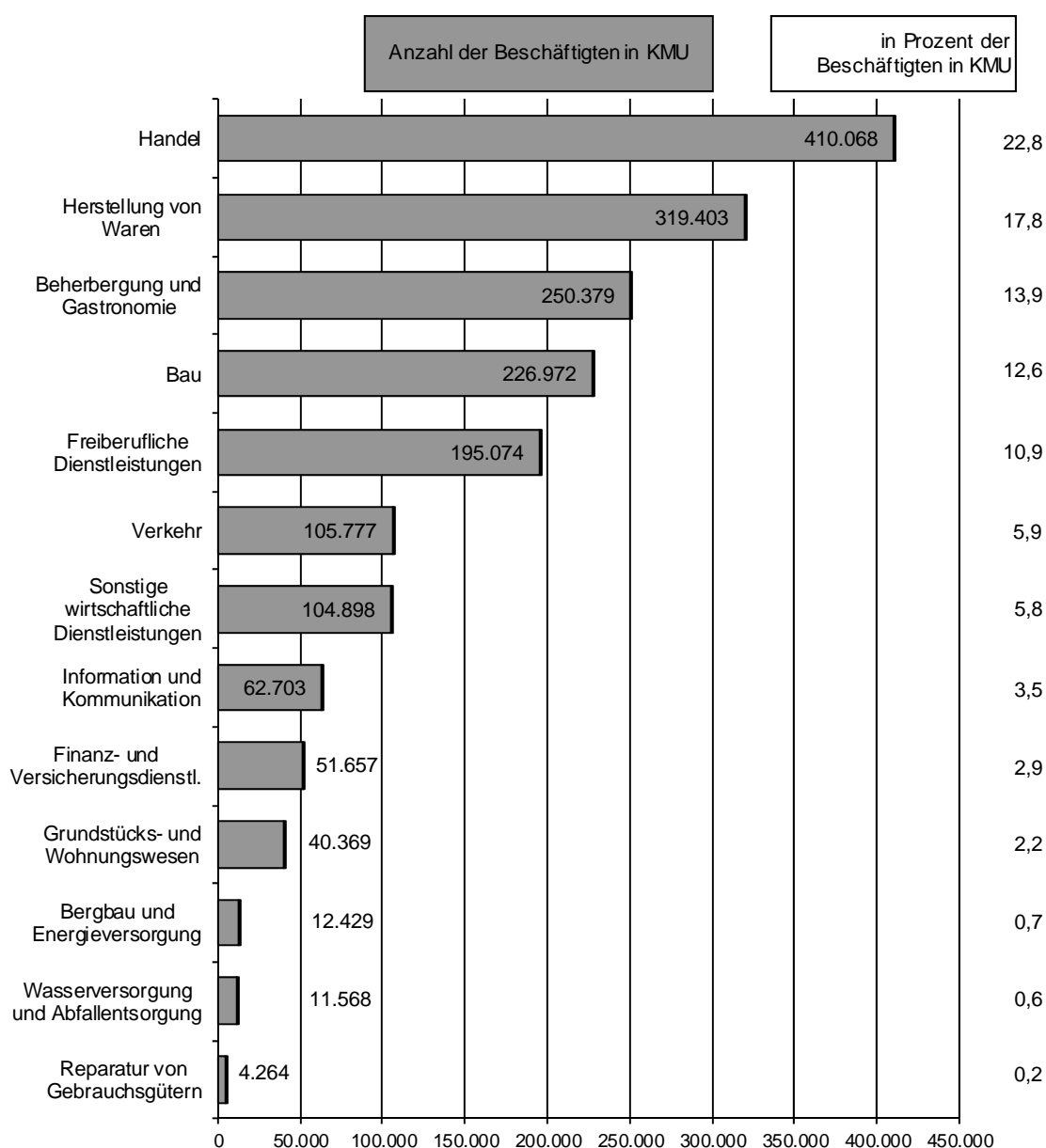
Betrachtet man den Anteil der Beschäftigten, welche die einzelnen KMU-Größenklassen stellen, so ist die Verteilung gleichmäßiger als bei der Unternehmensanzahl (wo die Kleinstunternehmen mit 87 % dominieren). Die Kleinstbetriebe mit bis zu neun Beschäftigten lagen im Jahr 2010 nur knapp vor den Kleinbetrieben und den Mittelbetrieben. Gegenüber 2008 ist die Anzahl der Beschäftigten in KMU leicht um 0,3 % gestiegen. Bei den Großbetrieben kam es demgegenüber zu einem Rückgang um fast 5 %.

Tabelle 12 Anzahl der Beschäftigten in der marktorientierten Wirtschaft¹ nach Beschäftigten-Größenklassen per 31. 12. 2010			
	Beschäftigte insgesamt	Anteil an allen Beschäftigten in %	Veränderung zu 2008 in %
0 bis 9 Beschäftigte	663.937	24,8	1,5
<i>davon 1 Beschäftigter</i>	<i>112.532</i>	<i>4,2</i>	<i>6,0</i>
10 bis 49 Beschäftigte	624.884	23,3	0,9
50 bis 249 Beschäftigte	506.740	18,6	-2,1
KMU insgesamt	1.795.561	66,9	0,3
250 und mehr Beschäftigte	886.515	33,1	-4,7
Gesamte marktorientierte Wirtschaft	2.682.076	100,0	-1,4
Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen ¹ ohne Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer: Abschnitte B bis N und S95 der ÖNACE 2008) Gliederung nach ÖNACE 2008 (= NACE Rev. 2) Quelle: Statistik Austria			

Neben der Anzahl der Unternehmen war der Handel auch in Bezug auf die Beschäftigung zu Jahresende 2010 der größte Wirtschaftsbereich innerhalb

der KMU. Rund 410.100 Beschäftigte, dies entspricht 23 % aller Erwerbstätigen, hatten ihren Arbeitsplatz in einem Handelsbetrieb. Weitere wichtige Arbeitgeber waren der Bereich Herstellung von Waren (mehr als 319.000 Beschäftigte, dies entspricht 18 % aller KMU), Beherbergungs- und Gastronomiebetriebe (etwa 250.400 Beschäftigte bzw. 14 %) sowie die Bauunternehmen (rund 227.000 Beschäftigte bzw. 13 %).

Grafik 6 Anzahl der Beschäftigten in KMU in der marktorientierten Wirtschaft¹ nach Sektoren sowie deren Anteil in Prozent per 31. 12. 2010



Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen

¹ ohne Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer: Abschnitte B bis N und S95 der ÖNACE 2008)
Gliederung nach ÖNACE 2008 (= NACE Rev. 2)
Quelle: Statistik Austria

Die einzelnen Wirtschaftsbereiche weisen in Bezug auf die Beschäftigten unterschiedliche KMU-Anteile auf: In den Sektoren Beherbergung und Gastronomie, freiberufliche Dienstleistungen sowie Grundstücks- und Wohnungswesen waren jeweils mehr als 90 % aller Erwerbstätigen in KMU tätig. In den Wirtschaftsbereichen Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, Verkehr und der Warenherstellung lag dieser Wert um oder unter 50 %.

Unterteilt nach KMU-Beschäftigten-Größenklassen war der Anteil der Kleinstbetriebe (0 bis 9 Beschäftigte) am höchsten in den Bereichen der freiberuflichen Dienstleistungen sowie dem Grundstücks- und Wohnungswesen. Im Bau-, Beherbergungs- und Gastronomiewesen sowie im Handel war der Beschäftigtenanteil bei den Kleinbetrieben (10 bis 49 Beschäftigte) am deutlichsten ausgeprägt. Am höchsten fiel der Anteil der Mittelbetriebe in den Sektoren Herstellung von Waren und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen aus.

Tabelle 13 Aufgliederung der Beschäftigten in der marktorientierten Wirtschaft¹ nach Beschäftigten-Größenklassen und nach Sektoren in Prozent per 31. 12. 2010						
	0 bis 9 Beschäftigte	davon 1 Beschäftigter	10 bis 49 Beschäftigte	50 bis 249 Beschäftigte	KMU insgesamt	250 und mehr Beschäftigte
Herstellung von Waren	9,4	1,1	17,9	26,2	53,4	46,6
Wasserversorgung und Abfallentsorgung	17,1	2,0	28,1	18,8	64,0	36,0
Bau	26,3	3,2	36,6	19,8	82,8	17,2
Handel	27,3	4,3	24,2	15,0	66,5	33,5
Verkehr	15,0	2,0	21,3	14,5	50,8	49,2
Beherbergung und Gastronomie	47,0	3,2	33,0	14,9	94,8	5,2
Information und Kommunikation	29,3	10,4	19,6	17,4	66,2	33,8
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	10,6	2,1	10,8	20,0	41,4	58,6
Grundstücks- und Wohnungswesen	54,2	15,3	18,4	17,9	90,6	9,4
Freiberufliche Dienstleistungen	52,9	15,2	26,8	13,4	93,1	6,9
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	14,1	2,6	16,4	24,7	55,1	44,9
Gesamte marktorientierte Wirtschaft	24,8	4,2	23,3	18,9	66,9	33,1
Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen						
¹ ohne Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer: Abschnitte B bis N und S95 der ÖNACE 2008)						
Anmerkung: auf Grund von Geheimhaltung ohne Bergbau, Energieversorgung und Reparatur von Gebrauchsgütern						
Gliederung nach ÖNACE 2008 (= NACE Rev. 2)						
Quelle: Statistik Austria						

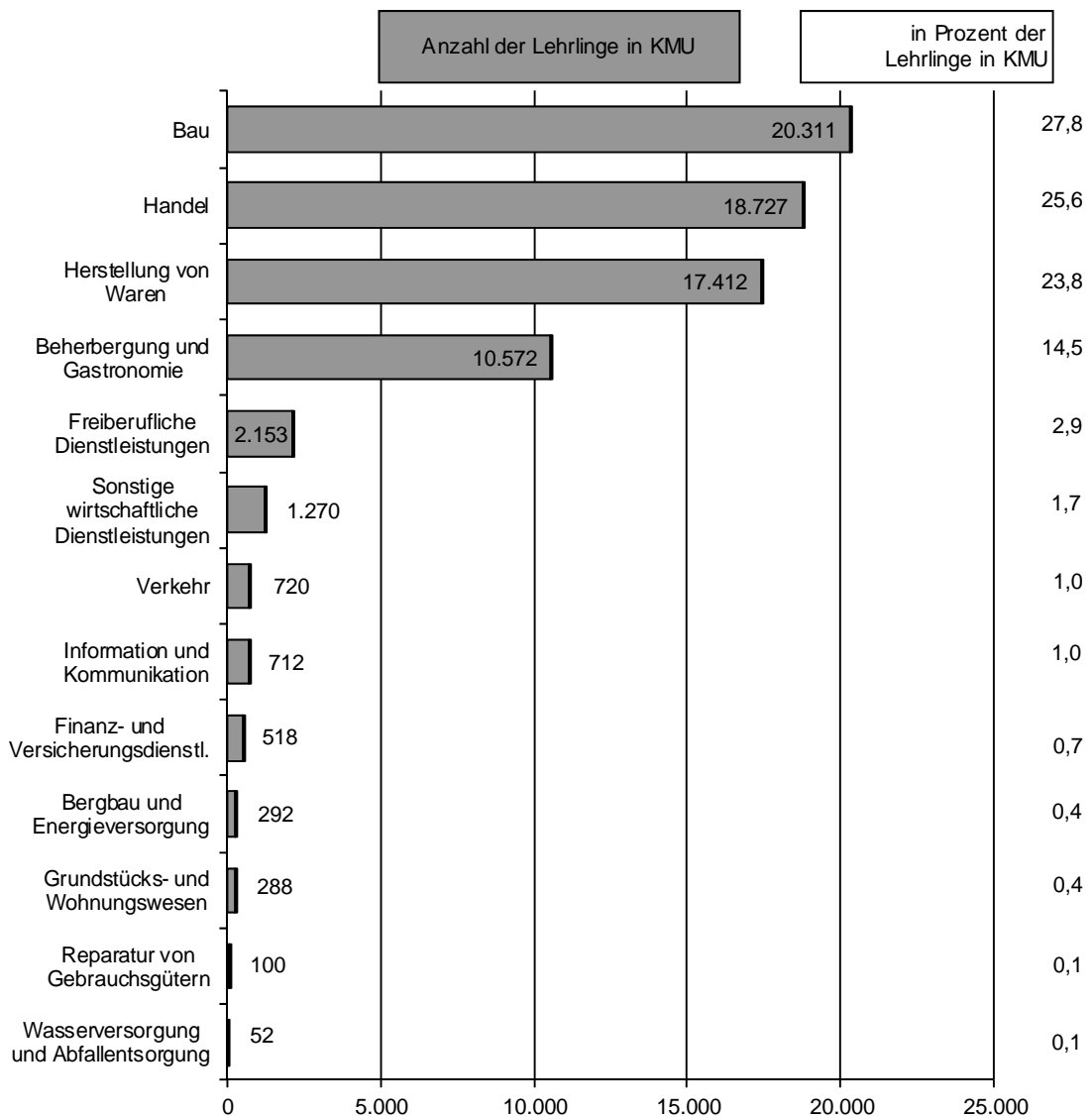
Im Jahr 2010 arbeiteten rund 1,5 Mio. unselbstständig Beschäftigte in österreichischen KMU, d. s. rund 63 % aller unselbstständig Erwerbstätigen. Knapp ein Viertel war in Kleinbetrieben tätig, rund 21 % in Mittelbetrieben sowie rund 17 % in Kleinstbetrieben. Die Großbetriebe beschäftigten rund 37 % der unselbstständig Beschäftigten.

Österreichs KMU stellen weiters eine wichtige Säule in der Lehrlingsausbildung dar. 70 % der österreichischen Lehrlinge (in der marktorientierten Wirtschaft) wurden im Jahr 2010 in KMU ausgebildet. Den größten Anteil daran hatten die Kleinbetriebe mit mehr als einem Drittel aller Lehrlinge.

Tabelle 14 Anzahl der Lehrlinge in der marktorientierten Wirtschaft¹ nach Beschäftigten-Größenklassen per 31. 12. 2010				
	Unselbstständig Beschäftigte insgesamt	Anteil an allen unselbstständig Beschäftigten in %	Lehrlinge insgesamt	Anteil an allen Lehrlingen in %
0 bis 9 Beschäftigte	417.875	17,3	16.552	15,9
<i>davon 1 Beschäftigter</i>	<i>9.164</i>	<i>0,4</i>	<i>38</i>	<i>0,0</i>
10 bis 49 Beschäftigte	601.131	24,9	36.084	34,6
50 bis 249 Beschäftigte	504.491	20,9	20.491	19,6
KMU insgesamt	1.523.497	63,2	73.127	70,0
250 und mehr Beschäftigte	886.264	36,8	31.276	30,0
Gesamte marktorientierte Wirtschaft	2.409.761	100,0	104.403	100,0
Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen				
¹ ohne Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer: Abschnitte B bis N und S95 der ÖNACE 2008)				
Gliederung nach ÖNACE 2008 (= NACE Rev. 2)				
Quelle: Statistik Austria				

Eine Betrachtung der Lehrlinge nach Sektoren zeigt, dass innerhalb der KMU dem Bauwesen mit rund 20.300 Lehrlingen im Jahr 2010 eine besondere Bedeutung bei der dualen Ausbildung zukam. Der Handel, sowohl führend bei der Unternehmens- als auch Beschäftigtenanzahl, lag mit einem Lehrlingsanteil von 26 % dahinter, gefolgt von der Herstellung von Waren mit rund 17.400 Auszubildenden.

Grafik 7 Anzahl der Lehrlinge in KMU in der marktorientierten Wirtschaft¹ nach Sektoren sowie deren Anteil in Prozent per 31. 12. 2010



Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen

¹ ohne Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer: Abschnitte B bis N und S95 der ÖNACE 2008)

Gliederung nach ÖNACE 2008 (= NACE Rev. 2)

Quelle: Statistik Austria

Neugründungen

Im Jahr 2010 waren fast 52.000 Beschäftigte in den neu gegründeten Unternehmen tätig. Bei 62 % bzw. rund 32.300 davon handelte es sich um unselbstständig Beschäftigte. Insgesamt konnten pro Neugründung im Durchschnitt 2,4 Arbeitsplätze geschaffen werden.

Nach Größenklassen waren die meisten Beschäftigten (45 %) den Neugründungen mit 1 bis 4 Mitarbeitern zuzurechnen.

Tabelle 15 Anzahl der Beschäftigten bei neu gegründeten Unternehmen in der marktorientierten Wirtschaft¹ nach Beschäftigten-Größenklassen, 2010					
	Beschäftigte bei neu gegründeten Unternehmen	Anteil in %	darunter unselbstständig Beschäftigte	Anteil in %	Beschäftigte pro Neugründung
0 unselbstständig Beschäftigte	10.667	20,5	0	0,0	1,0
1-4 unselbstständig Beschäftigte	23.392	45,0	15.568	48,2	2,5
5-9 unselbstständig Beschäftigte	8.633	16,6	7.754	24,0	7,1
10 und mehr unselbstständig Beschäftigte	9.253	17,8	8.987	27,8	17,9
Gesamte marktorientierte Wirtschaft	51.945	100,0	32.309	100,0	2,4
Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen					
¹ ohne Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer: Abschnitte B bis N der ÖNACE 2008)					
Gliederung nach ÖNACE 2008 (= NACE Rev. 2)					
Quelle: Statistik Austria					

Die neu gegründeten Beherbergungs- und Gastronomiebetriebe schufen 2010 sowohl absolut (rund 12.400 Beschäftigte) als auch pro Gründung (3,7 Beschäftigte) die meisten Arbeitsplätze unter den Wirtschaftsbereichen der marktorientierten Wirtschaft. Eine hohe Anzahl an Erwerbstätigen war zudem bei neu gegründeten Unternehmen im Handel, im Bau und bei den freiberuflichen Dienstleistungen zu finden.

Tabelle 16 Anzahl der Beschäftigten bei neu gegründeten Unternehmen in der marktorientierten Wirtschaft¹ nach Sektoren, 2010			
	Beschäftigte bei neu gegründeten Unternehmen	Anteil in %	Beschäftigte pro Neugründung
Bergbau	49	0,1	3,3
Herstellung von Waren	3.108	6,0	2,7
Energieversorgung	145	0,3	1,3
Wasserversorgung und Abfallentsorgung	185	0,4	1,7
Bau	7.163	13,8	2,8
Handel	10.307	19,8	2,0
Verkehr	2.957	5,7	2,4
Beherbergung und Gastronomie	12.403	23,9	3,7
Information und Kommunikation	2.020	3,9	1,5
Finanz- und Versicherungsleistungen	956	1,8	2,1
Grundstücks- und Wohnungswesen	1.048	2,0	1,5
Freiberufliche Dienstleistungen	7.146	13,8	1,6
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	4.458	8,6	2,9
Gesamte marktorientierte Wirtschaft	51.945	100,0	2,4
Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen ¹ ohne Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer: Abschnitte B bis N der ÖNACE 2008) Gliederung nach ÖNACE 2008 (= NACE Rev. 2) Quelle: Statistik Austria			

Schließungen

Im Jahr 2010 gingen in der marktorientierten Wirtschaft in Österreich knapp 37.000 Arbeitsplätze von selbstständigen und unselbstständig Beschäftigten durch Unternehmensschließungen verloren, wobei 47 % davon unselbstständig Erwerbstätige betrafen. Insgesamt entspricht dies durchschnittlich 1,9 Arbeitsplätzen pro Unternehmen.

Wie schon bei den Neugründungen, waren auch bei den Schließungen die meisten Beschäftigten (rund 44 %) den Unternehmen mit 1 bis 4 unselbstständig Beschäftigten zuzuordnen.

Tabelle 17 Anzahl der Beschäftigten bei geschlossenen Unternehmen in der marktorientierten Wirtschaft¹ nach Beschäftigten-Größenklassen, 2010					
	Beschäftigte bei neu geschlossenen Unternehmen	Anteil in %	darunter unselbstständig Beschäftigte	Anteil in %	Beschäftigte pro Schließung
0 unselbstständig Beschäftigte	12.644	34,3	0	0,0	1,0
1-4 unselbstständig Beschäftigte	16.067	43,6	9.971	56,8	2,5
5-9 unselbstständig Beschäftigte	3.845	10,4	3.408	19,4	7,2
10 und mehr unselbstständig Beschäftigte	4.327	11,7	4.164	23,7	20,8
Gesamte marktorientierte Wirtschaft	36.883	100,0	17.543	100,0	1,9
Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen					
¹ ohne Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer: Abschnitte B bis N der ÖNACE 2008)					
Gliederung nach ÖNACE 2008 (= NACE Rev. 2)					
Quelle: Statistik Austria					

Die meisten von Unternehmensschließungen betroffenen Mitarbeiter waren im Handel sowie in der Beherbergung und Gastronomie tätig. Das sind die beiden Sektoren, in denen auch die meisten Arbeitsplätze durch Neugründungen geschaffen wurden. In beiden Fällen war die Anzahl der Beschäftigten in neu gegründeten Unternehmen höher als jene bei Unternehmensschließungen. Die Anzahl an Erwerbstätigen pro geschlossenem Unternehmen war im Bergbau am höchsten.

Tabelle 18 Anzahl der Beschäftigten bei geschlossenen Unternehmen in der marktorientierten Wirtschaft¹ nach Sektoren, 2010			
	Beschäftigte bei geschlossenen Unternehmen	Anteil in %	Beschäftigte pro Schließung
Bergbau	75	0,2	4,4
Herstellung von Waren	2.477	6,7	2,2
Energieversorgung	108	0,3	1,8
Wasserversorgung und Abfallentsorgung	135	0,4	1,7
Bau	3.995	10,8	2,2
Handel	7.908	21,4	1,7
Verkehr	2.442	6,6	2,2
Beherbergung und Gastronomie	7.696	20,9	2,6
Information und Kommunikation	2.210	6,0	1,5
Finanz- und Versicherungsleistungen	1.016	2,8	2,3
Grundstücks- und Wohnungswesen	723	2,0	1,6
Freiberufliche Dienstleistungen	5.788	15,7	1,3
Sonst. wirtschaftliche Dienstleistungen	2.310	6,3	2,2
Gesamte marktorientierte Wirtschaft	36.883	100,0	1,9
Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen ¹ ohne Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer: Abschnitte B bis N der ÖNACE 2008) Gliederung nach ÖNACE 2008 (= NACE Rev. 2) Quelle: Statistik Austria			

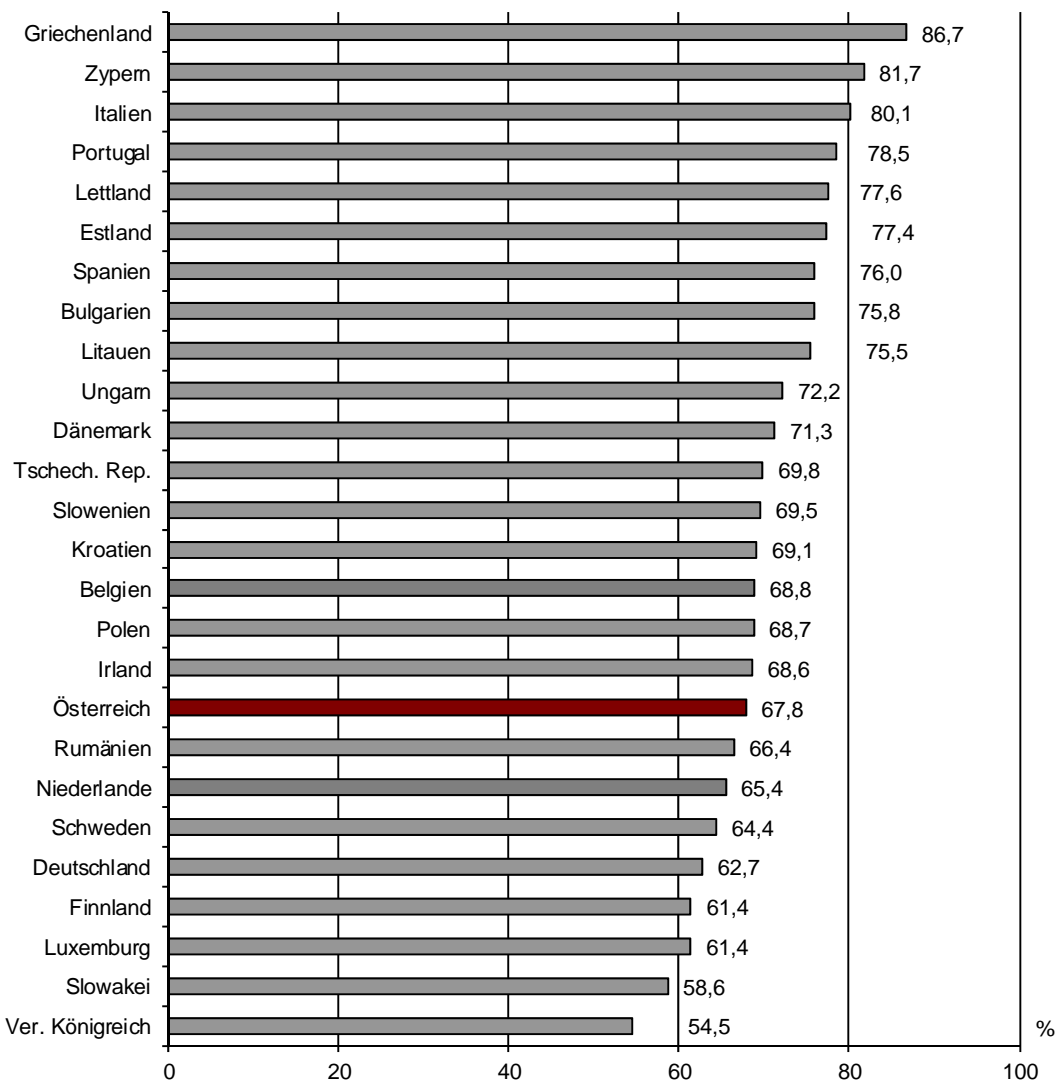
1.2.2 Österreich im EU-Vergleich

Knapp 90 Mio. Personen waren Ende 2008 EU-weit in KMU beschäftigt, womit diese über zwei Drittel aller Erwerbstätigen einen Arbeitsplatz boten. Am häufigsten waren die Mitarbeiter innerhalb der KMU in Kleinstbetrieben mit bis zu neun Beschäftigten tätig.

Auf Grund der – in der Statistik von Eurostat – fehlenden Beschäftigtenzahlen von Frankreich (das über 10 % aller Beschäftigten innerhalb der EU-27 im Jahr 2007 stellte) für 2009 können keine entsprechenden EU-Gesamtwerte bzw. EU-Werte nach Größenklassen ausgewiesen werden. In nachfolgender Grafik sind jedoch die Anteile der Beschäftigten in KMU für jene EU-Länder dargestellt, von denen Daten verfügbar waren.

Der Anteil der Beschäftigten in KMU an den Erwerbstätigen insgesamt war in Österreich im Jahr 2009 mit knapp 68 % niedriger als in vielen EU-Staaten.

Grafik 8 Anteil der Beschäftigten in KMU in der marktorientierten Wirtschaft¹ der EU-27² an den Beschäftigten insgesamt in Prozent per 31. 12. 2009³



Anmerkungen:

Da Eurostat – im Gegensatz zur österreichischen Statistik laut Statistik Austria – die Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen nicht erhebt, ist der Österreichwert in dieser Grafik mit jenem aus dem Österreichkapitel nicht vergleichbar.

Auf Grund fehlender Daten von Frankreich wird kein Durchschnittswert der EU-27 dargestellt.

¹ ohne Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer: Abschnitte B - N ohne Abschnitt K der NACE Rev. 2 bzw. ÖNACE 2008)

² ohne Frankreich

³ Wenn keine Daten von 2009 verfügbar waren, wurde auf Daten aus dem Jahr 2008 zurückgegriffen.

Gliederung nach NACE Rev. 2 (= ÖNACE 2008)

Quelle: Eurostat

1.3 Output

1.3.1 Umsatzerlöse

Aktuelle Situation in Österreich

Im Jahr 2010 erwirtschafteten die österreichischen KMU einen Nettoumsatz von rund € 398 Mrd. Dies entsprach in etwa 63 % aller Erlöse der marktorientierten Wirtschaft. Gegenüber dem Jahr 2008 waren die Umsätze rückläufig (-1,8 %). Hauptverantwortlich dafür war die unterdurchschnittliche Entwicklung der Mittelbetriebe (-4,3 %). Die Mittelbetriebe sind die größten Umsatzerbringer unter den KMU. Sie erzielten 23 % (bzw. rund € 149 Mrd.) der österreichischen Gesamterlöse. Auf Kleinbetriebe entfielen 22 % (knapp € 140 Mrd.) und auf die Kleinstbetriebe 17 % (rund € 110 Mrd.).

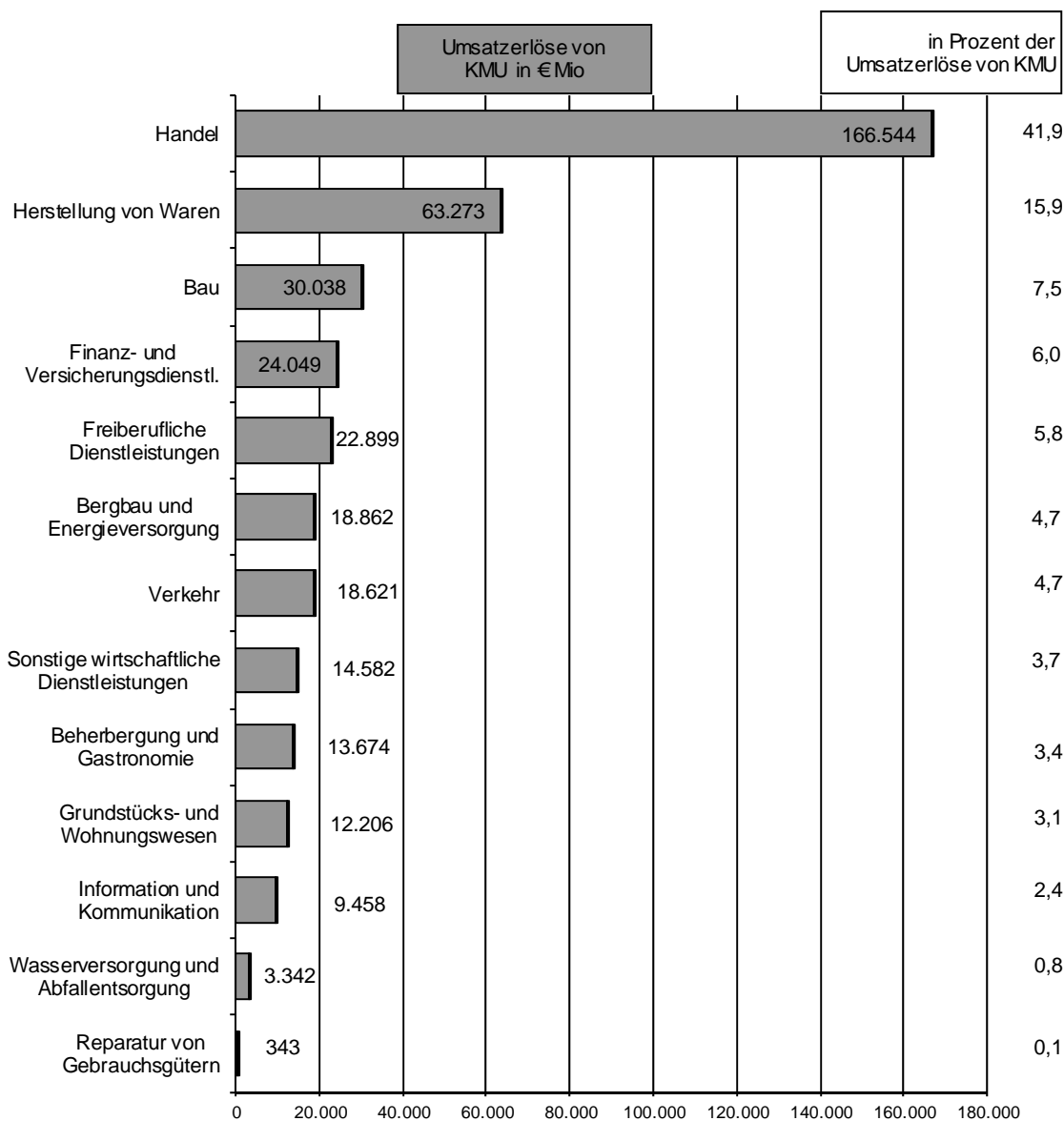
Bei den Großbetrieben sanken die Umsätze zwischen 2008 und 2010 deutlich stärker (-11,2 %) als bei den KMU (-1,8 %).

Tabelle 19 Umsatzerlöse (netto) in der marktorientierten Wirtschaft¹ in € Mio. nach Beschäftigten-Größenklassen, 2010			
	Umsatzerlöse in € Mio.	Anteil an den gesamten Umsatzerlösen in %	Veränderung zu 2008 in %
0 bis 9 Beschäftigte	109.545	17,2	-1,6
<i>davon 1 Beschäftigter</i>	<i>18.910</i>	<i>3,0</i>	<i>1,4</i>
10 bis 49 Beschäftigte	139.826	22,0	0,7
50 bis 249 Beschäftigte	148.520	23,4	-4,3
KMU insgesamt	397.892	62,6	-1,8
250 und mehr Beschäftigte	237.599	37,4	-11,2
Gesamte marktorientierte Wirtschaft	635.490	100,0	-5,5

Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen
¹ ohne Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer: Abschnitte B bis N und S95 der ÖNACE 2008)
 Gliederung nach ÖNACE 2008 (= NACE Rev. 2)
 Quelle: Statistik Austria

Nach Sektoren unterteilt war der Handel mit knapp € 167 Mrd. der mit Abstand umsatzstärkste Wirtschaftsbereich und erzielte damit rund 42 % aller Umsatzerlöse der KMU in der marktorientierten Wirtschaft. Die Herstellung von Waren folgte im Ranking danach mit einem Anteil von 16 %.

Grafik 9 Umsatzerlöse (netto) von KMU in der marktorientierten Wirtschaft¹ in € Mio. nach Sektoren sowie deren Anteil in Prozent, 2010



Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen

¹ ohne Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer: Abschnitte B bis N und S95 der ÖNACE 2008)

Gliederung nach ÖNACE 2008 (= NACE Rev. 2)

Quelle: Statistik Austria

Differenziert nach den einzelnen Sektoren der marktorientierten Wirtschaft ist die Bandbreite der Umsatzanteile, die von KMU erzielt werden, sehr groß. Dies ist in erster Linie auf die unterschiedliche Unternehmensstruktur der Wirtschaftsbereiche zurückzuführen. Während der Wirtschaftsbereich der freiberuflichen Dienstleistungen 2010 bezüglich der Umsatzerlöse auf einen KMU-Anteil von rund 93 % kam, lag der Wert bei den Finanz- und Versicherungsdienstleistungen bei 39 %. Innerhalb des Grundstücks- und Wohnungswesens sowie bei den freiberuflichen Dienstleistungen erwirtschafteten die Kleinstbetriebe die höchsten Umsatzanteile.

Tabelle 20 Aufgliederung der Umsatzerlöse in der marktorientierten Wirtschaft¹ nach Beschäftigten-Größenklassen und nach Sektoren in Prozent, 2010						
	0 bis 9 Beschäftigte	davon 1 Beschäftigter	10 bis 49 Beschäftigte	50 bis 249 Beschäftigte	KMU insgesamt	250 und mehr Beschäftigte
Herstellung von Waren	3,6	0,4	9,9	27,5	41,1	58,9
Wasserversorgung und Abfallentsorgung	23,8	3,1	25,7	27,1	76,5	23,5
Bau	25,1	2,4	29,3	20,2	74,6	25,4
Handel	20,5	3,5	34,6	21,7	76,8	23,2
Verkehr	9,2	1,5	19,5	22,5	51,3	48,7
Beherbergung und Gastronomie	38,6	3,5	34,9	18,8	92,2	7,8
Information und Kommunikation	16,3	6,1	16,1	19,6	52,0	48,0
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	12,9	0,6	6,4	19,7	39,0	61,0
Grundstücks- und Wohnungswesen	50,8	16,6	15,9	18,9	85,5	14,5
Freiberufliche Dienstleistungen	41,3	12,4	29,0	22,2	92,5	7,5
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	29,1	4,2	20,4	30,7	80,1	19,9
Gesamte marktorientierte Wirtschaft	17,2	3,0	22,0	23,4	62,6	37,4
Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen						
¹ ohne Land- und Forstwirtschaft und persönl. Dienstleistungen (genauer: Abschnitte B bis N und S95 der ÖNACE 2008)						
Anmerkung: auf Grund von Geheimhaltung ohne Bergbau, Energieversorgung und Reparatur von Gebrauchsgütern						
Gliederung nach ÖNACE 2008 (= NACE Rev. 2)						
Quelle: Statistik Austria						

Österreich im EU-Vergleich

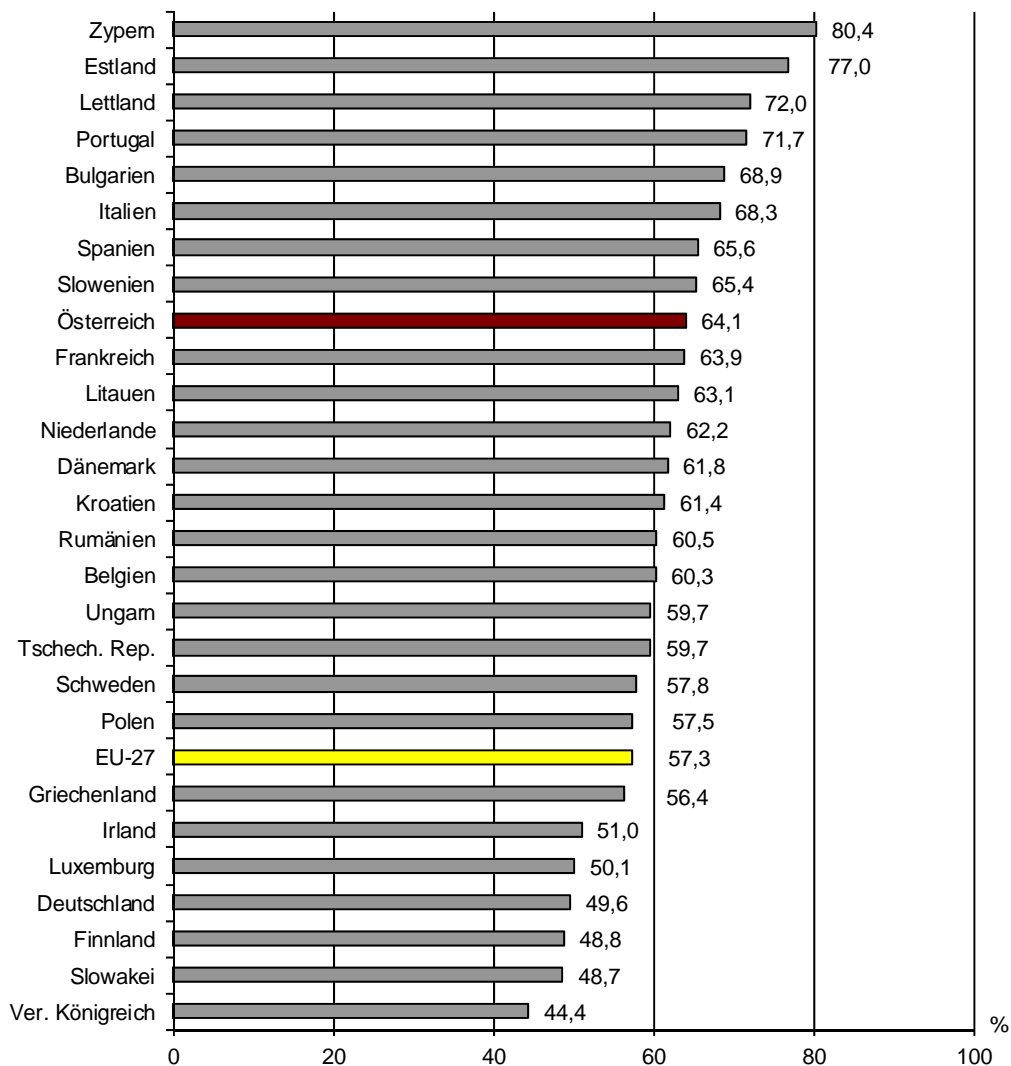
Insgesamt erwirtschafteten die KMU in der EU-27 Nettoumsätze von rund € 13.000 Mrd., dies entsprach 57 % der Erlöse der gesamten marktorientierten Wirtschaft. Jeweils knapp ein Fünftel der Umsätze wurde in den einzelnen Größenklassen (Kleinst-, Klein- und mittlere Unternehmen) erzielt.

Tabelle 21 Umsatzerlöse (netto) in der marktorientierten Wirtschaft¹ der EU-27 in € Mrd. nach Beschäftigten-Größenklassen, 2009		
	Umsatzerlöse in € Mrd.	Anteil in %
0 bis 9 Beschäftigte	4.151	18,8
10 bis 49 Beschäftigte	4.130	18,7
50 bis 249 Beschäftigte	4.375	19,8
KMU insgesamt	12.656	57,3
250 und mehr Beschäftigte	9.413	42,7
Gesamte marktorientierte Wirtschaft	22.074	100,0

¹ ohne Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer: Abschnitte B - N ohne Abschnitt K der NACE Rev. 2 bzw. ÖNACE 2008)
teilweise Hochrechnungen der KMU Forschung Austria
Gliederung nach NACE Rev. 2 (= ÖNACE 2008)
Quelle: Eurostat

Der Anteil der Umsatzerlöse der österreichischen KMU bezogen auf die Erlöse der marktorientierten Wirtschaft war im Jahr 2009 höher als im Durchschnitt der EU-27.

Grafik 10 Anteil der Umsatzerlöse (netto) von KMU in der marktorientierten Wirtschaft¹ an den Umsatzerlösen insgesamt der EU-27 in Prozent, 2009²



Anmerkung: Da Eurostat – im Gegensatz zur österreichischen Statistik laut Statistik Austria – die Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen nicht erhebt, ist der Österreichwert in dieser Grafik mit jenem aus dem Österreichkapitel nicht vergleichbar.

¹ ohne Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer: Abschnitte B - N ohne Abschnitt K der NACE Rev. 2 bzw. ÖNACE 2008)

² Wenn keine Daten von 2009 verfügbar waren, wurde auf Daten aus dem Jahr 2008 zurückgegriffen.

teilweise Berechnungen der KMU Forschung Austria

Gliederung nach NACE Rev. 2 (= ÖNACE 2008)

Quelle: Eurostat

1.3.2 Bruttowertschöpfung

Aktuelle Situation in Österreich

Die KMU erzielten im Jahr 2010 eine Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten von rund € 99 Mrd. Dies bedeutet einen Rückgang von 0,3 % gegenüber 2008. An der gesamten marktorientierten Wirtschaft betrug die Bruttowertschöpfung der KMU rund 58 %.

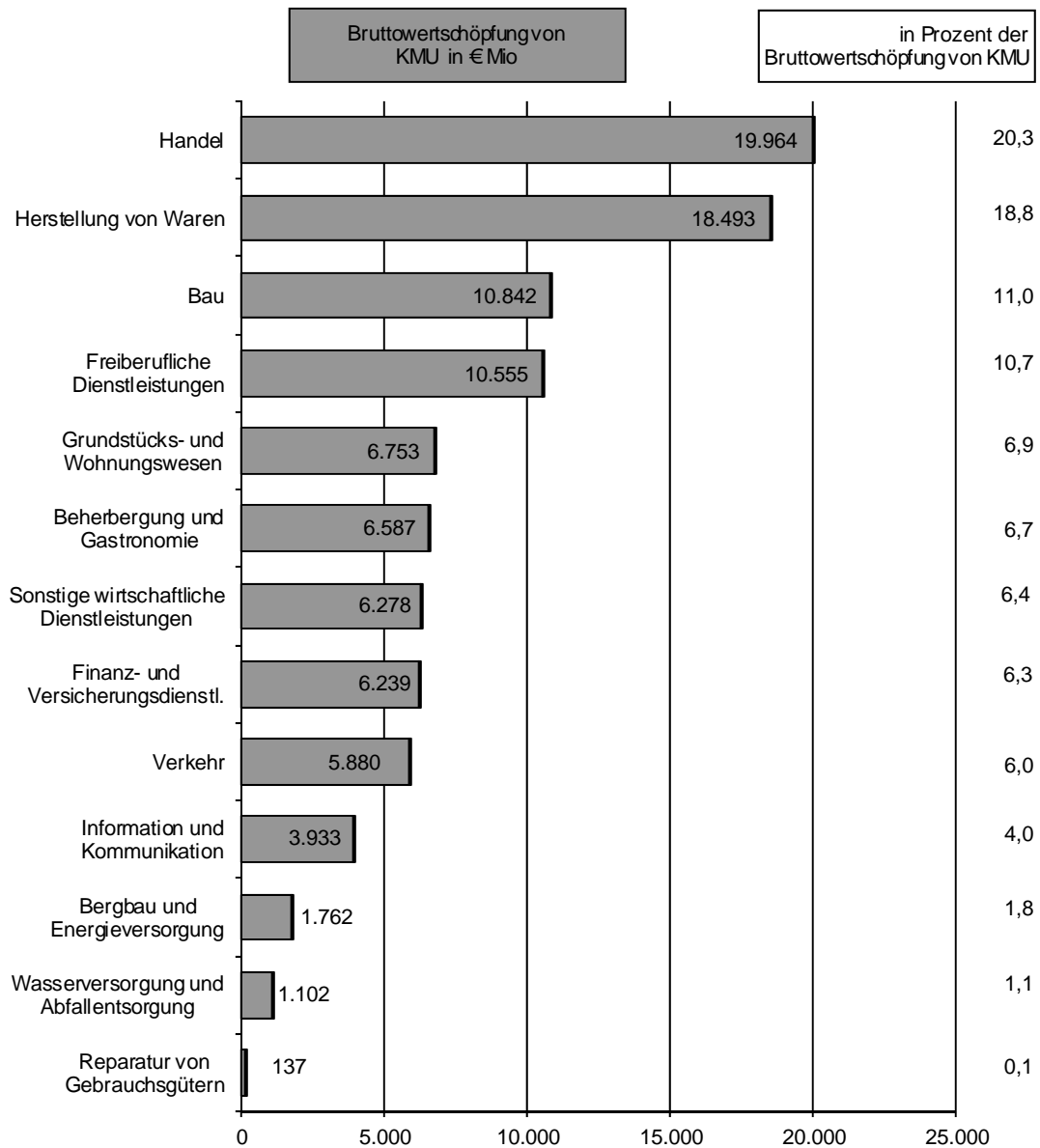
Analog zu den Umsatzerlösen entfiel auch der größte Anteil innerhalb der KMU auf die Mittelbetriebe mit etwa 21 %, gefolgt von den Kleinbetrieben mit 19 % und den Kleinstbetrieben mit in etwa 17 %.

Tabelle 22 Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten in der marktorientierten Wirtschaft¹ in € Mio. nach Beschäftigten-Größenklassen, 2010			
	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten in € Mio.	Anteil in %	Veränderung zu 2008 in %
0 bis 9 Beschäftigte	29.319	17,3	-1,9
<i>davon 1 Beschäftigter</i>	<i>5.811</i>	<i>3,4</i>	<i>8,4</i>
10 bis 49 Beschäftigte	32.814	19,3	1,5
50 bis 249 Beschäftigte	36.392	21,4	-0,7
KMU insgesamt	98.524	58,0	-0,3
250 und mehr Beschäftigte	71.338	42,0	-5,6
Gesamte marktorientierte Wirtschaft	169.862	100,0	-2,6

Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen
¹ ohne Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer: Abschnitte B bis N und S95 der ÖNACE 2008)
 Gliederung nach ÖNACE 2008 (= NACE Rev. 2)
 Quelle: Statistik Austria

In Bezug auf die Bruttowertschöpfung war der Handel mit einem Anteil von rund 20 % abermals der größte Wirtschaftsbereich innerhalb der KMU. Im Ranking folgen die Warenherstellung (€ 18,5 Mrd.) und das Bauwesen mit knapp € 11 Mrd. Der hohe Anteil der Sachgütererzeugung (19 %) im Vergleich zu den Nettoumsätzen ist auf den – im Vergleich – geringeren Anteil an Vorleistungen in diesem Sektor zurückzuführen.

Grafik 11 Bruttowertschöpfung von KMU in der marktorientierten Wirtschaft¹ in € Mio. nach Sektoren sowie deren Anteil in Prozent, 2010



Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen

¹ ohne Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer: Abschnitte B bis N und S95 der ÖNACE 2008)

Gliederung nach ÖNACE 2008 (= NACE Rev. 2)

Quelle: Statistik Austria

Wie bei den (Netto)-Umsatzerlösen schwankt der Anteil der Bruttowertschöpfung, der von KMU erzielt wird, zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen. Den höchsten Anteil an der Wertschöpfung innerhalb des jeweiligen Sektors trugen die KMU in der Beherbergung und Gastronomie (rund 93 %) und in den freiberuflichen Dienstleistungen (knapp 92 %) bei. Am niedrigsten fiel der Anteil (mit 50 % und weniger) in den Sektoren der Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, der Warenherstellung und dem Verkehrswesen aus.

Tabelle 23 Aufgliederung der Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten in der marktorientierten Wirtschaft¹ nach Beschäftigten-Größenklassen und nach Sektoren in Prozent, 2010						
	0 bis 9 Beschäftigte	davon 1 Beschäftigter	10 bis 49 Beschäftigte	50 bis 249 Beschäftigte	KMU insgesamt	250 und mehr Beschäftigte
Herstellung von Waren	4,7	0,6	12,1	24,2	41,0	59,0
Wasserversorgung und Abfallentsorgung	19,9	1,9	29,8	19,4	69,0	31,0
Bau	21,3	2,6	34,8	21,9	78,0	22,0
Handel	20,9	3,4	27,6	21,1	69,6	30,4
Verkehr	8,3	1,4	16,5	20,6	45,4	54,6
Beherbergung und Gastronomie	38,2	3,4	35,9	19,0	93,1	6,9
Information und Kommunikation	13,9	5,2	15,7	21,2	50,9	49,1
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	6,5	0,8	8,2	19,0	33,7	66,3
Grundstücks- und Wohnungswesen	56,9	18,0	15,2	17,4	89,4	10,6
Freiberufliche Dienstleistungen	41,6	12,2	29,8	20,1	91,6	8,4
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	24,2	3,7	19,2	28,0	71,5	28,5
Gesamte markt-orientierte Wirtschaft	17,3	3,4	19,3	21,4	58,0	42,0
Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen ¹ ohne Land- und Forstwirtschaft und persönl. Dienstleistungen (genauer: Abschnitte B bis N und S95 der ÖNACE 2008) Anmerkung: auf Grund von Geheimhaltung ohne Bergbau, Energieversorgung und Reparatur von Gebrauchsgütern Gliederung nach ÖNACE 2008 (= NACE Rev. 2) Quelle: Statistik Austria						

Österreich im EU-Vergleich

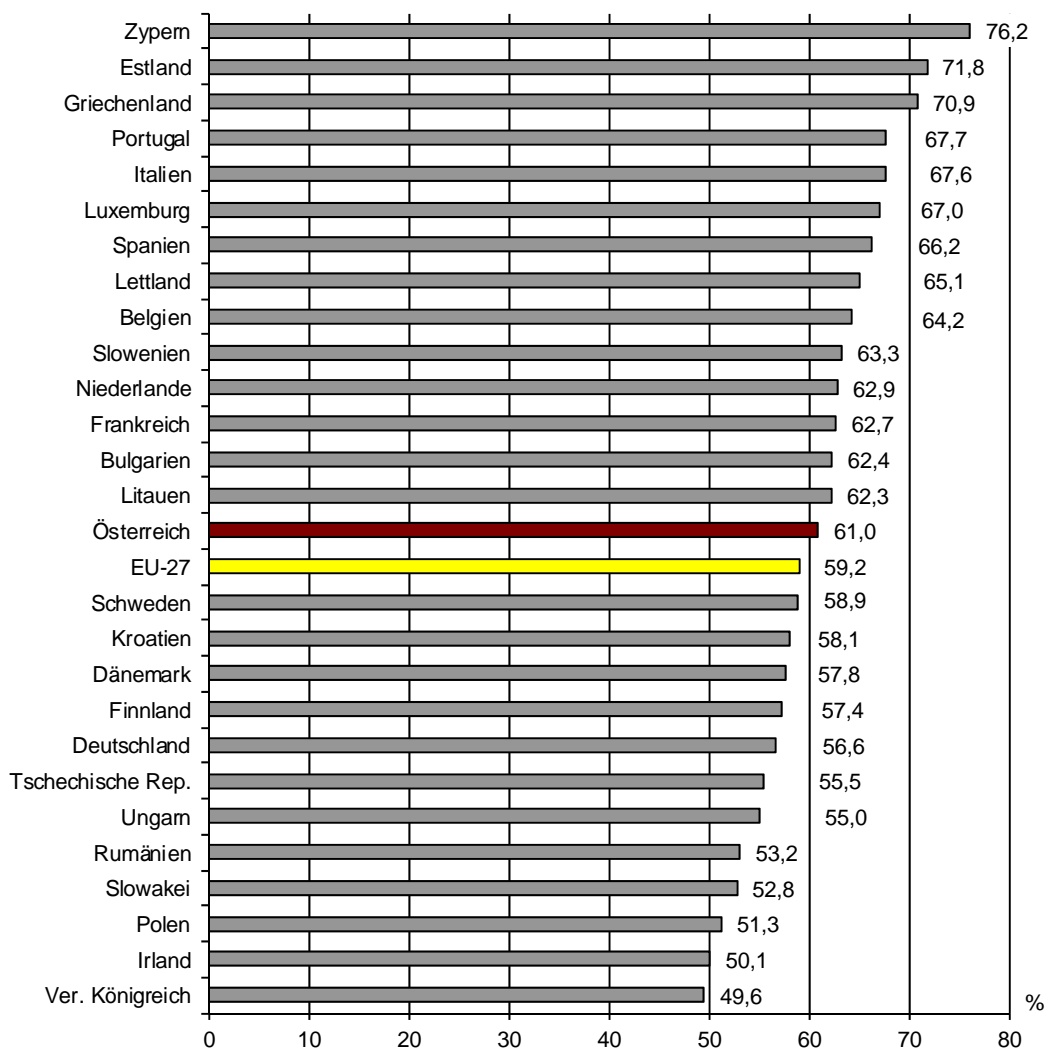
Im Jahr 2009 belief sich die Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten der KMU der EU-27 auf rund € 3.300 Mrd. Dies entsprach einem Anteil von rund 59 % an der gesamten Bruttowertschöpfung in der marktorientierten Wirtschaft. Innerhalb der KMU konnten die Kleinstunternehmen mit bis zu neun Beschäftigten die höchste Wertschöpfung (rund € 1.200 Mrd. bzw. 21 % der gesamten Wertschöpfung) erzielen.

Tabelle 24 Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten in der marktorientierten Wirtschaft¹ der EU-27 in € Mrd. nach Beschäftigten-Größenklassen, 2009		
	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten in € Mrd.	Anteil in %
0 bis 9 Beschäftigte	1.183	21,3
10 bis 49 Beschäftigte	1.057	19,0
50 bis 249 Beschäftigte	1.045	18,8
KMU insgesamt	3.284	59,2
250 und mehr Beschäftigte	2.265	40,8
Gesamte marktorientierte Wirtschaft	5.550	100,0

Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen
¹ ohne Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer: Abschnitte B - N ohne Abschnitt K der NACE Rev. 2 bzw. ÖNACE 2008)
 teilweise Berechnungen der KMU Forschung Austria
 Gliederung nach NACE Rev. 2 (= ÖNACE 2008)
 Quelle: Eurostat

Ein EU-Vergleich zeigt, dass der Anteil der von KMU erzielten Bruttowertschöpfung in Österreich höher ausfiel als in den EU-27.

Grafik 12 Anteil der Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten von KMU in der marktorientierten Wirtschaft¹ an der Bruttowertschöpfung insgesamt der EU-27 in Prozent, 2009²



Anmerkung: Da Eurostat – im Gegensatz zur österreichischen Statistik laut Statistik Austria – die Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen nicht erhebt, ist der Österreichwert in dieser Grafik mit jenem aus dem Österreichkapitel nicht vergleichbar.

¹ ohne Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer: Abschnitte B - N ohne Abschnitt K der NACE Rev. 2 bzw. ÖNACE 2008)

² Wenn keine Daten von 2009 verfügbar waren, wurde auf Daten aus dem Jahr 2008 zurückgegriffen.

teilweise Berechnungen der KMU Forschung Austria

Gliederung nach NACE Rev. 2 (= ÖNACE 2008)

Quelle: Eurostat

1.4 Exkurs: Abschätzung für 2011

Die amtlichen Statistiken erscheinen mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung. Um dennoch eine Indikation über die jüngste Entwicklung der österreichischen KMU zu ermöglichen, bietet die folgende Tabelle eine erste Abschätzung einiger Strukturdaten für das Jahr 2011. Demnach beschäftigten im Jahr 2011 etwas mehr als 310.000 KMU rund 1,8 Mio. Erwerbstätige. Diese erzielten Umsatzerlöse von rund € 419 Mrd. und eine Bruttowertschöpfung von rund € 103 Mrd.

Gegenüber 2010 sind die Anzahl der KMU sowie deren Beschäftigte jeweils um rund 1 % gestiegen. Die Umsätze und die Bruttowertschöpfung der KMU haben jeweils um etwa 5 % zugenommen.

Tabelle 25 Überblick über die KMU in der marktorientierten Wirtschaft¹, Abschätzung 2011				
	Unternehmen	Beschäftigte	Umsatzerlöse in € Mio.	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten in € Mio.
0 bis 9 Beschäftigte	272.100	671.000	115.300	30.700
10 bis 49 Beschäftigte	33.000	631.700	147.100	34.000
50 bis 249 Beschäftigte	5.100	511.900	156.300	38.400
KMU insgesamt	310.200	1.814.600	418.700	103.100
250 und mehr Beschäftigte	1.100	895.500	248.000	74.800
Gesamte marktorientierte Wirtschaft	311.300	2.710.100	666.700	177.900
Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen ¹ ohne Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer: Abschnitte B bis N und S95 der ÖNACE 2008) Gliederung nach ÖNACE 2008 (= NACE Rev. 2) Quellen: Eurostat, KMU Forschung Austria, Statistik Austria				

1.5 Betriebswirtschaftliche Situation

1.5.1 Entwicklung der KMU

Auf Basis von Kennzahlen der Bilanzanalyse wird nachfolgend die betriebswirtschaftliche Situation der Klein- und Mittelunternehmen Österreichs dargestellt. Neben ausgewählten Ertrags- und Rentabilitätskennzahlen (Umsatzrentabilität, Cash flow, Kapitalumschlag und Gesamtkapitalrentabilität) werden auch Kennziffern zur Finanzierung und Liquidität (Eigenkapitalquote, Anlagendeckung, Bankverschuldung sowie Schuldentilgungsdauer) näher beleuchtet.

Datengrundlage bilden die betriebswirtschaftlich korrigierten Jahresabschlüsse von 71.563 Unternehmen (darunter 70.014 KMU) der marktorientierten Wirtschaft Österreichs für das Bilanzjahr 2010/11, wobei das Realitätenwesen und Holdings auf Grund stark verzerrender Wirkungen unberücksichtigt bleiben. Die durchgeführten betriebswirtschaftlichen Korrekturen beziehen sich auf kalkulatorische Unternehmerlöhne und Eigenkapitalzinsen: um unterschiedliche Rechtsformen miteinander vergleichen zu können, wird bei Einzelunternehmen und Personengesellschaften ein kalkulatorisches Unternehmerentgelt in der Höhe von € 30.901,- angesetzt, als auch kalkulatorische Eigenkapitalzinsen (bei allen Rechtsformen) berücksichtigt. Im Rahmen dieser Analysen werden ausschließlich Jahresabschlüsse im Sinne der doppelten Buchhaltung einbezogen.

Im Durchschnitt erzielten die österreichischen KMU im Bilanzjahr 2010/11 ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Prozent der Betriebsleistung von 3,1 %. Differenziert nach Größenklassen zeigt sich, dass die Kleinstbetriebe unter den KMU bei den Ertrags- und Rentabilitätskennzahlen am besten abschneiden. Sie erwirtschafteten eine Umsatzrentabilität von im Durchschnitt 3,4 %. Kleinbetriebe und Mittelbetriebe erreichten eine Rentabilität von 3,1 % bzw. 3 %. Bei Großunternehmen betrug die durchschnittliche Umsatzrentabilität 3,8 %. Ein Zeitvergleich zwischen den Jahren 2008/09 und 2010/11 zeigt einen Anstieg der Umsatzrentabilität in allen Betriebsgrößenklassen.

Der Cash flow, der die Innenfinanzierungskraft eines Unternehmens darstellt, betrug im Bilanzjahr 2010/11 für die österreichischen KMU der marktorientierten Wirtschaft 7,4 %. Kleinunternehmen lagen mit einem durchschnittlichen Cash flow von 7,1 % darunter, während Großunternehmen 8,5 % erwirtschafteten.

Der Kapitalumschlag, welcher Auskunft über die Effizienz des eingesetzten Kapitals gibt, betrug im Durchschnitt bei den KMU 2010/11 1,1. Kleinst- und Kleinunternehmen erzielten einen Kapitalumschlag von 1,4.

Im KMU-Durchschnitt liegt die Gesamtkapitalrentabilität, auch Return on Investment (ROI) genannt, bei durchschnittlich 5,8 %. Kleinstunternehmen erzielten einen ROI von 7,4 % - bei den Großunternehmen lag er 2010/11 bei 6,9 %.

Tabelle 26 Ausgewählte Ertrags- und Rentabilitätskennzahlen der marktorientierten Wirtschaft¹ Österreichs nach Betriebsgrößenklassen, 2010/11				
Betriebsgrößenklasse	Umsatzrentabilität in %	Cash flow in %	Kapitalumschlag (x-mal)	Gesamtkapitalrentabilität in %
Kleinstunternehmen	3,4	7,7	1,4	7,4
Kleine Unternehmen	3,1	7,1	1,4	6,6
Mittlere Unternehmen	3,0	7,6	1,0	5,2
KMU gesamt	3,1	7,4	1,1	5,8
<i>Große Unternehmen</i>	<i>3,8</i>	<i>8,5</i>	<i>1,0</i>	<i>6,9</i>

¹ ohne Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer: Abschnitte B bis N und S95 der ÖNACE 2008); um Verzerrungen zu vermeiden, werden auch Realitätenwesen und Holdings nicht berücksichtigt.
Kennzahldefinitionen:
 Umsatzrentabilität = Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT) in % der Betriebsleistung
 Cash flow = (EGT + Abschreibungen + kalk. Eigenkapitalzinsen) in % der Betriebsleistung
 Kapitalumschlag = Betriebsleistung / Gesamtkapital
 Gesamtkapitalrentabilität = Betriebserfolg (EGT vor Finanzierungskosten) in % des Gesamtkapitals
 Quelle: KMU Forschung Austria, Bilanzdatenbank

Im sektoralen Vergleich zeigen sich große Unterschiede hinsichtlich der betriebswirtschaftlichen Position der österreichischen KMU in der marktorientierten Wirtschaft.

Die Sektoren Verkehr sowie Beherbergung und Gastronomie weisen eine durchschnittliche Umsatzrentabilität von 1,6 % auf, während bei den freiberuflichen Dienstleistungen 9,2 % erreicht werden.

Im Durchschnitt ist der Cash flow im Handel mit 4,2 % am niedrigsten – den höchsten durchschnittlichen Cash flow mit 12,9 % erzielte der Sektor der freiberuflichen Dienstleistungen. Die durchschnittliche Gesamtkapitalrentabilität variierte innerhalb der ausgewählten Sektoren der marktorientierten Wirtschaft zwischen 3,4 % im Bau und 14,3 % bei den freiberuflichen Dienstleistungen. Im Handel betrug die Gesamtkapitalrentabilität im Durchschnitt 8 %.

Tabelle 27 Ertrags- und Rentabilitätskennzahlen Österreichs KMU der marktorientierten Wirtschaft¹ nach Sektoren², 2010/11				
	Umsatzrentabilität in %	Cash flow in %	Kapitalumschlag (x-mal)	Gesamtkapitalrentabilität in %
Herstellung von Waren	3,2	7,4	1,4	6,8
Bau	2,7	7,8	0,5	3,4
Handel	2,5	4,2	2,3	8,0
Verkehr	1,6	10,0	1,1	4,1
Beherbergung und Gastronomie	1,6	12,6	0,6	4,0
Information und Kommunikation	5,9	10,9	1,5	10,8
Freiberufliche Dienstleistungen	9,2	12,9	1,3	14,3
Gesamte marktorientierte Wirtschaft	3,1	7,4	1,1	5,8

¹ ohne Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer: Abschnitte B bis N und S95 der ÖNACE 2008); um Verzerrungen zu vermeiden, werden auch Realitätenwesen und Holdings nicht berücksichtigt.
² Es werden nur ausgewählte Sektoren dargestellt.
Kennzahlendefinitionen:
Umsatzrentabilität = Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT) in % der Betriebsleistung
Cash flow = (EGT + Abschreibungen + kalk. Eigenkapitalzinsen) in % der Betriebsleistung
Kapitalumschlag = Betriebsleistung / Gesamtkapital
Gesamtkapitalrentabilität = Betriebserfolg (EGT vor Finanzierungskosten) in % des Gesamtkapitals
Quelle: KMU Forschung Austria, Bilanzdatenbank

Analysiert man Österreichs KMU der marktorientierten Wirtschaft anhand von Finanzierungskennzahlen für das Bilanzjahr 2010/11 zeigt sich ein Ansteigen der durchschnittlichen Eigenkapitalquote mit zunehmender Betriebsgröße. Im KMU-Durchschnitt beträgt die Eigenmittelausstattung 28,5 %. Im Zeitvergleich zwischen den Jahren 2008/09 und 2010/11 ist insgesamt ein Anstieg der durchschnittlichen Eigenkapitalquote von 25 % auf 28,5 % bei den KMU zu beobachten. Vor allem die Kleinst- und Kleinunternehmen konnten im Durchschnitt ihr Eigenkapital erhöhen und trugen damit zur Steigerung bei. Die Eigenkapitalquote der Großunternehmen blieb mit etwa 33 % konstant.

Die Unternehmen der marktorientierten Wirtschaft aller Betriebsgrößenklassen konnten im Bilanzjahr 2010/11 eine Anlagendeckung von zumindest 100 % erfüllen.

Werte unter 100 % bedeuten, dass Teile des Anlagevermögens mit kurzfristigem Fremdkapital finanziert sind, wodurch Liquiditätsschwierigkeiten entstehen. Österreichs KMU erzielten im Durchschnitt eine Anlagendeckung von 106,5 %.

Unterschiede in der Unternehmensfinanzierung nach Betriebs-Größenklassen zeigen sich bei den österreichischen KMU hinsichtlich der Bankverschuldung. Während die Kleinstbetriebe 46,5 % ihres Kapitals durch Bankkredite finanzieren, sind es bei mittleren Unternehmen 21,5 %. Großbetriebe weisen eine durchschnittliche Bankverschuldung im Bilanzjahr 2010/11 von knapp 11 % auf.

Der Indikator „Schuldentilgungsdauer in Jahren“ beträgt im KMU-Durchschnitt 7,2 Jahre. Dies bedeutet, dass die österreichischen KMU der marktorientierten Wirtschaft durchschnittlich etwas mehr als 7 Jahre dazu benötigen, um ihr gesamtes Fremdkapital zurückzuzahlen – unter der Annahme, dass der gesamte Cash flow zur Schuldentilgung aufgewendet würde.

Tabelle 28 Ausgewählte Finanzierungs- und Liquiditätskennzahlen der marktorientierten Wirtschaft¹ Österreichs nach Betriebs-Größenklassen, 2010/11				
Betriebs-Größenklasse	Eigenkapitalquote in %	Anlagendeckung in %	Bankverschuldung in %	Schuldentilgungsdauer in Jahren
Kleinstunternehmen	19,5	108,5	46,5	6,8
Kleine Unternehmen	25,4	111,7	36,1	6,6
Mittlere Unternehmen	31,5	104,1	21,5	7,7
KMU gesamt	28,5	106,5	28,3	7,2
<i>Große Unternehmen</i>	<i>33,0</i>	<i>102,8</i>	<i>10,8</i>	<i>6,9</i>

¹ ohne Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer: Abschnitte B bis N und S95 der ÖNACE 2008); um Verzerrungen zu vermeiden, werden auch Realitätenwesen und Holdings nicht berücksichtigt.
Kennzahldefinitionen:
 Eigenkapitalquote = (buchmäßiges) Eigenkapital / Gesamtkapital * 100
 Anlagendeckung = (Eigenkapital + Sozialkapital + langfristiges Fremdkapital) / Anlagevermögen * 100
 Bankverschuldung = Summe Bankverbindlichkeiten / Gesamtkapital * 100
 Schuldentilgungsdauer = (Fremdkapital – Liquide Mittel) / Cash flow
 Quelle: KMU Forschung Austria, Bilanzdatenbank

Differenziert nach Sektoren hat Beherbergung und Gastronomie im Bilanzjahr 2010/11 mit 15,5 % die niedrigste und der Sektor Herstellung von Waren mit knapp 34 % die höchste Eigenkapitalquote. Daraus resultieren auch unterschiedlich hohe Anteile der Bankverbindlichkeiten am Gesamtkapital. Die geringste durchschnittliche Bankverschuldung mit 14 % weist im Bilanzjahr 2010/11 der Sektor Information und Kommunikation auf. Im Verkehr wurden im Durchschnitt 36 % und im Tourismus 64 % durch Bankkredite finanziert.

Für Tourismusbetriebe beträgt die Schuldentilgungsdauer in etwa 10 Jahre, im Bau handelt es sich sogar um 17 Jahre. In den Sektoren Information und Kommunikation sowie bei den freiberuflichen Dienstleistungen betrug die hypothetische Schuldentilgungsdauer für österreichische KMU der marktorientierten Wirtschaft durchschnittlich 3 Jahre.

Tabelle 29 Bilanzkennzahlen Österreichs KMU der marktorientierten Wirtschaft¹ nach Sektoren², 2010/11				
	Eigenkapitalquote in %	Anlagendeckung in %	Bankverschuldung in %	Schuldentilgungsdauer in Jahren
Herstellung von Waren	33,9	133,9	25,7	5,2
Bau	26,5	96,8	20,5	17,0
Handel	29,3	157,4	25,4	6,1
Verkehr	31,5	85,1	36,1	5,6
Beherbergung und Gastronomie	15,5	83,6	64,4	10,2
Information und Kommunikation	29,9	124,3	14,0	3,0
Freiberufliche Dienstleistungen	30,8	160,0	18,5	2,8
Gesamte marktorientierte Wirtschaft	28,5	106,5	28,3	7,2

¹ ohne Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer: Abschnitte B bis N und S95 der ÖNACE 2008); um Verzerrungen zu vermeiden, werden auch Realitätenwesen und Holdings nicht berücksichtigt.
² Es werden nur ausgewählte Sektoren dargestellt.

Kennzahldefinitionen:
Eigenkapitalquote = (buchmäßiges) Eigenkapital / Gesamtkapital * 100
Anlagendeckung = (Eigenkapital + Sozialkapital + langfristiges Fremdkapital) / Anlagevermögen * 100
Bankverschuldung = Summe Bankverbindlichkeiten / Gesamtkapital * 100
Schuldentilgungsdauer = (Fremdkapital - Liquide Mittel) / Cash flow
Quelle: KMU Forschung Austria, Bilanzdatenbank

1.5.2 Entwicklung der EPU

In der folgenden betriebswirtschaftlichen Analyse werden jene Ein-Personen-Unternehmen (EPU), für die Einnahmen-/Ausgabenrechnungen für das Kalenderjahr 2010 vorliegen, betrachtet. Sämtliche Auswertungen erfolgen, ebenso wie bei der Entwicklung der (bilanzierenden) KMU, für die marktorientierte Wirtschaft ohne Berücksichtigung des Realitätenwesens und Holdings. Eine direkte Vergleichsmöglichkeit mit dem vorangehenden Kapitel ist aber auf Grund der unterschiedlichen Datengrundlage (Jahresabschlüsse im Sinne der doppelten Buchhaltung vs. Einnahmen-/Ausgabenrechnungen) nicht möglich.

Die Einnahmen-/Ausgabenrechnung ist das vereinfachte Buchführungssystem, bei dem alle laufenden Einnahmen, Vorschüsse und geldwerten Güter erfasst werden. Zur Ermittlung des Ergebnisses werden prinzipiell die tatsächlichen Betriebseinnahmen den tatsächlichen Betriebsausgaben – nach dem Zeitpunkt der Bezahlung (Zufluss-Abfluss-Prinzip) – eines Kalenderjahres gegenüber gestellt.

Auf Basis von 4.731 ausgewerteten Einnahmen-/Ausgabenrechnungen von österreichischen EPU wird nachfolgend die Ertragssituation anhand der Umsatzrentabilität und des Cash flows dargestellt.

Die buchmäßige Umsatzrentabilität beträgt im Jahr 2010 im Durchschnitt 24,3 %, das entspricht einem durchschnittlichen Ergebnis vor Unternehmerlohn in der Höhe von rund € 26.200,-.

Im Vergleich zum Vorjahr ist das Ergebnis um rund einen Prozentpunkt gesunken. Ursache dafür ist, dass die Kosten (insbesondere im Bereich der Material- und Fremdleistungskosten) stärker als der Umsatz gestiegen ist.

Tabelle 30 Umsatzrentabilität Österreichs EPU (Einnahmen-/Ausgabenrechner) der marktorientierten Wirtschaft¹		
	2009	2010
Buchmäßige Umsatzrentabilität ²	25,4	24,3
¹ ohne Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer: Abschnitte B bis N und S95 der ÖNACE 2008); um Verzerrungen zu vermeiden, werden auch Realitätenwesen und Holdings nicht berücksichtigt. ² Ohne Berücksichtigung etwaiger kalkulatorischer Kosten <u>Kennzahlendefinition:</u> Umsatzrentabilität = Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT) in % der Betriebsleistung Quelle: KMU Forschung Austria, Bilanzdatenbank		

Eine Betrachtung nach Sektoren zeigt, dass die buchmäßige Umsatzrentabilität im Durchschnitt 12,2 % im Handel, 21,1 % im Sektor Bau und bis zu 38,6 % bei den freiberuflichen Dienstleistungen beträgt.

Dies entspricht einem Ergebnis von € 17.130,- im Handel bis zu € 40.700,- bei den freiberuflichen Dienstleistungen.

Tabelle 31 Umsatzrentabilität Österreichs EPU (Einnahmen-/Ausgabenrechner) der marktorientierten Wirtschaft¹ nach Sektoren², 2010	
	Buchmäßige Umsatzrentabilität ³
Herstellung von Waren	18,6
Bau	21,1
Handel	12,2
Verkehr	16,2
Beherbergung und Gastronomie	18,4
Information und Kommunikation	38,7
Freiberufliche Dienstleistungen	38,6
Gesamte marktorientierte Wirtschaft¹	24,3

¹ ohne Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer: Abschnitte B bis N und S95 der ÖNACE 2008); um Verzerrungen zu vermeiden, werden auch Realitätenwesens und Holdings nicht berücksichtigt.
² Es werden nur ausgewählte Sektoren dargestellt.
³ Ohne Berücksichtigung etwaiger kalkulatorischer Kosten
Kennzahlendefinition:
Umsatzrentabilität = Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT) in % der Betriebsleistung
Quelle: KMU Forschung Austria, Bilanzdatenbank

Im Durchschnitt liegt der Cash flow der österreichischen EPU mit Einnahmen-/Ausgabenrechnung im Jahr 2010 (vor Unternehmerlohn) bei 30,2 % und ist gegenüber dem Vorjahr um rund einen Prozentpunkt gesunken.

Tabelle 32 Cash flow Österreichs EPU (Einnahmen-/Ausgabenrechner) der marktorientierten Wirtschaft¹		
	2009	2010
Buchmäßiger Cash flow ²	31,4	30,2

¹ ohne Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer: Abschnitte B bis N und S95 der ÖNACE 2008); um Verzerrungen zu vermeiden, werden auch Realitätenwesens und Holdings nicht berücksichtigt.
² Ohne Berücksichtigung etwaiger kalkulatorischer Kosten
Kennzahlendefinition:
Cash flow = (EGT + Abschreibungen + kalk. Eigenkapitalzinsen) in % der Betriebsleistung
Quelle: KMU Forschung Austria, Bilanzdatenbank

Die Sektoren Information und Kommunikation sowie freiberufliche Dienstleistungen schneiden auch beim durchschnittlichen buchmäßigen Cash flow mit 44,1 % und 44,6 % am besten ab. Im Handel liegt der Cash flow im Durchschnitt bei 15,5 %. Bei den Sektoren Verkehr und Herstellung von Waren beträgt der durchschnittliche buchmäßige Cash flow in etwa bei 25 %.

Tabelle 33 Cash flow Österreichs EPU (Einnahmen-/Ausgabenrechner) der marktorientierten Wirtschaft¹ nach Sektoren², 2010	
	Buchmäßiger Cash flow ³
Herstellung von Waren	24,8
Bau	28,1
Handel	15,5
Verkehr	25,1
Beherbergung und Gastronomie	32,1
Information und Kommunikation	44,1
Freiberufliche Dienstleistungen	44,6
Gesamte marktorientierte Wirtschaft¹	30,2

¹ ohne Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer: Abschnitte B bis N und S95 der ÖNACE 2008); um Verzerrungen zu vermeiden, werden auch Realitätenwesen und Holdings nicht berücksichtigt.

² Es werden nur ausgewählte Sektoren dargestellt.

³ Ohne Berücksichtigung etwaiger kalkulatorischer Kosten

Kennzahldefinitionen:
 Cash flow = (EGT + Abschreibungen + kalk. Eigenkapitalzinsen) in % der Betriebsleistung
 Quelle: KMU Forschung Austria, Bilanzdatenbank

2 Heterogenität österreichischer KMU

Österreichs KMU sind, wie schon das vorangegangene Kapitel aufgezeigt hat, durch eine große Vielfalt geprägt. Unterschiede in der Größe, der Branche, des Standorts und der Eigentümerstruktur sind nur einige Merkmale, an Hand derer die Unternehmen differenziert werden können und durch deren Kombination jedes Unternehmen einzigartig wird. Dieser Vielfalt im Unternehmertum soll Rechnung getragen werden, indem spezifische Unternehmer- bzw. Unternehmensgruppen näher beleuchtet werden. Da Ein-Personen-Unternehmen einen großen Teil der österreichischen Unternehmen stellen, werden diese konkret analysiert. Zu den weiteren Schwerpunktthemen zählen Unternehmerinnen, Familienbetriebe und die Kreativwirtschaft, deren Besonderheiten und spezielle Herausforderungen detailliert dargestellt werden.

2.1 Ein-Personen-Unternehmen in Österreich

Die Anzahl der Ein-Personen-Unternehmen, so genannte EPU, steigt sowohl in ganz Europa als auch in Österreich. Charakteristikum der EPU ist, dass sie (zusätzlich zum Unternehmer bzw. der Unternehmerin) über keine dauerhaft angestellten Beschäftigten verfügen.

Im Jahr 2010 gab es in Österreich 112.500 EPU. Diese Unternehmensgruppe stellte damit etwa 36 % aller Unternehmen. Die meisten EPU (knapp 31.900) waren in den freiberuflichen Dienstleistungen tätig. In diesem Sektor wurde auch die höchste Bruttowertschöpfung erzielt. Bei den Umsatzerlösen lag hingegen der Handel voran. Insgesamt erwirtschafteten Österreichs EPU im Jahr 2010 € 18,9 Mrd. an Umsatzerlösen und € 5,8 Mrd. an Bruttowertschöpfung.

Tabelle 34 Anzahl, Umsatzerlöse und Bruttowertschöpfung der EPU in der marktorientierten Wirtschaft¹ nach Sektoren in absoluten Zahlen per 31. 12. 2010 bzw. für das Jahr 2010			
	Unternehmen	Umsatzerlöse in € Mio.	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten in € Mio.
Herstellung von Waren	6.385	6.456	260
Wasserversorgung und Abfallentsorgung	359	136	31
Bau	8.839	984	362
Handel	26.685	7.544	973
Verkehr	4.147	551	186
Beherbergung und Gastronomie	8.396	518	244
Information und Kommunikation	9.801	1.110	400
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	2.632	394	146
Grundstücks- und Wohnungswesen	6.811	2.366	1.362
Freiberufliche Dienstleistungen	31.877	3.079	1.402
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	4.913	762	326
Gesamte marktorientierte Wirtschaft	112.532	18.910	5.811
¹ ohne Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer Abschnitte B bis N und S95 der ÖNACE 2008) Anmerkung: auf Grund von Geheimhaltung bei den KMU-Daten ohne Bergbau, Energieversorgung und Reparatur von Gebrauchsgütern. Dadurch unterscheidet sich die Summe der Sektoren von dem Wert der gesamten marktorientierten Wirtschaft. Gliederung nach ÖNACE 2008 (=NACE Rev. 2) Quelle: Statistik Austria			

Mit rund 32.000 waren die meisten EPU im Jahr 2010 in Wien tätig, wo dementsprechend auch der höchste Umsatz bzw. die höchste Bruttowertschöpfung erzielt wurde.

Tabelle 35 Anzahl, Umsatzerlöse und Bruttowertschöpfung der EPU in der marktorientierten Wirtschaft¹ nach Bundesländern in absoluten Zahlen per 31. 12. 2010			
	Unternehmen	Umsatzerlöse in € Mio.	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten in € Mio.
Burgenland	3.004	407	128
Kärnten	6.708	809	269
Niederösterreich	19.257	3.201	823
Oberösterreich	14.764	2.857	818
Salzburg	8.012	1.107	393
Steiermark	14.090	1.720	617
Tirol	10.646	1.421	491
Vorarlberg	4.523	672	224
Wien	31.528	6.716	2.048
Österreich	112.532	18.910	5.811
¹ ohne Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer Abschnitte B bis N und S95 der ÖNACE 2008) Gliederung nach ÖNACE 2008 (=NACE Rev. 2) Quelle: Statistik Austria			

Die im Jahr 2011 von der KMU Forschung Austria im Auftrag der Wirtschaftskammer Österreich (WKO) österreichweit durchgeführte Studie zu Ein-Personen-Unternehmen (Dörflinger, C. et al. (2011): Ein-Personen-Unternehmen (EPU) in Österreich. Ein- und Ausblicke 2011. Wien: KMU Forschung Austria/Wirtschaftskammern Österreichs) zeigt die nachfolgend dargestellten Entwicklungen auf.

Ausgestaltungsformen der österreichischen EPU

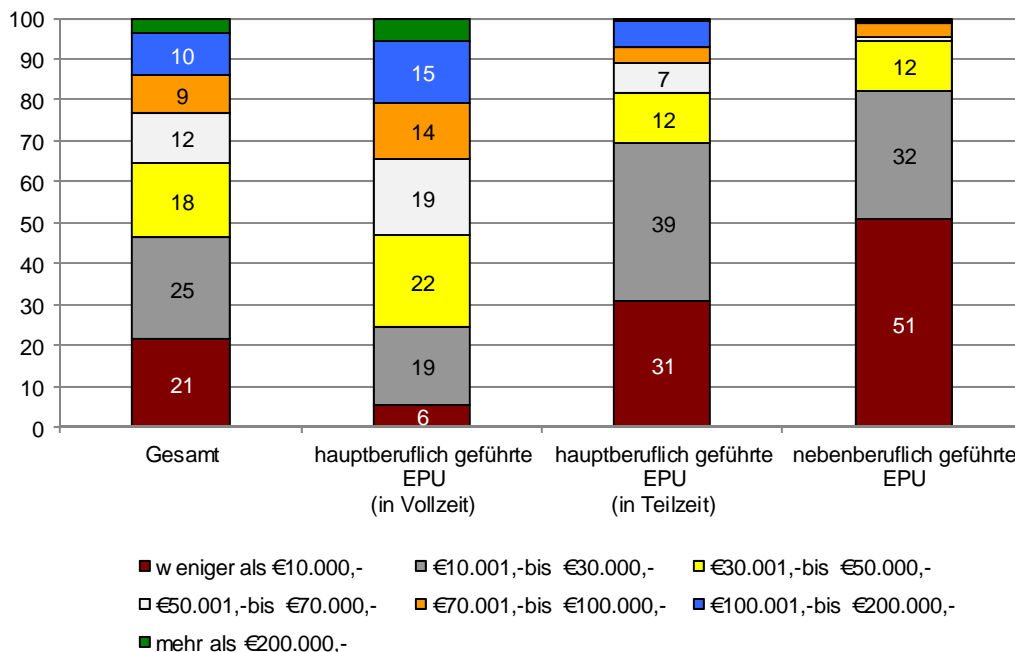
Mehr als drei Viertel der EPU üben ihre Selbstständigkeit hauptberuflich, der Großteil in einem Vollzeitausmaß (63 %) und etwa 15 % in Teilzeit aus. Mehr als ein Fünftel der EPU geht der selbstständigen Tätigkeit nebenberuflich nach, in erster Linie zusätzlich zu einer unselbstständigen Beschäftigung.

Ein zentraler Aspekt für die selbstständige Tätigkeit ist die Wahl des Arbeitsortes. Knapp die Hälfte der EPU (insbesondere jene, die ihrer Tätigkeit in Teilzeit nachgehen) arbeitet von zuhause, ein Drittel hat sich dafür eigens ein vom Privatraum abgeschlossenes Arbeitszimmer eingerichtet. Etwas mehr als ein Viertel (28 %) der EPU verfügt über einen eigenen Unternehmensstandort, weitere 4 % teilen sich einen gemeinsamen Standort mit anderen Selbstständigen. Mit 18 % verrichtet fast ein Fünftel der EPU seine Tätigkeit überwiegend direkt beim Kunden.

Die Heterogenität der EPU spiegelt sich auch in Bezug auf deren Position im Unternehmenslebenszyklus¹² wider. EPU sind keinesfalls nur Unternehmen in der Gründungsphase, sondern in allen Phasen des Unternehmenslebenszyklus vertreten. Ein Drittel der EPU befindet sich in der Wachstumsphase und fast die Hälfte in der Reifephase. Ein geringer Teil der EPU sind „Wendeunternehmen“ (Schrumpfungs- bzw. Unternehmen, die in absehbarer Zeit geschlossen werden). Die nebenberuflich geführten EPU sind häufiger in der Gründungs- und Wachstumsphase, während bei den hauptberuflich geführten EPU sowie bei den österreichischen Unternehmen insgesamt die Reifephase dominiert.

Etwa ein Fünftel aller befragten EPU erzielte im Jahr 2010 einen Jahresumsatz von weniger als € 10.000, wie nachstehende Grafik veranschaulicht. Bei einem Viertel der EPU machte der Umsatz 2010 zwischen € 10.000 und € 30.000 aus. Demgegenüber stehen rund 14 %, die einen Jahresumsatz von mehr als € 100.000 erzielten. Bei den EPU, die nebenberuflich geführt werden, erwirtschaftet jedes zweite Unternehmen weniger als € 10.000 Umsatz. Unter den hauptberuflich in Teilzeit geführten EPU stellt die Umsatzgrößenklasse von € 10.000 bis € 30.000 mit 39 % die größte Gruppe dar. Eine größere Vielfalt bei der Verteilung der Unternehmen nach Umsatzgrößenklassen gibt es hingegen bei den hauptberuflich in Vollzeit geführten EPU. (Dörflinger, C. et al. (2011): a. a. O.)

Grafik 13 Umsatzgrößenklassen der haupt- und nebenberuflichen EPU in Prozent, 2011



Quelle: KMU Forschung Austria, 2011

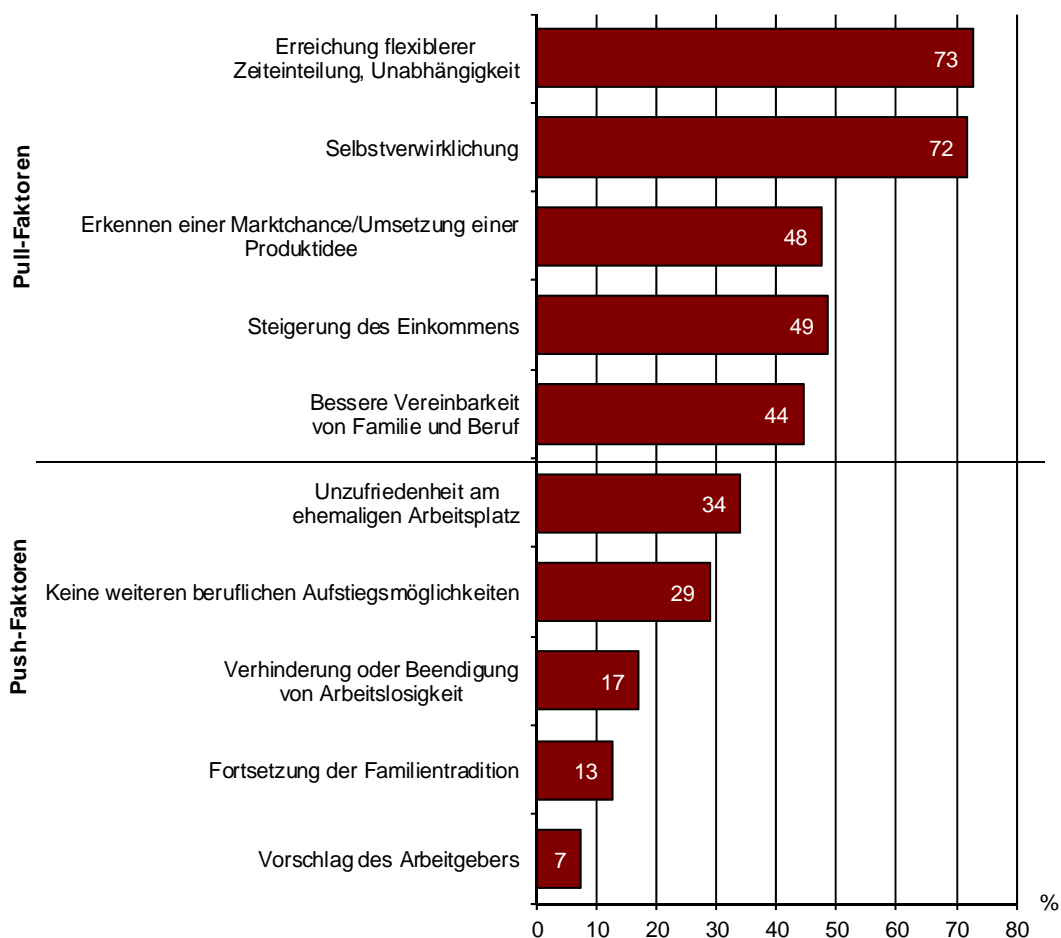
Insgesamt verzeichnete die Mehrheit der EPU im Zeitraum 2008 bis 2011 Umsatzsteigerungen bzw. konnte ihren Umsatz auf einem konstanten Niveau halten.

Gründungsmotive & Zukunftspläne

Die Mehrheit der befragten EPU ist bereits seit mehreren Jahren selbstständig tätig und verfügt über einen ausgeprägten Erfahrungshintergrund. Zum Zeitpunkt der Unternehmensgründung hatten die befragten EPU im Durchschnitt bereits etwa 15 Jahre Berufserfahrung und knapp neun Jahre an Branchenerfahrung.

Selbstverwirklichung und das Streben nach flexiblen Arbeitszeitmodellen waren für EPU die wichtigsten Gründungsmotive. Das bedeutet, dass Pull-Faktoren (also Motive, bei denen sich Selbstständige ursächlich auf Grund einer eigenen Idee für eine Gründung entscheiden) bedeutender waren als Push-Faktoren wie Unzufriedenheit am (ehemaligen) Arbeitsplatz, fehlende Karrieremöglichkeiten oder das Fortsetzen einer Familientradition. (Dörflinger, C. et al. (2011): a. a. O.)

Grafik 14 Push- und Pull-Faktoren der Unternehmensgründung der EPU in Prozent, 2011



Quelle: KMU Forschung Austria, 2011

Die längerfristige Entwicklung – im Vergleich zu vorangegangenen Studien – zeigt, dass bezüglich der Motivlage eine Polarisierung der Hauptgründungsmotive Selbstverwirklichung versus Notwendigkeit zu beobachten ist. So steigt einerseits – verglichen mit 2007 – der Anteil der EPU (auf rund 73 %), die aus Gründen der Selbstverwirklichung und der Erreichung flexibler Zeiteinteilung/Unabhängigkeit ihr Unternehmen gründen. Andererseits wächst aber auch der Anteil der EPU (auf etwa 33 %), für die Unzufriedenheit am ehemaligen Arbeitsplatz und keine weiteren beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten ausschlaggebend für den Weg in die Selbstständigkeit waren.

Bezüglich der unternehmerischen Ziele der EPU lässt sich festhalten, dass am häufigsten die Zusammenarbeit mit interessanten Kunden

(90 %), gefolgt von der Umsetzung eigener Geschäftsideen (89 %) sowie der Arbeit an interessanten Projekten (87 %) genannt wird. Intrinsische Motive liegen daher noch vor der Erzielung hoher Gewinne, was für knapp drei Viertel der EPU (74 %) ein bedeutendes Ziel darstellt. Das Erreichen von Wachstum ist für die EPU hingegen von geringerer Relevanz (45 %). 70 % der EPU sind, gemessen an ihren eigenen, persönlichen Zielen, mit der Entwicklung ihres Unternehmens in den vergangenen zwei Jahren sehr zufrieden bzw. zumindest zufrieden.

EPU sind keinesfalls nur Unternehmen in der Gründungsphase, sondern sie stellen eine nachhaltige Betriebsgröße dar. In Hinblick auf mögliche Wachstumspläne planen zwei Fünftel der befragten EPU ihre Geschäftstätigkeit nicht zu erweitern. „Weitermachen wie bisher“ ist hier das vorrangige Ziel. Mehr als ein Drittel der 2011 Befragten will mittelfristig (in den nächsten drei bis fünf Jahren) Mitarbeiter beschäftigen, wobei die meisten EPU die Aufnahme eines Mitarbeiters von der zukünftigen Auslastung abhängig machen. Vergleicht man diese Ergebnisse mit jenen der ebenfalls österreichweiten Studie aus dem Jahr 2009 (Voithofer, P. et al. (2009): Ein-Personen-Unternehmen in Österreich – Status quo 2009. Wien: KMU Forschung Austria, Wirtschaftskammer Österreich) ist die generelle Bereitschaft zur Aufnahme eines Beschäftigten im Jahr 2011 deutlich geringer, vor allem bei jenen, deren Entscheidung von der zukünftigen Auslastung abhängig ist. Ein Zehntel der EPU hat, wie schon im Jahr 2009, definitiv die Aufnahme eines Mitarbeiters oder einer Mitarbeiterin geplant. Daraus könnte man schließen, dass tendenziell rund ein Zehntel der EPU Beschäftigungseffekte generieren. (Dörflinger, C. et al. (2011): a. a. O.)

Kooperationsverhalten österreichischer EPU

Im Durchschnitt haben Österreichs EPU 30 unterschiedliche Kunden, wobei die Anzahl einer starken Schwankung – insbesondere nach Branchen – unterworfen ist: Die EPU im Handel verzeichnen im Durchschnitt 168 Kunden, während in der Sparte Information & Consulting die durchschnittliche Kundenanzahl zwischen 10 und 12 Kunden liegt.

Knapp jedes zweite EPU konnte in den beiden letzten Jahren neue Kundenbranchen erschließen. Die Hauptabnehmer der Produkte und Dienstleistungen der EPU sind überwiegend andere Unternehmen

(76 %) und Privatpersonen (75 %). Für weitere rund 30 % der EPU zählen öffentliche Einrichtungen sowie Vereine/Initiativen zu ihrem wichtigsten Kundenkreis. Österreichs EPU bedienen in erster Linie regionale bzw. lokale Märkte. Knapp die Hälfte der Kunden befindet sich überwiegend in der Region des Standorts der EPU, bei einem Fünftel sind sie sogar überwiegend aus demselben Ort bzw. derselben Stadt, insbesondere dann, wenn die Kunden Privatpersonen sind. Etwa jedes vierte EPU hat Kunden aus ganz Österreich. Bei einem Zehntel der EPU stammt der Kundenkreis auch aus dem Ausland, insbesondere bei den Unternehmen im Handel, im Tourismus und der Freizeitwirtschaft. Persönliche Empfehlung ist für Österreichs EPU die wichtigste Form der Neukundenakquisition. Denn die überwiegende Mehrheit der EPU (92 %) erhält ihre Aufträge auf Grund von Empfehlungen bzw. wird direkt von den Kunden kontaktiert (89 %).

Die Zusammenarbeit bzw. Kooperation mit anderen Unternehmen ist ein weiteres konstituierendes Merkmal der EPU. Rund zwei Drittel der EPU arbeiten mit Geschäftspartnern zusammen, um gemeinsame Leistungen für Kunden zu erbringen. Diese Zusammenarbeit ist in erster Linie projektbezogen (44 %), für etwa ein Fünftel der EPU ist sie als eine dauerhafte Kooperation angelegt. Durchschnittlich haben die EPU drei Kooperationspartner. Geschäftspartner inspirieren auch zu neuen Ideen. So entwickelt knapp die Hälfte der EPU mit ihren Geschäftspartnern gemeinsam neue Geschäftsideen bzw. fungieren die Geschäftspartner als Ideenlieferanten. Die Geschäftspartner spielen für sechs von zehn der EPU auch eine wichtige Rolle bei der Vermittlung von Aufträgen.

Die Bedeutung von Kooperationen variiert zwischen den Branchen. Sehr stark ausgeprägt ist das Kooperationsverhalten in der Sparte Information und Consulting (insbesondere Unternehmensberatung und Werbung), wo mehr als vier Fünftel mit anderen Unternehmen zusammen arbeiten. Besonders häufig kooperieren auch die EPU im Transportwesen, in der Immobilienbranche sowie im Finanz- und Bauwesen, um gemeinsame Leistungen für Kunden zu erstellen. Zusammengearbeitet wird dabei in erster Linie mit anderen EPU. 76 % kooperieren mit EPU, größere Unternehmen als Geschäftspartner spielen für mehr als die Hälfte der EPU eine Rolle. Bei etwa einem Zehntel der

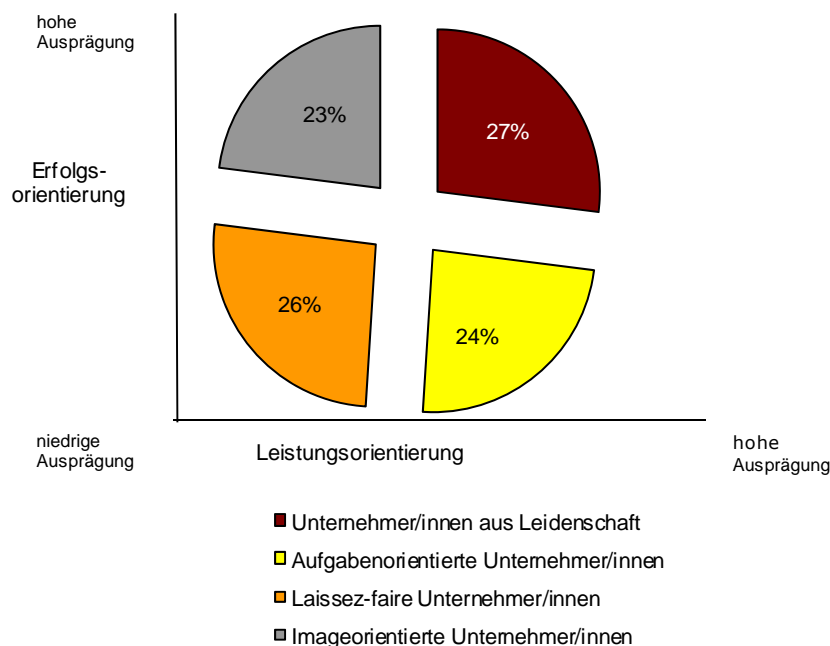
EPU sind die Geschäftspartner öffentliche Einrichtungen bzw. Vereine oder Initiativen.

Rund ein Drittel des Umsatzes der EPU, die mit Geschäftspartnern zusammenarbeiten, geht auf eine solche Kooperation zur gemeinsamen Leistungserbringung zurück. Bei den dauerhaften Kooperationen liegt der Umsatzanteil bei 49 %, während er bei den projektbezogenen Kooperationen durchschnittlich 28 % erreicht. (Dörflinger, C. et al. (2011): a. a. O.)

Berufsbezogene Persönlichkeitsbilder

Auch hinsichtlich der berufsbezogenen Persönlichkeitsbilder zeigt sich eine Vielfalt – das „typische EPU“ gibt es nicht. Für die Unternehmer lassen sich zwei zentrale Persönlichkeitsfaktoren ihrer Berufs- und Arbeitsorientierung erkennen: Leistungsorientierung und Erfolgsorientierung. Die Kombinationen hoher und niedriger Ausprägungen in der Leistungs- und Erfolgsorientierung der EPU ermöglichen die Darstellung von vier „Persönlichkeitsbildern“.

Grafik 15 Verteilung der Ein-Personen-Unternehmer in den berufsbezogenen Persönlichkeitsfaktoren Leistungs- und Erfolgsorientierung, in Prozent



Quelle: KMU Forschung Austria

Das Persönlichkeitsbild der „Unternehmer/innen aus Leidenschaft“ ist durch hohe Ausprägungen in beiden Persönlichkeitsfaktoren (Leistungs- und Erfolgsorientierung) geprägt. 27 % der befragten EPU streben demnach hohe berufliche Ziele an und strengen sich dafür auch entsprechend an. 24 % der befragten Unternehmer/innen beschreiben sich als sehr leistungsorientiert und weniger erfolgsorientiert (Persönlichkeitsbild „Aufgabenorientierte Unternehmer/innen“). Ihre Arbeitsweise ist gewissenhaft und verlässlich; beruflicher Aufstieg ist von geringerer Bedeutung. Unternehmen, die mit moderatem Aufwand hohe berufliche Ziele verfolgen, können dem berufsbezogenen Persönlichkeitsbild der „Imageorientierten Unternehmer/innen“ zugerechnet werden. Dieses Bild ist bei 23 % der befragten EPU zu beobachten. Sogenannte „Laissez-faire Unternehmer/innen“ bilden mit 26 % die vierte Gruppe. Sie weisen sowohl hinsichtlich Leistungsorientierung als auch in Bezug auf Erfolgsorientierung vergleichsweise geringe Ausprägungen auf. Beruflicher Erfolg steht nicht im Mittelpunkt der angestrebten Lebensziele und erbrachte Leistung wird kaum als Motivator für das Erreichen von Zielen erlebt. (Dörflinger, C. et al. (2011): a. a. O.)

Spezifische Förderungen

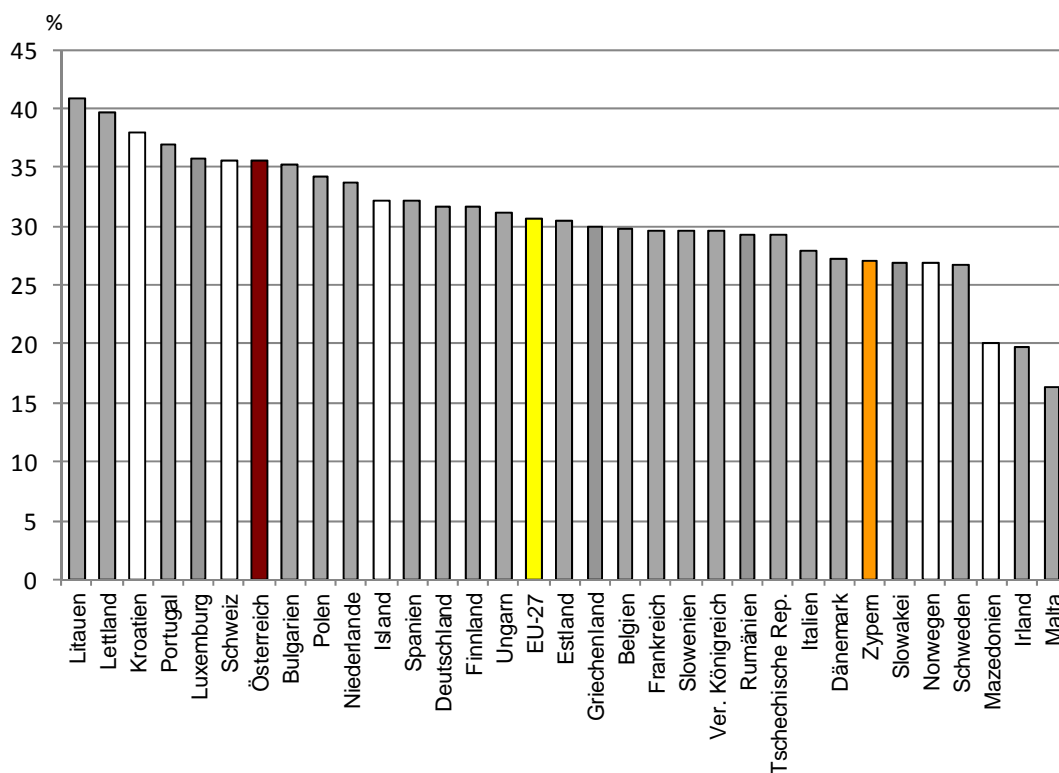
Den EPU als spezifische Unternehmensgruppe mit besonderen Herausforderungen wird auch in der österreichischen Förderlandschaft Rechnung getragen. Als Beispiel können Förderinstrumente der aws (Austria Wirtschaftsservice GmbH), die auf Mikrounternehmen fokussieren, genannt werden. Zu dieser Zielgruppe der Unternehmen mit bis zu neun Beschäftigten gehören auch EPU, welche einige Förderprogramme, die nachfolgend entsprechend dem Unternehmenslebenszyklus dargestellt werden, vergleichsweise häufig in Anspruch nehmen:

- Besonders hoch ist der Anteil der EPU in der Jungunternehmerförderung, die eine Einreichung in den ersten drei Jahren ab Gründung des Unternehmens vorsieht. Bei Zuschüssen und Haftungen der Jungunternehmerförderung machen EPU in etwa zwei Drittel bis drei Viertel aller Förderfälle aus.
- Bei Förderungen, die sich auf nach der Gründungsphase erfolgende Wachstumsprojekte konzentrieren, sind EPU primär bei den Mikrokredithaftungen (Kleinprojekte mit bis zu € 30.000 Projektvolumen) stark vertreten. Rund die Hälfte der Projekte in diesem Programm entfällt auf EPU.
- Im Bereich der Unternehmensdynamik – ein Förderprogramm für innovative Investitionsprojekte in wachsenden Unternehmen – wurde im Jahr 2011 etwa jedes fünfte Förderprojekt von EPU durchgeführt. Die durchschnittliche Projektgröße lag bei € 226.000 bzw. bei einem Median von rund € 100.000.
- Wesentlich niedriger ist der EPU-Anteil bei den ERP-Kleinkrediten. Unter insgesamt 1.903 Förderungsfällen der Jahre 2010 und 2011 entfallen 117 Projekte (bzw. 6,1 %) auf EPU und weitere 400 Projekte (21 %) wurden von Unternehmen mit einem Beschäftigten durchgeführt.

2.2 Unternehmerinnen

Unternehmen werden europaweit häufiger von Männern als von Frauen geführt. Der Frauenanteil liegt dabei in Österreich mit rund 36 % höher als in den meisten anderen europäischen Ländern (EU-27: 31 %), wie nachfolgende Grafik veranschaulicht.

Grafik 16 Frauenanteil an Selbstständigen in Europa, 2011



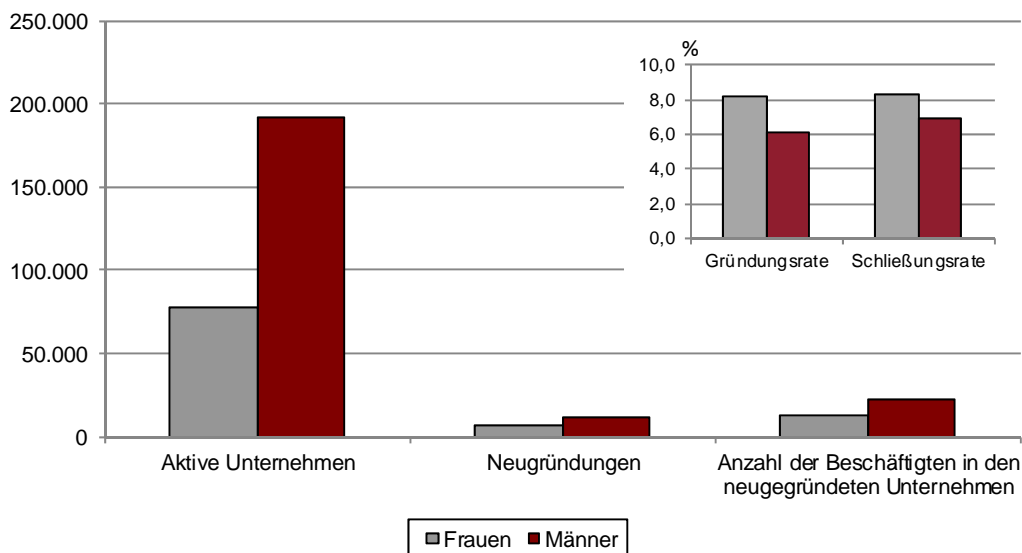
Quelle: Eurostat

Gründungsneigung und -aktivitäten

Frauen haben tendenziell seltener den Wunsch, sich selbstständig zu machen. Dennoch ist die Zahl der weiblichen Unternehmensgründer im Steigen begriffen. Die Neugründungsrate, das ist der Anteil der neu gegründeten Unternehmen gemessen an den aktiven Unternehmen, lag im Jahr 2010 bei den Einzelunternehmerinnen höher als bei den Einzelunternehmern. Auch die Schließungsrate der frauengeführten Einzelunternehmen lag über jener der von Männern geführten Einzelunternehmen.

Die sechsjährige Überlebensquote, das heißt der Anteil jener Arbeitgeberunternehmen, die sechs Jahre nach der Gründung noch aktiv waren, lag bei allen Einzelunternehmen über 50 %. Die Überlebensquote der von Frauen geführten Betriebe lag bei rund 54 %, jene der von Männern geführten Betriebe bei rund 59 %. (Quelle: Statistik Austria)

Grafik 17 Anzahl der aktiven Einzelunternehmen in Österreich, Neugründungen und Beschäftigte in den neugegründeten Unternehmen, sowie Neugründungs- und Schließungsrate nach Geschlecht des Unternehmers, 2010



Quelle: Statistik Austria

Bei den Motiven für eine Unternehmensgründung steht für Frauen wie für Männer die Möglichkeit, selbstständig zu arbeiten und eigene Ideen umsetzen zu können, gleichermaßen im Vordergrund. Die Selbstverwirklichung als so genannter „Pull-Faktor“ ist somit zentral. Hinzu kommt für Frauen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die flexible Zeiteinteilung als „Push-Faktor“, die für Männer kaum Gründungsmotive darstellen. (Heckl, E. et al. (2010): Unternehmerinnen in Österreich: Status quo 2009. Wien: KMU Forschung Austria, BWFJ, Wirtschaftskammer Österreich – Frau in der Wirtschaft)

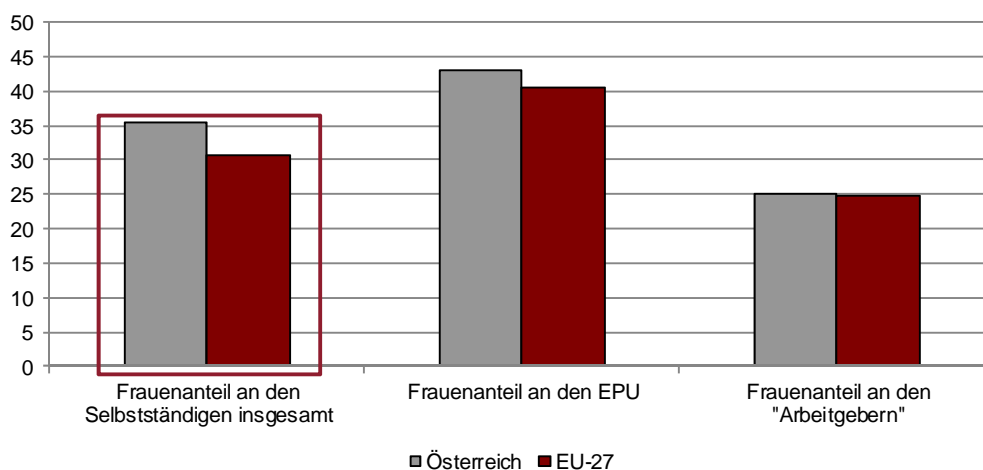
Der Großteil der österreichischen Selbstständigen hat eine Lehre abgeschlossen (rund 40 % der männlichen und 29 % der weiblichen Selbstständigen). Etwa 20 % der männlichen sowie weiblichen Selbstständigen Österreichs sind Akademiker. Diesbezüglich hat eine Befragung der Johannes Kepler Universität Linz unter Studierenden ergeben, dass sowohl hinsichtlich der Gründungsneigung als auch der tatsächlichen unternehmerischen Tätigkeit geschlechtsspezifische Unterschiede bestehen. (Kailer, N./Daxner, F. (2010): Gründungspotenzial und -aktivitäten von Studierenden an österreichischen Hochschulen. Linz: Johannes Kepler Universität Linz)

Rund ein Drittel der weiblichen Studenten (32 %) hat noch nie über eine Unternehmensgründung nachgedacht, im Vergleich zu 17 % der männlichen Studenten. Jeweils etwa doppelt so viele Studenten wie Studentinnen haben den festen Entschluss, sich selbstständig zu machen (10 % der Männer und 6 % der Frauen), haben bereits mit der Realisation begonnen (2 % der Männer gegenüber 1 % der Frauen), sind bereits selbstständig (5 % der Männer versus 2 % der Frauen) oder waren schon einmal selbstständig (2 % der Männer und 1 % der Frauen). Ein Vergleich der verschiedenen Studienrichtungen macht deutlich, dass die Gründungsneigung und -aktivitäten in wirtschaftsnahen Studien (Betriebs- /Volks- /Verwaltungswirtschaft und Rechtswissenschaften) stärker ausgeprägt sind als in technischen Studienrichtungen oder den Geisteswissenschaften. Auch innerhalb der Studienrichtungen zeigen sich ähnliche Unterschiede zwischen den Geschlechtern in Bezug auf die Gründungsneigung und -aktivitäten. (Kailer, N./Daxner, F. (2010): a. a. O.)

Charakteristika von frauengeführten Unternehmen

Frauen führen meist kleinere Unternehmen, was sich auch an dem höheren Anteil an EPU zeigt. Der Anteil der von Frauen geführten EPU an der Gesamtheit der EPU liegt bei 43 % und damit über dem Wert der EU-27 von 41 %. Frauen beschäftigen seltener Mitarbeiter bzw. Mitarbeiterinnen. Der Anteil der Unternehmerinnen, die Angestellte beschäftigen liegt sowohl in Österreich als auch innerhalb der EU-27 bei einem Viertel.

Grafik 18 Anteil der Frauen an den Selbstständigen insgesamt sowie an den EPU und jenen Unternehmern, die Arbeitnehmer beschäftigen, 2011



Quelle: Eurostat

Von den Einzelunternehmen mit Beschäftigten finden sich Frauenbetriebe am häufigsten in der Gruppe mit ein bis vier Arbeitnehmern (55 % im Vergleich zu 43 % der Männerbetriebe im Jahr 2009). Über ein Fünftel (23 %) der Arbeitgeberinnen und knapp über ein Drittel der Arbeitgeber (34 %) beschäftigen zehn Personen und mehr. (OECD (2012): a. a. O.)

Einhergehend mit der kleineren Unternehmensgröße sind auch vergleichsweise niedrigere Umsätze. Eine Studie aus dem Jahr 2009 zeigt, dass 96 % der Frauenbetriebe weniger als € 1 Mio. jährlich umsetzen. Frauen führen ihr Unternehmen auch häufiger als Männer im Nebener-

werb und sind öfter in Teilzeit erwerbstätig. Grund dafür ist meist die Betreuung von Kindern. (Heckl, E. et al. (2010): a. a. O.)

Im internationalen Vergleich zeigt sich, dass in Österreich die Einkommensunterschiede zwischen männlichen und weiblichen Selbstständigen höher als im Durchschnitt sind. Besonders hoch ist die Differenz in Deutschland, während Schweden vergleichsweise geringe Unterschiede zwischen den Gehältern von männlichen und weiblichen Unternehmern aufweist. (OECD (2012): a. a. O.)

Von Frauen geführte Betriebe unterscheiden sich besonders hinsichtlich der Branchenschwerpunkte. So sind bspw. im Baugewerbe kaum Frauenunternehmen zu finden und auch bei Herstellung von Waren ist der Anteil an Frauenbetrieben gering. Besonders häufig sind Unternehmerinnen währenddessen im Bereich der Erbringung von sonstigen Dienstleistungen in Österreich (Anteil 2011: 72 %) wie auch in Europa (der EU-27-Anteil 2011: 64 %) tätig. Zu dieser Wirtschaftsklasse zählt vor allem die Erbringung von persönlichen Dienstleistungen, darunter Wäschereien sowie Frisör- und Kosmetiksalons. Weitere Wirtschaftsbereiche, in denen mehr Frauen als Männer unternehmerisch tätig sind, betreffen Erziehung und Unterricht (Anteil 2011: 69 %) sowie das Gesundheits- und Sozialwesen (Anteil 2011: 59 %). Es zeigt sich, dass Frauen häufiger in jenen Wirtschaftszweigen selbstständig sind, die nicht zur sogenannten marktorientierten Wirtschaft zählen.

2.3 Familienunternehmen

Die europäische und österreichische Wirtschaft ist, wie bereits gezeigt wurde, von KMU geprägt. Ein Großteil (über 80 %) der österreichischen Unternehmen zählen zu den Familienunternehmen. (Mandl, I./Obenaus, S. (2008): Overview of Family Business Relevant Issues. Country Fiche Austria. Wien: KMU Forschung Austria, Europäische Kommission)

Dieser zentralen Unternehmensgruppe sind die nachfolgenden Ausführungen gewidmet. Seit 2009 gibt es auf europäischer Ebene eine Definition von Familienunternehmen. (http://ec.europa.eu/enterprise/policies/sme/promoting-entrepreneurship/familybusiness/index_en.htm#h2-2) Ein Unternehmen beliebiger Größe ist demnach ein Familienunternehmen, wenn:

- die Entscheidungsgewalt mehrheitlich in der Hand der natürlichen Person(en) liegt, die das Unternehmen gegründet hat/haben oder die das Stammkapital des Unternehmens erworben hat/haben oder in der Hand deren Ehegatten, Eltern, Kinder oder der direkten Erben der Kinder;
- die Entscheidungsgewalt mehrheitlich indirekt oder direkt ausgeübt wird;
- zumindest ein Mitglied der Familie oder der Verwandtschaft formal in die Unternehmensführung eingebunden ist.
- Börsennotierte Unternehmen gelten als Familienbetrieb, wenn die Person, die das Unternehmen gegründet oder erworben hat (Stammkapital) oder deren Familien oder Nachkommen über 25 % der Rechte zur Beschlussfassung auf Basis ihres Stammkapitals verfügen.

Familienunternehmen tragen mit ihren spezifischen Strukturen, Ressourcen und Chancen sowie Risiken maßgeblich zur nationalen Wirtschaftsleistung bei. In Österreich beschäftigten Familienunternehmen über 70 % der Arbeitnehmer. (Mandl, I./Obenaus, S. (2008): a. a. O.) Dabei sind Familienunternehmen keinesfalls nur unter den Mikro- und Kleinunternehmen zu finden, auch im Bereich der mittleren und großen

Unternehmen Österreichs liegt der Anteil dieser noch bei 67 % bzw. bei 50 %. (Frank, H./ Keßler A. (2009): Strategisches Verhalten und Erfolgsfaktoren von Familienunternehmen: Eine vergleichende Analyse österreichischer Familienunternehmen und Nicht-Familienunternehmen. Wien: Forschungsinstitut für Familienunternehmen)

Erfolgsfaktoren österreichischer Familienunternehmen

Gesamthaft betrachtet sind Österreichs Familienunternehmen sehr erfolgreich und tragen wesentlich zur Arbeitsplatzbeschaffung und nationalen Wirtschaftsleistung bei. Die enge Verzahnung von Familie und Unternehmen stellt nicht nur ein erhebliches Chancenpotenzial dar, das Familienunternehmen gegenüber anderen Wirtschaftsunternehmen auszeichnet, sondern birgt auch ein Risikopotenzial in sich.

Diesem hat sich die im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft, Familie und Jugend (BMWFJ) im Jahr 2011 durchgeführte Studie „Erfolgsfaktoren österreichischer Familienunternehmen – Das Zusammenspiel von Familie und Unternehmen in Entscheidungsprozessen“ gewidmet. (Frank et al. (2011): Erfolgsfaktoren österreichischer Familienunternehmen – Das Zusammenspiel von Familie und Unternehmen in Entscheidungsprozessen. Wien: BMWFJ)

Interessant ist, dass Entscheidungen und Konflikte eng zusammenhängen. In den untersuchten Familienbetrieben zeigt sich, dass Regeln und Strategien vorliegen, um Entscheidungsprobleme zu vermeiden und so einer Konflikteskalation frühzeitig vorzubeugen. (Frank et al. (2011): a. a. O.)

Etwa drei Viertel der im Rahmen der Studie befragten Familienunternehmen geben an, dass Aufgaben-, Prozess- und Beziehungskonflikte nur fallweise auftreten und nicht belastend sind. (Frank et al. (2011): a. a. O.)

Konflikte wirken sich negativ auf die Performance im Vergleich zu den stärksten Mitbewerbern aus. Zudem reduzieren Konflikte die Zufriedenheit der Familienmitglieder mit dem Unternehmen. Insgesamt lässt sich ableiten, dass das Vorbeugen von Konflikten zentraler Erfolgsfaktor ist. Dazu tragen etwa die Bereitschaft, Konfliktlösungen für alle Entscheidungsbeteiligten zu suchen, Akzeptanz und Vertrauen bei.

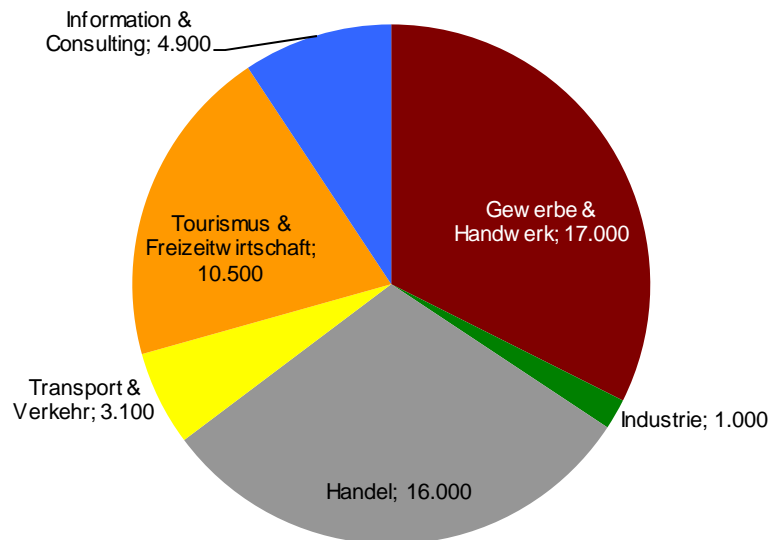
Positiv auf den Erfolg wirken auch die Fähigkeit, sich flexibel an geänderte Bedingungen anzupassen, und eine offene Kommunikationskultur. Familienunternehmen, die sich durch Konfliktlösungsansätze auszeichnen, können sich damit entscheidende Vorteile im Vergleich zu ihren Mitbewerbern verschaffen. (Frank et al. (2011): a. a. O.)

Nachfolge bleibt ein zentrales Thema für Familienunternehmen

Ein weiterhin zentrales Thema, insbesondere für Familienunternehmen, ist die erfolgreiche Unternehmensnachfolge¹³. Studien zeigen auch für Österreich, dass die Nachfolgen innerhalb der Familie rückläufig sind. Gründe dafür sind soziodemographische Veränderungen, wie die rückläufige Kinderzahl und die andere Ausbildung bzw. der andersgelagerte Berufshintergrund der Kinder. Auch dass Unternehmer länger im Beruf tätig sind und sich so die „Wartezeit“ für die Nachfolger erhöht, senkt den familieninternen Betriebsübernahmewillen. (Mandl I. (2008): Overview of Family Business Relevant Issues. Wien: KMU Forschung Austria, Europäische Kommission)

Im Zeitraum 2012 bis 2021 stehen gemäß Berechnungen der KMU Forschung Austria rund 52.500 KMU (exklusive EPU) in Österreich zur Nachfolge an. Dies entspricht etwa 33 % der KMU (exklusive EPU) der gewerblichen Wirtschaft Österreichs. Mit rund 17.000 potenziellen Übergabefällen ist das Gewerbe & Handwerk gefolgt vom Handel (mit etwa 16.000 Fällen) die Sparte mit den meisten anstehenden Nachfolgen. Bei der überwiegenden Mehrheit der zur Nachfolge anstehenden Unternehmen handelt es sich um Familienunternehmen.

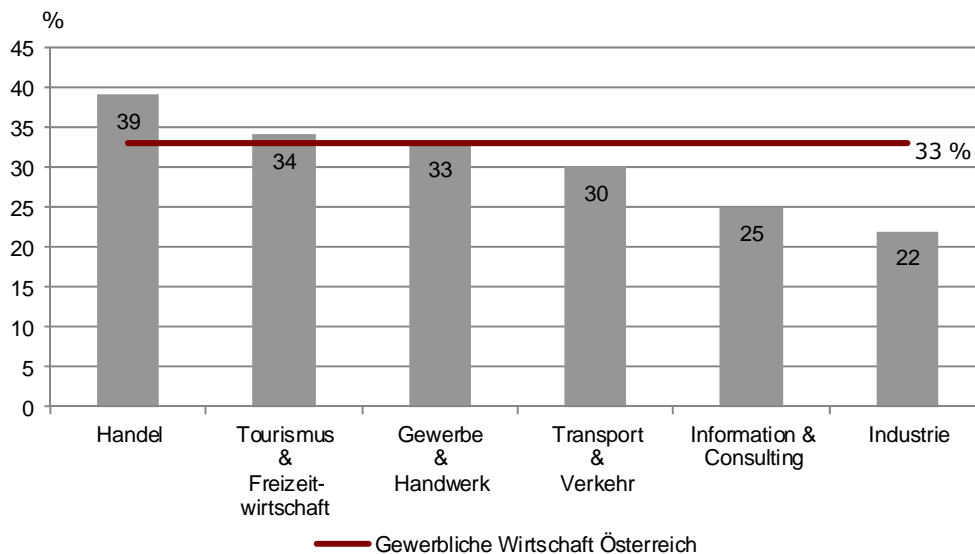
Grafik 19 Verteilung der potenziellen Übergabefälle von kleinen und mittleren Unternehmen Österreichs (exklusive EPU) im Zeitraum 2012 – 2021 nach Sparten



Anmerkungen: ohne Banken und Versicherungen
Quelle: KMU Forschung Austria

In Relation zur Gesamtzahl der Unternehmen der jeweiligen Sparte fällt der Anteil der potenziellen Übergabefälle im Handel am höchsten aus (39 %), gefolgt vom Tourismus (34 %). Die geringste relative Bedeutung spielen Nachfolgen in den nächsten zehn Jahren in der Industrie (22 %).

Grafik 20 Anteil der potenziellen Übergabefälle von kleinen und mittleren Unternehmen Österreichs (exklusive EPU) im Zeitraum 2012 – 2021 an den kleinen und mittleren Unternehmen (exklusive EPU) der jeweiligen Sparte



Anmerkungen: ohne Banken und Versicherungen
Quelle: KMU Forschung Austria

2.4 Österreichs Kreativwirtschaft

In Österreich zählt etwa jedes zehnte Unternehmen zur Kreativwirtschaft¹⁴. Der internationalen Tendenz folgend nimmt auch in Österreich die Wichtigkeit dieses Wirtschaftsbereichs zu. 2010 zählten im Vergleich zum Jahr 2008 um 6,4 % mehr bzw. etwa 38.400 österreichische Unternehmen zur Kreativwirtschaft.

„Kreativwirtschaft“ ist kein einheitlich verwendeter Begriff. Nationale wie internationale Studien verwenden sehr unterschiedliche Abgrenzungen dieses Wirtschaftsbereichs. Seit 2003 werden in Österreich die „Österreichischen Kreativwirtschaftsberichte“ herausgegeben, in denen die Abgrenzung dieses Sektors für Österreich vorgenommen sowie dessen Entwicklung dargestellt wird. Ab dem Vierten Österreichischen Kreativwirtschaftsbericht aus dem Jahr 2010 wurde – die Wirtschaftssystematik ÖNACE 2008 berücksichtigend – folgende Abgrenzung für die Kreativwirtschaft gewählt:

- Architektur
- Design
- Musik, Buch und künstlerische Tätigkeit

- Radio & TV
- Software & Games
- Verlage
- Video & Film
- Werbung

Kreativwirtschaft umfasst demnach erwerbsorientierte Unternehmen, die sich mit der Schaffung, Produktion, (medialen) Distribution von kreativen und kulturellen Gütern und Dienstleistungen beschäftigen.

Eine wesentliche volkswirtschaftliche Funktion der Kreativwirtschaft ist die Versorgung von Unternehmen und Haushalten mit kreativen Produkten und Dienstleistungen. Besonders relevant für die Leistungsfähigkeit einer Ökonomie sind dabei die Beziehungen zu anderen Unternehmen. Kreative Vorleistungen sind oftmals wichtige Bestandteile der Leistungsangebote anderer Branchen und tragen dazu bei, Produkte attraktiver zu gestalten, deren Vermarktung zu fördern und Geschäftsprozesse zu verbessern. In vielen Fällen stoßen die Kreativleistenden bei ihren Kunden mit ihren Ideen direkt Innovationsprozesse an und eröffnen dadurch z.T. auch neue Märkte und Wachstumsmöglichkeiten. (ARGE creativ wirtschaft austria (2010): Vierter Österreichischer Kreativwirtschaftsbericht - Studienfassung. Wien: ARGE creativ wirtschaft austria)

Für eine Vielzahl an Branchen stellen die Vorleistungen der Kreativwirtschaft eine wichtige Quelle für neue Ideen und Lösungen dar und sind oftmals wichtiger als die eigene kreative Tätigkeit, zumindest wenn diese an den Ausgaben für Forschung und Entwicklung (F&E) gemessen werden. Interessant ist, dass viele Branchen mit einer sehr hohen „Kreativintensität“ (also einem hohen Anteil an Kreativvorleistungen am Produktionswert der Branche) selbst eher wenig für F&E aufwenden. Dies gilt z. B. für die Bekleidungsindustrie, die EDV, das Druckgewerbe, die Nahrungsmittelindustrie, Banken und Versicherungen oder Hotels und Gaststätten. Kreativunternehmen übernehmen für diese Branchen oftmals die kreative Vorarbeit in Innovationsprozessen, wie z. B. das Design von neuen Produkten, neue informationstechnische Lösungen für eine effiziente Organisation und Kommunikation oder neue Marketingkonzepte. Allerdings nutzen auch einige for-

schungsintensive Wirtschaftsbereiche wie der Automobilbau, die Chemie- und Pharmaindustrie, die Elektrotechnik und der Maschinenbau intensiv Kreativvorleistungen. (ARGE creativ wirtschaft austria (2010): a. a. O.)

In ihrer ökonomischen Bedeutung unterscheiden sich die verschiedenen Kreativwirtschaftsbereiche (siehe nachfolgende Tabelle). Die meisten Kreativunternehmen sind dem Bereich Musik, Buch und künstlerische Tätigkeit, gefolgt von Software & Games sowie Werbung zuzurechnen. Die Unternehmen des Bereichs Software & Games erzielen den höchsten Umsatzanteil und tragen unter den Kreativbranchen auch den größten Anteil zur Bruttowertschöpfung bei. Auch die meisten Beschäftigten sind in dieser Branche zu finden. Der Bereich Radio & TV ist jener mit den wenigsten Unternehmen, umsatzmäßig ist er aber stärker als Design und Video & Film.

Tabelle 36 Branchenstruktur Kreativwirtschaft, 2010				
	Unternehmen	Beschäftigte	Umsatzerlöse in € Mio	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten in € Mio.
Architektur	5.535	14.924	1.561	790
Design	1.398	2.183	135	63
Musik, Buch und künstlerische Tätigkeit	11.355	33.532	3.529	1.588
Radio & TV	84	4.964	1.245	437
Software & Games	8.746	35.667	4.594	2.180
Verlage	969	9.793	2.324	728
Video & Film	1.721	5.695	680	229
Werbung	8.605	23.713	4.164	983
Kreativwirtschaft	38.413	130.471	18.232	6.998

Quelle: ARGE creativ wirtschaft austria (2012)

Typische Kennzeichen der Kreativwirtschaft sind eine geringe Betriebsgröße und eine kleinteilige Branchenstruktur. Dies zeigt sich auch an dem hohen EPU-Anteil in der Kreativwirtschaft: Bei zwei Drittel aller kreativwirtschaftlichen Betriebe handelt es sich um EPU, während in der Gesamtwirtschaft weniger als 40 % der Unternehmen EPU sind. Besonders hoch ist der EPU-Anteil in den Bereichen Musik, Buch und

künstlerische Tätigkeit sowie Design. Hörfunk- und Fernsehveranstalter sowie Verlage sind großbetrieblicher strukturiert. Rund 5 % der Kreativunternehmen verfügen über zehn oder mehr Beschäftigte, während dies in der Gesamtwirtschaft auf etwa 12 % der Betriebe zutrifft.

Die Kleinstrukturiertheit der Kreativwirtschaftsunternehmen erhöht die Bedeutung von Kooperationen. Der von der creativ wirtschaft austria 2010 veröffentlichte Vierte Österreichische Kreativwirtschaftsbericht widmete sich schwerpunktmäßig dem Thema Kooperationen innerhalb der Kreativwirtschaft und Kunden- bzw. Geschäftsbeziehungen der Kreativunternehmen.

Kundenbeziehungen sind für Kreativwirtschaftsunternehmen wie für kleinstrukturierte Unternehmensgruppen insgesamt auch deshalb besonders wichtig, da die Weiterempfehlung von Kunden für Kreativunternehmen die wichtigste Form der Neukundenakquisition darstellt. Auch der persönliche Kontakt und die Vermittlung durch Geschäfts- bzw. Kooperationspartner sowie der Internetauftritt durch eine eigene Homepage werden für sie als wichtig eingestuft. Die Teilnahme an Ausschreibungen ist für Architekturbüros wichtig, um Neukunden zu akquirieren, für die anderen Kreativunternehmen insgesamt allerdings weniger. (ARGE creativ wirtschaft austria (2010): a. a. O.)

Es zeigt sich, dass etwa drei Viertel der Unternehmen in der Kreativwirtschaft mit Geschäftspartnern zusammenarbeiten, um gemeinsam Leistungen für Kunden zu erbringen. Unternehmen sind in kleinteiligen Netzwerken organisiert und kooperieren eng mit anderen Selbstständigen, um Aufträge kapazitätsmäßig und fachlich/technisch umsetzen zu können. Die Zusammenarbeit ist dabei häufiger projektbezogen als dauerhaft und basiert überwiegend auf informellen Formen der Zusammenarbeit: Etwa vier von zehn Kreativunternehmen regeln ihre Geschäftspartnerschaften nur über mündliche Verträge, während nur etwa jeder vierte schriftliche Verträge verwendet. Kreativleistende wählen als Geschäftspartner zum größten Teil andere, kleinere Unternehmen aus der Kreativwirtschaft, die sich überwiegend im näheren Umkreis befinden. (ARGE creativ wirtschaft austria (2010): a. a. O.)

Schwerpunktmäßig befasst sich der Fünfte Österreichische Kreativwirtschaftsbericht mit der Kreativwirtschaft als regionalem Faktor, also mit

dem Potenzial und der Bedeutung der Kreativwirtschaft in der Regionalentwicklung.

Spezifische Förderungen

Im Jahr 2008 wurde „evolve“ als bundesweite Initiative des BMWFJ zur Innovationsförderung in der Kreativwirtschaft ins Leben gerufen. Im Regierungsprogramm 2008 – 2013 wird dazu festgestellt: „Die Kreativwirtschaft“ weist seit Jahren höhere Wachstumsraten bei Wertschöpfung und Beschäftigung auf als die Gesamtwirtschaft. Das Kreativpotenzial in Österreich ist weiter auszuschöpfen. Die Bundesregierung wird das im Herbst 2008 gestartete umfassende Programm „evolve“ zur Förderung der Kreativwirtschaft in Österreich wie geplant bis 2013 durchführen und in Zusammenarbeit mit verschiedenen Ressorts erweitern.

„evolve“ vereint die bundesweiten Leistungen für Unternehmen zur Stärkung des Bereichs Kreativwirtschaft unter einem gemeinsamen Dach und baut sie zu einem umfassenden Gesamtpaket aus. Das BMWFJ fördert diese mit einem Gesamtbudget von etwa € 25 Mio. von 2008 bis 2013. Träger und Umsetzer dieser Initiative sind die creativwirtschaft austria (cwa) gemeinsam mit der aws und deren Programmlinie „impulse“.

Im Rahmen dieser aws-Programmlinie stehen je nach Förderungsbedarf und Projektstadium unterschiedliche Zuschüsse (impulse support) zur Verfügung:

- „impulse XL“: Bis zum Sommer 2012 wurden in insgesamt sieben Ausschreibungen von 326 Einreichungen 73 Projekte, die ein Projektvolumen von € 20,6 Mio. aufweisen, mit insgesamt € 9,4 Mio. gefördert;
- „impulse XS“: In sechs Ausschreibungen, die bis zum Sommer 2012 erfolgten, wurden von insgesamt 506 Einreichungen 82 Projekte mit einem Gesamtvolumen von € 5,7 Mio. mit insgesamt € 3,3 Mio. unterstützt;
- „impulse LEAD“: In drei Ausschreibungen bis zum Frühjahr 2012 wurden von insgesamt 56 Einreichungen neun Projekte mit einem Gesamtvolumen von € 2,9 Mio. mit insgesamt € 2,2 Mio. gefördert.

Ergänzend dazu bietet „impulse I aws“ Aus- und Weiterbildungsangebote („impulse training“) für (potenzielle) Unternehmen der Kreativwirtschaft und setzt unterschiedliche Awareness-Aktivitäten („impulse awareness“), um das Bewusstsein über den Wert und das Potenzial kreativer Leistungen in der Öffentlichkeit zu erhöhen und die wirtschaftliche Bedeutung dieses Sektors zu stärken. Damit wird dem Ziel Rechnung getragen, im Rahmen von „evolve“ einen ganzheitlichen Förderansatz zu etablieren.

Im Rahmen eines Pilotprojektes gibt es seit Mitte 2012 für zwanzig Salzburger KMU die Chance auf je € 5.000 Förderung für die Umsetzung kreativwirtschaftlicher Innovationsprojekte, eine Art „Kreativscheck“. Die Initiative „Vouchers IN Creative Industries“ (VINCI) ist ein Programm der Europäischen Kommission mit dem Ziel, den Innovationsprozess in bestehenden Klein- und Mittelbetrieben durch die Erleichterung des Zugangs zu kreativwirtschaftlichen Leistungen zu fördern. Gefördert werden kreativwirtschaftsbasierte Projekte aller Branchen von der Ideenfindung über die Entwicklung bis hin zur Marktüberleitung. Die Abwicklung des VINCI-Schecks erfolgt über die aws. Nach der Pilotphase soll ein Rollout in ganz Österreich erfolgen, wobei die Vergabe von etwa 300 Schecks mit einem Gesamtfördervolumen von € 1,5 Mio. geplant ist.

Neben der Herausgabe der Kreativwirtschaftsberichte, die zum besseren Verständnis dieser Branche beitragen, unterstützt die creativ wirtschaft austria, eine Arbeitsgemeinschaft der WKO, Österreichs Kreativwirtschaft auch auf andere Weise. Sie nimmt als Plattform die Interessen der österreichischen Kreativwirtschaft wahr, sowohl national, auf europäischer Ebene als auch international, setzt sich für die Entwicklung der österreichischen Kreativwirtschaft ein und schafft Verknüpfungen mit anderen Branchen. Das Portfolio an Unterstützungsmaßnahmen der cwa reicht von Awareness, Vernetzung auf nationaler und regionaler Ebene bis zur Verbesserung von Rahmenbedingungen für Kreativwirtschaftsunternehmen.

Die österreichische Kreativwirtschaft wird auch bei der Internationalisierung unterstützt. Die Außenwirtschaft Austria (ehemals Außenwirtschaft Österreich, AWO) hat aus Mitteln der Internationalisierungsoffensive „go international“ u.a. ein spezialisiertes Förder- und Serviceprogramm für die Kreativwirtschaft entwickelt und umgesetzt. Seit Anfang der aktuellen Internationalisierungsoffensive, also seit April 2011, wurden mit fast 30 Projekten weltweit durch „go international“ 550 kreative Unternehmen im Bereich der Kreativwirtschaft unterstützt.

Das Referat AWO Kreativwirtschaft hat ein umfangreiches Maßnahmenpaket „Passion & Money“ zusammengestellt. Diese Serviceleistungen sowie die Unterstützung durch das weltweit agierende Netzwerk mit über 110 Stützpunkten bietet die AWO allen (Mitglieds-)Unternehmen aus der Kreativwirtschaft an.

Mittels Ausstellungen in „Design-Hochburgen“ wie Mailand, Barcelona, London und New York werden die Auftritte heimischer Unternehmen bzw. Designer unterstützt, um ihre Produkte weltweit zu positionieren. Auch Sonderprojekte wie eine Österreich-Ausstellung im Rahmen vom „Helsinki Design Capital 2012“ werden durch die AWO umgesetzt bzw. unterstützt, um den Wirtschaftsstandort Österreich zu bewerben.

3 Aktuelle wirtschaftliche Lage

Im Folgenden werden zunächst die wirtschaftliche Entwicklung des Jahres 2011 und anschließend die wirtschaftliche Entwicklung und Prognosen für die Jahre 2012 und 2013 dargestellt.

Grundsätzlich erfolgen die Ausführungen im vorliegenden Bericht anhand KMU-spezifischer Daten, wenn nicht anders verfügbar, muss jedoch auf allgemeine Unternehmensdaten zurückgegriffen werden.

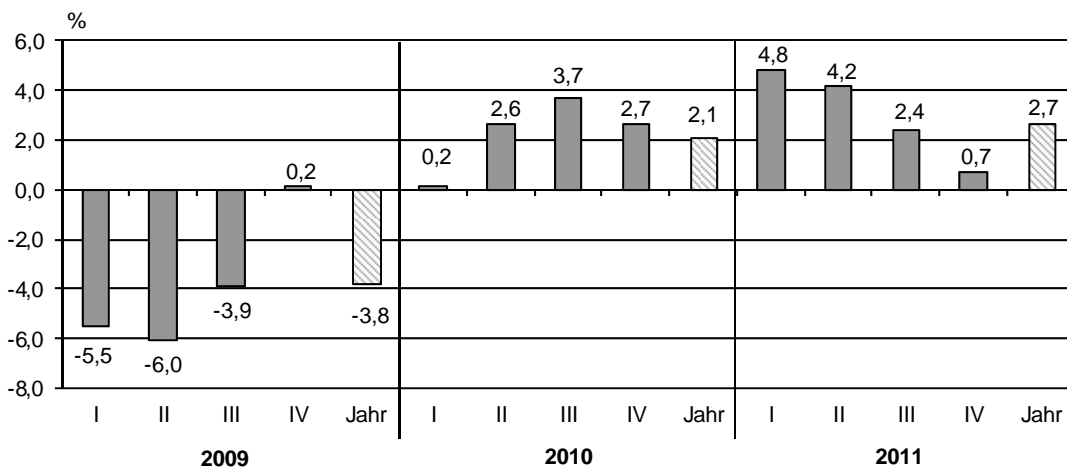
3.1 Wirtschaftliche Entwicklung 2011

3.1.1 Gesamtwirtschaft

Aktuelle Situation in Österreich

Eine Betrachtung der Jahre 2009 bis 2011 zeigt, dass sich die konjunkturelle Lage nach dem Einbruch im Jahr 2009 in den darauffolgenden Jahren wieder verbesserte. Den Tiefststand erreichte die BIP-Veränderung im zweiten Jahresviertel 2009. Im Vergleich zum zweiten Quartal des Jahres 2008 schrumpfte das BIP um 6 %. Mitte des Jahres 2009 setzte eine (zunächst verhaltene) Trendwende ein, die von einer weltweit expansiven Wirtschaftspolitik (Geld- und Fiskalpolitik) sowie den österreichischen Konjunktur- und Arbeitsmarktpaketen getragen wurde. Dies zeigte sich in einem geringeren Rückgang des BIP im dritten Quartal 2009 gegenüber dem Vorjahresquartal und dem Anstieg des BIP ab dem vierten Quartal 2009. Am höchsten fiel das Wachstum im ersten Quartal 2011 mit +4,8 % im Vergleich zum ersten Quartal des Jahres 2010 aus. In den darauffolgenden Quartalen des Jahres 2011 fiel das BIP-Wachstum im Vergleich dazu wieder kontinuierlich geringer aus. Insgesamt konnte im Jahr 2011 das höchste BIP-Wachstum der letzten drei Jahre erzielt werden.

Grafik 21 Reale Veränderung des Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal bzw. dem Vorjahr in Prozent, 2009 - 2011



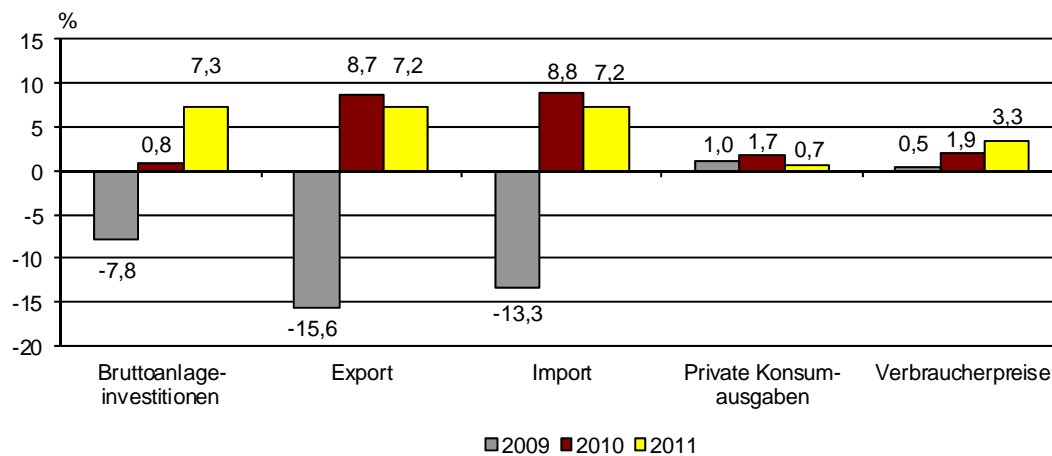
Quelle: Statistik Austria

Q

Ein Vergleich der Hauptindikatoren macht deutlich, dass insbesondere der Außenhandel vom konjunkturellen Einbruch betroffen war. Die Exporte und Importe gingen im Jahr 2009 zurück und stiegen in den darauffolgenden Jahren ausgehend vom niedrigen Niveau wieder stärker an. Auch die Bruttoanlageinvestitionen zeigten 2009 eine negative Entwicklung gegenüber dem Vorjahr und konnten sich in den beiden Folgejahren wieder positiv entwickeln. Einen stabilen Faktor stellten währenddessen – auch im Jahr 2009 – die Konsumausgaben der privaten Haushalte dar.

Nach einem moderaten Anstieg der Verbraucherpreise in den Jahren 2009 (+0,5 %) und 2010 (+1,9 %) fiel die Inflation 2011 insbesondere in Folge von deutlichen Preissteigerungen bei Mineralölprodukten wieder höher aus (+3,3 %).

Grafik 22 Entwicklung der Hauptindikatoren, 2009 – 2011, reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent

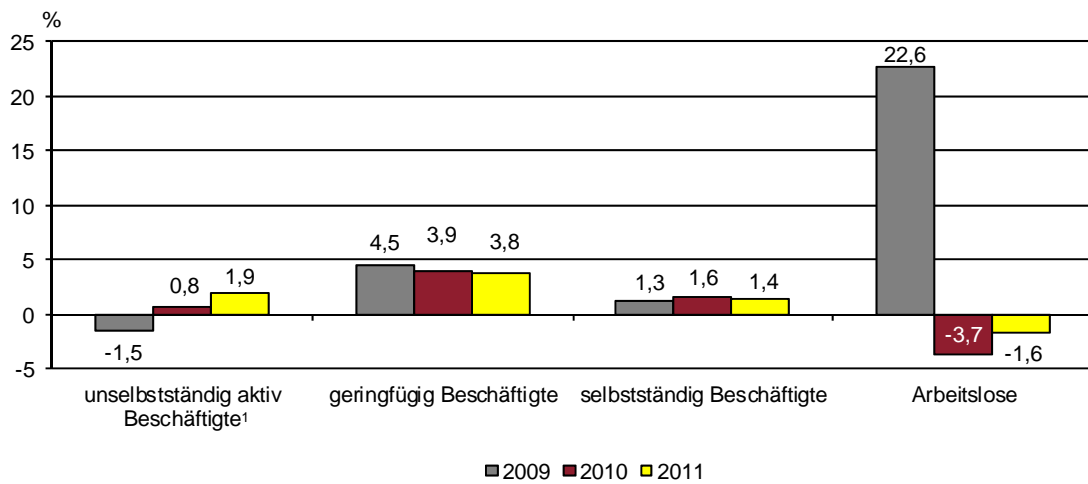


Quelle: Statistik Austria

Die Entwicklungen am Arbeitsmarkt war 2009 von einem Rückgang der unselbstständig Beschäftigten (-1,5 %) und einem Anstieg der Arbeitslosen (+22,6 %) gekennzeichnet. In beiden darauffolgenden Jahren stieg die Anzahl der unselbstständig aktiv Beschäftigten im Vergleich zu den Vorjahren wieder moderat (2010: +0,8 %; 2011: +1,9 %). Die Arbeitslosenzahlen gingen 2010 um 3,7 % und 2011 um 1,6 % zurück. Kontinuierlich stiegen die Zahlen der geringfügig Beschäftigten. Besonders hoch fiel das Wachstum im Jahr 2009 mit +4,5 % aus. 2011 waren um 3,8 % mehr Personen geringfügig tätig als im Jahr zuvor. Auch die Anzahl der Selbstständigen stieg in den drei Vergleichsjahren stetig, im Jahr 2011 um 1,4 %.

Laut nationaler Definition lag die Arbeitslosenquote im Jahr 2011 bei 6,7 %, und ging gegenüber dem Vorjahr um 0,2 %-Punkte zurück.

Grafik 23 Entwicklung am Arbeitsmarkt, 2009 – 2011, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



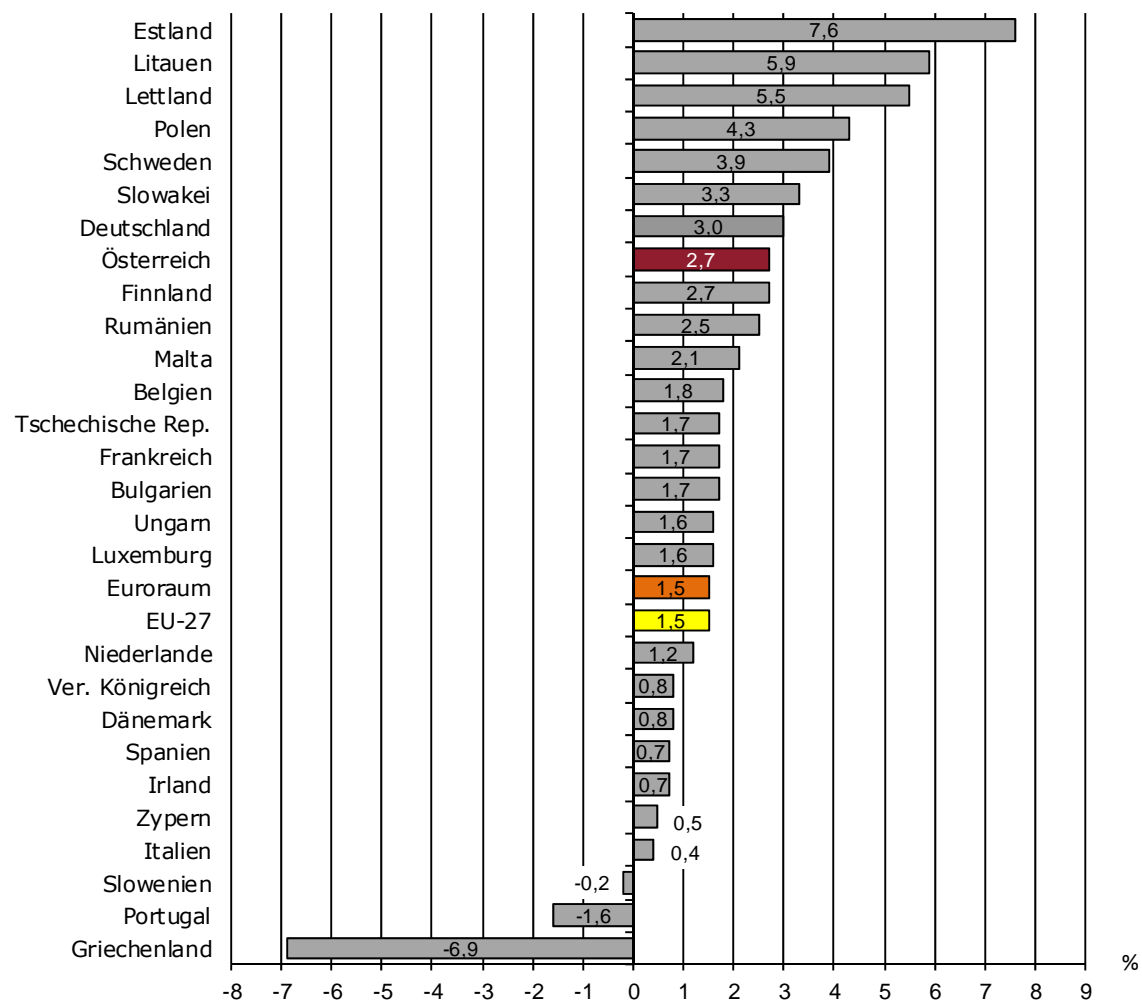
¹ exkl. geringfügig Beschäftigte und exkl. KBG-Bezieher/innen und Präsenzdienstleistungen mit aufrechter Dienstverhältnis

Quellen: AMS, BMASK, Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger

Österreich im europäischen Vergleich

Ein europäischer Vergleich macht deutlich, dass das BIP im Jahr 2011 in Österreich mit +2,7 % stärker gewachsen ist als das durchschnittliche BIP der Staaten der Währungsunion und jenes der EU-27 (jeweils +1,5 %).

Grafik 24 Vergleich der realen Veränderung des Bruttoinlandsprodukts der EU-27 gegenüber dem Vorjahr in Prozent, 2011



Quelle: Eurostat

3.1.2 Sektorale Entwicklung

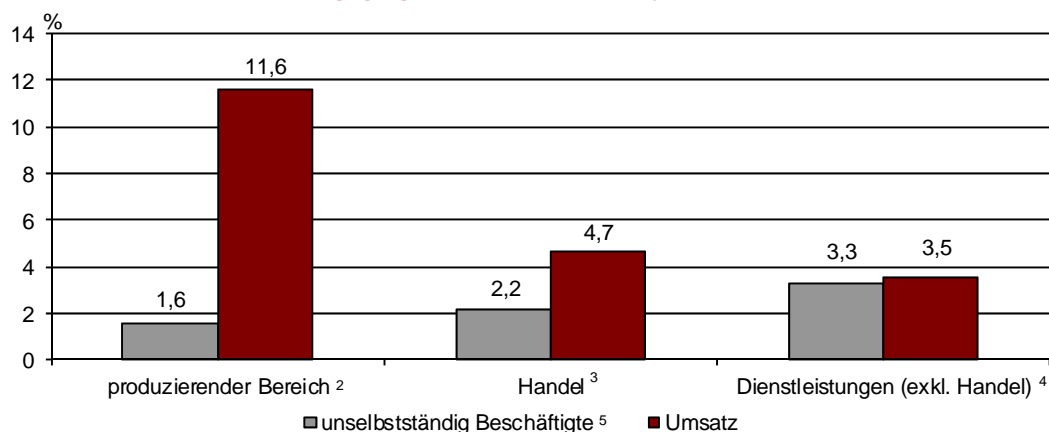
In den nachfolgenden Ausführungen wird die wirtschaftliche Entwicklung in den wichtigsten Sektoren genauer betrachtet. Analysiert werden vor allem die Umsatzentwicklung und die Entwicklung der (unselbstständig) Beschäftigten, zusätzlich geben Konjunkturindikatoren für ausgewählte Sektoren weitere Einblicke.

Nicht in die Analyse einbezogen werden die Land- und Forstwirtschaft, die öffentliche Verwaltung, die Bereiche Erziehung und Unterricht, Gesundheit und Sozialwesen, Kunst, Unterhaltung und Erholung sowie Erbringung von sonstigen Dienstleistungen, da für diese Bereiche nur Daten in eingeschränktem Ausmaß vorliegen.

Alle drei großen Bereiche der marktorientierten Wirtschaft Österreichs (Produktion, Handel, sonstige Dienstleistungen) wiesen 2011 eine positive Entwicklung der Beschäftigten- und Umsatzzahlen auf.

Die stärksten nominellen Umsatzzuwächse verzeichnete der produzierende Bereich (+11,6 %). Die Beschäftigung stieg jedoch weniger stark an (+1,6 %) als in den beiden anderen Wirtschaftssektoren. Während der Handel ein höheres Umsatzplus (+4,7 %) als die sonstigen Dienstleistungen (+3,5 %) erzielen konnte, fiel der Beschäftigungszuwachs bei den sonstigen Dienstleistungen höher aus (+3,3 %) als im Handel (+2,2 %).

Grafik 25 Entwicklung der unselbstständig Beschäftigten und des Umsatzes (nominell) 2011 in der marktorientierten Wirtschaft¹, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



¹ Abschnitte B bis N (Umsatz ohne Abteilungen 72, 75, 77 sowie Gruppen 70.1, 81.1) der ÖNACE 2008 (=NACE Rev. 2)

² Abschnitte B bis F der ÖNACE 2008 (=NACE Rev. 2)

³ Abschnitt G der ÖNACE 2008 (=NACE Rev. 2)

⁴ Abschnitte H bis N (Umsatz ohne Abteilungen 72, 75, 77 sowie Gruppen 70.1, 81.1) der ÖNACE 2008 (=NACE Rev. 2)

⁵ inkl. geringfügig Beschäftigte, jedoch exkl. geringfügig freie Dienstverträge

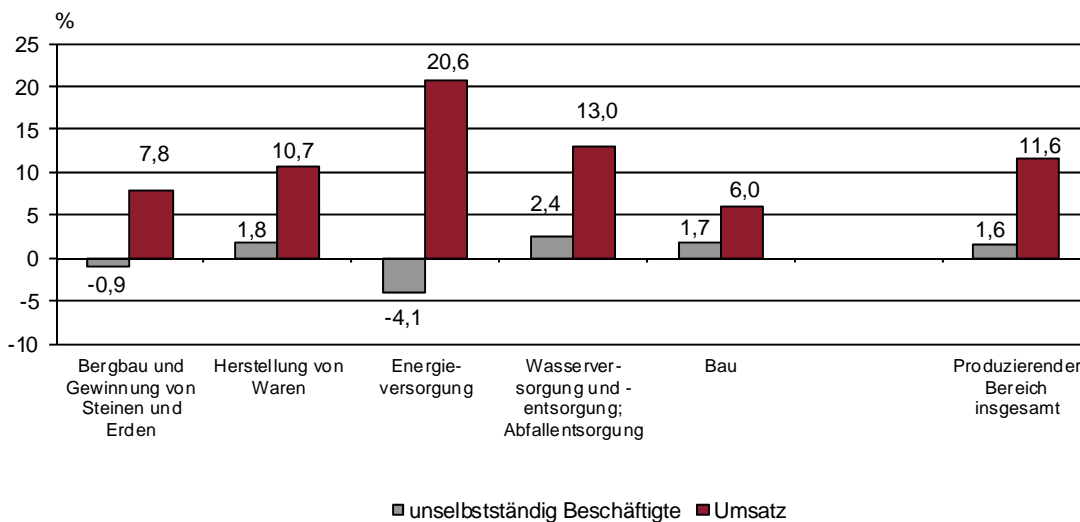
Quellen: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Statistik Austria

Im Folgenden wird die Entwicklung innerhalb der einzelnen Sektoren genauer beleuchtet.

Produzierender Bereich

Eine Betrachtung der einzelnen Sektoren in der Produktion zeigt, dass alle Bereiche im Vergleich zum Vorjahr im Durchschnitt steigende Umsatzzahlen aufwiesen. Die höchste Zuwachsrate konnte die Energieversorgung mit einer nominellen Umsatzsteigerung von über 20 % erzielen. Die Beschäftigungsentwicklung war in diesem Bereich allerdings negativ. Im Vergleich zum Vorjahr beschäftigte die Energieversorgung um rund 4 % weniger Mitarbeiter. Auch der Sektor Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden verzeichnete einen Beschäftigungsrückgang (-0,9 %). Die anderen Sektoren des produzierenden Bereichs wiesen einen Anstieg der Beschäftigtenzahlen auf. Am höchsten fiel dieser in der Wasserversorgung und -entsorgung und Abfallentsorgung aus (+2,4 %), gefolgt von der Herstellung von Waren (+1,8 %) und der Bauwirtschaft (+1,7 %).

Grafik 26 Entwicklung der unselbstständig Beschäftigten¹ und des Umsatzes (nominell) 2011 im produzierenden Bereich², Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



¹ inkl. geringfügig Beschäftigte, jedoch exkl. geringfügig freie Dienstverträge

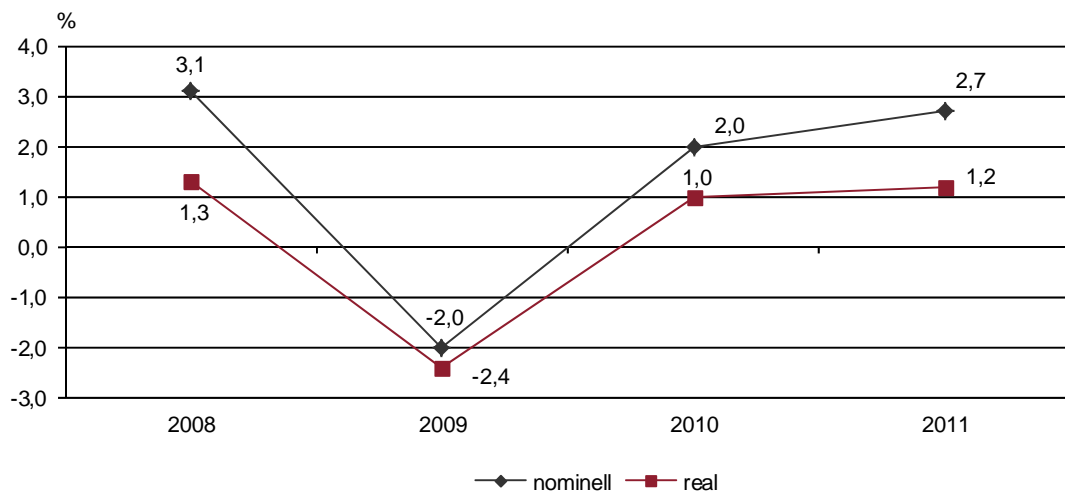
² Abschnitte B bis F der ÖNACE 2008 (=NACE Rev. 2)

Quellen: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Statistik Austria

In nachfolgenden Grafiken wird die Umsatzentwicklung des Gewerbe und Handwerks sowie der Industrie aufgezeigt. Diese Sektoren können überwiegend dem produzierenden Bereich zugeordnet werden.

Nach sowohl nominellen als auch realen Umsatzrückgängen im Jahr 2009 konnten die kleinen und mittleren Gewerbe- und Handwerksbetriebe im Jahr 2010 und 2011 wieder Umsatzzuwächse verzeichnen. Die nominelle Umsatzsteigerung lag 2011 bei +2,7 %, der reale Umsatzzuwachs belief sich auf +1,2 %.

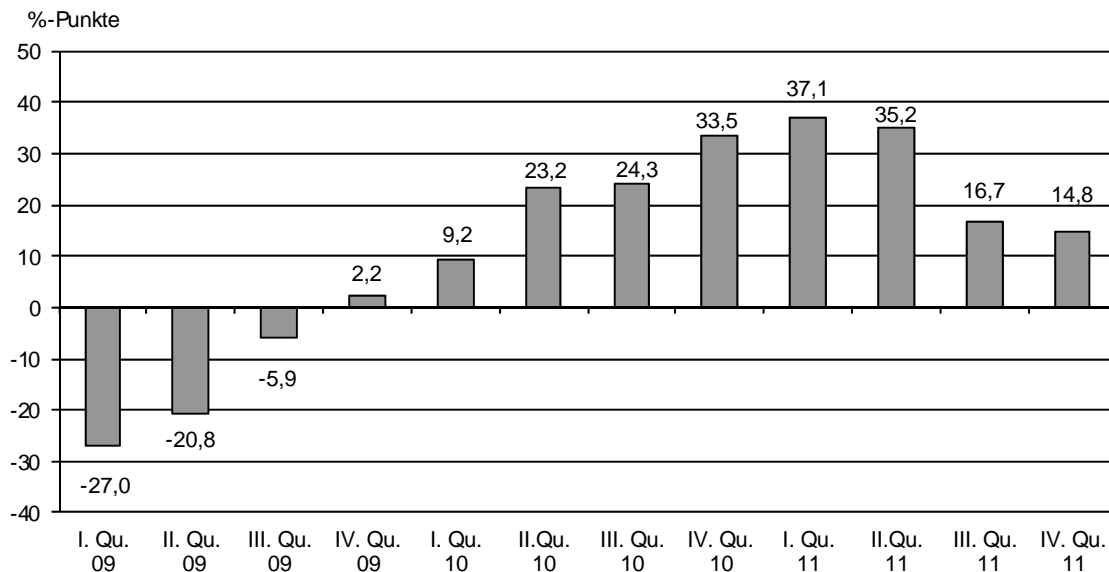
Grafik 27 Umsatzentwicklung der KMU im Gewerbe und Handwerk, 2008 – 2011, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



Gliederung nach Wirtschaftskammersystematik
Quelle: KMU Forschung Austria

Das Konjunkturbarometer der Industriellenvereinigung zeichnet nach der negativen Entwicklung des Jahres 2009 im Jahr 2010 wieder ein deutlich positiveres Bild und 2011 eine abflauende Dynamik. Dies geht aus einer Befragung der österreichischen Industrieunternehmen zu wichtigen Konjunkturindikatoren hervor. Der Mittelwert des Saldos (Anteil der Betriebe mit guter Beurteilung abzüglich dem Anteil der Betriebe mit einer schlechten Beurteilung) der Indikatoren wird in nachfolgender Grafik abgebildet. Ende 2011 (IV. Quartal) war der Saldo zwar positiv, mit 14,8 %-Punkten jedoch wieder unter den Höchstwerten vom vierten Quartal 2010 bis zum zweiten Quartal 2011.

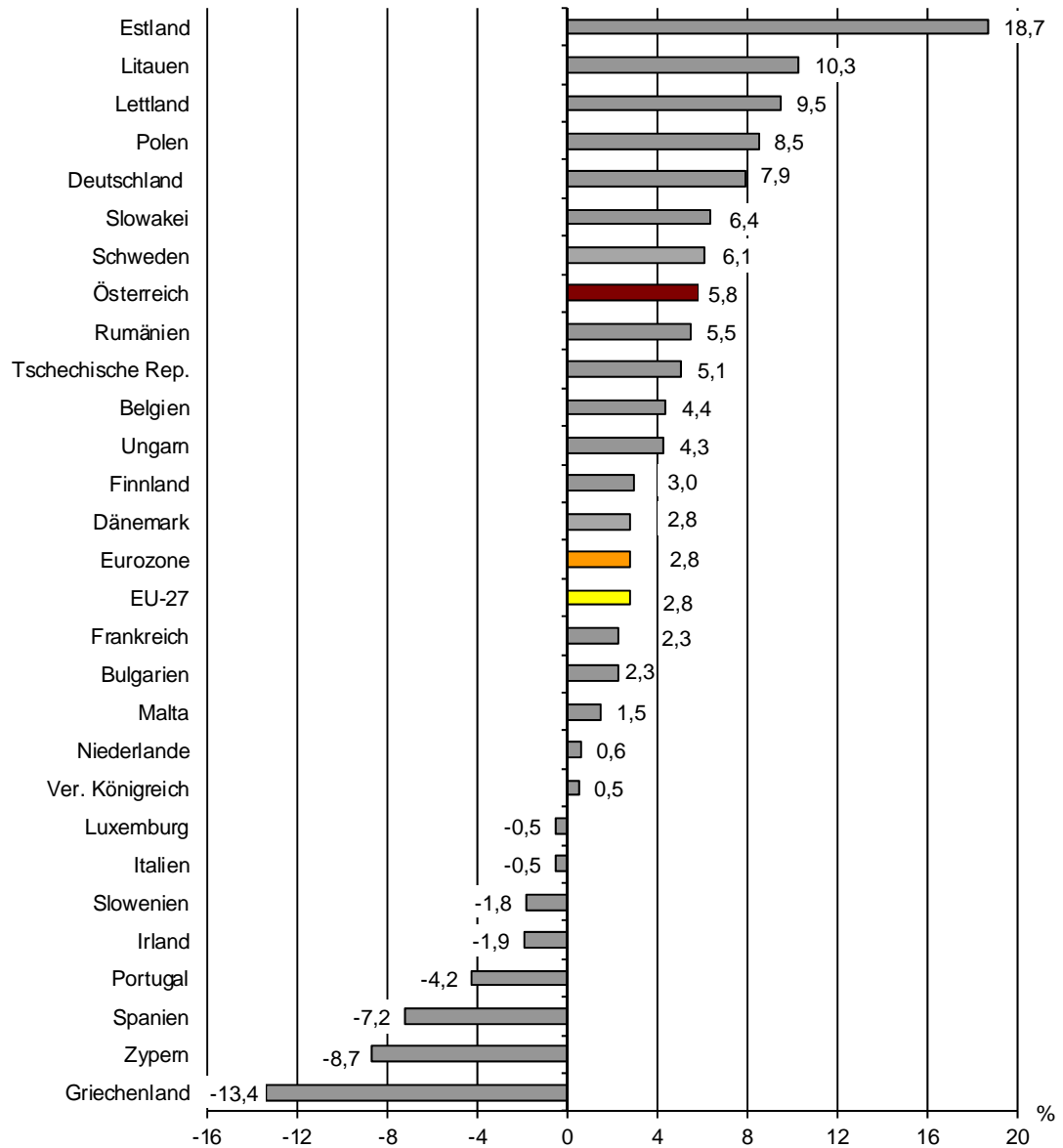
Grafik 28 Entwicklung des Konjunkturbarometers der Industriellenvereinigung, erstes Quartal 2009 – viertes Quartal 2011



Gliederung nach Wirtschaftskammersystematik
 Quelle: Industriellenvereinigung

Ein europäischer Vergleich der Entwicklung des Produktionsvolumens im Jahr 2011 im Vergleich zum Vorjahr zeigt ein differenziertes Bild der EU-27. Hohen Wachstumsraten in Estland (+18,7 %), Litauen (+10,3 %) oder Lettland (+9,5 %) standen deutlich rückläufige Produktionsvolumen in Griechenland (-13,4 %), Zypern (-8,7 %) und Spanien (-7,2 %) gegenüber. Österreich lag mit einem Zuwachs von +5,8 % über dem Durchschnitt der EU-27 bzw. der Länder der Eurozone (jeweils je +2,8 %).

Grafik 29 Europäischer Vergleich der Entwicklung des Produktionsvolumens (nominell) 2011 im produzierenden Bereich¹, arbeitstätig bereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



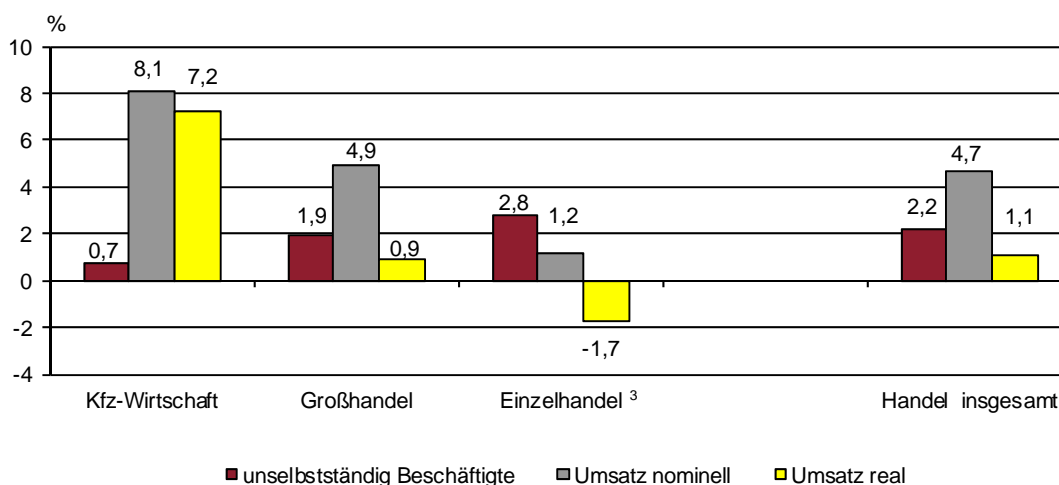
¹ Abschnitte B bis D und F der NACE Rev. 2 (=ÖNACE 2008)
Quelle: Eurostat, vorläufige Schätzung

Handel

Der österreichische Handel (dazu zählen die Kfz-Wirtschaft, der Groß- und der Einzelhandel) erzielte im Jahr 2011 in allen Teilbereichen ein nominelles Umsatzplus. Besonders hoch fielen die nominellen (+8,1 %) und realen (+7,2 %) Umsatzzuwächse in der Kfz-Wirtschaft aus. Auch der Großhandel konnte seinen Umsatz im Vergleich zum Vorjahr nominell (+4,9 %) und real (+0,9 %) steigern. Im Einzelhandel war die nominelle Umsatzentwicklung positiv (+1,2 %), real verzeichnete der Sektor allerdings einen Umsatzrückgang von 1,7 %. Im Einzelhandel war die nominelle Umsatzentwicklung positiv (+1,2 %), real verzeichnete der Sektor allerdings einen Umsatzrückgang von 1,7 %.

In allen Handelsbereichen wurden im Jahr 2011 mehr Mitarbeiter beschäftigt als im Jahr davor. Den höchsten Beschäftigungszuwachs verzeichnete der Einzelhandel (+2,8 %).

Grafik 30 Entwicklung der unselbstständig Beschäftigten¹ und des Umsatzes 2011 im Handel², Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



¹ inkl. geringfügig Beschäftigte, jedoch exkl. geringfügig freie Dienstverträge

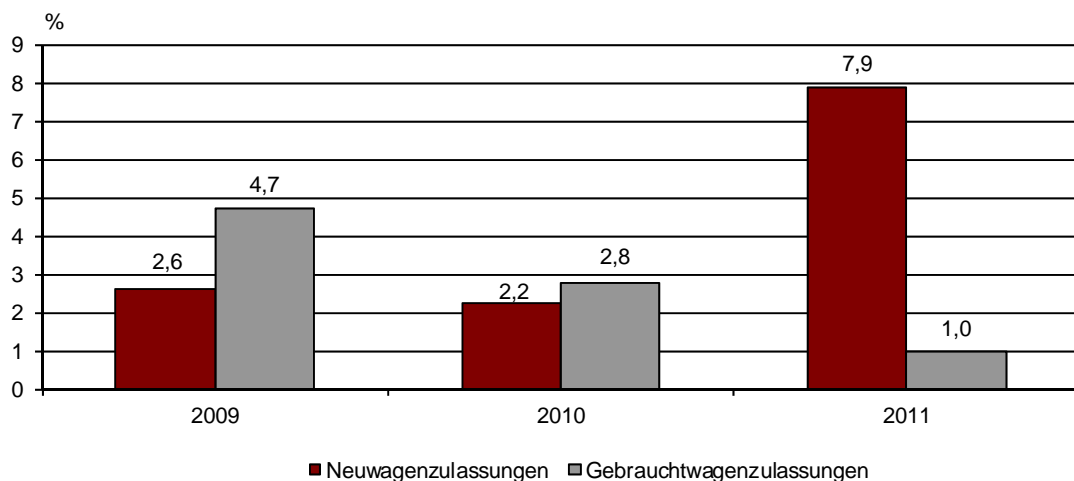
² Abschnitt G der ÖNACE 2008 (=NACE Rev. 2)

³ Umsatz: stationärer Einzelhandel exkl. Tankstellen

Quellen: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Statistik Austria, KMU Forschung Austria

Als wichtiger Indikator für die Kfz-Wirtschaft dient die Zahl der Kfz-Zulassungen. Nachdem in den Jahren 2009 und 2010 der Anstieg der Gebrauchtwagenzulassungen jeweils höher ausfiel als jener der Neuwagenzulassungen, verhielt es sich im Jahr 2011 umgekehrt. Der Anstieg der Neuwagenzulassungen lag bei +7,9 %, während der Anstieg der Gebrauchtwagenzulassungen bei +1,0 % lag. Besonders hoch war der Anstieg der Neuwagenzulassungen bei den Lastkraftwagen (+16 %) und den Personenkraftwagen und Kombis (+8,4 %).

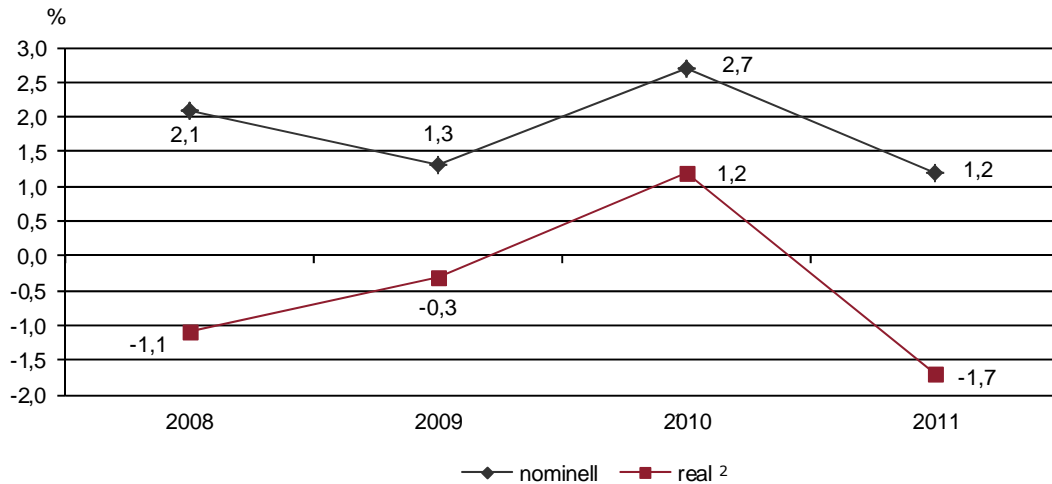
Grafik 31 Entwicklung der Anzahl der Kfz-Zulassungen, 2009 – 2011, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



Quelle: Statistik Austria

Über die Zeitspanne von 2008 bis 2011 lässt sich eine durchwegs positive Entwicklung der nominellen Umsätze im stationären Einzelhandel ablesen. Die realen Umsätze gingen hingegen in den Jahren 2008, 2009 sowie 2011 im Vergleich zu den jeweiligen Vorjahren zurück. Am höchsten fielen die realen Umsatzrückgänge im Vergleichszeitraum im Jahr 2011 (-1,7 %) aus. Durch den Preisauftrieb wurde dennoch ein nominelles Umsatzplus von 1,2 % erzielt.

Grafik 32 Umsatzentwicklung im stationären Einzelhandel (exkl. Tankstellen)¹, 2008 – 2011, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent

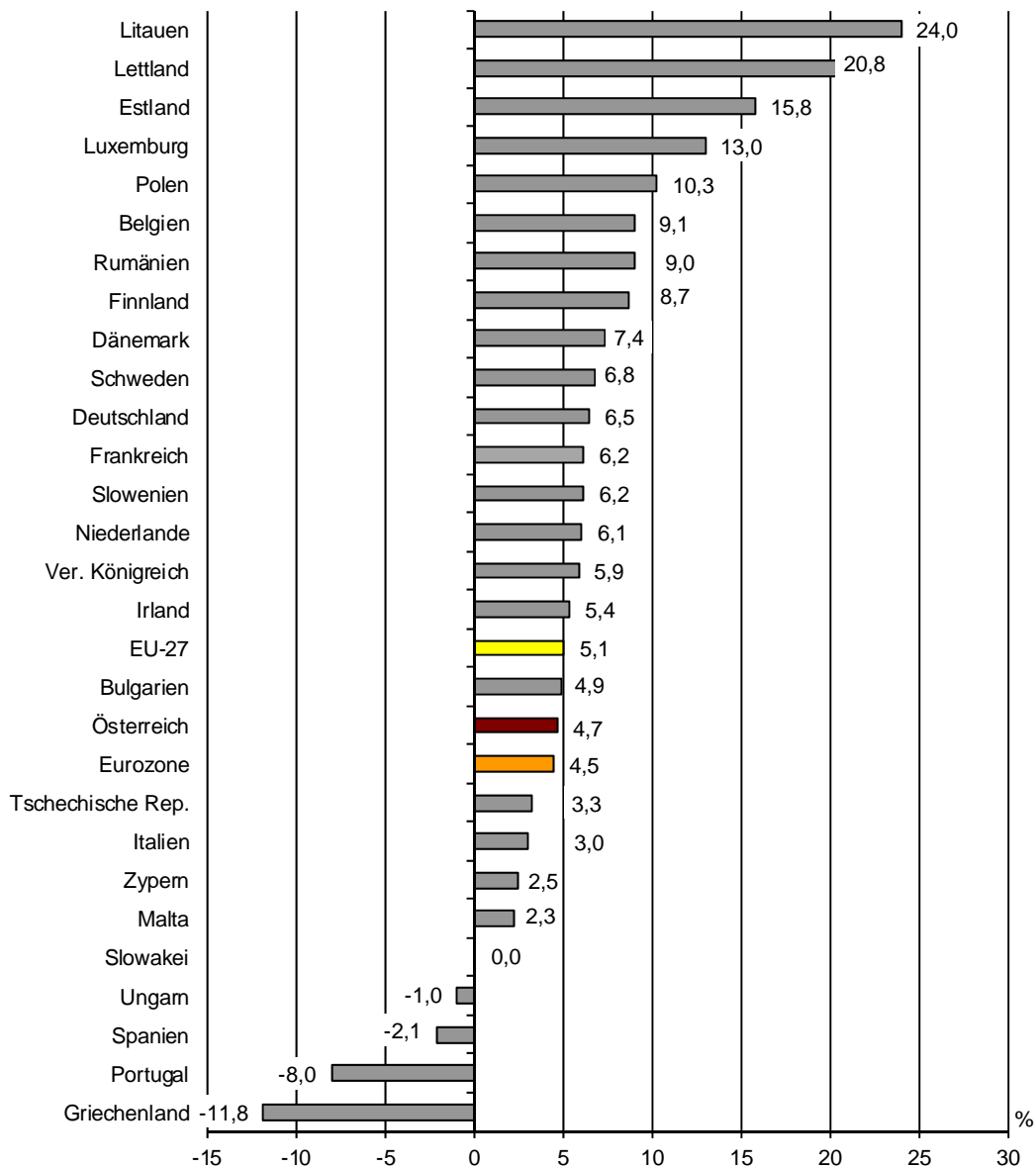


¹ Der Lebensmitteleinzelhandel ist auf Basis ACNielsen Umsatzbarometer enthalten, seit 2008 inkl. Hofer und Lidl.

² Die Preisbereinigung im Einzelhandel erfolgt auf Basis eines Deflators auf Branchenebene (Quelle: Statistik Austria).
Quelle: KMU Forschung Austria

Im Vergleich der EU-27 zeigt sich, dass die nominelle Umsatzentwicklung im Jahr 2011 in Österreich im Handel insgesamt mit +4,7 % etwas besser ausfiel als innerhalb der Eurozone (+4,5 %). Die nominelle Umsatzsteigerung der EU-27 lag mit +5,1 % etwas höher.

Grafik 33 Europäischer Vergleich der Umsatzentwicklung (nominell) 2011 im Handel¹, arbeitstägig bereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent

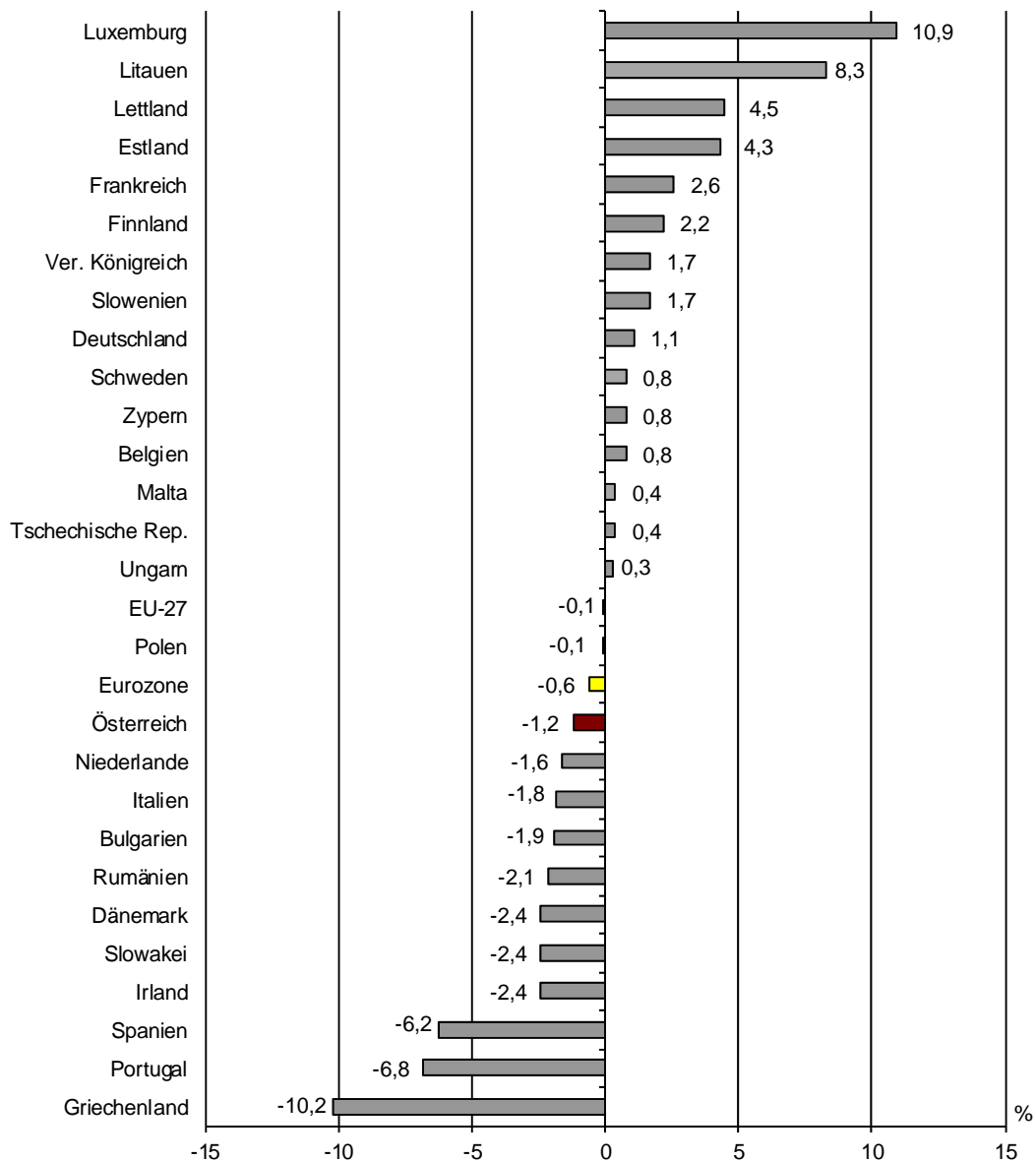


¹ Abschnitt G der NACE Rev. 2 (=ÖNACE 2008)
 Quelle: Eurostat, vorläufige Schätzung; Statistik Austria

Im europäischen Vergleich zeigt sich des Weiteren, dass der Rückgang in der realen Umsatzentwicklung im österreichische Einzelhandel (-1,2 %) (inkl. Versand- und Interneteinzelhandel, Einzelhandel an Verkaufsständen und auf Märkten sowie Tankstellen) etwas stärker ausfiel als im Durchschnitt der EU-27 (-0,1 %) und in der Eurozone (-0,6 %).

Die Daten für Österreich von Grafik 34 unterscheiden sich von jenen in Grafik 30 und 32 auf Grund folgender methodischer Unterschiede: In den von Eurostat angeführten Daten sind zusätzlich zum stationären Einzelhandel auch der nicht-stationäre Einzelhandel und die Tankstellen enthalten. Zudem sind Daten von Eurostat arbeitstäglich bereinigt.

Grafik 34 Europäischer Vergleich der Umsatzentwicklung (real) 2011 im Einzelhandel¹, arbeitstägig bereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



¹ Abteilung 47 der NACE Rev. 2 (=ÖNACE 2008)

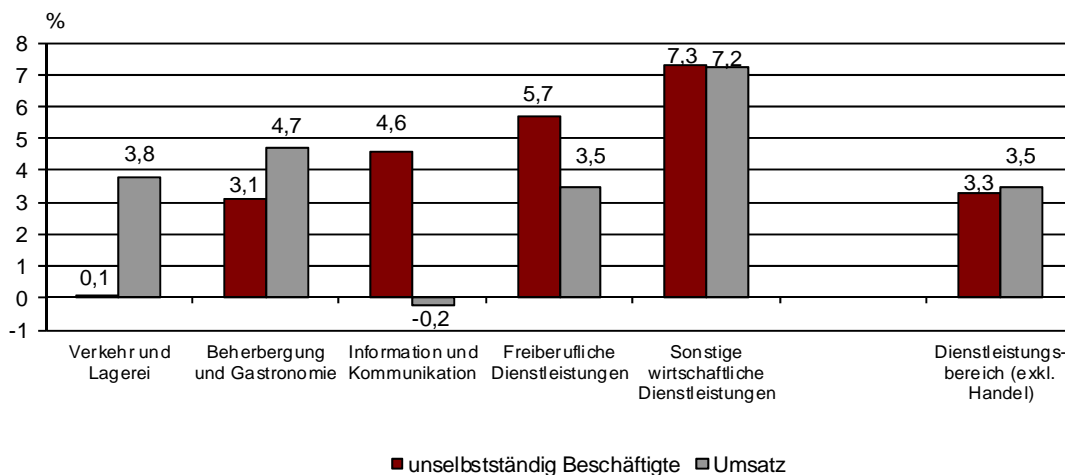
Quelle: Eurostat

Dienstleistungen (exkl. Handel)

Im Jahr 2011 wurden im österreichischen Dienstleistungsbereich mehr Mitarbeiter (+3,3 %) beschäftigt und höhere nominelle Umsätze (+3,5 %) erzielt als im Jahr davor.

Der Sektor sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen verzeichnete sowohl den höchsten Zuwachs an unselbstständig Beschäftigten (+7,3 %) als auch das höchste Umsatzplus (+7,2 %). Innerhalb dieses Sektors fiel das Beschäftigungs- und Umsatzwachstum besonders hoch im Bereich der Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften aus. Der Sektor Information und Kommunikation konnte als einziger Dienstleistungsbereich das Umsatzniveau des Vorjahres nominell knapp nicht übertreffen (-0,2 %).

Grafik 35 Entwicklung der unselbstständig Beschäftigten¹ und des Umsatzes 2011 im Dienstleistungsbereich (exkl. Handel)², Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



¹ inkl. geringfügig Beschäftigte, jedoch exkl. geringfügig freie Dienstverträge

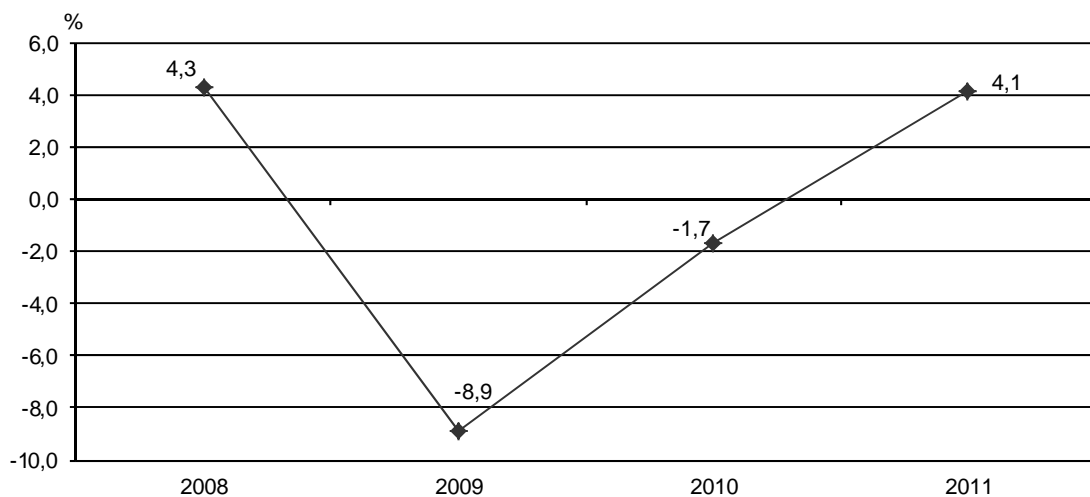
² Abschnitte H bis N (Umsatz ohne Abteilungen 72, 75, 77 sowie Gruppen 70.1, 81.1) der ÖNACE 2008 (=NACE Rev. 2)
Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Statistik Austria

Nachfolgend wird anhand zusätzlicher Indikatoren die konjunkturelle Entwicklung im Verkehr, im Tourismus sowie im Wirtschaftsbereich Information und Consulting dargestellt.

Verkehr

Die konjunkturelle Entwicklung lässt sich auch an der Veränderung des Transportaufkommens ablesen. Dieses ging in den Jahren 2009 (-8,9 %) und 2010 (-1,7 %) im Vergleich zu den jeweiligen Vorjahren zurück und stieg im Jahr 2011 gegenüber 2010 erstmals wieder an (+4,1 %).

Grafik 36 Entwicklung des Transportaufkommens österreichischer Unternehmen im Straßengüterverkehr, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent, 2008 - 2011



Quelle: Statistik Austria

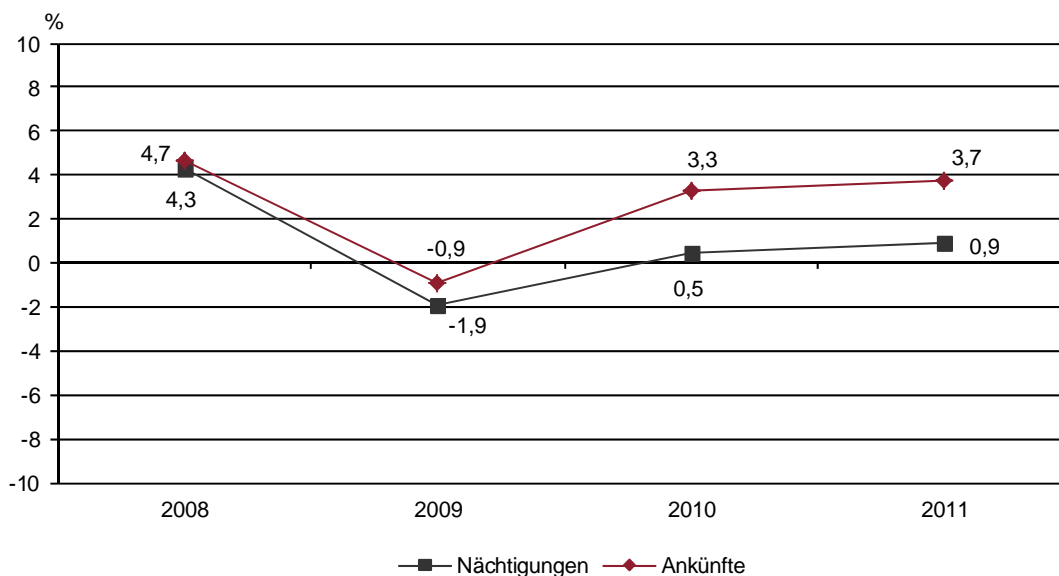
Tourismus

Die Ankunfts- und Nächtigungszahlen stellen wichtige Indikatoren für den österreichischen Tourismus dar. Ein Vergleich über mehrere Jahre (2008-2011) zeigt, dass sich die Ankunfts- und Nächtigungszahlen nach Rückgängen im Jahr 2009 in den Jahren 2010 und 2011 wieder positiv entwickelten. Im Jahr 2011 stiegen die Nächtigungen um 0,9 % und die Ankünfte um 3,7 % im Vergleich zum Vorjahr. Die unterschiedlichen Entwicklungen bei Nächtigungen und Ankünften hängen mit dem Trend zu Kurzurlaube zusammen.

Der Anstieg der internationalen Gäste bei den Übernachtungen (+0,9 %) und bei den Ankünften (+4,6 %) fiel höher aus als bei den heimischen Gästen (Übernachtungen: +0,8 %; Ankünfte: +2 %). Die geringeren Anstiege bei den heimischen Gästen waren auf das höhere Niveau der Vorjahre zurückzuführen, denn die heimischen Ankünfte und Nächtigungszahlen konnten sich auch in den Jahren 2009 und 2010 positiv entwickeln.

Im internationalen Vergleich verlor der österreichische Tourismus gemessen an den Einnahmen im internationalen Reiseverkehr (Tourismusexporte) der EU-15 Marktanteile. (WIFO (2012): Prognose für 2012 und 2013: Euro-Raum vorübergehend in der Rezession. Wien: WIFO)

Grafik 37 Entwicklung der Nächtigungen und Ankünfte in Österreich, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent, 2008 – 2011

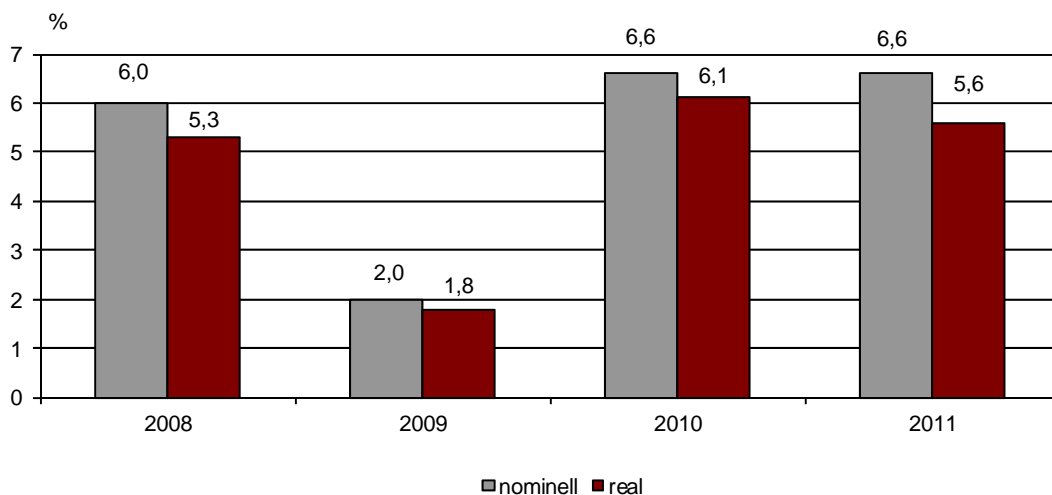


Quelle: Statistik Austria

Information und Consulting

Der Sektor Information und Consulting (nach Wirtschaftskammersystematik) zählt zu den dynamischen Bereichen der gewerblichen Wirtschaft. Eine Betrachtung im Zeitverlauf macht deutlich, dass dieser Sektor seit 2008 eine durchwegs positive Umsatzentwicklung erzielen konnte. Das nominelle Umsatzplus betrug im Jahr 2011 +6,6 % und die reale Umsatzsteigerung lag bei +5,6 %. Insgesamt schnitt der Sektor Information und Consulting somit (auch im Krisenjahr 2009) besser ab als viele andere Wirtschaftsbereiche.

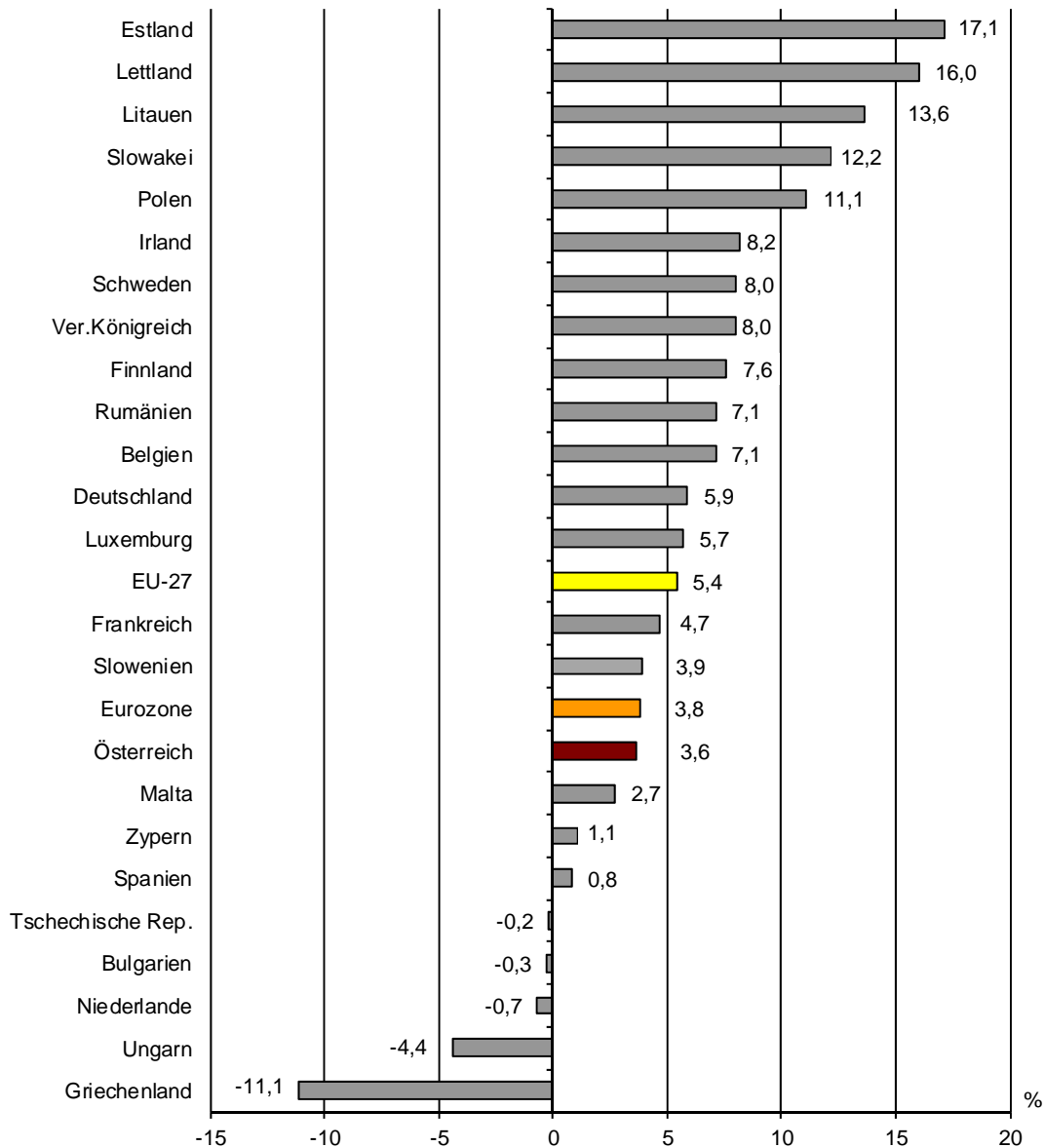
Grafik 38 Umsatzentwicklung in der Sparte Information und Consulting, 2008 – 2011, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



Gliederung nach Wirtschaftskammersystematik
Quelle: KMU Forschung Austria

Ein europäischer Vergleich zeigt, dass Österreich im Dienstleistungsbereich mit einem nominellen Umsatzplus von +3,6 % im Jahr 2011 im Vergleich zum Vorjahr unter dem EU-Durchschnitt liegt. Der nominelle Umsatzzuwachs der EU-27 belief sich auf 5,4 %, die Eurozone verzeichnete um +3,8 % höhere Umsätze als 2010.

Grafik 39 Europäischer Vergleich der Umsatzentwicklung (nominell) 2011 im Dienstleistungsbereich (exkl. Handel)¹, arbeitstätig bereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



¹ Abschnitte H bis N (ohne Abteilungen 72, 75, 77 sowie Gruppen 70.1, 81.1) der NACE Rev. 2 (=ÖNACE 2008)
Quelle: Eurostat, vorläufige Daten; Statistik Austria

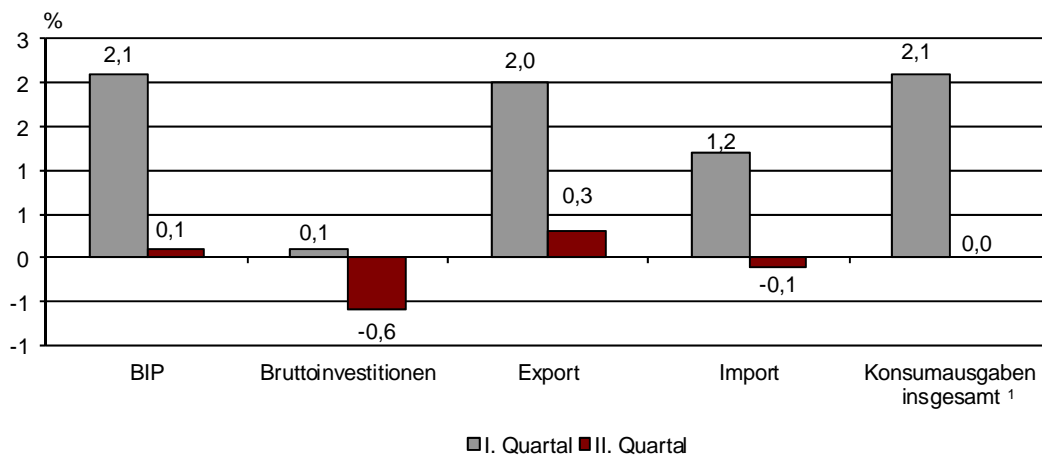
3.2 Wirtschaftliche Entwicklung und Prognosen 2012 und 2013

3.2.1 Gesamtwirtschaft

Aktuelle Situation in Österreich

Im ersten Quartal 2012 zeigten sich in der österreichischen Wirtschaft bei den Hauptindikatoren reale Zuwachsraten. Das BIP erhöhte sich real um 2,1 % gegenüber dem ersten Quartal 2011. Die Exporte und Importe stiegen um 2,0 % bzw. 1,2 %. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte und des Staates wuchsen im Jahresvergleich real um 2,1 %. Die Bruttoinvestitionen lagen in etwa auf dem Vorjahresniveau (real: +0,1 %). Im zweiten Quartal verschlechterte sich die Situation der Gesamtwirtschaft deutlich. Das BIP, die Exporte, Importe und Konsumausgaben stagnierten real. Die Bruttoinvestitionen gingen um 0,6 % gegenüber dem Vorjahr zurück.

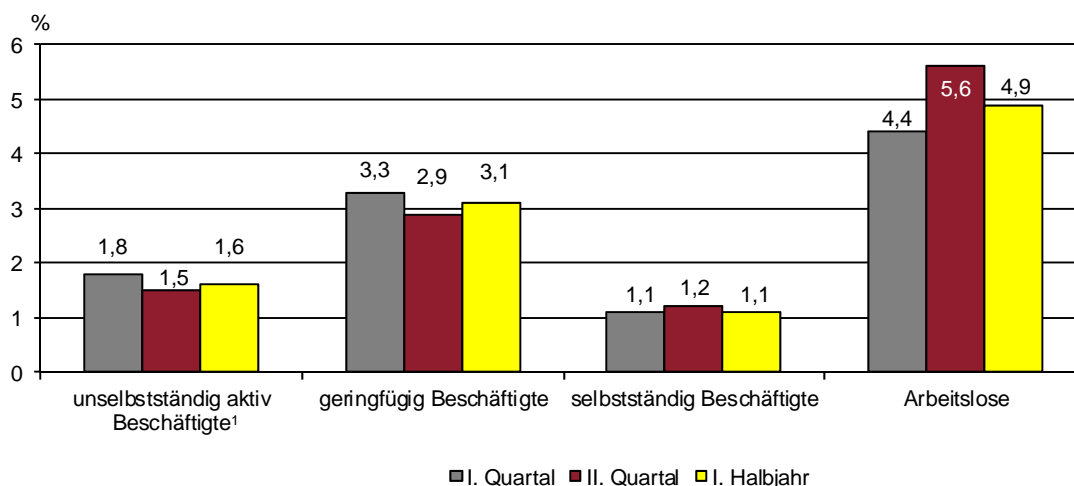
Grafik 40 Entwicklung der Hauptindikatoren, erstes und zweites Quartal 2012, reale Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal in Prozent



¹ = private Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbszweck, Staat
Quelle: Statistik Austria

Am Arbeitsmarkt blieb die Situation im ersten Halbjahr relativ stabil, wenngleich sich die Zuwachsraten zwischen dem ersten und zweiten Quartal bei der Beschäftigung leicht verringerten und bei den Arbeitslosen stiegen. Im ersten Halbjahr 2012 nahm die Anzahl der aktiven unselbstständig Beschäftigten um 1,6 %, jene der geringfügig Beschäftigten um 3,1 % zu. Die Anzahl der Selbstständigen lag um 1,1 % über dem Niveau des ersten Halbjahres 2011. Die Anzahl der Arbeitslosen war zwischen Jänner und Juni 2012 im Durchschnitt um knapp 5 % höher als im 1. Halbjahr 2011. Die nach AMS berechnete Arbeitslosenquote ist von 5,7 % per Ende Juni 2011 leicht auf 5,9 % per Ende Juni 2012 gestiegen.

Grafik 41 Entwicklung am Arbeitsmarkt, erstes Halbjahr 2012, Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal bzw. Vorjahreshalbjahr in Prozent



¹ exkl. geringfügig Beschäftigte und exkl. KBG-Bezieher/innen und Präsenzdienner mit aufrechtem Dienstverhältnis

Quellen: AMS, BMASK, Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger

Prognosen 2012 und 2013 für Österreich

Da Daten für das jeweilige Gesamtjahr erst nach Jahresende vorliegen, sind Werte für das Gesamtjahr 2012 erst auf Basis von Prognosen verfügbar.

Für die Jahre 2012 und 2013 erwartet das WIFO ein reales Wachstum des BIP um 0,6 % bzw. 1,0 %. Österreich kann sich zwar von der internationalen Abwärtsdynamik nicht ganz entkoppeln, die Inlandsnachfrage bleibt jedoch stabil. Damit bleibt Österreich weiterhin eine Stütze der Konjunktur in der Eurozone. (WIFO (2012): Prognose für 2012 und 2013: Erhöhte Unsicherheit dämpft Konjunktur. Wien: WIFO.)

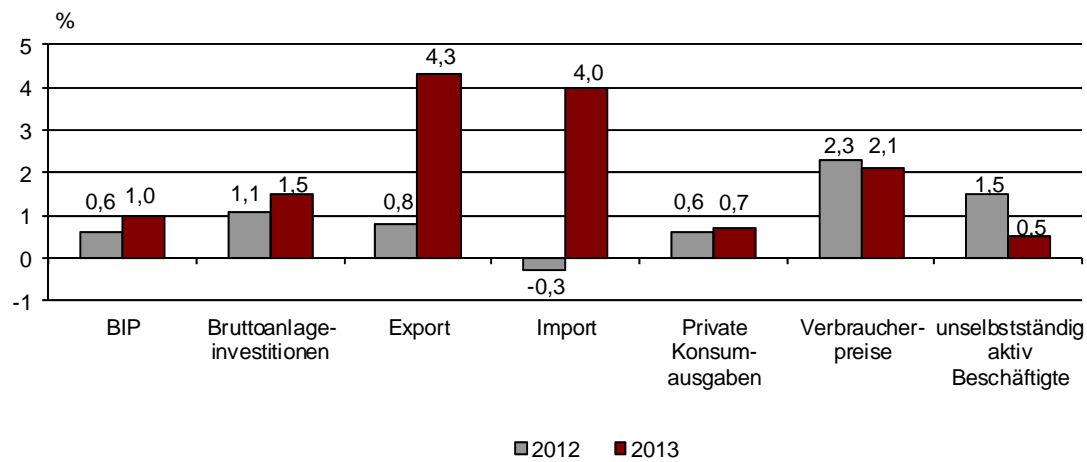
Die Exporte werden 2012 nur verhalten wachsen (+0,8 %), die Importe stagnieren real (-0,3 %). Für das Jahr 2013 wird für beide Indikatoren wieder eine Steigerung um etwa 4 % prognostiziert. Die Bruttoanlageinvestitionen werden zwar weiterhin ansteigen, jedoch deutlich schwächer als im langfristigen Vergleich. (WIFO (2012): a. a. O.)

Die privaten Konsumausgaben werden bei einer relativ konstanten Sparquote (7,5 % des verfügbaren Einkommens im Jahr 2011; 7,3 % im Jahr 2012 bzw. 7,5 % im Jahr 2013) in den Jahren 2012 (+0,6 %) und 2013 (+0,7 %) real leicht ansteigen. (WIFO (2012): a. a. O.)

Die Inflationsrate wird 2012 (+2,3 %) und 2013 (+2,1 %) weiterhin spürbar steigen. Ein Grund dafür ist, dass die Erhöhung der Lohnstückkosten im Jahr 2012 an die Verbraucherpreise weitergegeben werden dürfte. Für den gesamten Prognosezeitraum ist zudem ein Preisdruck von Treibstoffen und fossilen Brennstoffen sowie von Nahrungsmitteln zu erwarten. (WIFO (2012): a. a. O.)

Die Zahl der unselbstständig aktiv Beschäftigten wird voraussichtlich um 1,5 % und 2013 um 0,5 % zunehmen. Da das Arbeitskräfteangebot (insbesondere von Frauen, älteren Personen und internationalen Erwerbspersonen) stärker wächst als die Konjunktorentwicklung erwarten ließ, nimmt die Arbeitslosigkeit trotz der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen zu. Die Arbeitslosenquote (laut AMS in % der unselbstständigen Erwerbspersonen) wird von 6,7 % im Jahr 2011 auf 7,0 % (2012) bzw. 7,4 % (2013) steigen. (WIFO (2010): a. a. O.)

Grafik 42 Entwicklung der Hauptindikatoren, Prognose für das Gesamtjahr 2012 und 2013, reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



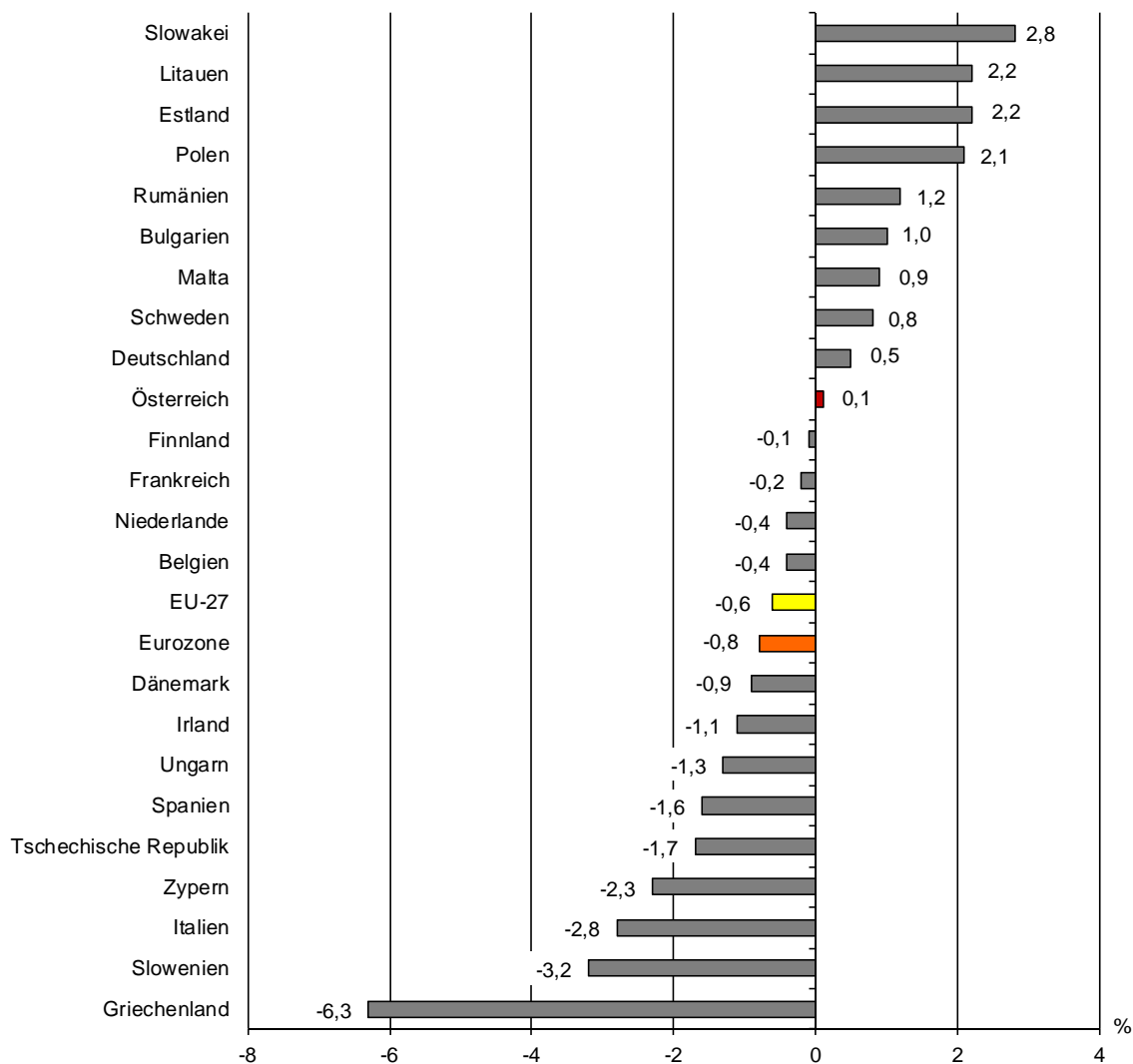
e: WIFO, September 2012

Quell

Österreich im EU-Vergleich

Die reale Entwicklung des BIP war im zweiten Quartal 2012 in Österreich (+0,1 %) besser als in den EU-27 (-0,6 %) und der Eurozone (-0,8 %).

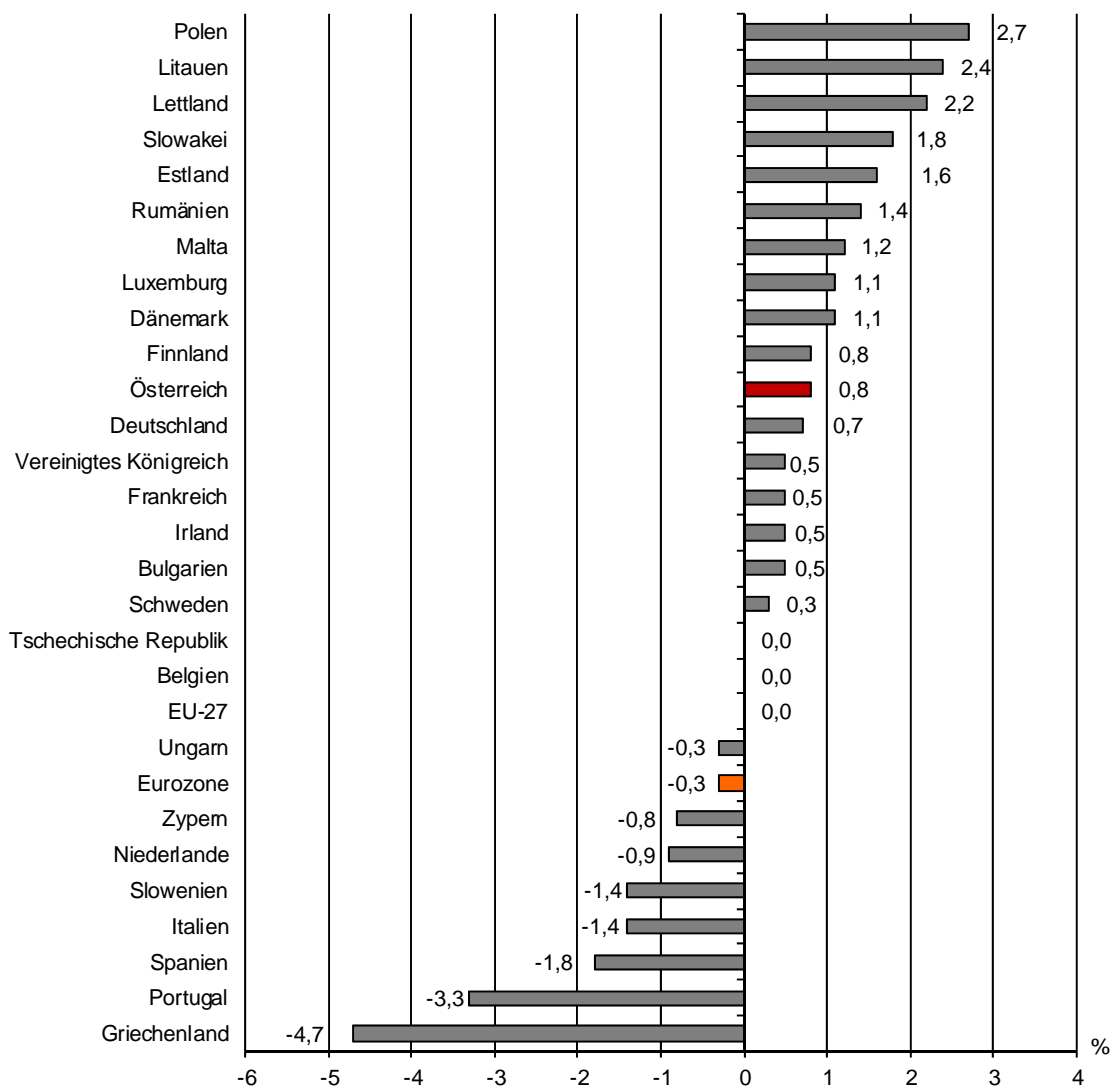
Grafik 43 Vergleich der realen Veränderung des Bruttoinlandsprodukts der EU-27 gegenüber dem Vorjahresquartal in Prozent, zweites Quartal 2012



Quelle: Eurostat

Für das Gesamtjahr 2012 wird für Österreich ein reales Wachstum des BIP prognostiziert (+0,8 %), während für die EU-27 eine Stagnation (+/-0,0 %) und für die Eurozone ein Rückgang (-0,3 %) erwartet wird. Der Wert der Eurostat-Prognose für Österreich entspricht auf Grund von Zeitverzögerungen in der internationalen Statistik nicht jenem der WIFO-Prognose von September 2012.

Grafik 44 Vergleich der realen Veränderung des Bruttoinlandsprodukts der EU-27 gegenüber dem Vorjahr in Prozent, Prognose für das Gesamtjahr 2012



Quelle: Eurostat

3.2.2 Sektoren

Sowohl der Umsatz als auch die Zahl der Beschäftigten erhöhten sich im ersten Halbjahr 2012 in allen drei großen privatwirtschaftlichen Wirtschaftssektoren (produzierender Bereich, Handel, sonstige Dienstleistungen). Im ersten Quartal fiel die Umsatz- und Beschäftigungsentwicklung positiver aus als im zweiten Jahresviertel. Eine Ausnahme stellte der Anstieg der unselbstständig Erwerbstätigen im produzierenden Bereich dar, welcher im zweiten Quartal höher ausfiel als im ersten Quartal.

Tabelle 37 Entwicklung der unselbstständig Beschäftigten¹ und des Umsatzes (nominell) im ersten Halbjahr 2012 in der marktorientierten Wirtschaft², Veränderung gegenüber der Vorjahresperiode in Prozent			
	I. Quartal	II. Quartal	I. Halbjahr
Produzierender Bereich³			
unselbstständig Beschäftigte	1,1	2,1	1,7
Umsatz	9,1	5,6	7,3
Handel⁴			
unselbstständig Beschäftigte	2,2	1,5	1,9
Umsatz	2,4	-1,5	0,4
Dienstleistungen (exkl. Handel)⁵			
unselbstständig Beschäftigte	3,0	1,9	2,4
Umsatz	4,0	1,8	2,9

¹ inkl. geringfügig Beschäftigte, jedoch exkl. geringfügig freie Dienstverträge
² Abschnitte B bis N (Umsatz ohne Abteilungen 72, 75, 77 sowie Gruppen 70.1, 81.1) der ÖNACE 2008 (= NACE Rev. 2)
³ Abschnitte B bis F der ÖNACE 2008 (= NACE Rev. 2), für diesen Bereich liegen nur Daten für den Zeitraum Jänner bis Mai vor
⁴ Abschnitt G der ÖNACE 2008 (= NACE Rev. 2)
⁵ Abschnitte H bis N (Umsatz ohne Abteilungen 72, 75, 77 sowie Gruppen 70.1, 81.1) der ÖNACE 2008 (= NACE Rev. 2)
 Quellen: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Statistik Austria

Produzierender Bereich

Der produzierende Bereich in Österreich konnte in den ersten sechs Monaten 2012 in allen Sektoren Anstiege der Umsatz- und Beschäftigtenzahlen erzielen. Besonders hoch fielen die Erlössteigerungen in den Bereichen Energieversorgung sowie Wasserver- und -entsorgung und Abfallentsorgung im Vergleich zum Vorjahresniveau aus. Abgesehen von der Wasserver- und -entsorgung und Abfallentsorgung lagen die nominellen Umsatzsteigerungen im ersten Quartal höher als im zweiten Quartal 2012. Bei der Entwicklung der Beschäftigten verhielt es sich im ersten Halbjahr 2012 genau umgekehrt: Die Anstiege der Zahl der unselbstständig Erwerbstätigen fielen im zweiten Jahresviertel höher aus als im ersten. Eine Ausnahme stellte wiederum die Wasserver- und -entsorgung sowie die Abfallentsorgung dar.

Tabelle 38 Entwicklung der unselbstständig Beschäftigten¹ und des Umsatzes (nominell) für das erste Halbjahr 2012 im produzierenden Bereich², Veränderung gegenüber der Vorjahresperiode in Prozent			
	I. Quartal	II. Quartal	I. Halbjahr
Herstellung von Waren (inkl. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden)			
unselbstständig Beschäftigte	1,5	2,2	1,8
Umsatz	4,0	1,6	2,8
Energieversorgung			
unselbstständig Beschäftigte	-2,3	6,6	2,1
Umsatz	28,3	20,6	24,7
Wasserversorgung und -entsorgung; Abfallentsorgung			
unselbstständig Beschäftigte	1,6	0,0	0,8
Umsatz	10,2	17,1	13,8
Bau			
unselbstständig Beschäftigte	0,7	1,7	1,3
Umsatz	9,7	7,9	8,6
Produzierender Bereich insgesamt			
unselbstständig Beschäftigte	1,1	2,1	1,7
Umsatz	9,1	5,6	7,3

¹ inkl. geringfügig Beschäftigte, jedoch exkl. geringfügig freie Dienstverträge
² Abschnitte B bis F der ÖNACE 2008 (= NACE Rev. 2)
 Quellen: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Statistik Austria

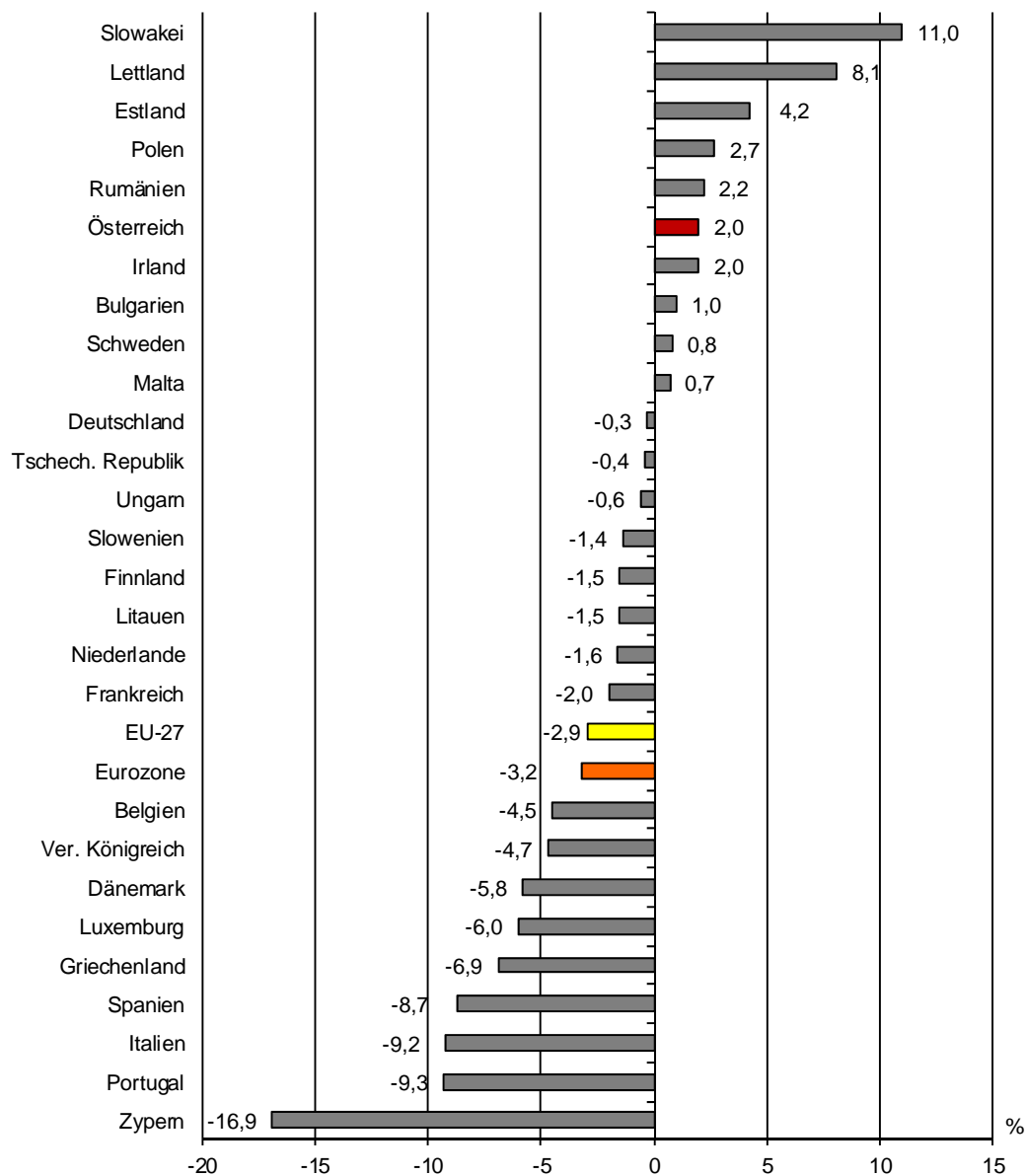
Der produzierende Bereich wird in Österreich (nach Wirtschaftskammersystematik) in die beiden Sparten Gewerbe- und Handwerk sowie Industrie unterteilt.

In den kleinen und mittleren Gewerbe- und Handwerksbetrieben sind die Auftragseingänge bzw. Umsätze im ersten Halbjahr 2012 wertmäßig im Durchschnitt um 0,1 % zurückgegangen. (KMU Forschung Austria (2012): Konjunkturerhebung im Gewerbe und Handwerk.)

In der Industrie überstieg in den ersten beiden Quartalen die Anzahl der Unternehmen mit einer positiven Beurteilung weiterhin jene mit einer negativen, wobei die Bewertung im ersten Quartal (+25,1 %-Punkte) besser ausfiel als im zweiten (+16,7 %-Punkte). (Industriellenvereinigung (2012): Konjunkturbarometer)

Das Produktionsvolumen im produzierenden Bereich konnte sich in Österreich im zweiten Quartal 2012 positiv entwickeln (+2,0 %) während dieses in den EU-27 (-2,9 %) sowie in der Eurozone (-3,2 %) negativ ausfiel.

Grafik 45 Vergleich der Entwicklung des Produktionsvolumens (nominal) der EU-27 im zweiten Quartal 2012 im produzierenden Bereich¹, arbeitstägig bereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal in Prozent



¹ Abschnitte B bis F der NACE Rev. 2 (= ÖNACE 2008)
Quelle: Eurostat, vorläufige Daten

Handel

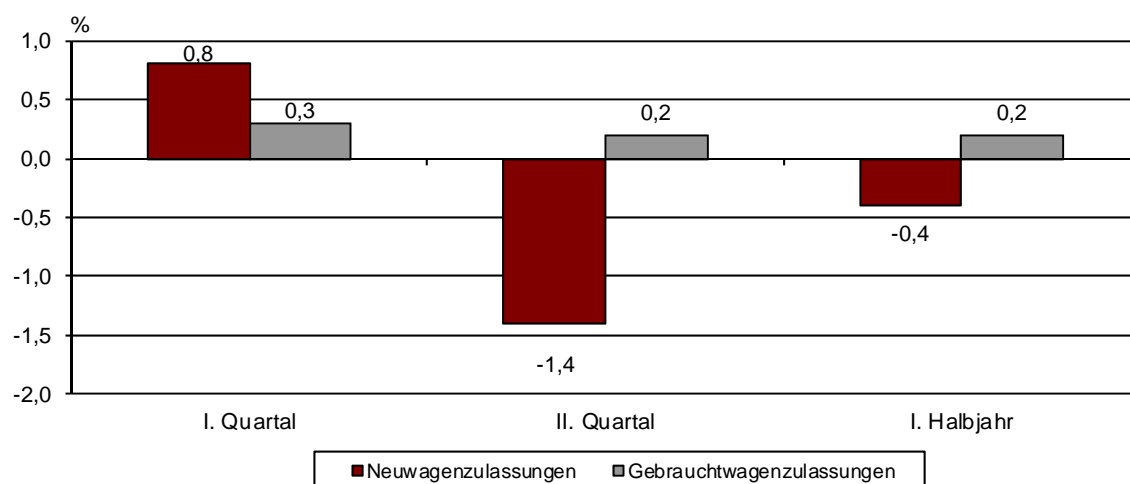
Der österreichische Handel konnte im ersten Halbjahr 2012 einen Anstieg der Beschäftigten um 1,9 % verzeichnen. Am höchsten fiel die Zunahme der Beschäftigten im Großhandel aus (+2,5 %). Die Umsätze des Handels stiegen im ersten Halbjahr 2012 nominell um 0,4 %. Der Anstieg war ausschließlich auf den Einzelhandel zurückzuführen; der Großhandel und die Kfz-Wirtschaft verzeichneten einen Rückgang der nominellen Umsätze. Die reale Umsatzentwicklung war in allen Handelsbereichen negativ und belief sich für den gesamten Handel im ersten Halbjahr 2012 auf 0,4 %. Insgesamt konnte im ersten Jahresviertel eine bessere Umsatz- und Beschäftigungsentwicklung als im zweiten Jahresviertel beobachtet werden. Eine Ausnahme stellten die Beschäftigten der Kfz-Wirtschaft dar.

Tabelle 39 Entwicklung der unselbstständig Beschäftigten¹ und des Umsatzes im ersten Halbjahr 2012 im Handel², Veränderung gegenüber der Vorjahresperiode in Prozent			
	I. Quartal	II. Quartal	I. Halbjahr
Kfz-Wirtschaft			
unselbstständig Beschäftigte	0,6	2,3	1,4
Umsatz nominell	2,0	-2,1	-0,1
Umsatz real	0,6	-3,6	-1,6
Großhandel			
unselbstständig Beschäftigte	2,9	2,1	2,5
Umsatz nominell	1,2	-2,7	-0,8
Umsatz real	1,3	-2,8	-0,8
Einzelhandel³			
unselbstständig Beschäftigte	2,3	1,0	1,6
Umsatz nominell	3,7	0,3	2,0
Umsatz real	1,5	-1,8	-0,1
Handel insgesamt			
unselbstständig Beschäftigte	2,2	1,5	1,9
Umsatz nominell	2,4	-1,5	0,4
Umsatz real	1,5	-2,3	-0,4

¹ inkl. geringfügig Beschäftigte, jedoch exkl. geringfügig freie Dienstverträge
² Abschnitt G der ÖNACE 2008 (=NACE Rev. 2)
³ Umsatz: stationärer Einzelhandel exkl. Tankstellen
 Quellen: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Statistik Austria, KMU Forschung Austria

Die Zahl der Kfz-Neuwagenzulassungen ging im ersten Halbjahr 2012 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum leicht zurück (-0,4 %). Die Zahl der Gebrauchtwagenzulassungen stieg währenddessen geringfügig an (+0,2 %). Der Rückgang der Neuwagenzulassungen war vor allem auf das zweite Quartal 2012 zurückzuführen (-1,4 %). Im ersten Quartal lag die Anzahl der Neuwagenzulassungen über dem Vorjahresniveau (+0,8 %). Die Zulassungen der gebrauchten Kfz lagen sowohl im ersten (+0,3 %) als auch im zweiten (+0,2 %) knapp über dem Niveau des jeweiligen Vorjahresquartals.

Grafik 46 Entwicklung der Anzahl der Kfz-Zulassungen, erstes Halbjahr 2012, Veränderung gegenüber der Vorjahresperiode in Prozent

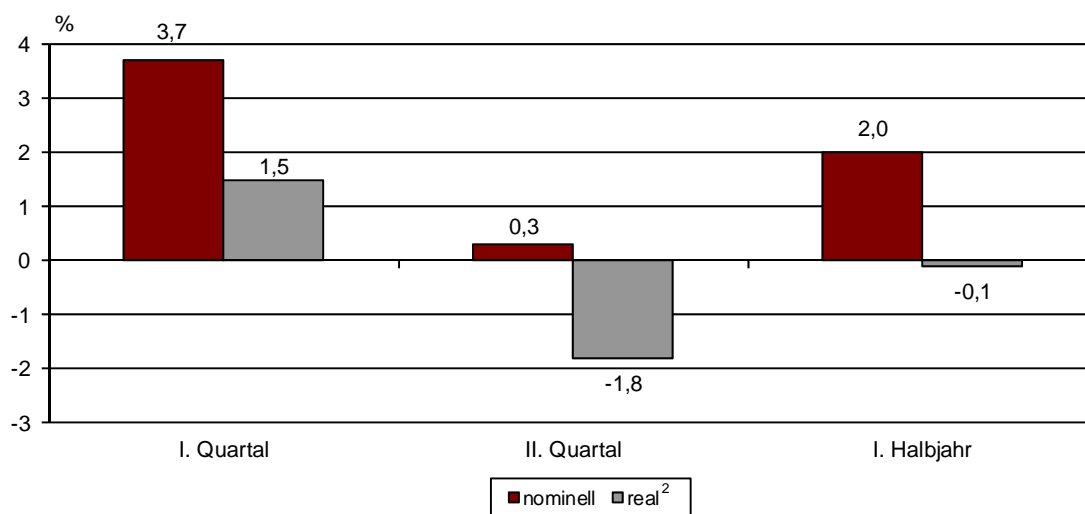


Quelle: Statistik Austria

Der österreichische stationäre Einzelhandel verzeichnete im ersten Halbjahr 2012 eine nominelle Umsatzsteigerung von 2,0 % gegenüber dem Vorjahr. Die durchschnittliche Preissteigerung von 2,1 % lag unter der Inflationsrate von 2,4 %. (Statistik Austria, Konjunkturstatistik Handel, Dienstleistungen) Die realen Umsätze des Einzelhandels entsprachen in etwa dem Vorjahresniveau (-0,1 %).

Insgesamt konnte im ersten Quartal eine bessere Umsatzentwicklung des Einzelhandels als im zweiten Quartal beobachtet werden. Dies ist u. a. auf das frühe Ostergeschäft zurückzuführen, das sich in den März verlagert hat.

Grafik 47 Umsatzentwicklung im stationären Einzelhandel (exkl. Tankstellen)¹, erstes Halbjahr 2012, Veränderung gegenüber der Vorjahresperiode in Prozent

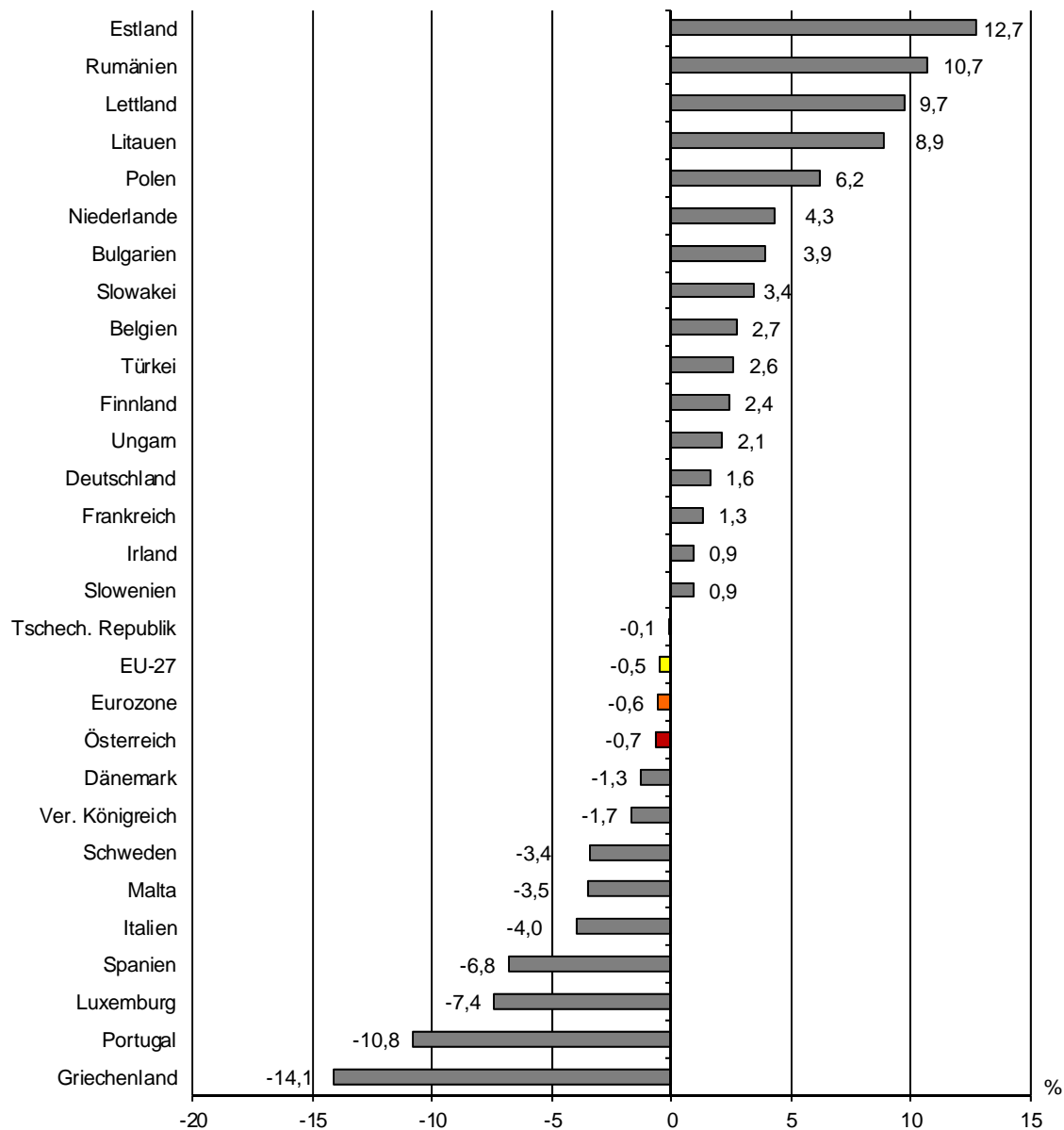


¹ Der Lebensmitteleinzelhandel ist auf Basis ACNielsen Umsatzbarometer inkl. Hofer und Lidl enthalten.

² Die Preisbereinigung im Einzelhandel erfolgt auf Basis eines Deflators auf Branchenebene (Quelle: Statistik Austria).
Quelle: KMU Forschung Austria

Die arbeitstägig bereinigten Handelsumsätze entwickelten sich nominell im zweiten Quartal 2012 in Österreich (-0,7 %) in etwa gleich wie in der Eurozone (-0,6 %) und in den EU-27 (-0,5 %).

Grafik 48 Vergleich der Umsatzentwicklung (nominell) der EU-27 im zweiten Quartal 2012 im Handel¹, arbeitstägig bereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal in Prozent

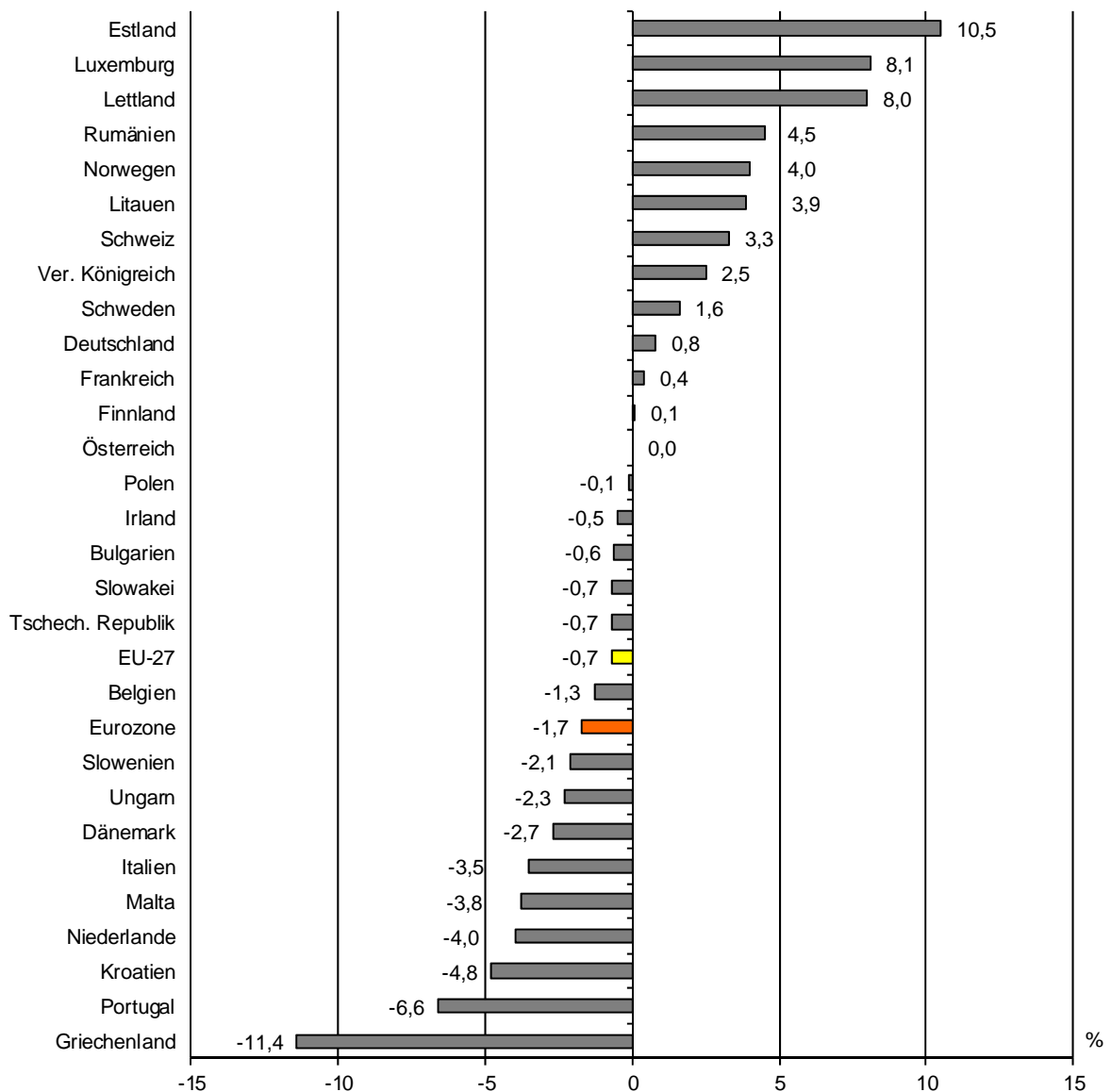


¹ Abschnitt G der NACE Rev. 2 (= ÖNACE 2008)

Quelle: Eurostat, vorläufige Daten

Die reale Umsatzentwicklung im zweiten Jahresviertel war im österreichischen Einzelhandel (stationär und nichtstationär) besser als im Durchschnitt der EU-27

Grafik 49 Europäischer Vergleich der Umsatzentwicklung (real) im zweiten Quartal 2012 im Einzelhandel¹, arbeitstägig bereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal in Prozent



¹ Abteilung 47 der NACE Rev. 2 (= ÖNACE 2008)
Quelle: Eurostat, vorläufige Daten

Dienstleistungen (exkl. Handel)

Im Dienstleistungsbereich ist die Anzahl der Beschäftigten im ersten Halbjahr 2012 um 2,4 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Die Umsätze nahmen um 2,9 % zu. Der Beschäftigtenzuwachs war in den Sektoren Information und Kommunikation sowie Beherbergung und Gastronomie am höchsten. Zum stärksten Umsatzplus kam es in der Beherbergung und Gastronomie sowie bei den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (Vermietung von beweglichen Sachen, Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften, Reisebüros, Reiseveranstalter und Erbringung sonstiger Reservierungsdienstleistungen).

Im Quartalsvergleich zeigte sich in beinahe allen Wirtschaftsbereichen im zweiten Jahresviertel eine Verschlechterung gegenüber dem ersten.

Tabelle 40 Entwicklung der unselbstständig Beschäftigten¹ und des Umsatzes im ersten Halbjahr 2012 im Dienstleistungsbereich (exkl. Handel)², Veränderung gegenüber der Vorjahresperiode in Prozent			
	I. Quartal	II. Quartal	I. Halbjahr
Verkehr und Lagerei			
unselbstständig Beschäftigte	0,2	0,1	0,2
Umsatz	3,0	2,7	2,8
Beherbergung und Gastronomie			
unselbstständig Beschäftigte	4,8	4,3	4,6
Umsatz	5,1	3,7	4,5
Information und Kommunikation			
unselbstständig Beschäftigte	4,5	6,0	5,3
Umsatz	0,5	0,9	0,7
Freiberufliche Dienstleistungen			
unselbstständig Beschäftigte	4,3	1,1	2,7
Umsatz	6,8	-0,2	3,0
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen			
unselbstständig Beschäftigte	3,7	1,2	2,4
Umsatz	6,3	1,6	3,7
Dienstleistungsbereich (exkl. Handel)			
unselbstständig Beschäftigte	3,0	1,9	2,4
Umsatz	4,0	1,8	2,9

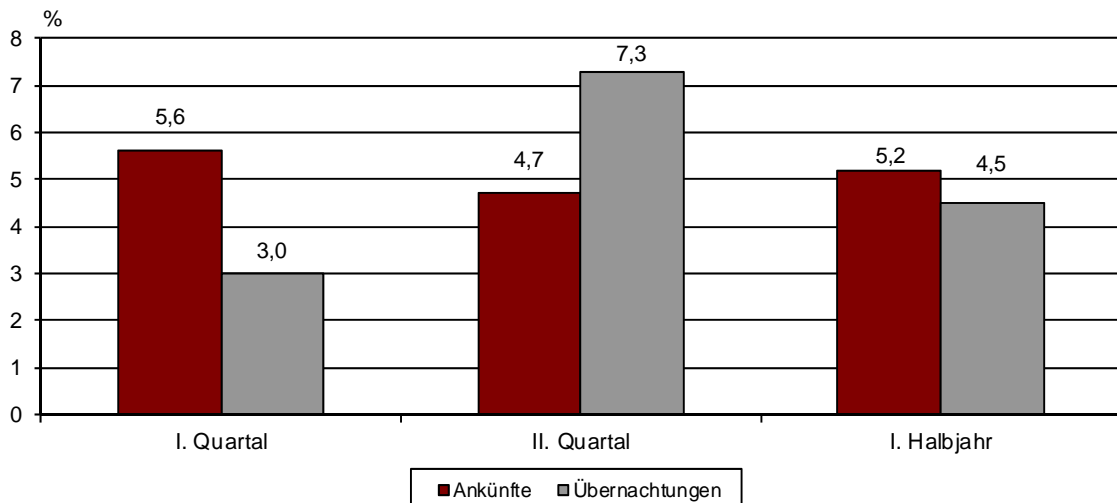
¹ inkl. geringfügig Beschäftigte, jedoch exkl. geringfügig freie Dienstverträge
² Abschn. H bis N (Umsatz ohne Abteilungen 72, 75, 77 sowie Gruppen 70.1, 81.1) der ÖNACE 2008 (= NACE Rev. 2)

Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Statistik Austria

Im Folgenden soll an Hand von zusätzlichen Indikatoren die konjunkturelle Entwicklung im Tourismus und im Wirtschaftsbereich Information und Consulting verdeutlicht werden. Für den Verkehr liegen noch keine Daten für 2012 vor.

Die Ankunfts- und Nächtigungszahlen stellen einen wichtigen Indikator für den Tourismus dar. Die Anzahl der Ankünfte ist im ersten Halbjahr 2012 (+5,2 %) etwas stärker gestiegen als jene der Nächtigungen (+4,5 %). Während bei den Ankünften die Entwicklung im ersten Quartal besser war als im zweiten, kam es bei den Übernachtungen im zweiten Quartal zu höheren Steigerungen. Insgesamt fiel das Wachstum der Ankünfte und Nächtigungen bei den heimischen Gästen höher aus als bei den internationalen.

Grafik 50 Entwicklung der Nächtigungen und Ankünfte in Österreich, Veränderung gegenüber der Vorjahresperiode in Prozent, erstes Halbjahr 2012

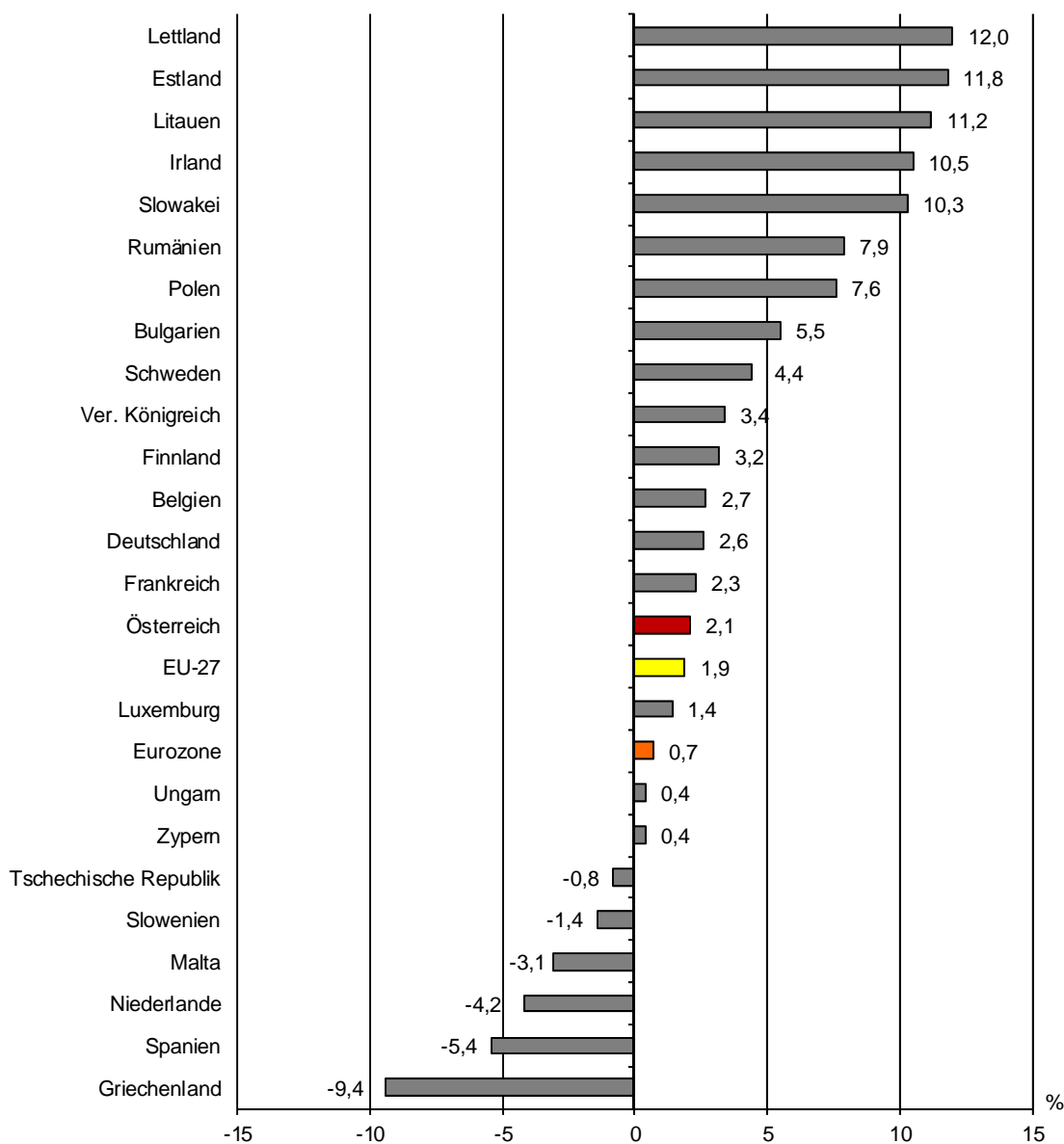


Quelle: Statistik Austria

Die Unternehmen der Sparte Information und Consulting (nach Wirtschaftskammersystematik) gaben bei einer Befragung im Februar 2012 an, dass sie für das erste Halbjahr 2012 mit einem Umsatzwachstum von 3,8 % gegenüber dem Vorjahr rechnen. 55 % der Unternehmen erwarteten im Vergleich zum Vorjahr gleichbleibende Umsätze, rund 34 % rechneten mit Umsatzsteigerungen und rund 11 % befürchteten Umsatzrückgänge.

Die österreichischen Umsätze im Dienstleistungsbereich lagen arbeitstätig bereinigt im zweiten Quartal 2012 nominell mit +2,1 % auf einem ähnlichen Niveau wie der Durchschnitt der EU-27 (+1,9 %).

Grafik 51 Vergleich der Umsatzentwicklung (nominell) der EU-27 im zweiten Quartal 2012 im Dienstleistungsbereich (exkl. Handel)¹, arbeitstätig bereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal in Prozent



¹ Abschnitte H bis N (ohne Abteilungen 72, 75, 77 sowie Gruppen 70.1, 81.1) der NACE Rev. 2 (= ÖNACE 2008)
Quelle: Eurostat, vorläufige Daten

4 Auswirkungen und Bewältigung der Schuldenkrise

4.1 Finanz- und Staatsschuldenkrise

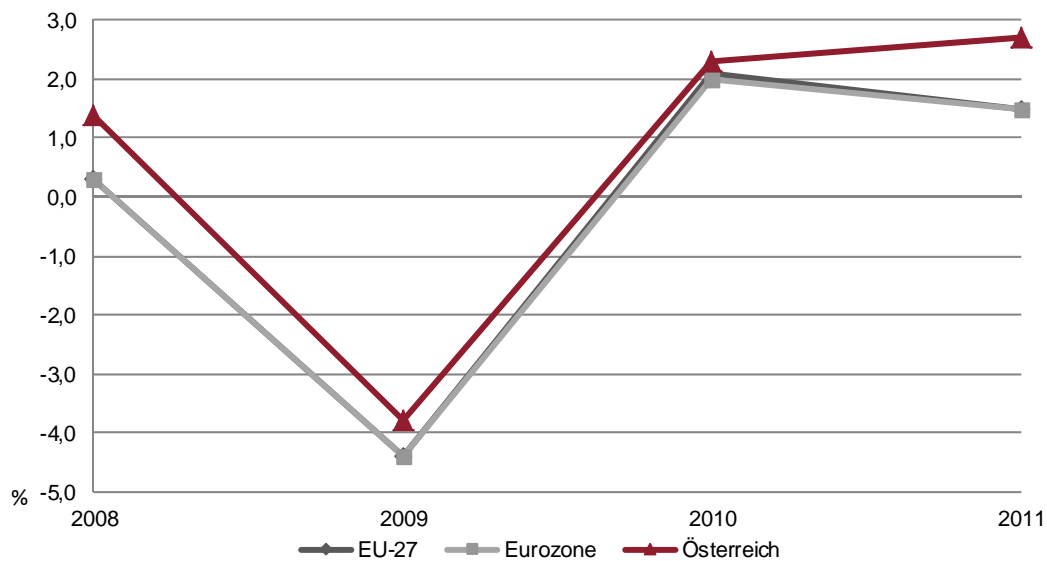
Im Jahr 2007 nahm die Finanzkrise ihren Ausgang und führte 2009 zu einer wirtschaftlichen Kontraktion in praktisch allen industrialisierten Ländern. Der Mittelstandsbericht 2010 widmete sich bereits in einem eigenen Kapitel der Bewältigung der Wirtschaftskrise. Im Jahr 2010 konnte eine Erholung des Wirtschaftswachstums beobachtet werden, gleichzeitig verschärften sich allerdings die Probleme in einzelnen europäischen Staatshaushalten mit weitreichenden finanz- und wirtschaftspolitischen Folgen.

Die Entwicklungen der Schuldenkrise im Euro-Raum und die Reaktionen der Wirtschaftspolitik überlagern auch 2012 noch die konjunkturelle Entwicklung und erschweren Wirtschaftsprognosen. (WIFO (2012): a.a.O.)

Verunsicherung und mangelndes Vertrauen zeichnet sich auf den Finanzmärkten ab. Während die Zinssätze von den von der Schuldenkrise betroffenen Ländern, wie Spanien und Italien, weiter steigen und die Möglichkeit der Kreditaufnahme verringern, sinken die Renditen in anderen Ländern (wie etwa Österreich oder Deutschland), da diese Zuflüsse an Finanzmitteln verzeichnen. Diese Zinssatzdifferenzen innerhalb der Währungsunion verstärken die ökonomischen Belastungen und sorgen auch für politische Spannungen. (WIFO (2012): a.a.O.)

Wie bereits im vorigen Kapitel aufgezeigt, ging die wirtschaftliche Leistung der EU-27 im Jahr 2009 gegenüber dem Vorjahr aufgrund der Finanz- und Staatsschuldenkrise deutlich zurück. In den Jahren 2010 und 2011 konnten die Mitgliedstaaten insgesamt wieder ein BIP-Wachstum erzielen. Eine Gegenüberstellung mit Österreich zeigt, dass die österreichische Wirtschaft jeweils stärker wuchs als der Durchschnitt der EU-27. Im Jahr 2009 fiel der Konjunkturunbruch weniger stark aus als in den meisten anderen Staaten der EU.

Grafik 52 Veränderung des Bruttoinlandsprodukts der EU-27 gegenüber dem Vorjahr in Prozent, 2008-2011



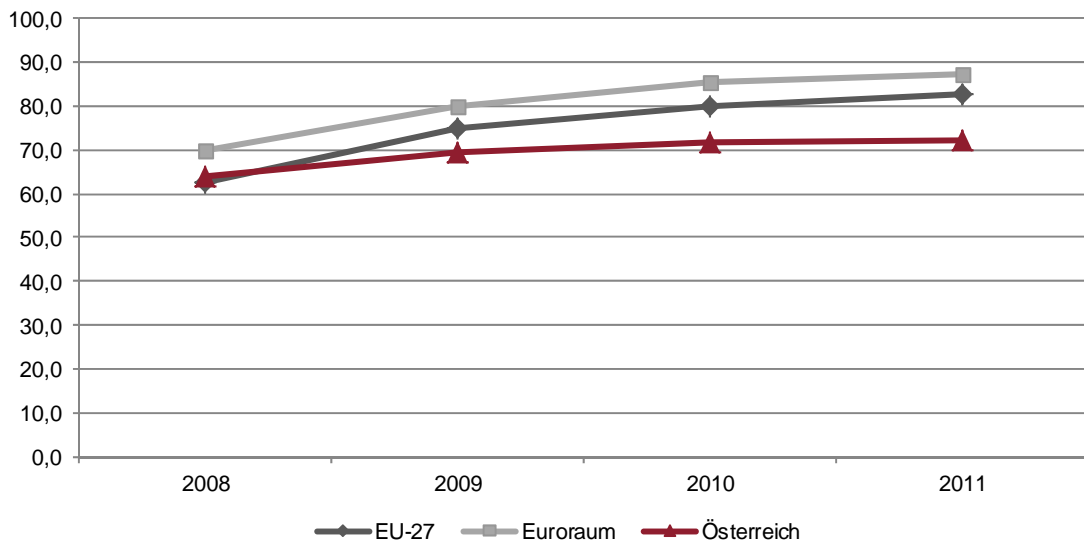
Quelle: Eurostat

Die geringere Wirtschaftsleistung und die zum Teil hohen Staatsausgaben zur Ankurbelung der Konjunktur sowie Maßnahmen zur Rettung von Banken führten in den meisten Mitgliedstaaten zu einem raschen Anstieg der Staatsschulden. In diesem Zusammenhang ist auch die Verschuldung des Haushaltssektors sowie des Unternehmenssektors relevant, auf welche jedoch im vorliegenden Bericht nicht näher eingegangen wird.

Zwischen dem Jahr 2008 und 2009 kam es im Euroraum im Durchschnitt zu einem Anstieg der Gesamtverschuldung (in Prozent des BIP) um knapp 10 %-Punkte. Innerhalb der EU-27 lag der Anstieg bei über 12 %-Punkten. Im Jahr 2011 waren die Staaten des Euroraumes durchschnittlich mit rund 87 % ihres BIP verschuldet, die Gesamtverschuldung der EU-27 lag bei rund 83 %. Der Anstieg der österreichischen Bruttoverschuldung fiel im Vergleich dazu geringer aus.

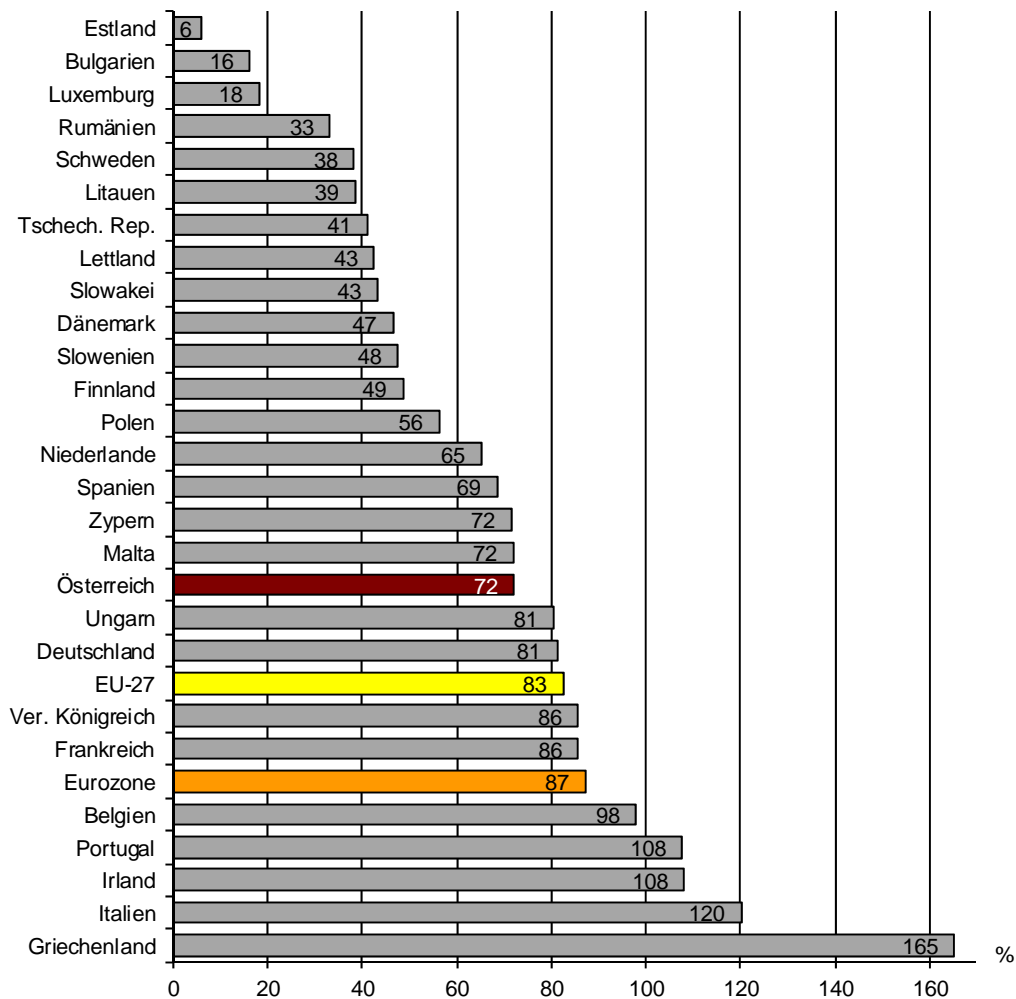
Während die durchschnittliche Gesamtverschuldung der EU-27 zwischen 2008 und 2011 um 20 %-Punkte bzw. der Staaten des Euroraums um 17 %-Punkte anstieg, erhöhte sich die österreichische Staatsverschuldung im gleichen Zeitraum um rund 8 %-Punkte und lag 2011 bei rund 72 % des BIP.

Grafik 53 Anteil der Bruttoverschuldung der EU-27 bzw. Eurozone am BIP, in Prozent



Quelle: Eurostat

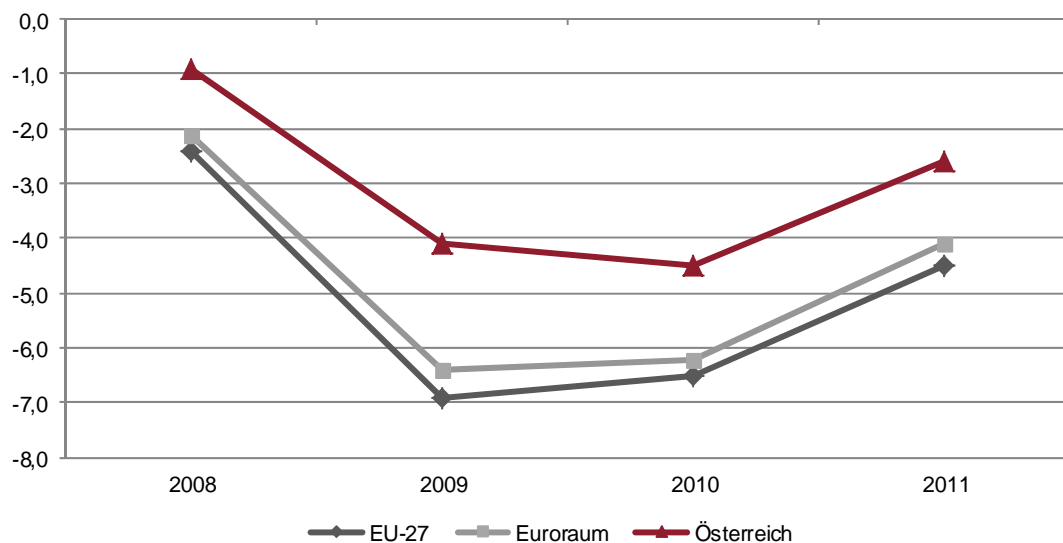
Im Vergleich der EU-27 lag Österreich beim Schuldenstand im oberen Mittelfeld. Während Estland, Bulgarien und Luxemburg Staatsschulden unter 20 % des BIP aufwiesen, waren Portugal, Irland, Italien und Griechenland zu über 100 % ihrer Wirtschaftsleistung verschuldet. Besonders hoch fällt die griechische Bruttoverschuldung mit 165 % des BIP aus.

Grafik 54 Anteil der Bruttoverschuldung am BIP der EU-27, 2011

Quelle: Eurostat

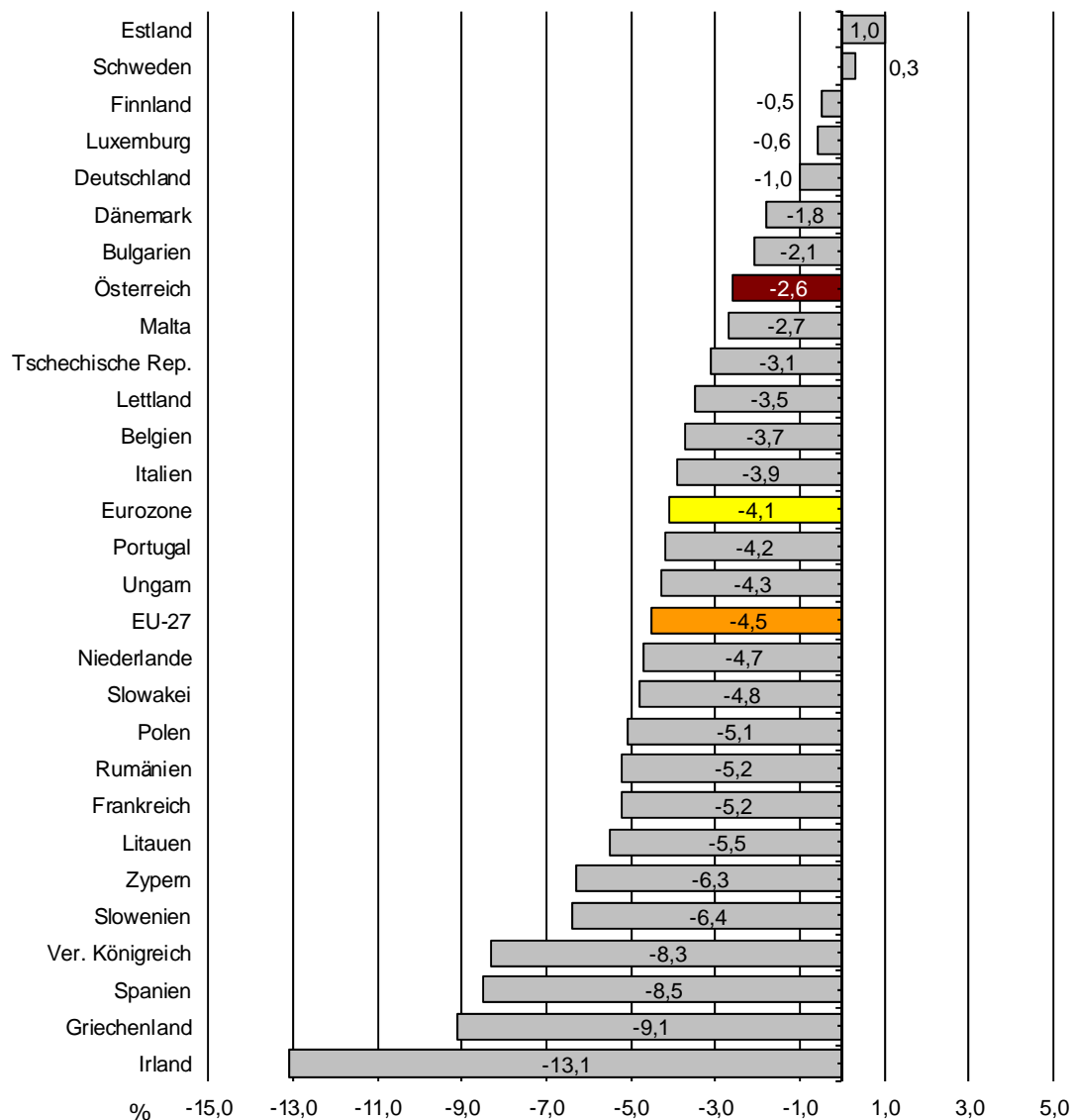
In den Jahren 2009 und 2010 lagen die Staatsausgaben der Mitgliedstaaten im Durchschnitt deutlich über den Staatseinnahmen. Die folglich negativen durchschnittlichen Finanzierungssaldos (Differenz aus Staatseinnahmen und Staatsausgaben ohne Ausgleichszahlungen aus Swap-Geschäften) der EU-27 beliefen sich 2009 und 2010 auf rund -7 % des BIP. Im Vergleich dazu fiel der negative Finanzierungssaldo der EU-27 im Jahr 2011 geringer aus und lag bei -4,5 %. Der österreichische Wert lag bei -2,6 %. Trotz Verbesserungen waren die durchschnittlichen negativen Finanzierungssaldos höher als vor der Wirtschaftskrise.

Grafik 55 Anteil des Finanzierungssaldos der EU-27 bzw. Eurozone am BIP, in Prozent



Quelle: Eurostat

Im Vergleich der Mitgliedstaaten wies Österreich im Jahr 2011 eines der geringsten Finanzierungsdefizite auf. Nachfolgende Grafik verdeutlicht die Unterschiede innerhalb der EU. Während Estland und Schweden 2011 einen Finanzierungsüberschuss erzielten, lag das Defizit von Irland bei 13 %.

Grafik 56 Anteil des Finanzierungssaldos am BIP der EU-27, in Prozent, 2011

Quelle: Eurostat

4.2 Basel III

Im Zuge der Finanzmarktkrise ab 2007 wurde deutlich, dass die bisherigen Regulierungen im Bankensektor nicht ausreichten, um die Stabilität des Bankensystems in einer systemischen Krise zu gewährleisten. (Hahn F./Hölzl W. (2011): Auswirkungen der neuen Eigenkapitalbestimmungen „Basel III“ auf die Finanzierung kleiner und mittlerer Unternehmen in Österreich. Wien: WIFO) Der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht veröffentlichte aus diesem Grund ein neues Regelwerk („Basel III“): Durch eine verpflicht-

tende Erhöhung der Eigenkapitalerfordernisse von Kreditinstituten soll die Stabilität des Finanzsystems zukünftig sichergestellt werden. Im Juli 2011 legte die Europäische Kommission einen Legislativvorschlag zur Änderung der EU-Eigenkapitalbestimmungen vor. Die höheren qualitativen und quantitativen Anforderungen an die Eigenkapitalausstattung von Banken sollen bis Ende 2012 in die nationalen Gesetzgebungen aufgenommen werden, sodass die Regelungen ab 2013 in Kraft treten können. Durch Übergangsregelungen soll die Umsetzung stufenweise im Zeitraum von 2013 bis 2019 erfolgen, um so den Banken zu ermöglichen, die neuen Eigenkapitalbestimmungen vor allem durch einbehaltene Gewinne und Kapitalerhöhungen zu realisieren und nicht durch eine eingeschränkte Kreditvergabe.

Eine Studie des WIFO zeigt, dass die österreichischen Banken aufgrund der strengeren Eigenkapitalerfordernisse zumindest während der Übergangsphase weniger Kredite an KMU gewähren könnten. (Hahn F./Hölzl W. (2011): a. a. O.)

Auch das Institut für Höhere Studien (IHS) rechnet mit einem Anstieg der Kreditkosten und mit einer Verringerung der Kreditvolumina um etwa 10 % bis 20 %; die volkswirtschaftlichen Kosten von Basel III würden sich unter diesen Annahmen auf rund 1,3 % bis 2,5 % des BIP innerhalb von fünf Jahren belaufen. (Felderer, B. et al. (2010): Mögliche Auswirkungen von „Basel III“ auf Kreditvolumina und gesamtwirtschaftliche Entwicklungen in Österreich, Wien: IHS)

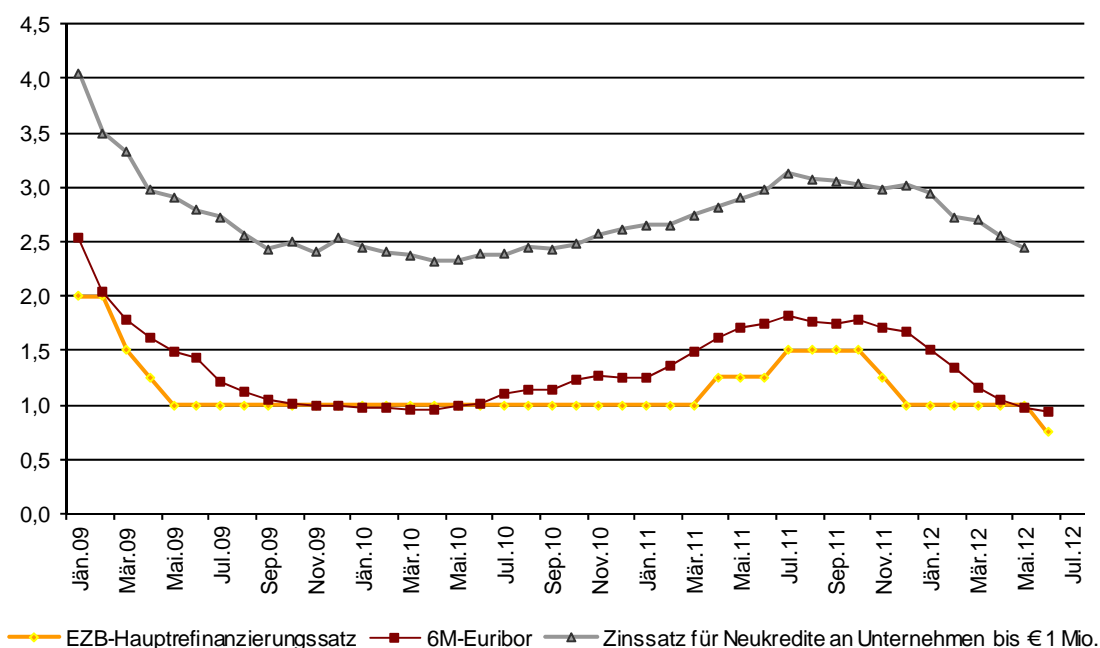
Auch Studien zur Einschätzung der makroökonomischen Auswirkungen von Basel III im Euroraum wurden durchgeführt. Die OECD und die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) gehen davon aus, dass sich die Zinssätze um etwa 15 Basispunkte erhöhen würden, was eine negative Auswirkung auf das BIP-Wachstum von -0,03 bis -0,05 %-Punkte (BIZ-Studie) bzw. -0,05 bis -0,15 %-Punkte (OECD-Studie) jährlich im Euroraum zur Folge hätte.

(Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (2010): Assessing the Macroeconomic Impact of the Transition to Stronger Capital and Liquidity Requirements. Basel: BIS und Slovik, P., Cournede, B. (2011): Macroeconomic Impact of Basel III, OECD Economics Department Working Papers No 844. Paris: OECD)

4.3 Unternehmensfinanzierung & Kreditvergabe

Die konjunkturelle Entwicklung der letzten Jahre lässt sich auch an den Zinssatzentscheidungen der Europäischen Zentralbank (EZB) ablesen. Seit Beginn der Wirtschaftskrise Ende 2008 wurde der Hauptrefinanzierungssatz der EZB – d.h. der Mindestzinssatz, zu dem sich Banken bei der EZB refinanzieren können – zunächst gesenkt (von 2 % Anfang 2009 schrittweise auf 1 % im Mai 2009). Aufgrund der positiven konjunkturellen Grunddynamik fand 2011 eine Anhebung des Leitzinssatzes zunächst auf 1,25 % und dann auf 1,5 % statt. Ende 2011 senkte die EZB den Hauptrefinanzierungssatz erneut auf 1 %, wobei die verstärkten Finanzmarktspannungen und deren dämpfende Auswirkung auf die Konjunktur im Euroraum ausschlaggebend waren. Wegen des weiterhin schwachen Wirtschaftswachstums senkte die EZB den Leitzins im Juli 2012 zum ersten Mal seit der Einführung des Euros unter 1 % auf 0,75 %. (Europäische Zentralbank (2001/12): Monatsberichte. Frankfurt: Europäische Zentralbank) Der niedrigere Leitzinssatz spiegelt sich auch in niedrigeren Zinssätzen für Unternehmen wider, wie nachfolgende Grafik veranschaulicht. Der Zinssatz für Neukredite an Unternehmen bis € 1 Mio., welcher für KMU besonders wichtig ist, lag im Mai 2012 in Österreich bei 2,4 %, der 6-Monats-Euribor bei 1 %.

Grafik 57 Zinssätze 2009 - 2012



Quelle: OeNB

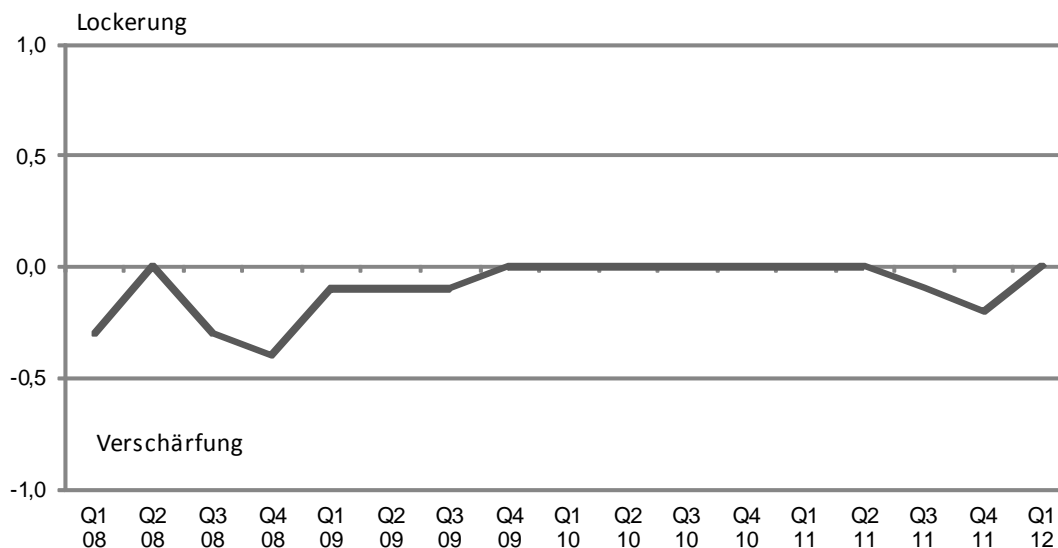
Die Spannungen an den Finanzmärkten führten in den letzten Jahren zu einem Vertrauensverlust am Interbankenmarkt, was einen Rückgang der Kreditvergabe zwischen den Banken, aber nicht automatisch eine Reduktion der Kredite an Unternehmen und Privatpersonen bewirkte. Verändert haben sich aber die Kreditbedingungen für Unternehmen.

Die Zentralbanken des Euroraums erheben mit dem Bank Lending Survey (BLS) vier Mal jährlich die Kreditkonditionen von 125 führenden Banken aus allen Ländern des Euroraums – darunter fünf österreichische „Institute“. Aus der Umfrage geht hervor, dass die Banken im zweiten Halbjahr 2011 – wie bereits 2008/09 – die Kreditrichtlinien (z. B. Zinssätze, Gebühren, Sicherheitserfordernisse) weiter verschärften. Im ersten Quartal 2012 wurden die Richtlinien unverändert belassen. Da sich die Angaben bezüglich der Verschärfungen immer auf das Vorquartal beziehen, kumulieren sich die jeweiligen Verschärfungen von 2008/09 und 2011, sodass bereits von einem restriktiven Niveau bezüglich der Kreditrichtlinien ausgegangen werden kann. Von den Verschärfungen waren Großbetriebe in stärkerem Ausmaß betroffen als KMU, langfristige Kredite stärker als kurzfristige. (Mooslechner et al. (2012): Entwicklung der Kredite des österreichischen Bankensystems an den Unternehmenssektor. 8. Kreditbericht der Österreichischen Nationalbank. Wien: OeNB)

Anzumerken ist, dass für Großunternehmen die Kapitalmarktfinanzierung eine bedeutende Alternative zum Bankkredit darstellt, während KMU stärker von der Bankfinanzierung abhängig sind. Der Zugang zum Kapitalmarkt stellt sich für die KMU vor allem durch hohe Transaktions- und Informationskosten schwieriger dar. Eine Verknappung der Bankkredite wirkt sich demnach insgesamt stärker auf KMU aus. (Hölzl, W. (2009): Österreichs kleine und mittlere Unternehmen in der Finanzmarktkrise. In: WIFO: Monatsberichte 12/2009. Wien: WIFO)

Als Gründe für die restriktiveren Kreditbedingungen nannten die befragten Banken in erster Linie die konjunkturelle Situation sowie bankinterne Gründe (Refinanzierungskosten und bilanzielle Restriktionen). Aufgrund der bevorstehenden Änderungen der Eigenkapitalbestimmungen im Rahmen von Basel III haben die befragten Banken ihre Bilanzsumme reduziert. (Mooslechner et al. (2012): a. a. O.)

Grafik 58 Veränderung der Richtlinien für die Gewährung von Krediten an KMU, erstes Quartal 2008 – erstes Quartal 2012



Anmerkung: Diffusionsindex: deutliche Verschärfung der Kreditrichtlinien: Wert -1, leichte Verschärfung: Wert -0,5; deutliche Lockerung der Kreditrichtlinien: Wert +1; leichte Lockerung der Kreditrichtlinien: Wert +0,5.

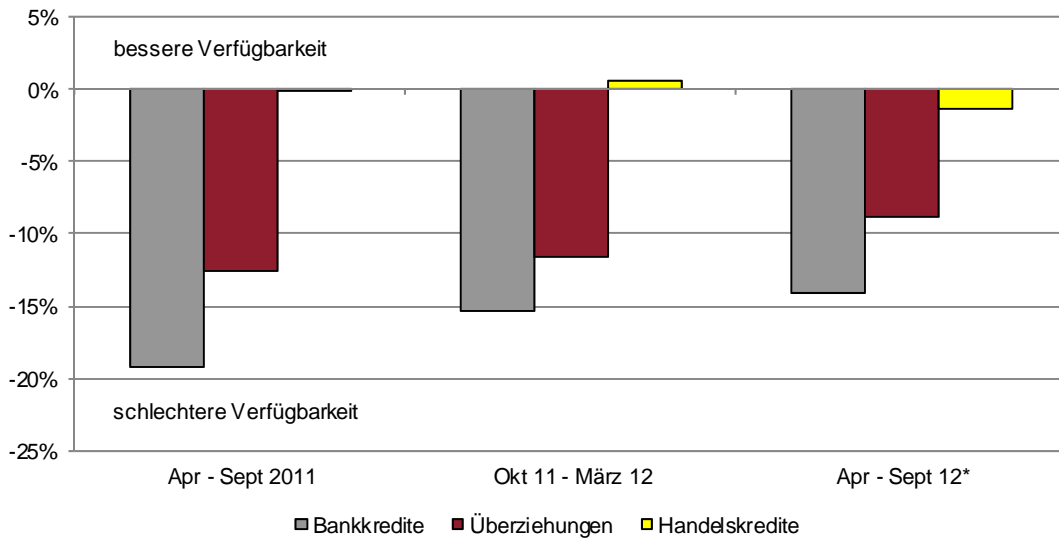
Quelle: OeNB (BLS)

Die Verschärfung der Kreditrichtlinien wird ebenso von den Unternehmen wahrgenommen, wie eine halbjährlich stattfindende Befragung der Europäischen Kommission unter vorwiegend KMU (Survey on the Access to Finance of small and medium-sized Enterprises – SAFE) zeigt. Die Unternehmen gaben bei der letztverfügbaren Umfrage vom März 2012 an, dass die kostenmäßige Belastung bei der Aufnahme von Bankkrediten im vierten Quartal 2011 und im ersten Quartal 2012 zunahm, sowohl was die Zinsen als auch was die Kreditnebenkosten betraf. Im gleichen Zeitraum wurden aus Unternehmenssicht auch die sonstigen Kreditbedingungen (Sicherheitserfordernisse, Informationserfordernisse sowie Zusatz- und Nebenvereinbarungen, geforderte Garantien) verschärft.

Der Zugang von österreichischen KMU zu Finanzierungsquellen hatte sich nach Einschätzungen der Betriebe Ende 2011/Anfang 2012 weiter verschlechtert. Im Vergleich zur vorangegangenen Sechsmonatsperiode fiel diese Verschlechterung aber weniger stark aus. Die KMU bemerkten vor allem eine Reduktion von verfügbaren Bankkrediten (Möglichkeit neue Bankkredite zu erhalten oder bestehende Bankkredite zu erneuern) und Verschlechterungen bei der Möglichkeit, Bankkonten zu überziehen. Bei der Verfügbarkeit von Handelskrediten, darunter wird das eingeräumte Zahlungsziel zwischen Unternehmen verstanden, waren nach Angaben der KMU

kaum Änderungen festzustellen. (Mooslechner et al. (2012): a. a. O.) Die zukünftige Verfügbarkeit der Finanzierungen für April bis September 2012 stuften die Unternehmen zum Zeitpunkt der Befragung im März 2012 etwas weniger schlecht ein als von Oktober 2011 bis März 2012.

Grafik 59 Einschätzung über die Verfügbarkeit der Finanzierungen von österreichischen KMU, 2011-2012



Anm.: Saldo aus positiven und negativen Antworten der befragten KMU

Bankkredite: Möglichkeit, einen neuen Bankkredit zu erhalten bzw. einen bereits bestehenden Bankkredit zu erneuern;

Überziehungen: Möglichkeiten, ein bestehendes Bankkonto zu überziehen;

Handelskredite: Eingeräumtes Zahlungsziel bzw. die Möglichkeit, Waren und Dienstleistungen von anderen Unternehmen ohne sofortige Barzahlung zu kaufen.

*Ausblick

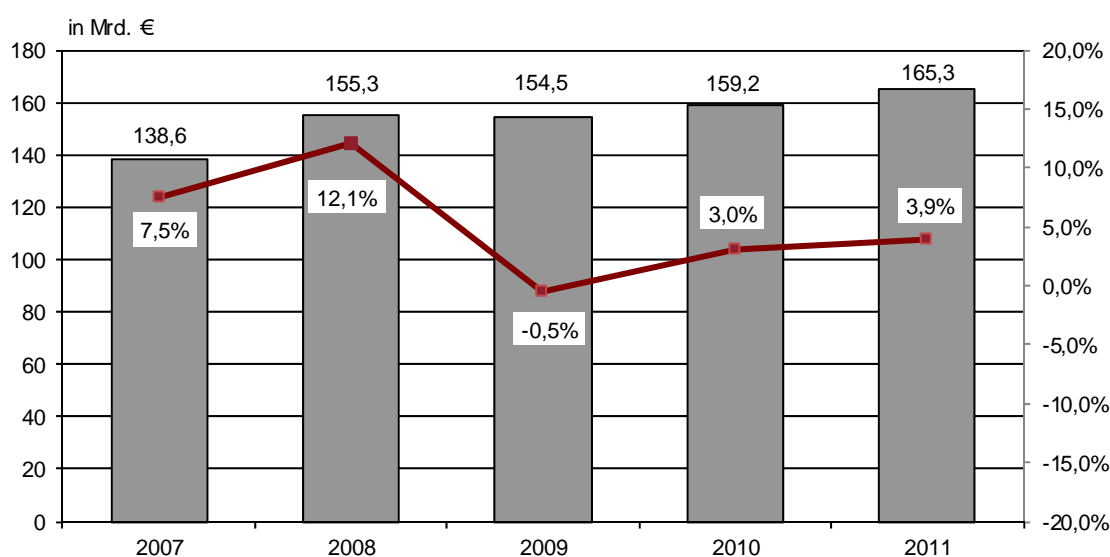
Quelle: EZB (SAFE)

In Einklang mit den vorangegangenen Ausführungen stehen auch die Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests über die Kreditbedingungen bei den Vertragsverhandlungen von KMU. Von den im März bis Mai 2012 befragten Unternehmen fanden 47 % (im Vergleich zu 60 % im November 2011) Kreditbedingungen vor, die ihren Erwartungen entsprachen. Der Anteil jener Unternehmen, die schlechtere Kreditbedingungen vorfanden, war von 27 % auf 36 % gestiegen und 13 % (im Vergleich zu 9 % im November 2011) fanden inakzeptable Kreditbedingungen vor. (Mooslechner et al. (2012): a. a. O.)

Ein Vergleich der letzten Jahre zeigt, dass das Kreditvolumen europäischer Unternehmen bei österreichischen Banken zurückging. Dies kann zum Teil auf die verschärften Kreditbedingungen zurückgeführt werden, gleichzeitig

verhält sich nicht nur das Kreditvolumen, sondern auch die Kreditnachfrage prozyklisch. In den darauffolgenden Jahren 2010 und 2011 stiegen die Kredite wieder stetig an (+3,9 % im Jahr 2011). Die Dynamik war jedoch verhaltener als in den Vorkrisenjahren, wo das Wachstum +7,5 % im Jahr 2007 und +12,1 % im Jahr 2008 betrug. Im Jahr 2011 machten die Ausleihungen an nichtfinanzielle Unternehmen¹⁵ (d.h. ohne Kredite an Bankinstitute) € 165,3 Mrd. aus.

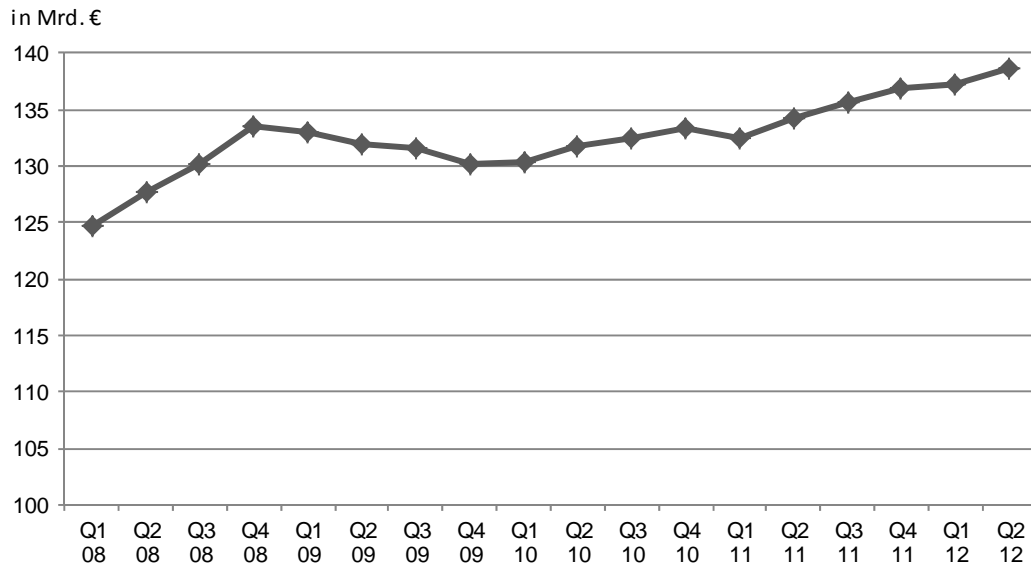
Grafik 60 Ausleihungen nichtfinanzieller Unternehmen im Euroraum bei Österreichs Banken in Mrd. €, 2007-2011



Quelle: OeNB

Die Entwicklung der Kredite österreichischer Banken an inländische Unternehmen zeigt nach Rückgängen der Kreditvolumina im Jahr 2009 mit dem Einsetzen des Konjunkturaufschwungs Anfang 2010 ein stetiges Wachstum der Unternehmenskredite bis Ende 2010. Im ersten Quartal 2011 gingen die Bankverbindlichkeiten österreichischer Unternehmen zunächst leicht zurück und stiegen bis zum zweiten Quartal 2012 auf rund € 139 Mrd. an. Das Wachstum des Kreditvolumens war 2011 weniger dynamisch als im Jahr 2008. Zwischen dem ersten Quartal 2011 und dem ersten Quartal 2012 stiegen die Kreditvolumina inländischer Unternehmen um 3,6 %; zwischen dem ersten Quartal 2008 und dem ersten Quartal 2009 war währenddessen ein Anstieg von 6,6 % zu verzeichnen. Zuletzt nahmen die Kreditvolumina um 3,3 % zu (zweites Quartal 2012 gegenüber zweitem Quartal 2011).

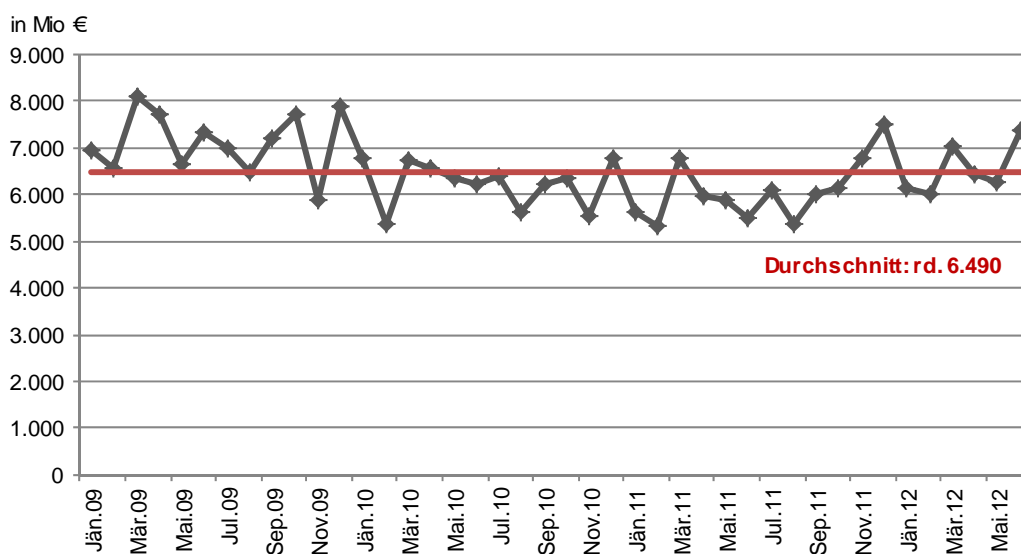
Grafik 61 Kredite österreichischer Banken an inländische Unternehmen in Mrd. €, erstes Quartal 2008 – erstes Quartal 2012



Quelle: OeNB

Die seit dem Jahr 2009 geführte Statistik der OeNB zur Neukreditvergabe zeigt, dass seit Jänner 2009 monatlich durchschnittlich ein Kreditvolumen von € 6,5 Mrd. an inländische Unternehmen vergeben wurde, wobei die Schwankungsbreite bei max. € +1,6 Mrd. (März 2009) und € -1,1 Mrd. (Feb. 2010) lag.

Grafik 62 Neukreditvergabe an inländische Unternehmen in Mio. €, Jänner 2009 – Mai 2012



Quelle: OeNB

4.4 Maßnahmen auf europäischer und internationaler Ebene

Bereits im Mittelstandsbericht 2010 wurden die Maßnahmen zur Bewältigung der Wirtschaftskrise angeführt. Dazu gehörten unter anderem vorübergehende Erleichterungen bei der Gewährung staatlicher Beihilfen seitens der Europäischen Kommission sowie verschiedene Konjunktur-, Arbeitsmarkt und Bankenhilfspakete auf nationaler Ebene.

Die Stabilisierung in der Wirtschaftskrise erfordert groß angelegte Maßnahmen auf europäischer Ebene, wie etwa die großflächige Unterstützung einzelner Mitgliedstaaten, Schaffung neuer Stabilitätsmechanismen. Seit dem Jahr 2010 folgten zahlreiche europäische Gipfeltreffen. Im März 2010 einigten sich die Euro-Staaten auf ein erstes Rettungspaket für Griechenland (im Ausmaß von € 25 Mrd.). Knapp zwei Monate später wurde das Paket unter Einbeziehung des Internationalen Währungsfonds (IWF) auf € 110 Mrd. ausgeweitet. Bei einem weiteren EU-Gipfel im Mai 2010 wurde die Einführung des europäischen Fonds EFSF (European Financial Stability Facility) beschlossen. Dieser kann Finanzhilfen vergeben, indem er entweder am Kapitalmarkt Geld aufnimmt, das an finanzschwache Mitgliedstaaten vergeben wird, oder indem er Anleihenkäufe am Sekundärmarkt tätigt. Die 17 Euro-Mitgliedstaaten garantieren für die Geschäfte des EFSF. Um eine Überdeckung sicherzustellen, vergibt der EFSF maximal einen Teilbetrag (€ 440 Mrd.) an Finanzhilfen vom gesamten Volumen, das er am Kapitalmarkt aufnehmen kann (€ 780 Mrd.). Der österreichische Anteil an der Garantie beträgt etwa € 21,6 Mrd.

Zeitgleich zum EFSF wurde im Mai 2010 auch der europäische Finanzstabilitätsmechanismus (EFSM) eingerichtet. Die EU finanziert diese Einrichtung und vergibt zu diesem Zwecke Anleihen am Kapitalmarkt. Garantiert werden die Mittel von € 60 Mrd. von den Staaten der Eurozone. (Institut für Weltwirtschaft (2012): Glossar zur Schuldenkrise <http://www.ifw-kiel.de/wirtschaftspolitik/konjunkturprognosen/glossar-schuldenkrise/ifw-glossar-zur-schuldenkrise/>)

Im November 2010 erhielt Irland als erstes Land Hilfen aus dem europäischen Rettungsfonds EFSF. Die Hilfszahlungen beliefen sich insgesamt auf € 67,5 Mrd., von denen der IWF und der EFSM je € 22,5 und der EFSF € 17,7 Mrd. bereitstellten. Das Vereinigte Königreich, Dänemark und

Schweden, die nicht am EFSM beteiligt sind, stellten insgesamt weitere € 4,8 Mrd. zur Verfügung. (Institut für Weltwirtschaft (2012): a.a.O.)

Um die Ausdehnung der Krise zu verhindern, beschlossen die Mitgliedstaaten im Dezember 2010 den Aufbau eines ständigen Krisenfonds, des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM). Dieser ist im Oktober 2012 in Kraft getreten. Der ESM soll einen dauerhaften Charakter aufweisen und mit einem Stammkapital von € 700 Mrd. (davon € 80 Mrd. einzuzahlendes und € 620 Mrd. abrufbares Kapital) ausgestattet werden. Durch eine Hebelung des ESM sollen im Ernstfall über zwei Billionen Euro verfügbar sein, um auch große Länder wie Spanien und Italien retten zu können.

Im April 2011 suchte Portugal um Hilfsmittel bei der Europäischen Staatengemeinschaft an. Am Rettungspaket im Umfang von € 78 Mrd. beteiligten sich der EFSM, der EFSF und der IWF zu gleichen Teilen.

Griechenland beantragte im Juni 2011 ein zweites Hilfspaket. Im Juli 2011 wurden daraufhin Hilfsmittel von mehr als € 130 Mrd. aufgelegt. Die Abwicklung erfolgt neben dem IWF hauptsächlich über den EFSF und zukünftig voraussichtlich über den ESM. Die privaten Gläubiger verzichteten im Rahmen eines Schuldenschnitts auf die Hälfte ihrer Forderungen. (Institut für Weltwirtschaft (2012): a.a.O.)

Als weitere Maßnahme zur Eindämmung der Staatsschulden unterzeichneten alle Mitgliedstaaten - mit Ausnahme von Großbritannien und Tschechien - im März 2012 den Fiskalpakt. Dieser sieht vor, dass die Unterzeichnerländer in ihren nationalen Gesetzen (möglichst hochrangig) den Ausgleich der Staatshaushalte verbindlich festlegen. Im Detail soll das jährliche strukturelle Budgetdefizit maximal 0,5 % des BIP betragen. Für Staaten, deren Gesamtschuldenstand unter dem Maastricht-Kriterium¹⁶ von 60 % des BIP liegt, darf das strukturelle Budgetdefizit maximal 1 % des BIP betragen. Wird der Fiskalpakt nicht eingehalten, kann das Land vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) verklagt werden. Eine Geldstrafe von bis zu 0,1 % des BIP ist vorgesehen, sollte das Urteil des EuGH missachtet werden. Die Mitgliedstaaten haben sich im Rahmen des Fiskalpaktes des Weiteren dazu verpflichtet, einen Plan für wirtschaftliche Reformen zu erarbeiten, der unter der Kontrollzuständigkeit der Europäischen Kommission und des Ministerrates steht. Im Dezember 2011 verankerte Österreich mit der „Schuldenbremse“ strengere Haushaltsregeln im Bundeshaushaltsgesetz. Das strukturelle (d.h. um konjunkturelle und temporäre Effekte bereinigte) Defizit des

Bundes wird durch die Vorgaben ab 2017 auf maximal 0,35 % des BIP begrenzt.

Beim 19. Krisengipfel Ende Juni 2012 wurde ein Wachstumspaket im Wert von € 120 Mrd. beschlossen: Um die Zurückhaltung bei den Investitionen zu lockern, vergibt die Europäische Investitionsbank mehr Kredite. Als weiterer Punkt wurde festgelegt, dass der ESM künftig auch Staatsanleihen kaufen kann.

Im Juli 2012 wurde ein Hilfspaket für spanische Banken im Ausmaß von € 100 Mrd. beschlossen. Damit wurde erstmals Geld aus dem EFSF zur Stützung von Banken bereitgestellt; die damit verbundenen Auflagen gelten ausschließlich für den Finanzsektor. Ein seit Beginn der Finanzkrise und den damit verbundenen Notverstaatlichungen von Finanzinstituten intensiv diskutiertes Thema ist die Schaffung von Möglichkeiten, Banken geregelt in Insolvenz gehen zu lassen, ohne dass die Volkswirtschaft erheblichen Schaden davon nimmt. Eine EU-Richtlinie für ein neues Insolvenzrecht für Banken soll im Herbst 2012 beschlossen werden.

Der Weg zur Konsolidierung nach der Wirtschaftskrise führt über die konsequente Umsetzung der Maßnahmen des Small Business Acts (SBA). Nationale sowie europäische Maßnahmen zur Stärkung, Realisierung von Unterstützungsleistungen und Reduktion von Belastungen für KMU sind im nachfolgenden Kapitel 5 dargestellt.

5 Maßnahmen zur Förderung der KMU

Mit dem 2008 von der Europäischen Kommission vorgestellten und in weiterer Folge von den Mitgliedstaaten beschlossenen „Small Business Act“ (SBA) für Europa hat sich die Europäische Union auf ein gemeinsames Verständnis zur Förderung des Unternehmertums geeinigt. Der SBA bietet einen umfassenden politischen Rahmen für KMU und verankert den Grundsatz „Vorfahrt für KMU“. (Europäische Kommission (2008b): Vorfahrt für KMU in Europa – der „Small Business Act für Europa“. Brüssel: Europäische Kommission.)

2011 veröffentlichte die Europäische Kommission den „SBA Fortschrittsbericht“ für die EU-27. Dieser gibt einen Überblick über Fortschritte bei der Umsetzung des SBA und zeigt, dass die Mitgliedstaaten bereits eine Vielzahl der im SBA vorgesehenen Initiativen umgesetzt bzw. in die Wege geleitet haben. Gleichzeitig werden im „SBA Review“ aber auch neue Bedürfnisse des europäischen Mittelstands in Zeiten der Wirtschaftskrise aufgezeigt, wie beispielsweise die verstärkte Unterstützung beim Zugang zu Finanzierung und Märkten. (Europäische Kommission (2011b): Überprüfung des „Small Business Act“ für Europa. Brüssel: Europäische Kommission)

Die jüngst in Österreich gesetzten KMU-politischen Maßnahmen werden, wie bereits im Mittelstandsbericht 2010, gegliedert nach den zehn Grundsätzen des SBA dargestellt. Zu Beginn jedes Grundsatzes wird Österreich auf Basis der Ergebnisse des „SBA Fact Sheet 2010/11“ im europäischen Vergleich betrachtet. In den Kapiteln zur aktuellen Situation werden speziell jene Maßnahmen, die 2010 und 2011 durchgeführt worden sind, subsumiert. Ab 2012 realisierte oder vorerst geplante Maßnahmen sind in den Abschnitten Herausforderungen und Ausblick angeführt.

5.1 Unternehmerische Initiative

Der erste Grundsatz des SBA fordert die „Schaffung eines Umfeldes, in dem sich unternehmerische Initiative lohnt und in dem sich Unternehmen in Familienbesitz entfalten können“. Unternehmerisches Denken und Handeln soll bereits bei jungen Menschen im Rahmen von Schule und Ausbildung gefördert und das Bewusstsein, dass die Selbstständigkeit interessante Karriere-chance eröffnet, weiter gestärkt werden. (Europäische Kommission (2008b): a. a. O.)

5.1.1 Österreich im europäischen Vergleich

Österreich hat in den letzten Jahren vielfältige Maßnahmen zur Förderung der „Unternehmerischen Initiative“ gesetzt. Bei den Indikatoren zur Messung dieses Grundsatzes erzielt Österreich Werte, die in etwa im Durchschnitt der EU-27 liegen. Die beiden wichtigsten Indikatoren, nämlich die „Gründungsrate“ sowie das „Unternehmertum durch Wahrnehmung einer Marktchance“ (darunter sind jene Unternehmer zu verstehen, für die das eigene Unternehmen die erste Berufswahl darstellt) entsprechen dem EU-Durchschnittswert. Unter dem EU-Durchschnitt liegt der Indikator „Unternehmerische Absicht“: 5 % der Österreicher haben vor, sich in den kommenden drei Jahren selbstständig zu machen, im Vergleich zu über 10 % im EU-Durchschnitt. Auch der Anteil jener Österreicher, die die Selbstständigkeit gegenüber der unselbstständigen Tätigkeit bevorzugen würden, fällt etwas geringer aus als im europäischen Durchschnitt. Geringfügig über dem Mittelwert der EU-27 liegen folgende vier Indikatoren des Grundsatzes „Unternehmertum“: die „Möglichkeit sich selbstständig zu machen“, der „Anteil der Erwachsenen, die zustimmen, dass ihre schulische Ausbildung die Entwicklung unternehmerischen Denkens gefördert hat“, der „Anteil der Erwachsenen, die zustimmen, dass erfolgreiche Unternehmer ein hohes Ansehen genießen“ und die „Aufmerksamkeit der Medien für unternehmerische Initiative“. (Europäische Kommission (2011b): Small Business Act Fact Sheet Österreich 2010/11. Brüssel: Europäische Kommission)

5.1.2 Aktuelle Situation

Die „unternehmerische Initiative“ wird in Österreich durch gezielte Bewusstseinsbildung sowie Unterstützung für Unternehmer - im Vorfeld der Gründung und im Laufe des gesamten Unternehmenslebenszyklus - umgesetzt. Förderungen richten sich des Weiteren an spezifische Zielgruppen und besonderes Augenmerk wird aktuell auf die Gesundheitsförderung in Unternehmen gelegt.

Maßnahmen bzgl. der Bewusstseinsbildung zur unternehmerischen Initiative

- Der Wunsch, unternehmerisch tätig zu werden, ist in Europa weniger stark ausgeprägt als in den USA oder China. Während 45 % der befragten Europäer die Selbstständigkeit der unselbstständigen Tätigkeit vorziehen würden, geben 55 % der Amerikaner und 71 % der Chinesen an, lieber ihr eigenes Unternehmen gründen zu wollen. Um die unternehmerische Kultur in Europa zu fördern, wird daher seit 2012 auf europäischer Ebene ein „Entrepreneurship Action Plan“ diskutiert. Dieser soll in Einklang mit dem SBA stehen und Aktionspläne zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmer sowie Förderung der unternehmerischen Initiative vor allem bei jüngeren Personen, Frauen sowie Senioren vorsehen. Als Vorbedingung gilt dabei der Aufbau eines kulturellen Umfeldes, das unternehmerische Tätigkeit fördert.
- Im November 2009 verabschiedeten die Mitgliedstaaten ein Strategiepapier, in dem die Zielsetzungen der Jugendpolitik 2010 bis 2018 festgehalten werden. Zu den wesentlichen Punkten dieser Jugendstrategie gehören die Schaffung von mehr Möglichkeiten und Chancengleichheit für Jugendliche im Bildungswesen und am Arbeitsmarkt sowie die Förderung des gesellschaftlichen Engagements und der sozialen Eingliederung und Solidarität aller jungen Menschen. Die Mitgliedstaaten verpflichten sich zu jugendpolitischen Maßnahmen in den acht Aktionsfeldern allgemeine und berufliche Bildung, Beschäftigung und Unternehmmergeist, Gesundheit und Wohlbefinden, Teilhabe, Freiwilligentätigkeit, soziale Eingliederung, Jugend in der Welt sowie Kreativität und Kultur.

Die Förderung der Jugend ist dabei als Querschnittsmaterie zu betrachten, die in verschiedenste Politikbereiche – wie etwa Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, Bildungs- und Umweltpolitik – Eingang findet. Die Jugendlichen sollen verstärkt in die Gestaltung miteinbezogen werden. Dies geschieht durch die Methode des „strukturellen Dialogs“, ein offenes Dialogforum, in dessen Rahmen Jugendliche gemeinsam mit Entscheidungsträgern ausgewählte Themen diskutieren. (Europäische Kommission (2009): An EU-Strategy for Youth – Investing and Empowering, A renewed open method of coordination to address youth challenges and opportunities. Brüssel: Europäische Kommission)

In Österreich wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die die Implementierung der EU-Jugendstrategie auf nationaler Ebene begleitet. Diese setzt sich aus Vertretern von BMWFJ, den Landesjugendreferaten der Bundesländer, der Bundesjugendvertretung, dem bundesweiten Netzwerk Offene Jugendarbeit, dem Bundesnetzwerk Österreichische Jugendinfos sowie der "Nationalagentur Jugend in Aktion" zusammen. Die im Februar 2012 eingesetzte „Entwicklungsgruppe“ für eine nationale Jugendstrategie hat verschiedene jugendpolitische Ziele und Maßnahmen entlang der acht Aktionsfelder vorgelegt.

- Im Juli 2011 wurde im Rahmen der Strategie für das lebenslange Lernen (des BMUKK, BMWF, BMASK und BMWFJ) die Implementierung von Entrepreneurship Education quer durch alle Bildungsstufen als wichtiges Ziel definiert. Eine „Task Force“ bestehend aus Vertretern der beteiligten Ressorts soll bis 2020 jährlich einen Umsetzungsbericht vorlegen.

Entrepreneurship Education (= Erziehung zur unternehmerischen Initiative) wird als ökonomische Ausbildungsphilosophie im Rahmen wirtschaftlicher Unterrichtsfächer und als Unterrichtsprinzip quer durch viele Unterrichtsfächer etabliert. So wird im Rahmen der Lehrpläne an berufsbildenden Schulen (Handelsakademie, Handelsschule, Höhere Technische Lehranstalt) Entrepreneurship Education verstärkt im Regelunterricht – Wirtschaftsunterricht, Projekt- und Übungsfirmenarbeit – integriert.

Diese Verankerung zeigt sich u.a. auch durch die Verknüpfung von Lehrplaninhalten mit Wettbewerben: der Wettbewerb „Jugend innovativ“ (des aws im Auftrag des BMWFJ und BMUKK), der an den Projektunterricht bzw. an die Maturaprojekte anknüpft. 2011 gewann Österreich den European Young Entrepreneur of the Year Award, nachdem bereits 2010 ein Team erfolgreich war.

Das eesi – (Impulszentrum für **E**ntrepreneurship **E**ducation für **s**chulische **I**nnovationen) des BMUKK erarbeitet Indikatoren zur Messung der Umsetzung von Entrepreneurship Education in Schulen. Diese Indikatoren dienen der Qualitätssicherung des bisherigen Engagements. Ab Herbst 2012 werden die ersten Zertifizierungen durchgeführt.

Auch an den österreichischen Universitäten wird der Bereich Unternehmerisches Denken und Entrepreneurship im Lehrangebot sowie im Rahmen der Curricula etlicher Studien als Pflicht- oder Wahlfach berücksichtigt (nicht nur in wirtschaftswissenschaftlichen Studien), um die künftigen Universitätsabsolventen auch gezielt auf eine spätere berufliche Selbstständigkeit vorzubereiten.

- Durch den so genannten „Unternehmerführerschein®“ (www.undernehmerfuehrerschein.at) erwerben Schüler ab der 8. Schulstufe Wirtschafts- und Finanzwissen sowie unternehmerische Kompetenzen. Die freiwillige Zusatzqualifikation gehört in über 200 Schulen in Österreich zum Unterrichtsprogramm. Seit der Einführung im Jahr 2004 durch die Wirtschaftskammer Österreich wurden rund 30.660 staatlich anerkannte Zertifikate ausgestellt.

Im Jahr 2011 erklärte der Dachverband der europäischen Industrie- und Handelskammern den Unternehmerführerschein® zum Best Practice Beispiel zur Förderung von Wirtschaftswissen und Unternehmergeist. Dies und die Anerkennung als European Best Practice in Oslo 2006 führten zum „Export“ des Unternehmerführerscheins (u.a. nach Deutschland, den Benelux-Ländern, Frankreich und Polen). International gibt es seit 2007 mehr als 15.000 Teilnehmer.

Maßnahmen im Vorfeld der Gründung

- Einer Studie von Uniport aus dem Jahr 2010 zufolge machen sich 3,9 % der Absolventen der Universität Wien unmittelbar nach dem Studium selbstständig, drei Jahre später ist der Prozentsatz auf 5,1 % gestiegen. Der Wunsch, unternehmerisch tätig zu werden, bestand bei rund zwei Drittel der Befragten. U:start, das 2011 gestartete Programm zu Selbstständigkeit & Gründung des Alumniverbandes der Universität Wien, hat zum Ziel, Absolventen der Universität Wien die Selbstständigkeit als interessante Karrierealternative aufzuzeigen. Den Kern dieses Programms bilden Orientierung, Ausbildung, Mentoring und Beratung. Angesprochen werden vor allem jene Studenten, die zwar eine Geschäftsidee haben, jedoch nicht die notwendigen betriebswirtschaftlichen Kenntnisse mitbringen. Gemeinsam mit Trainer und Unternehmensberater wird nicht nur der Wunsch zur Selbstständigkeit bestärkt, sondern auch ein tragfähiger Businessplan erarbeitet.

Das Programm startete im Juli 2011 mit einer Orientierungsphase in Form eines 1 1/2-tägigen Gründerworkshops (für etwa 45 Gründungsinteressierte), im Zuge dessen Grundlegendes über die Selbstständigkeit vermittelt wird und sich die Studenten mit Fragen wie „Bin ich ein Unternehmer-Typ?“, „Ist meine Idee realisierbar?“ auseinandersetzen.

In einem zweiten Teil (Oktober 2011 bis Juni 2012) begann die Ausbildung bestehend aus Seminaren (insgesamt 20), individuellem Mentoring (25 ehrenamtliche Mentoren), professioneller Beratung und Vernetzungstätigkeiten. Insgesamt nahmen 34 Studenten am Programm teil.

Maßnahmen im Laufe des Lebenszyklus der Unternehmen

- In Zusammenarbeit des BMWFJ mit dem WIFI Unternehmerservice der Wirtschaftskammer Österreich (WKO) wurde 2010/11 wieder ein gemeinsames „Aktionsprogramm KMU“ durchgeführt, diesmal zu den Schwerpunktthemen „Unternehmen zukunftssicher machen“ und „Unternehmen er/finden sich neu“. Es bot zunächst Wirtschaftsförderungsmaßnahmen zur Unternehmenssicherung und Krisenbewältigung (betriebswirtschaftlich notwendige Sofortmaßnahmen). Im Mittelpunkt des zweiten Maßnahmenpakets standen Weiterentwicklung und Wachstum von KMU unter dem Motto „Erneuern um zu wachsen“. Besondere Aufmerksamkeit galt der Gruppe der Jungunternehmer mit einem speziellen Coaching-Angebot in den Bereichen Marketing, Organisation, Controlling und Finanzierung. Insgesamt wurden 2010/11 392 Jungunternehmer betreut, die in Summe 4.760 Coaching-Stunden konsumierten. Aufgrund des großen Interesses wurde das Programm 2011/12 fortgesetzt.

Ziel des 2011 entwickelten KMU-Beratungsprogramms „Wachstums-Coaching“ ist das Aufzeigen von Entwicklungspfaden für KMU, die Durchführung einer Potenzialanalyse und die Erstellung eines Maßnahmenkataloges zur Förderung qualitativer und quantitativer Wachstumsprozesse. Die Beratungsinitiative „Wachstums-Coaching“ zur individuellen Unterstützung von KMU zum Durchstarten nach der Krise startete Mitte 2012 in fünf Bundesländern.

- Business pro austria (bpa) (www.businessproaustria.at) ist ein vom Verband der Technologiezentren Österreichs 2007 ins Leben gerufener Ideenwettbewerb und Coachingprozess, der darauf abzielt, speziell KMU bei der Weiterentwicklung und Umsetzung innovativer Geschäftsideen zu unterstützen. Die Aufgabenstellung bestand darin, einen standardisierten und qualitätsgesicherten Prozess zur Begleitung von KMU bei der Ideenentwicklung zu erarbeiten, der von Technologiezentren regional zur Umsetzung gebracht wurde. Im Mittelpunkt von bpa stand die Prozessbegleitung und das Coaching von Ideengebern (KMU) durch regionale Betreuungsteams. Die (von den KMU) eingereichten Ideen wurden durch eine Expertenjury bewertet und die Preisträger prämiert. Im Anschluss startete das bpa-Coaching der Preisträger durch ein auf deren Bedürfnisse und deren Ideen abgestimmtes Expertenteam.

Insgesamt wurden zwischen 2007 und 2011 53 Ideen eingereicht und 18 Preisträger ermittelt; es gab 77 bpa-Netzwerkpartner. Seit Ende des Projekts (2010) läuft bpa als Dienstleistung der Technologiezentren an KMU in Regionen selbstständig weiter und ist bei vielen Zentren seither fixer Bestandteil des Leistungsportfolios. 2011 wurde bpa in die SBA-Datenbank für gute Verfahrensweisen („Good Practices“) der Europäischen Kommission aufgenommen.

Zielgruppenspezifische Maßnahmen

- Ziel des Projektes „Mentoring für MigrantInnen“ ist es, in Österreich lebende qualifizierte Arbeitskräfte mit Migrationshintergrund beim Einstieg in den österreichischen Arbeitsmarkt zu unterstützen und die Internationalisierung der heimischen Wirtschaft voranzubringen.

Das nach wie vor laufende Programm wurde im Jahr 2008 von den Wirtschaftskammern Österreichs (WKÖ) gemeinsam mit dem Österreichischen Integrationsfonds (ÖIF) und der aws initiiert. Im Rahmen der Initiative unterstützen gut vernetzte Akteure der Wirtschaft (Mentoren) qualifizierte Personen mit Migrationshintergrund (Mentees) im Bewerbungsprozess, geben Rückmeldungen ab und stellen Kontakte her.

Seit seiner Initiierung im Jahre 2008 wurden 450 Mentoringpaare gebildet. Über ein Drittel der Mentees konnte sich erfolgreich in den Arbeitsmarkt eingliedern. Das Projekt wurde 2011 in die SBA-Datenbank

für gute Verfahrensweisen („Good Practices“) der Europäischen Kommission aufgenommen.

- Für Unternehmer mit Behinderung existieren im Rahmen der Beschäftigungsoffensive der Bundesregierung für Menschen mit Behinderung besondere Fördermöglichkeiten (Zuschüsse für Arbeitsplatzadaptierung, persönliche Assistenz). Unternehmer, denen in Zusammenhang mit ihrer Behinderung ein maßgeblicher Mehraufwand in Ausübung der unternehmerischen Tätigkeit entsteht, können mit Jänner 2011 diesen Aufwand in Form eines monatlichen Zuschusses pauschaliert abgegolten bekommen. Die Höhe des Zuschusses beläuft sich 2012 auf € 232 (einfache Ausgleichstaxe). In besonderen Fällen kann dieser Zuschuss befristet verdoppelt werden. Die Zuwendungen haben den Zweck, die durch Beeinträchtigungen den Unternehmern entstehenden Wettbewerbsnachteile auszugleichen, nicht Wettbewerbsvorteile zu verschaffen.

Maßnahmen zur Gesundheitsförderung

- Betriebliche Gesundheitsförderung gewinnt immer mehr an Bedeutung. Sowohl die hohe Anzahl an Frühpensionierungen, der Fachkräftemangel, als auch der demographische Wandel führen zu einer Steigerung des Interesses und der Wichtigkeit dieses Themas. Auch die Zahlen sprechen für sich: 38 Mio. Krankenstandstage kosten jährlich rund € 7,7 Mrd. (3,1 % des BIP).

Während die betriebliche Gesundheitsförderung in vielen großen Unternehmen an der Tagesordnung steht, konnte sich diese in kleinen Unternehmen tendenziell noch weniger durchsetzen. Eine Befragung des Hauptverbandes im Jahr 2010 hat gezeigt, dass über 70 % der befragten Unternehmer ein grundlegendes Interesse an der Durchführung von gesundheitsbezogenen Maßnahmen im Betrieb haben. Als hemmende Faktoren für die Umsetzung wird vor allem bei KMU der Mangel an Zeit, die Finanzierbarkeit sowie die Bereitschaft der Beschäftigten angeführt. Über drei Viertel der Befragten interessieren sich vor allem für Informationsmaterial wie Broschüren oder Folder, gefolgt von abrufbaren Informationen aus dem Internet. (Hauptverband der Österreichischen Sozialversicherungsträger (2010): Ergebnisse einer österreichweiten Bedarfsanalyse zu gesundheitsbezogenen Maßnahmen für Klein- und Kleinstbetriebe, Wien.)

- In den letzten Jahren ist ein stetiger Anstieg an psychischen Erkrankungen zu beobachten. Diese sind mittlerweile eine der häufigsten Ursachen für Berufsunfähigkeit, Krankenstände und Frühpensionierungen. Aus diesem Grund hat das WIFI Unternehmerservice mit Unterstützung des BMWFJ im Rahmen der Initiative „Burnon statt Burnout – Unternehmen beugen vor“ praktische Werkzeuge und wirksame Strategien für eine Burnout-Prävention im Unternehmen für Unternehmer und Führungskräfte entwickelt. Im Mittelpunkt der Initiativen steht dabei der Umgang mit von Burnout gefährdeten Mitarbeitern sowie das persönliche Ressourcen-Management. Rund 370 Personen besuchten entsprechende Veranstaltungen zum Thema in Wien und Scheibbs; die online gestellten Videos zu diesen Veranstaltungen wurden etwa 650 Mal angesehen. Die Website verzeichnete insgesamt rund 2.600 Besucher und eine im September 2011 erschienene Broschüre mit einer Auflage von 8.000 Stück wurde auf Grund der hohen Nachfrage im Juni 2012 in einer weiteren Auflage von 5.000 Stück nachgedruckt.
- Vor dem Hintergrund sinkender Geburtenraten und einer steigenden Lebenserwartung der Bevölkerung wurden Bewusstseinsbildungs- und Informationsmaßnahmen zu den Schwerpunkten „Zukunftsmärkte“ und „Generationenbalance“ gesetzt. Es entstanden zahlreiche Publikationen mit konkreten Tipps und Handlungsempfehlungen für Unternehmen mit einer Gesamtauflage von mehr als 20.000 Stück, wie z. B. der Flyer „Best Ager – Lebensstyle und Konsummuster“ (Auflage: 5.000 Stück), die Broschüre „Generationenbalance“ (Auflage: 5.000 Stück) sowie die Leitfäden „Demografische Fitness“ (Auflage: 5.000 Stück) und „Zukunftsmarkt Gesundheit“ (Auflage: 5.000 Stück).

Im Juni 2011 wurde die Initiative im Rahmen des Europäischen Unternehmerpreises der Europäischen Kommission als Good Practice Beispiel präsentiert. 2012 ist das „Europäische Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen“, im Zuge dessen die erfolgreiche Initiative mit dem Schwerpunktthema „Zukünftige Arbeitswelten“ fortgesetzt wird.

5.1.3 Herausforderungen und Ausblick

Maßnahmen bzgl. der Bewusstseinsbildung zur unternehmerischen Initiative

- Zur Implementierung des EU-Jugendstrategiepapiers auf nationaler Ebene wurden 2011/2012 in allen Bundesländern Veranstaltungen zu den verschiedenen Aktionsfeldern durchgeführt. Bis Ende 2012 wird unter Einbindung von Jugendlichen eine nationale „Jugendstrategie“ erarbeitet. Eine Koordinationsstelle für Jugendpolitik wird im BMWFJ eingerichtet. Diese informiert zukünftig alle Ressorts über jugendpolitische Themen und stimmt konkrete Maßnahmen ab. Eine kontinuierliche Weiterentwicklung der Jugendstrategie ist geplant. Drei erste Schritte zur Umsetzung ab 2012 liegen vor.

Mit dem „Jugendcheck“, welcher voraussichtlich im Jänner 2013 in Kraft treten wird, sollen neue Gesetzesvorhaben auf die Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche geprüft werden.

Eine weitere Maßnahme zur Umsetzung der Jugendstrategie betrifft die Anerkennung von informell erworbenen Kompetenzen Jugendlicher. Zukünftig soll es einen Kriterienkatalog geben, in welchem derartige Kompetenzen z. B. im Zuge einer Bewerbung dokumentiert und von den Unternehmen berücksichtigt werden können.

Ebenfalls angestrebt wird eine Ausweitung des Medienkompetenzpakets. Dabei bietet das BMWFJ in der Medien-Jugend-Infostelle seit 2011 Schulungen für Jugendliche in Wien an, in denen sie bspw. lernen, das Internet sinnvoll für ihre Berufswahl und den Bewerbungsprozess zu nutzen. Die Ausweitung auf Österreich ist geplant.

- Entsprechende Schritte zur Umsetzung des „Entrepreneurship Action Plan“, welche auf die Stärkung einer „unternehmensfreundlicheren Kultur“ abzielen, sollen ab 2013 folgen.

Maßnahmen im Laufe des Lebenszyklus der Unternehmen

- Aufgrund des demographischen Wandels und des Fachkräftebedarfs der Unternehmen wurden Richtlinien für neue Fördermaßnahmen für die Lehrlingsausbildung erlassen. Ziel ist es, einerseits neue Zielgruppen für die Lehrlingsausbildung zu gewinnen und andererseits Ausbildungsabbrüche zu verringern.

Mitte 2012 wurde im Rahmen eines Pilotprojekts das neue Programm „Coaching und Beratung für Lehrlinge und Lehrbetriebe“ eingerichtet. Mit dem Programm werden sowohl die Jugendlichen als auch die Ausbilder in den Betrieben bei Bedarf unterstützt und begleitet. Die Coaches stehen individuell abgestimmt für kurze Zeit oder, wenn erforderlich, bis zum Ausbildungsabschluss zur Verfügung. Zur Unterstützung der Ausbilder in den Betrieben werden Ausbildungsleitfäden als praxistaugliche Unterlagen erstellt. Unternehmen, die ihren Lehrlingen Auslandspraktika ermöglichen, wird die Lehrlingsentschädigung, die während des Auslandsaufenthaltes anfällt, ersetzt (ergänzend zur Förderung der Anreise- und Aufenthaltskosten der Lehrlinge).

Weiters wurde die Anrechnung von informell oder non-formal erworbenen Qualifikationen auf die Lehrabschlussprüfung im „zweiten Bildungsweg“ erweitert. Die Lehrlingsstellen können nunmehr im Rahmen von Projekten zur Höherqualifikation bereits erworbene Kenntnisse und Fertigkeiten für Prüfungskandidaten ab dem 22. Lebensjahr berücksichtigen (§23 Abs. 11 BAG).

Zielgruppenspezifische Maßnahmen

- Das Österreichische Patentamt (ÖPA) plant Maßnahmen zur Steigerung des Anteils von Frauen, die das System des gewerblichen Rechtsschutzes nutzen, insbesondere Patent, Marken und Muster. Dazu wurden 2011 zunächst statistische Daten erhoben. Diese Ausgangswerte bilden die Grundlage für die Erarbeitung eines Umsetzungsplanes zur Bewusstseinsbildung. Die erhobenen Daten von Erfindungsanmeldungen zeigten, dass 2011 der Frauenanteil bei rund 3 % lag, jener der Männer bei rund 61 %, die verbleibenden 36 % konnten geschlechtsspezifisch nicht zugeordnet werden, da diese Erfindungen von Unternehmen eingereicht wurden.

2012 und 2013 sind Umsetzungsmaßnahmen zur Hebung des Frauenanteils geplant. Entsprechende Vorhaben sind z. B: Seminare ausschließlich für Frauen, ein Erfinderinnenpreis sowie die Beteiligung an Frauenförderungsprojekten.

Maßnahmen zur Gesundheitsförderung von Unternehmern

- Die für Selbstständige zuständige Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft setzt als erste Vertreterin im Gesundheitssystem ihren Fokus auf Prävention. In enger Zusammenarbeit mit der niedergelassenen Ärzteschaft startete mit 1. Jänner 2012 das SVA-Vorsorgeprogramm „Selbstständig gesund“.

Im Rahmen eines Gesundheitschecks wird gemeinsam mit dem Haus- und Vertrauensarzt ein individuelles Programm erarbeitet, das entweder „Gesundheit beibehalten“ oder „Gesundheit verbessern“ lautet. Zu fünf Gesundheits-Parametern (Blutdruck, Gewicht, Bewegung, Tabak und Alkohol) bespricht der Arzt gemeinsam mit dem Patienten Gesundheitsziele, die auf den Erhalt oder eine Verbesserung der erhobenen Werte innerhalb eines bestimmten Zeitraumes abzielen. Nach Ablauf des vereinbarten Zeitraumes (mindestens sechs Monate) gibt es einen so genannten „Recall-Termin“, bei dem überprüft wird, ob die Gesundheitsziele auch erreicht wurden. Bei Erreichung der Gesundheitsziele wird als zusätzlicher Anreiz nach sechs Monaten der Selbstbehalt von 20 % auf 10 % reduziert. Gleichzeitig werden neue Gesundheitsziele besprochen, die dann im Rahmen von zukünftigen Recall-Terminen überprüft werden. Sind alle Gesundheitsziele umgesetzt, ist die nächste Untersuchung dann – abhängig vom Alter – erst nach zwei bis drei Jahren fällig. In den ersten Monaten 2012 ist das Programm bereits sehr gut angenommen worden: Die Zahl der Vorsorgeuntersuchungen der Selbstständigen stieg im ersten Trimester 2012 um über 50 % im Vergleich zur Vorjahresperiode.

5.2 Zweite Chance nach Insolvenz

Der SBA sieht im zweiten Grundsatz vor, dass „rechtschaffene Unternehmer, die insolvent geworden sind, rasch eine zweite Chance bekommen sollen“. (Europäische Kommission (2008b): a. a. O.)

5.2.1 Österreich im europäischen Vergleich

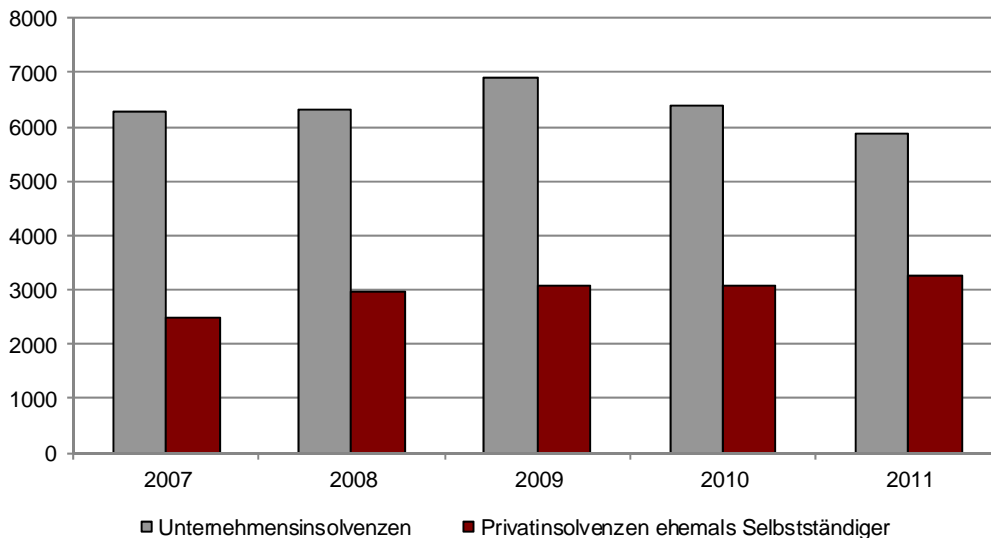
Die Umsetzung dieses Grundsatzes wird anhand von drei Indikatoren gemessen. Der erste Indikator gibt Auskunft über die benötigte Zeit für eine Unternehmensschließung. Österreich erzielt hier einen besseren Wert als der EU-Durchschnitt. Rund zwei Jahre dauert die Schließung eines Unternehmens durchschnittlich im EU-Raum, während diese in Österreich mit knapp über einem Jahr in fast der Hälfte der Zeit vollzogen ist. Besonders hoch sind hingegen die Insolvenzkosten, die einen zweiten Indikator darstellen. In Österreich fällt knapp ein Fünftel der Schuldnermasse für das Eintreiben von Forderungen an, das im EU-27 Schnitt knapp über einem Zehntel liegt. Des Weiteren befürworten die Österreicher im Vergleich zu den EU-Bürgern insgesamt im Durchschnitt seltener, gescheiterten Unternehmern eine zweite Chance zu geben (dritter Indikator). Insgesamt schneidet Österreich im Bereich „Zweite Chance“ geringfügig schlechter als der europäische Durchschnitt ab. (Europäische Kommission (2011b): a. a. O.)

5.2.2 Aktuelle Situation

- In Österreich wurden im Jahr 2011 insgesamt 5.869 Unternehmen insolvent, was einen Rückgang von 8 % gegenüber dem Vorjahr bedeutet. Einen Anstieg um über 6 % verzeichneten hingegen die Privatkonkurse. Privatkonkurse stehen allen natürlichen Personen offen, also auch Privatpersonen (die ehemalige Unternehmer sein können) sowie Einzelunternehmern. Der Kreditschutzverband von 1870 (KSV1870) schätzt, dass etwa 33 % bis 35 % der angemeldeten Verfahren auf eine ehemalige Selbstständigkeit zurückzuführen sind. Bei 9.596 Privatkonkursen im Jahr 2011 entspricht dies in etwa 3.170 – 3.360 Verfahren. (KSV1870 (2011b): Starke Wirtschaft – Schwache Insolvenzzah-

len, Insolvenzstatistik Unternehmen 2011. Pressemitteilung, Wien, 5.1.2012)

Grafik 63 Anzahl der Unternehmensinsolvenzen sowie Anzahl der Privatinsolvenzen ehemaliger Selbstständiger, 2007-2011



Quelle: KSV1870

In den ersten drei Quartalen 2012 ist die Anzahl der Unternehmensinsolvenzen - nach deutlichen Rückgängen in den Vorjahren - wieder gestiegen (+1,5 %), wobei Steigerungen der eröffneten Insolvenzen festzustellen waren, bei einem gleichzeitigen Rückgang der nicht eröffneten Insolvenzverfahren.

Innerhalb der EU wurden im Jahr 2010 rund 217.150 Unternehmen insolvent. In Westeuropa nahmen die Unternehmensinsolvenzen im Vergleich zum Jahr 2009 um 2,2 % ab, während Osteuropa einen Zuwachs von 8,5 % verzeichnete. (KSV1870 (2010): Europa der zwei Geschwindigkeiten, Internationale Insolvenzstatistik 2010, Wien)

- Im Jahr 2010 trat eine Reform der Insolvenzordnung in Kraft. Mit der Reform wurden einheitliche Insolvenzverfahrensregeln geschaffen, welche die Sanierung erleichtern und die Insolvenzen beschleunigen. Zentraler Inhalt der Reform waren die Absenkung der Mindestquoten und die Schaffung von Anreizen zum früheren Einstieg in das Insolvenzverfahren mit Sanierungsmöglichkeiten.

5.2.3 Herausforderungen und Ausblick

- 2012 wurde erneut eine Reform des Insolvenzrechts angekündigt. Die von der Insolvenzrechtsreformkommission diskutierten Vorschläge umfassen bspw. eine Reduzierung der Entschuldungsdauer für ehemalige Unternehmer nach Verwertung des Unternehmens. Die Frage, in wie weit es im Rahmen eines Sanierungsplanes möglich sein soll, dass Gläubigerforderungen in Anteile umgewandelt werden, steht ebenfalls zur Diskussion. Eine Verfahrensstraffung bei der Vermögensverwertung soll voraussichtlich ebenfalls diskutiert werden.

5.3 Prinzip „Vorfahrt für KMU“

Der dritte Grundsatz besagt, dass das so genannte „Think Small First“-Prinzip bei der nationalen und europaweiten Gesetzgebung stets Beachtung finden soll. Dies impliziert, dass KMU in die Ausarbeitung von Gesetzen einbezogen und die Auswirkungen auf den Mittelstand untersucht werden. (Europäische Kommission (2008b): a. a. O.)

5.3.1 Österreich im europäischen Vergleich

Österreich liegt bei allen drei Indikatoren, die den Fortschritt der EU-27 im Bereich „Vorfahrt für KMU“ messen, über dem europäischen Mittelwert. Österreich schneidet im Bereich „Kommunikation und Vereinfachung von Regeln und Verfahren“ sowie „Lizenzen und Genehmigungen“ am besten ab. Auch für die „Bewertung der allgemeinen Lasten staatlicher Regulierungen“ erzielt Österreich einen überdurchschnittlichen Wert. (Europäische Kommission (2011b): a. a. O.)

5.3.2 Aktuelle Situation

Das „Think Small First“-Prinzip soll jedoch nicht nur auf die Gesetzgebung angewendet werden, sondern auch in Form von vereinfachten administrativen Abläufen seine Anwendung finden.

Senkung der Verwaltungskosten

- Zur Unterstützung der Wirtschaft und zur Stärkung des Standortes setzt die Bundesregierung seit 2006 ein ambitioniertes Entbürokratisierungsprogramm mit insgesamt 173 Vereinfachungsmaßnahmen für Österreichs Unternehmen um (eine detaillierte Auflistung findet sich in den Beilagen zu den Budgets der Ressorts „Verwaltungskosten senken für Bürger/innen und Unternehmen“ http://www.bmf.gv.at/BUDGET/budgets/2012/Beilagen/Verwaltungskosten_senken.pdf). Bis Ende 2012 sollen diese um mehr als € 1 Mrd. entlastet werden, 2010 konnte das erste Zwischenziel in Höhe von rund € 564 Mio. erreicht werden.

Um das Gesamtziel zu erreichen, sind nun alle für 2012 geplanten Maßnahmen konsequent umzusetzen. Die wichtigsten sind:

- E-Rechnung: Gleichstellung der elektronischen Rechnung mit der Papierrechnung (Einsparungspotenzial € 100 Mio.);
- Unternehmensserviceportal (USP), Phase 2 (Umsetzung 2012-2014): Prozessoptimierung (Einsparungspotenzial mindestens € 200 Mio.);
- Einrichtung Gewereregister NEU sowie weitere Vereinfachungsmaßnahmen im Gewerberecht.

Rechtsvorschriften

- Im Zuge der Innovationsschutznovelle wurde Mitte 2010 ein vereinfachtes Rechtsmittel gegen Markenregistrierungen eingeführt. Dieses so genannte Markenwiderspruchsverfahren bietet erstmals Inhabern einer prioritätsälteren registrierten oder angemeldeten Marke die Möglichkeit, gegen verwechslungsfähig ähnliche, jüngere Marken Widerspruch einzulegen und die Aufhebung der Registrierungen zu beantragen. Mit dem neuen Verfahren steht den Markeninhabern nicht nur ein rasches, sondern auch kostengünstiges Instrument zur Rechtsdurchsetzung zur Verfügung. Für den Widerspruch sind Gebühren von € 200 (inklusive Schriftengebühr) zu entrichten. Die Möglichkeit der Anfechtung registrierter Marken gemäß den bisherigen Lösungsgründen bleibt weiterhin bestehen. Auf Basis des Jahres 2011 gibt es erste Erfahrungen hinsichtlich der Inanspruchnahme: Wurden 2010 noch 134 Anträge auf Löschung einer Marke an die Nichtigkeitsabteilung gerichtet, so gingen 2011 nur 90 Anträge ein. Im gleichen Zeitraum nutzten Markeninhaber verstärkt das neue Rechtsmittel und erhoben gegen 184 nationale Markenregistrierungen Widerspruch.
- Bei der Rechtsetzung und Vollziehung sollen insbesondere auch die strukturellen Eigenschaften kleiner Betriebe, welche Lebensmittel herstellen, verpflichtend berücksichtigt werden (Beispiele: Lebensmittelkennzeichnung, Hygiene, Betriebsanlagenrecht, Arbeitsrecht, Umweltrecht usw.).

Im Rahmen des gemeinsamen „Aktionsprogramm KMU 2010/2011“ des BMWFJ und des WIFI/WKÖ wurden unter dem Programmpunkt „Neue Rechtsmaterien anwenden“ im Zeitraum von Juni 2009 bis April 2011 171 KMU aus der Lebensmittelwirtschaft bei der Umsetzung des Hygiene- und/oder Kennzeichnungsrechts unmittelbar im Betrieb unterstützt. Durch die Beratung konnte zusammen mit dem Unternehmer für jeden Einzelfall ein maßgeschneidertes Konzept im Einklang mit den bestehenden Normen erstellt werden. Dabei wurde sowohl auf die Struktur als auch auf die wirtschaftliche Situation des Betriebes individuell eingegangen. Aufgrund des großen Erfolges des Projektes wird es seit Mai 2011 fortgesetzt.

5.3.3 Herausforderungen und Ausblick

Rechtsvorschriften

- Die Bundesverfassung sieht ab dem Jahr 2013 die Wirkungsorientierung als einen der Grundsätze der Haushaltsführung des Bundes vor. Diese umfasst eine wirkungsorientierte Folgenabschätzung für Regelungsvorhaben. Dies bedeutet, dass Regelungsvorhaben auf finanzielle, wirtschafts-, konsumentenschutzpolitische Auswirkungen hin geprüft werden. Die Erfassung der wirtschaftlichen Auswirkungen wird in makro- und mikropolitische Implikationen unterteilt. Um die mikroökonomischen Auswirkungen von Regelungsvorhaben und sonstigen Vorhaben auf KMU abzuschätzen, wurde vom BMWFJ ein Fragebogen („KMU Test“) entwickelt, der auf folgende Bereiche abzielt:
 - Finanzielle Auswirkungen auf KMU (: Auswirkungen auf die Kosten- und Erlösstruktur von KMU, Auswirkungen auf den Zugang von KMU zu Finanzmitteln);
 - Auswirkungen auf die Internationalisierung, die Innovationsfähigkeit sowie auf einzelne Phasen des Unternehmenszyklus (z. B.: Folgen für den Zugang zu Informationen über Auslandsmärkte, die Errichtung von Auslandsniederlassungen, die Umsetzung von Innovationen).

Die Abschätzung der Auswirkungen auf KMU ist zweistufig angelegt: in einer vereinfachten Abschätzung wird zunächst eruiert, ob KMU von den Auswirkungen des Regelungsvorhabens wesentlich betroffen sind. Wenn dies der Fall ist, sind diese Auswirkungen – anhand vorgegebener Fragen – vertiefend abzuschätzen.

Der KMU-Test wurde im Frühjahr 2012 als IT-Tool programmiert und ist in den Pilotbetrieb gegangen. Basierend auf den Erfahrungen der Pilotphase werden im Laufe des Jahres 2012 allfällige Adaptierungen vorgenommen. Der Regelbetrieb des KMU-Tests soll mit Anfang 2013 beginnen.

- 2012 kündigte das BMF ein „KMU-Paket“ an, das zum Ziel hat, die administrativen Kosten für KMU weiter zu senken. Geplant ist eine Reduzierung der Gründungskosten für eine GmbH sowie eine Vielzahl weiterer Maßnahmen zugunsten der KMU. Eine Arbeitsgruppe wurde zu diesem Zwecke eingerichtet.

5.4 Öffentliche Verwaltung

Um Behördenwege für KMU so einfach wie möglich zu halten, sieht der vierte Grundsatz vor, elektronische Behördendienste sowie zentrale Anlaufstellen - so genannte „One-Stop-Shops“¹⁷ - in den Mitgliedsländern einzurichten. Des Weiteren sind die Mitgliedstaaten angehalten, die Behörden generell für die Bedürfnisse von KMU zu sensibilisieren („Mitdenkende Verwaltung“). (Europäische Kommission (2008b): a. a. O.)

5.4.1 Österreich im europäischen Vergleich

Die Messung der Performance hinsichtlich des Grundsatzes „Mitdenkende Verwaltung“ erfolgt anhand von neun teilweise sehr unterschiedlichen Indikatoren. Österreich liegt bei diesen insgesamt geringfügig unter dem EU-27-Durchschnitt. Unterdurchschnittliche Werte verzeichnet Österreich bei zwei von drei Indikatoren, welche Fördermaßnahmen in der Unternehmensgründungsphase messen. Das einzuzahlende Mindestkapital ist mit 53 % des Pro-Kopf-Einkommens das höchste innerhalb der EU (im EU-27-Durchschnitt beträgt dieses unter 19 %). Die angegebenen Werte zur Dauer der Unternehmensgründung variieren zwischen jenen des SBA Fact Sheet, die auf dem „World Bank Doing Business 2009“ basieren, und jenen elf Tagen, die im Rahmen des Lissabon-Prozesses von BMWFJ und WKÖ erhoben wurden. Im „World Bank Doing Business“-Report wird die Gründungsdauer für GmbHs analysiert. Hierzu ist aber anzumerken, dass in Österreich 80 % der Gründungen auf Einzelunternehmen entfallen und dass die meisten Unternehmen in Österreich als freie Gewerbe gegründet werden, welche unmittelbar nach der Registrierung ihre Geschäftstätigkeit aufnehmen können. Lediglich ein geringer Anteil an Unternehmensgründern ist zu einer notariellen Beglaubigung verpflichtet. Diese dient jedoch auch dem (Sicherheits-)Interesse der Allgemeinheit. Etwa im EU-Durchschnitt liegen hingegen die Kosten für die Unternehmensgründung. (Europäische Kommission (2011a): a. a. O.) Die Gründung eines Einzelunternehmens ist kostenlos.

Bei den Indikatoren „Dauer und Kosten für die Eigentumsübertragung“ erzielt Österreich Werte, die geringfügig über dem europäischen Mittel liegen. Die „Zahl der Steuerzahlungen pro Jahr“ ist in Österreich etwas höher als im EU-Schnitt, während die „Zeit, um den wichtigsten Steuerpflichten nachzukommen“ etwas geringer ist. Auch bei den „Kosten der Vertragsdurchsetzung“ schneidet Österreich überdurchschnittlich gut ab. Besonders fort-

schrittlich ist Österreich bei der Umsetzung der Maßnahme „Online-Verfügbarkeit der acht grundlegenden Dienstleistungen für Unternehmen“, da alle Dienste (100 %) online zugänglich sind (rund 90 % im EU-Durchschnitt). (Europäische Kommission (2011b): a. a. O.)

5.4.2 Aktuelle Situation

Im Folgenden werden die Maßnahmen für eine KMU-gerechte öffentliche Verwaltung getrennt nach den Bereichen „zentrale Anlaufstellen“ (Stichwort „One-Stop-Shops“) und „Reduktion des administrativen Aufwands“ dargestellt.

Förderung von „One-Stop-Shops“

- Das **Unternehmensserviceportal** (USP) ist das Flaggschiff-Projekt der Initiative „Verwaltungslasten senken“ der österreichischen Bundesregierung und bietet seit 1. Jänner 2010 nützliche Informationen zu unternehmensrelevanten Themen (www.usp.gv.at). Ziel ist es, einen zentralen One-Stop-Shop einzurichten, bei welchem Unternehmen die für sie relevanten Informationen abfragen sowie ihre Informationsverpflichtungen rasch und effizient erfüllen können.

Im 2. Quartal 2012 startete das Transaktionsportal mit Single-Sign-On (Stichwort „einmal anmelden, viele Anwendungen nutzen“) im Vollbetrieb. Damit stehen die wichtigsten Verfahren des Bundes zur Verfügung:

- FinanzOnline (FON), E-Rechnung an den Bund (ER>B), Verbrauchssteuer Internet Plattform (VIP), Virtual Company Dossier National Service Provider (VCD NSP);
- SVA-Onlineservice („Beitragsvorschreibung“ für Versicherte und für Mitglieder der Kammer der Wirtschaftstreuhänder);
- WEB-BE-Kunden-Portal (WEBEKU), Elektronischer Datenaustausch mit den österreichischen Sozialversicherungsträgern (ELDA);
- Portalanwendungen der Bauarbeiter-Urlaubs- & Abfertigungskasse (eBUAK), Elektronisches Datenmanagement des Lebensministeriums (EDM).

Der Fokus liegt auf der Optimierung von Meldeprozessen, insbesondere der Vermeidung von Mehrfachmeldungen. Die Umsetzung erfolgt 2012 bis 2014.

- Im Zuge der Errichtung des USP wurde eine Lösung für „einfache“ Unternehmensgründungen in Form von umfassender Information und einem bundesweit einheitlichen Online-Formular umgesetzt. Anfang 2010 wurde der Betrieb aufgenommen. Durch die „Unternehmensgründung online“ können Bürger, die sich mit einer gewerblichen Tätigkeit selbstständig machen möchten, auf geprüfte Inhalte zurückgreifen und sich dadurch Zeit und Geld ersparen. Zusätzlich werden Tipps rund um die Unternehmensgründung sowie Hinweise zu den Fördermöglichkeiten angeboten.

Reduzierung des administrativen Aufwands

- Der SBA sieht vor, dass die Mitgliedstaaten den Zeit- und Kostenaufwand für eine Unternehmensgründung möglichst gering halten. Bis 2012 soll eine Unternehmensgründung innerhalb von drei Tagen mit maximalen Gründungskosten von € 100 möglich sein. Die durchschnittlichen Kosten für die Gründung einer GmbH betragen in Österreich € 385 und liegen damit geringfügig unter dem europäischen Mittel von € 397. Der erforderliche Zeitaufwand beträgt laut Erhebungen des BMWFJ und der WKÖ im Jahr 2009 im Durchschnitt elf Tage (inklusive Firmenbucheintragung), während dieser in der EU bei durchschnittlich rund sieben Tagen liegt.

Ein nicht protokolliertes (d. h. nicht im Firmenbuch eingetragenes) Einzelunternehmen (80 % der Gründungen in Österreich) kann jedoch bereits innerhalb eines Tages nahezu kostenlos gegründet werden. Österreich nimmt hier eine überdurchschnittlich gute Position ein.

5.4.3 Herausforderungen und Ausblick

Förderung von „One-Stop-Shops“

- Ein weiteres klassisches Verwaltungsreformprojekt betrifft die Neugestaltung des Zentralen Gewerberegisters durch das BMWFJ in Kooperation mit den Bundesländern. Aufgrund der bestehenden komplexen Struktur und der damit verbundenen Nachteile wird ein Neudesign der bundeseinheitlichen E-Government-Anwendung „Zentrales Gewereregister NEU“ (GewInN) bei gleichzeitiger Integration von derzeit dezent-

ralen Führungsprozessen des Gewerberechts angestrebt. Dieses erfüllt insbesondere auch alle Wünsche nach einer anwenderfreundlichen und bundesweit einheitlichen Gewerbebeanmeldung; dies im Zusammenwirken mit dem USP. In Zukunft soll nur mehr ein Register statt bisher 14 existieren, was wesentlich zur Senkung der Verwaltungskosten beitragen wird. Durch eine Verbesserung der Funktionalität und Anwenderfreundlichkeit gegenüber der derzeitigen Internetanmeldung von Gewerben kann ein wesentlicher Beitrag zur Steigerung der Akzeptanz und Nutzung geleistet werden.

Reduzierung des administrativen Aufwands

- Statistische Erhebungen bei und Befragungen von KMU tragen dazu bei, Aussagen über diese Gruppe treffen zu können. Der Verwaltungsaufwand, der den KMU durch solche Erhebungen entsteht, soll sich jedoch in Grenzen halten. Der SBA hält die Mitgliedstaaten dazu an, die Teilnahme von KMU an statistischen Erhebungen auf höchstens einmal in drei Jahren zu beschränken. Durch verringerte Stichprobenmassen, angehobene Meldeschwellen bei verschiedenen Erhebungen, verstärkte Nutzung von Verwaltungsdaten sowie Nutzung von elektronischen Meldediensten konnte in Österreich der Aufwand für Unternehmen bereits deutlich reduziert werden. Insgesamt reduzierte sich der jährliche Zeitaufwand für österreichische Unternehmen für Meldungen an Statistik Austria zwischen 2001 und 2011 um 12,7 %. Im Jahr 2011 waren rund 50.900 (12,6 %) der insgesamt knapp 403.000 Unternehmen (nach Wirtschaftskammersystematik) von der Meldepflicht der Statistik Austria betroffen.
- Bei Intrastat, dem statistischen Erhebungssystem zur Erstellung der Statistik des Warenverkehrs zwischen den Mitgliedstaaten der EU, ist die Einführung eines Einstromverfahrens (Single-Flow-System) in Planung. Mit diesem Verfahren sollen Warenströme nur mehr in eine Richtung erfasst werden (Intrastat-VO 222/2009). Rund 9.000 Unternehmen wären ab der Einführung von der Meldepflicht entbunden.
- Die Grundlage für geringe Gründungskosten bildet u.a. das NeuFÖG (Neugründungsförderungsgesetz, BGBl. I Nr. 68/2002), mit dem seit 2002 alle Verwaltungsabgaben für Unternehmensgründer und Betriebsnachfolger entfallen. Überdies werden Gründer, die im Gründungsjahr auch schon Arbeitsplätze schaffen, bei den Lohnnebenkos-

ten (Dienstgeberbeiträgen, Wohnbauförderungsbeiträgen und den Beiträgen für die gesetzliche Unfallversicherung) entlastet.

Durch die im Jahr 2011 beschlossene Novelle des NeuFÖG (BGBl. I Nr. 76/2011) können Jungunternehmer, die nach dem 31. Dezember 2011 ein Unternehmen gegründet haben, die Befreiung von bestimmten Lohnnebenkosten nicht mehr nur im ersten, sondern auch im zweiten und dritten Jahr nach der Gründung in Anspruch nehmen. Etwa 98 % der Unternehmensneugründungen profitieren von dieser Novelle.

5.5 Politische Instrumente – KMU gerecht

Die EU und ihre Mitgliedstaaten sollen politische Instrumente KMU gerecht gestalten; das heißt, dass einerseits die Teilnahme von KMU an öffentlichen Ausschreibungen erleichtert und andererseits staatliche Beihilfen zur Förderung von KMU über den gesamten Unternehmenslebenszyklus zur Verfügung gestellt werden sollen. (Europäische Kommission (2008b): a. a. O.)

Die speziellen Förderungen für KMU wurden unter dem Grundsatz zur Förderung des Unternehmertums bereits angeführt (vgl. Kapitel 5.1.2). Nachfolgend wird auf das öffentliche Beschaffungswesen sowie die Bundeswettbewerbsbehörde (BWB) eingegangen werden.

5.5.1 Österreich im europäischen Vergleich

Österreich liegt bei allen vier Indikatoren, die zur Messung des Fortschritts im Bereich „Staatliche Beihilfen und öffentliches Auftragswesen“ herangezogen werden, über dem Mittelwert der EU-27. In Österreich halten KMU einen höheren „Anteil am Gesamtwert der vergebenen öffentlichen Aufträge“ und beziehen auch einen „höheren Anteil an staatlichen Beihilfen“ als in den meisten anderen EU-Ländern. Die „durchschnittliche Dauer von Zahlungen öffentlicher Stellen“ ist geringer und den österreichischen KMU steht eine Vielzahl an Diensten für die elektronische Auftragsvergabe zur Verfügung. (Europäische Kommission (2011b): a. a. O.)

5.5.2 Aktuelle Situation

Öffentliches Beschaffungswesen

- Mit einem Anteil von rund 16 % am EU-BIP stellt die öffentliche Beschaffung innerhalb der EU einen bedeutenden Wirtschaftsfaktor dar. KMU sind jedoch bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen im Vergleich zu ihrer wirtschaftlichen Bedeutung unterrepräsentiert. In Österreich erwirtschaften KMU rund 61 % der Umsätze aller Unternehmen und halten einen Anteil von etwa 43 % am Gesamtvolumen der öffentlichen Aufträge.

Die Europäische Kommission hält die Mitgliedstaaten dazu an, die Teilnahme an öffentlichen Aufträgen für KMU zu erleichtern. (Europäische Kommission (2008a): Europäischer Leitfaden für bewährte Verfahren (Code of best Practice) zur Erleichterung des Zugangs von KMU zu öffentlichen Aufträgen. Brüssel: Europäische Kommission.)

- In Österreich wird nach Möglichkeit bei der Gestaltung der öffentlichen Ausschreibungsunterlagen darauf Bedacht genommen, den Aufwand für KMU möglichst gering zu halten und Wettbewerbsnachteile zu minimieren. Dies geschieht durch die Aufteilung in Lose bzw. die Vergabe von Unteraufträgen und die Verwendung von Formularen.
- Die Novelle des Bundesvergabegesetzes (BGBl. I Nr. 15/2010) im Jahr 2010 hat zur Erleichterung der Teilnahme von KMU an öffentlichen Vergabeverfahren beigetragen. Sie ermöglicht den Unternehmen anstatt des bisher notwendigen Nachweises über die geforderten Eignungskriterien, ihre Eignung durch die bloße Vorlage einer „Eigenerklärung“ zu belegen. In diesen Erklärungen führen die Unternehmer ihre Befugnisse an und bestätigen, dass sie die vom Auftraggeber verlangten Eignungskriterien erfüllen und die festgelegten Nachweise über Aufforderung erbringen können. Die Auftraggeber können sich darauf beschränken, nur mehr bestimmte Nachweise zu fordern bzw. Eignungsnachweise nur von einzelnen Bietern und Bewerbern zu verlangen, wodurch auch die Verwaltungslasten für Unternehmen gesenkt werden. Eine weitere Novelle des Bundesvergabegesetzes (BGBl. 10/2012) trat mit 1. April 2012 in Kraft.

Die Schwellenwerte für größere Aufträge, bei denen Nachweise zwingend vorzulegen sind, wurden im Zuge dieser Novelle erhöht. Ab 2013 wird der Schwellenwert für die Direktvergabe von € 40.000 auf € 50.000 angehoben. Direktvergabe nach vorheriger Bekanntmachung ist bei Liefer- und Dienstleistungsaufträgen bis zu einem Auftragswert von € 130.000 (zuvor € 80.000), bei Bauaufträgen bis zu € 500.000 (zuvor € 120.000) möglich. Vergleichsangebote sind künftig bei der Direktvergabe ausdrücklich erlaubt. Die Eigenerklärung wird sodann auch für Subunternehmer möglich sein.

- Wie der europäische Vergleich zeigt, ist die Zahlungsdauer der öffentlichen Hand in Österreich kürzer als im Durchschnitt der EU-27. Erhebungen des KSV von 1870 zufolge lag diese im Jahr 2011 bei durchschnittlich 38 Tagen, was einer Verbesserung von zwei Tagen im Vorjahresvergleich entspricht. Unternehmen beglichen ihre Rechnungen im Durchschnitt innerhalb von 30 Tagen und Privatpersonen innerhalb von 18 Tagen (Wert 1. Halbjahr 2011). Bei der durchschnittlichen Zahlungsdauer von öffentlichen Auftraggebern lässt sich ein West/Ost-Gefälle feststellen: Der Zahlungsverzug liegt in Vorarlberg bei durchschnittlich drei und in Wien und Niederösterreich bei durchschnittlich neun Tagen. Lange Zahlungsfristen der öffentlichen Hand können den Unternehmen bei großvolumigen Projekten Finanzierungsengpässe verursachen. (KSV1870 (2011): Optimismus ungebrochen. Trendumfrage: Umsätze weiter steigend, Öffentliche Hand zahlt schneller. Pressemitteilung, Wien, 1.9.2011)

Die Bundeswettbewerbsbehörde (BWB)

- Als politisches Instrument, das in Österreich KMU-gerecht eingesetzt wird, kann in weiterem Sinne auch die Bundeswettbewerbsbehörde (BWB) betrachtet werden. Diese stellt einen funktionierenden Wettbewerb sicher und tritt Wettbewerbsverzerrungen oder -beschränkungen entgegen. Weiters obliegt der BWB die Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission in Einzelfällen. Sie stellt somit die Kohärenz zwischen nationalem und europäischem Wettbewerbsrecht in der Anwendungspraxis sicher und trägt damit zur Sicherung eines „level playing field“ für alle Unternehmen bei.

Gerade KMU sind in besonderem Maße auf funktionierende Märkte sowie stabile und faire Rahmenbedingungen angewiesen. Eine marktbeherrschende Stellung kann von größeren Unternehmen etwa dazu missbraucht werden, kleinere Konkurrenten aus dem Markt zu drängen oder im weiteren Wachstum zu behindern. Die BWB sieht daher ihre gesetzlich determinierte Aufgabenstellung durchaus auch als einen Beitrag zur Mittelstandsförderung.

Die „Leistungsbilanz“ der BWB 2006 – 2011 umfasst:

- Prüfung von 1.348 Zusammenschlussanmeldungen;
- Verhängung von Bußgeldern in der Höhe von rund € 80 Mio. vom Kartellgericht auf Antrag der BWB;
- 25 durchgeführte Hausdurchsuchungen;
- 28 aufgegriffene Kronzeugenverfahren.

2011/2012 bildete die Kartellbekämpfung einen Schwerpunkt der Rechtsdurchsetzung. Die BWB führte zu diesem Zweck zahlreiche Hausdurchsuchungen durch. Ein Schwerpunktbereich der laufenden Kartelluntersuchungen der BWB sind der Lebensmitteleinzelhandel und die Mineralölwirtschaft. Seit zweieinhalb Jahren führt die BWB ein laufendes Monitoring der Wettbewerbsparameter der Mineralölwirtschaft durch. Im Mai 2012 wurde eine allgemeine Untersuchung dieses Wirtschaftszweiges (gem. § 2 Abs 3 WettbG) eingeleitet.

5.5.3 Herausforderungen und Ausblick

- Wengleich hinsichtlich der Regelung des Beschaffungswesens bereits viele Schritte unternommen wurden, um den Zugang von KMU zu öffentlichen Aufträgen zu erleichtern, ist es auch in Zukunft notwendig, den Dialog zwischen KMU und Auftraggebern (Information, Weiterbildung, Monitoring, Austausch bewährter Verfahren) zu forcieren.

5.6 Finanzierung

Ausgelöst durch die Wirtschaftskrise verzeichneten nach Informationen der Europäischen Kommission viele europäische KMU trotz nachhaltigem Geschäftsmodell eine Verschlechterung ihrer finanziellen Situation und ihrer Kreditwürdigkeit. Der Zugang des Mittelstands zu Finanzmitteln hat sich teilweise (zumindest temporär) durch erhöhte Anforderungen an Unternehmen bei der Kreditvergabe verschärft. Der SBA-Fortschrittsbericht weist daher explizit darauf hin, dass dem Finanzierungsbedarf von KMU aufgrund der wirtschaftlichen Lage besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden soll. (Europäische Kommission (2011c): a. a. O.)

5.6.1 Österreich im europäischen Vergleich

Österreich liegt beim Grundsatz „Finanzierung“, der im „SBA Fact Sheet“ mit 14 Indikatoren erfasst wird, im EU-Durchschnitt. Fünf Indikatoren erzielen überdurchschnittliche Werte, während zwei Indikatoren unter dem EU-Durchschnitt liegen. Positiv hervorzuheben sind die in Österreich niedrigeren „Zahlungsausfälle“ gemessen am Umsatz. Im EU-Durchschnitt beansprucht der Zahlungseingang 54 Tage, während es in Österreich etwa bloß 35 Tage sind. Über dem Durchschnitt liegt der „Zugang zu Bankdarlehen“ und die Effizienz und Wirksamkeit des Rechtsschutzes („Rechtsschutzindex“) sowie der Umfang der Kreditauskunftssysteme.

Stark unterdurchschnittlich fällt hingegen der „Zugang zu Risikokapital“ (unter der Hälfte des EU-Durchschnitts) aus, ebenso der Anteil der aus den von der EU finanzierten Struktur- und Regionalfonds zur Unternehmensfinanzierung abgerufenen Mittel. (Europäische Kommission (2011b): a. a. O.)

5.6.2 Aktuelle Situation

Die Maßnahmen im Rahmen des Grundsatzes „Finanzierung“ lassen sich in die beiden Bereiche „gesetzliche Rahmenbedingungen“ (in erster Linie zur Investitionsförderung) und in „Finanzierungsförderungen“ unterteilen.

Gesetzliche Rahmenbedingungen

- Implizites Ziel der Zugangserleichterung zu Finanzierungen ist die Förderung betrieblicher Investitionen. Auch steuerliche Rahmenbedingun-

gen können als Investitionsanreiz dienen; wie etwa der im internationalen Vergleich niedrige Körperschaftsteuersatz von 25 % in Österreich oder das auch von KMU genutzte attraktive Gruppenbesteuerungsregime. Darüber hinaus gibt es auch konkrete (zum Teil temporäre) Maßnahmen, die Investitionsanreize setzen sollen.

- Für Wirtschaftsgüter, die in den Jahren 2009 oder 2010 angeschafft wurden, wurde mit dem Konjunkturbelebungs-gesetz 2009 eine vorzeitige Absetzung für Abnutzung vorgesehen. Diese Regelung stellte einen starken Investitionsanreiz dar, weil Wirtschaftsgüter unabhängig von ihrer betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer im ersten Jahr mit 30 % abgeschrieben werden konnten. Dadurch kam es zu einer vorgezogenen Minderung der Steuerbemessungsgrundlage.
- Seit 1. Jänner 2011 ist die Verpflichtung zur Entrichtung einer Gebühr für Darlehens-, Kredit-, Haftungs- und Garantiekreditverträge sowie für die im Rahmen eines Factoringgeschäftes getroffenen Vereinbarungen entfallen, was insbesondere für KMU eine Erleichterung darstellt.
- Im Bereich der Forschung und Entwicklung ermöglicht es die Forschungsprämie dem Unternehmer, für besonders erwünschte Investitionen steuerliche Erleichterungen in Anspruch zu nehmen. Mit dem Budgetbegleitgesetz 2011 wurde die steuerliche Forschungsförderung auf die Prämie für eigenbetriebliche Forschung und Auftragsforschung konzentriert und die Forschungsfreibeträge (wonach zur Steuerersparnis Teile der Forschungsausgaben vom steuerlichen Gewinn abgezogen werden konnten) abgeschafft. Die Forschungsprämie wurde zudem ab 2011 von 8 % auf 10 % angehoben.

Finanzierungsförderungen

- Die Europäische Investitionsbank (EIB) stellt Banken Globaldarlehen zur Verfügung, welche es den Finanzinstituten ermöglichen, den KMU günstigere Finanzierungen zur Verfügung zu stellen. Die jährliche Größenordnung der verfügbaren Mittel liegt bei rund € 300 Mio. Weiters hat die EIB mit dem Europäischen Investitionsfonds (EIF) eine Tochter, welche auf Risikokapitalfinanzierungen für KMU spezialisiert ist. Der EIF bietet dem Mittelstand in Zusammenarbeit mit Partnerbanken eine breite Palette von Förderungsinstrumenten an.

- In Österreich sind zentrale Institutionen der Finanzierungsförderung die Austria Wirtschaftsservice GmbH (aws) und die Österreichische Hotel- und Tourismusbank Ges.m.b.H. (ÖHT).

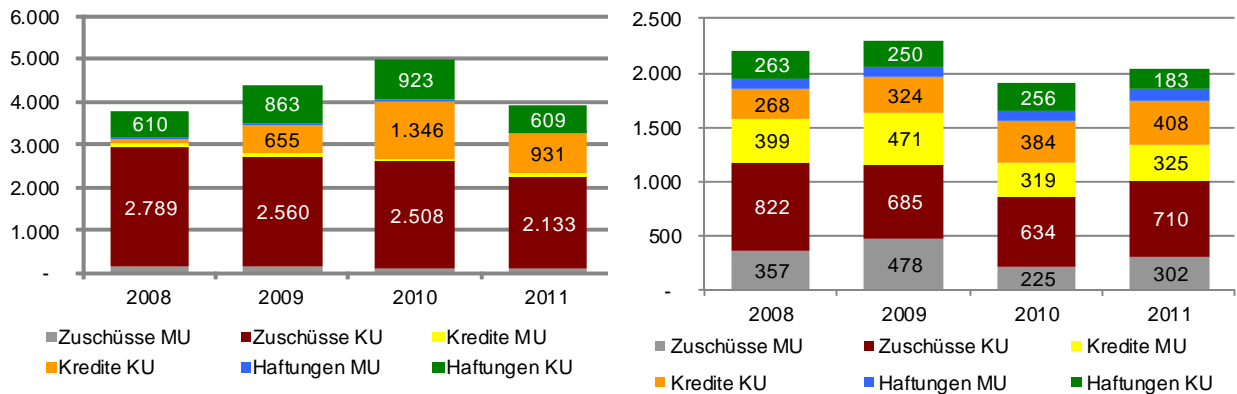
Austria Wirtschaftsservice GmbH (aws)

- Die Instrumente der aws lassen sich grob in die Bereiche Haftungen, erp-Kredite¹⁸, Zuschüsse bzw. Prämien, Eigenkapital und Beratung untergliedern. Insgesamt wurden 2011 inklusive 1.230 Beratungs- und Service-Fällen 5.251 Projekte mit einer Förderungsleistung von € 834 Mio. gefördert. Durch die Förderungen der aws wurden Investitionen in Höhe von etwa € 2,37 Mrd. ermöglicht, rund 68.000 Arbeitsplätze gesichert und 7.400 neu geschaffen. Etwa drei Viertel der Beschäftigungsmöglichkeiten sind bei Kleinunternehmen entstanden. Die KMU-Orientierung der aws wird auch dadurch deutlich, dass mehr als 97 % der Förderungsprojekte KMU betreffen und etwa 75 % der Gesamtförderungsleistung auf KMU entfallen.
- Die Fallzahlen und Projektvolumen unterliegen konjunkturellen Schwankungen. Dies spiegelt sich auch bei den von der aws im Zeitraum 2008 bis 2011 an KMU vergebenen Förderungen wider. War es im Zuge der Ende 2008 einsetzenden Finanz- und Wirtschaftskrise notwendig geworden, rasch – mit geeigneten Förderungsinstrumenten – auf eine Verknappung des für die KMU-Finanzierung verfügbaren Kapital- und Kreditangebots zu reagieren, so ist die 2010 beginnende Phase des konjunkturellen Aufschwungs durch Rückführung der Förderbudgets auf Vorkrisenniveau gekennzeichnet.

Grafik 64 Entwicklung von Niveau und Struktur von KMU-Förderungen der aws

Anzahl der Förderungszusagen an KMU

Gefördertes Projektvolumen von KMU
(€ Mio)



Quelle: aws (2012)

- Für das Krisenjahr 2009 sind im Vergleich zu 2008 sowohl bei den Fallzahlen als auch beim Volumen geförderter Projekte merkbare Steigerungen zu erkennen. Im Jahr 2010 war demgegenüber gesamtwirtschaftlich gesehen eine Trendwende zu erkennen, die zwar bei anziehender internationaler Nachfrage mit einer markanten Verbesserung der Gewinnsituation der Unternehmen einherging, gleichzeitig jedoch durch ein tendenziell abwartendes Investitionsverhalten geprägt war. Zumindest was die Fallzahlen betrifft, kam es bei Haftungs- und Kreditprodukten der aws dennoch zu merkbaren Steigerungen (bei KMU-Krediten erhöhte sich die Zahl der Förderfälle um 667 auf 1.426, wobei 1.346 auf Kleinunternehmen entfielen). Diese Zunahmen gingen im Segment der Kleinunternehmen (mit bis zu 49 Beschäftigten) mit einem Rückgang der durchschnittlichen Projektgröße einher. Darin spiegelt sich eine Erweiterung des Angebots der aws zugunsten von EPU, Mikrounternehmen und Kleinunternehmen.
- Welche Entwicklungen können in den einzelnen Segmenten beobachtet werden? Die Anzahl der Kreditfälle hat sich durch die Beibehaltung des ursprünglich als temporäres Kriseninstrument konzipierten ERP-Kleinkredits erhöht und Rückgänge bei Zuschussfällen mehr als kompensiert. Demgegenüber wurden aws-Haftungen in beiden Jahren annähernd gleich häufig in Anspruch genommen. Die in der Krise eingeleitete, stärkere Fokussierung von Haftungen und Krediten auf kleinere Unternehmen mit tendenziell kleineren Projekten macht sich im Rückgang des durchschnittlichen Projektvolumens für KMU bemerkbar (2011 € 2.033 Mio. gegenüber € 2.212 Mio. im Jahr 2008).

Erkennbar ist zudem ein abnehmender Trend bei Zuschüssen (2.252 Förderfälle im Jahr 2011 gegenüber 2.607 im Jahr 2010). Das spiegelt sich insbesondere in der längerfristigen Entwicklung der für KMU besonders bedeutsamen Programme der Jungunternehmerförderung und der Unternehmensdynamik wider.

- Als Vorbereitung für Änderungen des für KMU relevanten Förderungsportfolios hat das BWFJ Anfang 2011 eine Initiative zur Erstellung einer „Roadmap für die Förderungen nach dem KMU-Förderungsgesetz“ gestartet. Dabei konnte auf in den letzten Jahren gesammelte Erfahrungen bei Einführung und Änderung von KMU-Förderungen zurückgegriffen werden.

Als wesentliche Orientierungspunkte einer Weiterentwicklung des Portfolios an KMU-Förderungsdienstleistungen galten dabei

- (i) eine Verbesserung des Förderungsangebots hinsichtlich der Finanzierungsbedürfnisse spezifischer Zielgruppen,
 - (ii) eine Erhöhung der Wirksamkeit eingesetzter Förderungsmittel sowie
 - (iii) eine Verbesserung der administrativen Effizienz der Förderungsvergabe.
- Ende 2011 wurde das Angebot der aws um die „Bonitätsanalyse für KMU“ erweitert. Die effiziente Unterstützung der KMU durch die Erstellung einer aws-Bonitätsanalyse als Pilotprojekt, die eine bankenunabhängige, objektive Positionsbestimmung des Unternehmens mit Benchmarks innerhalb der Branche ermöglichen soll, ist das generelle Ziel dieses Programms, welches sich an Unternehmen mit mehr als zehn Mitarbeiter richtet. Die Ergebnisse dieser Analyse können im Unternehmen selbst (etwa zur Strategieentwicklung oder Standortbestimmung) bzw. für externe Stakeholder wie Banken, Investoren oder Kunden, die eine unabhängige Aussage über die Bonität des Unternehmens erhalten sollen, nützen. Der Wert der Förderung für die Bonitätsanalyse beträgt € 4.000. Die Eigenleistung des Unternehmens liegt für Kleinunternehmen bei € 500 (zuzüglich USt), für mittlere Unternehmen bei € 3.500 (zuzüglich USt).

Seit Anfang Juli 2010 wird die österreichische Filmwirtschaft durch das Fördermodell „Filmstandort Österreich“ unterstützt. Das Förderpro-

gramm ist eine Initiative des BMWFJ, welches von der aws und der Location Austria, einer Abteilung der ABA, abgewickelt wird. Ziel ist es u. a., die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs als Filmstandort zu stärken, für bessere Kapitalausstattung heimischer Filmproduzenten zu sorgen sowie die Abwanderung erfolgreicher Filmschaffender zu verhindern. Mit einem Fördervolumen von € 7,4 Mio. konnten 15 Spielfilme und 9 Dokumentarfilme unterstützt werden. Bei zwei Drittel dieser Filme handelte es sich um österreichische Produktionen. Die insgesamt erzielte Wertschöpfung in Österreich beträgt € 30,8 Mio. Demnach löst € 1 an Fördermittel etwa € 4 an österreichischen Herstellungskosten aus. Durch die Initiative des BMWFJ konnte im Jahr 2011 die Beschäftigung von mindestens 700 österreichischen Filmschaffenden gesichert werden. Für das Jahr 2012 stehen für die Initiative „Filmstandort Österreich“ Fördermittel von mindestens € 7,5 Mio. zur Verfügung.

Österreichische Hotel- und Tourismusbank Ges.m.b.H. (ÖHT)

- Die Österreichische Hotel- und Tourismusbank Gesellschaft m.b.H (ÖHT) fokussiert als zweite wesentliche Institution der Finanzierungsförderung auf den Tourismusbereich. Sie wickelt im Auftrag des BMWFJ Tourismusförderungen des Bundes ab, wobei deren Förderungstätigkeit speziell im Segment der KMU (mehr als 99 % der Förderungsnehmer sind KMU) entfaltet wird.

Die Fördertätigkeit des Jahres 2011 lässt sich wie folgt skizzieren:

- 1.774 Förderungsfälle wurden mit einem bundesseitigen Förderbarwert von rund € 40 Mio. positiv erledigt;
- 257 Unternehmensgründer bzw. Jungunternehmer, die ein Investitionsvorhaben im Umfang von mehr als € 47 Mio. umgesetzt haben, wurden unterstützt;
- Etwa € 212 Mio. wurden an Kreditvolumen (ERP-Kredite, ERP-Kleinkredite und TOP-Tourismus-Kredite) bereitgestellt, womit ein Investitionsvolumen von rund € 381 Mio. unterstützt werden konnte;
- Das gesamte Investitionsvolumen der geförderten Unternehmen betrug im Jahr 2010 rund € 843 Mio. (+2 % im Vergleich zu 2009) und erreichte 2011 etwa € 880 Mio., was einem Plus von 4 % im Vergleich zu 2010 entspricht;

- Alle 2011 unterstützten Unternehmen werden nach Durchführung der geplanten Maßnahmen knapp € 2,8 Mrd. an Umsatz erzielen und rund 37.000 Mitarbeiter beschäftigen.
- Im Rahmen des Maßnahmenpakets für den Tourismusstandort Österreich wurde – vor dem Hintergrund der Wirtschafts- und Finanzkrise – das Förderungsangebot um neue Maßnahmen ergänzt (ERP-Kleinkredite, Haftungen für ERP-Kleinkredite und Überbrückungsfinanzierungen sowie Haftungen für ein € 2 Mio. übersteigendes Volumen). Darüber hinaus wurden auch bestehende Förderungsaktionen aufgestockt (ERP-Mittel und Haftungsrahmen) und Mittel der Europäischen Investitionsbank in Anspruch genommen. Somit konnte rechtzeitig und aktiv zur Konjunkturbelebung beigetragen werden.

Die eingesetzten Instrumente konnten 2010 und 2011 einen Beitrag leisten, die Investitionstätigkeit in der Tourismus- und Freizeitwirtschaft weitgehend ungehindert aufrecht zu erhalten.

- Die im Februar 2010 präsentierte Tourismusstrategie des Bundes sieht eine Weiterentwicklung im Förderungsbereich vor. Die Neuausrichtung der Tourismusförderung erfolgte im Laufe des Jahres 2010 unter intensiver Einbindung der Bundesländer sowie weiterer Stakeholder. Die neuen Tourismus-Förderungs-Richtlinien wurden im Jänner 2011 in Kraft gesetzt.

Kernpunkt der neugestalteten Investitionsförderung ist die „Förderungspyramide“, die eine klare Schnittstelle zum Förderungswesen in den Bundesländern schafft. Projekte unter € 100.000 an Investitionskosten werden demnach von den Bundesländern gefördert. Der höchstmögliche geförderte ÖHT-Kredit, der bisher in der Regel mit € 2 Mio. begrenzt war, liegt nunmehr bei € 5 Mio.

- Als Förderungs- und Finanzierungsstelle, die jährlich etwa 1.700 Investitionsprojekte begleitet und von etwa ebenso vielen Unternehmen jährlich Jahresabschlüsse und wirtschaftliche Daten erhält, entwickelt sich die ÖHT fast zwangsläufig zu einer Informationsdrehscheibe und Quelle wesentlicher Branchendaten. Diese Daten werden laufend über die Homepage zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus werden sie auch über einen Weblog (<http://www.oehrt.at/blog/>) angeboten, der zweimal wöchentlich mit aktuellen Beiträgen erscheint.

- Um Innovationen in der Tourismus- und Freizeitwirtschaft voranzutreiben, werden einmal jährlich durch eine Ausschreibung sogenannte Leuchtturmprojekte ermittelt und – soweit sie bestimmte Qualitätskriterien erfüllen – prämiert sowie finanziell unterstützt. Sowohl die Ankündigung dieser Förderung als auch der Prozess der Ausschreibung und die nachfolgende finanzielle Unterstützung haben dazu beigetragen, den Innovationsprozess anzuregen.

5.6.3 Herausforderungen und Ausblick

Gesetzliche Rahmenbedingungen

- Im Jahr 2009 wurde für einkommensteuerpflichtige Unternehmer ein Gewinnfreibetrag eingeführt, welcher jeder natürlichen Person mit betrieblichen Einkünften zusteht und in einen Grundfreibetrag für jeden Unternehmer und einen investitionsbedingten Gewinnfreibetrag geteilt ist. Letzterer stellt einen Investitionsanreiz dar, weil bei der Anschaffung oder Herstellung begünstigter Wirtschaftsgüter der steuerliche Gewinn um 13 % der Anschaffungs- oder Herstellkosten bis zu € 100.000 vermindert werden kann. Dieser Maximalbetrag soll durch das 1. Stabilitätsgesetz 2012 (BGBl. I Nr. 22/2012) für die Veranlagungsjahre 2013 bis 2016 befristet reduziert und der Gewinnfreibetrag wie folgt gestaffelt werden:
 - Für Gewinne bis € 175.000/Jahr bleibt der Gewinnfreibetrag 13 %;
 - Für Gewinne zwischen € 175.000/Jahr und € 350.000/Jahr wird der Gewinnfreibetrag auf 7 % reduziert;
 - Für Gewinne zwischen € 350.000/Jahr und € 580.000/Jahr wird der Gewinnfreibetrag auf 4,5 % reduziert;
 - Für Gewinne ab € 580.000 wird es keinen Gewinnfreibetrag mehr geben;
 - Der Gewinnfreibetrag beträgt künftig somit insgesamt höchstens € 45.350 im Veranlagungsjahr.
- Mit dem 1. Stabilitätsgesetz 2012 (BGBl. I Nr. 22/2012) wurde für Wirtschaftsjahre, die ab 1. Jänner 2012 beginnen, der Forschungsdeckel bei der Auftragsforschung angehoben, um so mehr Rechtssicherheit für Unternehmer, die eine Forschungsprämie beantragen wollen bzw. beantragen, zu gewähren. Der bisherige Deckel in Höhe von € 100.000 bei den in Auftrag gegebenen Forschungsaufwendungen wird daher auf € 1 Mio. angehoben. Bei der Prüfung von Forschungsprämienanträgen soll die Forschungsförderungsgesellschaft mbH (FFG) vom Finanzamt eingebunden werden.

Bei mehrjährigen Forschungsprojekten sind Unternehmen mit Rechtsunsicherheit hinsichtlich der jährlich geltend zu machenden Forschungsprämie konfrontiert. Um die Rechtssicherheit entsprechend zu erhöhen, soll zusätzlich die Möglichkeit geschaffen werden, dass man über das Vorliegen der Anspruchsvoraussetzungen für eine Forschungsprämie in einer einem Auskunftsbescheid vergleichbaren Weise informiert wird (Forschungsbestätigung, § 118a BAO). Diese Möglichkeit wird durch eine – auf das jeweilige Wirtschaftsjahr bezogene – bescheidmäßige Feststellung über die Höhe der Bemessungsgrundlage für die Forschungsprämie in § 108c Abs. 8 EStG ergänzt.

- Eine der Auswirkungen der Finanzkrise besteht darin, dass die Finanzierung innovativer Start-ups sowie sozialer Unternehmen durch Banken in Europa stark zurückgegangen ist. (Europäische Kommission (2011c): a. a. O.) Im Lichte des Auftrags des Europäischen Rates vom Oktober 2011, Spannungen auf den Finanzmärkten zu beheben und gleichzeitig den Kreditfluss in der Realwirtschaft zu erhalten sowie ein übermäßiges Deleveraging (der Abbau des Fremdkapitals etwa durch die Reduktion der Kreditvergabe) zu vermeiden, hat die Europäische Kommission im Dezember 2011 einen Verordnungs-Vorschlag über Europäische Risikokapitalfonds vorgelegt. KMU finanzieren sich derzeit europaweit vor allem mittels Bankkrediten. Risikokapital spielt hingegen als Finanzierungsquelle nur eine untergeordnete Rolle. Dieser Anteil soll durch die Schaffung eines Rechtsrahmens für Europäische Risikokapitalfonds vergrößert werden, insbesondere sollen auch Möglichkeiten zur grenzüberschreitenden, EU-weiten Mittelbeschaffung erleichtert werden. Der Verordnungsvorschlag zu den Risikokapitalfonds ist Teil eines EU-Aktionsplans zur Erleichterung des Kapitalzugangs für KMU.
- Gleichzeitig wurde im Dezember 2011 auch ein Verordnungs-Vorschlag über Europäische Fonds für soziales Unternehmertum für Unternehmen, die nicht auf Gewinnmaximierung ausgerichtet sind, sondern soziale Ziele verfolgen, vorgelegt. Es ist nicht einfach, private Investoren via Fonds zu finden, weil spezialisierte Fonds für soziales Unternehmertum selten oder von geringer Größe sind. Mit der nun vorgelegten Verordnung zu Sozialinvestitionsfonds soll der Kapitalmarktzugang für Sozialunternehmen gestärkt werden.

Finanzierungsförderungen

- Die Erleichterung des Zugangs zu Finanzierungen und die Förderung unternehmerischer Kultur sind wesentliche Anliegen eines neuen, am 30. November 2011 von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen finanziellen Unterstützungsprogramms. Beim „Programme for the Competitiveness of Enterprises and SMEs - COSME“ (Programm für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und für KMU), das laut Vorschlag der Europäischen Kommission für den Zeitraum 2014 bis 2020 über ein Budget von rund € 2,5 Mrd. verfügen soll, handelt es sich um ein Programm, mit dem im Wesentlichen die Maßnahmen des aktuellen Programms für Unternehmertum und Innovation (EIP) - als Teil des Rahmenprogramms für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (CIP) - fortgeführt werden sollen.

„COSME“ ist Teil des Ansatzes des „Innovationsunion“-Flaggschiffs der Strategie Europa 2020. Das Ziel von COSME besteht darin, Aktivitäten zur weiteren Unterstützung von Wettbewerbsfähigkeit und Unternehmertum zu entwickeln und Beschäftigung zu forcieren.

Es wird erwartet, dass COSME zu einem Anstieg des europäischen BIP von € 1,1 Mrd. pro Jahr beiträgt. Weiters wird (laut Kommissionsentwurf) davon ausgegangen, dass das Enterprise Europe Network (EEN) 39.000 Unternehmen mit Partnerschafts-Vereinbarungen unterstützt, wodurch 29.000 Jobs geschaffen und/oder gesichert werden und 900 neue Produkte, Dienstleistungen oder Prozesse pro Jahr eingeführt werden können. Der Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten soll für Unternehmer erleichtert werden, insbesondere für jene, die grenzüberschreitend geschäftstätig werden wollen. Gerechnet wird mit einem Anstieg von jährlich € 3,5 Mrd. an zusätzlichen Krediten und/oder Investitionen für europäische Unternehmen.

Der Kommissionsvorschlag wird derzeit im Europäischen Rat und im Europäischen Parlament erörtert und soll bis Mitte 2013 verabschiedet werden.

- Vor dem Hintergrund der Bestimmungen von Basel III und der aktuellen Zurückhaltung bei Investitionen (Kreditaufnahme und Kreditvergabe) wurde im Rahmen des „Aktionsprogramms KMU“ von WIFI Unternehmensservice in Kooperation mit dem BMWFJ, der Wirtschaftskammer Wien (WKW) und der Erste Bank der oesterreichischen Sparkassen AG

das Online-Tool „KMU-Stresstest“ entwickelt. Das im zweiten Quartal 2012 eingeführte Service ermöglicht Unternehmen die Analyse ihrer aktuellen Liquiditätssituation sowie die Durchführung eines Belastungstests, der die Auswirkungen einer Konjunkturabschwächung bzw. einer Änderung der Marktverhältnisse simuliert.

Ausgehend von einem Statusbericht – basierend auf Informationen aus der Bilanz – erhält der Unternehmer eine „Diagnose“ zu seiner Cash flow-Situation. Der Stresstest simuliert wirtschaftlich stürmische Zeiten und zeigt die Auswirkungen auf das Unternehmen, wenn keine Gegenmaßnahmen ergriffen werden. Zusätzlich können nach eigenen Vorstellungen Veränderungen vorgenommen werden. Zum Schluss erhält der Unternehmer ein zusammenfassendes Infoblatt mit Handlungsvorschlägen, Information über Unterstützungsangebote wie Broschüren und Tools sowie regionale Kontaktadressen.

- 2012 wurde der Jungunternehmerscheck, auf den Erfahrungen eines Scheck-Pilotprojektes 2011 aufbauend, für Projekte mit einem Investitionsvolumen von € 5.000 bis € 20.000 in den Regelbetrieb der aws übernommen. Für größere Projekte mit bis zu € 100.000 Projektvolumen, die mittels zinsgünstigem ERP-Kleinkredit gefördert werden, wird der Jungunternehmerzuschuss seither als Bonus von 5 % der förderbaren Investitionskosten gewährt, während der klassische Jungunternehmerzuschuss (TOP-Jungunternehmerprämie) von 10 % erst bei Vorhaben ab einem Volumen von € 100.000 einsetzt. Mit diesem dreigliedrigen Aufbau ergeben sich wesentliche Verbesserungen hinsichtlich Qualität und Effizienz der Förderungsdienstleistungen im Bereich der allgemeinen gewerblichen Gründungsförderung. Das bewährte Haftungsinstrumentarium für Jungunternehmer wird unverändert angeboten.
- Ab 2013 stehen zwei neue Jungunternehmer-Fonds mit einem Gesamtvolumen von € 110 Mio. für Unternehmensgründer zur Verfügung. Die in Österreich unterrepräsentierte Risikokapitalfinanzierung wird durch den Gründerfonds und den Business Angel Fund gehoben.

Der mit € 65 Mio. dotierte Gründerfonds bietet Risikokapitalfinanzierung durch Unternehmensbeteiligungen (max. 49 % des Stammkapitals bzw. € 100.000 bis max. € 1 Mio. für max. 10 Jahre) in der Frühphase für Unternehmen, die in der risikoreichen Anfangsphase keine

ausreichende Bankfinanzierung erhalten. Da entsprechende private Fonds meist auf reifere Unternehmen abzielen, wird hier eine Finanzierungslücke geschlossen.

Auch der neue mit € 45 Mio. dotierte Business Angel Fund steigert die Risikokapitalversorgung von Unternehmen durch eine Verdopplung der Investitionskraft von Business Angels. Für jeden Euro, welcher von Privatinvestoren zur Verfügung gestellt wird, investiert die öffentliche Hand einen weiteren Euro. Durch Einbindung des Europäischen Investitionsfonds (EIF) kann so eine Hebelwirkung 1:3 erzielt werden.

- Die weitere Umsetzung der Tourismusstrategie im Förderungsbereich ist für das Jahr 2012 vorgesehen. Die in der Wirtschaftskrise angehobenen Kredit- und Haftungsobergrenzen in den mit 19. Jänner 2011 neu erlassenen Tourismus-Förderungs-Richtlinien wurden bis 31. Dezember 2013 vereinbart und ermöglichen somit auch 2012 einen verbesserten Zugang zu Finanzmitteln für Tourismusbetriebe. Die ERP-Kreditmittel für den Sektor Tourismus wurden gemäß ERP-Jahresprogramm von € 33 Mio. auf € 50 Mio. für das Jahr 2012 angehoben. Auch ERP-Kleinkredite für materielle und immaterielle Investitionen zwischen € 10.000 und € 100.000 stehen den KMU der Tourismusbranche weiterhin zur Verfügung und werden insbesondere von Start-ups in Anspruch genommen. Mit den genannten Maßnahmen soll der verschärften Kreditsituation für KMU begegnet und die Verfügbarkeit finanzieller Ressourcen erhöht werden.

5.7 Binnenmarkt

Die Mitgliedstaaten werden mit diesem Grundsatz dazu aufgefordert, KMU darin zu bestärken, die Chancen des Binnenmarkts intensiver zu nutzen. Dazu sollen laut SBA die politische Steuerung des Binnenmarkts optimiert und die Unternehmer besser informiert werden. (Europäische Kommission (2008b): a. a. O.)

5.7.1 Österreich im europäischen Vergleich

Die fünf Indikatoren des „SBA Fact Sheet“ zur Quantifizierung der Entwicklungen im Rahmen des Grundsatzes „Binnenmarkt“ führen insgesamt zu einem etwas unterdurchschnittlichen Ergebnis für Österreich, wobei die einzelnen Indikatoren ein heterogenes Bild zeichnen. Unterdurchschnittlich

schneidet Österreich bei der „durchschnittlichen Umsetzungsverzögerung überfälliger Richtlinien“ sowie der „Anzahl der mehr als zwei Jahre überfälligen Richtlinien“ ab. Knapp die Hälfte der österreichischen KMU importiert Waren aus dem Binnenmarkt und gleichzeitig führen im Vergleich zum EU-Durchschnitt mehr als doppelt so viele österreichische KMU Waren in andere EU-Mitgliedstaaten aus. Daraus lässt sich folgern, dass Österreichs KMU deutlich mehr von den Möglichkeiten des Binnenmarkts profitieren als jene anderer Länder. (Europäische Kommission (2011b): a. a. O.)

5.7.2 Aktuelle Situation

- Der jüngste (im Oktober 2012) von der Europäischen Kommission veröffentlichte Binnenmarktanzeiger beziffert das EU-weite Umsetzungsdefizit der Binnenmarktrichtlinien mit 0,9 %. Österreich liegt mit 1,3 % über dem EU Durchschnitt. Das Umsetzungsdefizit gibt den Prozentsatz der Richtlinien, die der Europäischen Kommission noch nicht (via nationale Umsetzungsmaßnahmen) mitgeteilt wurden, im Verhältnis zur Gesamtzahl der Richtlinien an, die innerhalb der Frist gemeldet werden sollten. Ende Oktober 2011 waren 1.388 Richtlinien und 1.439 Verordnungen in Kraft, um das Funktionieren des Binnenmarkts zu gewährleisten. (Europäische Kommission (2011a): Die Leistung des Binnenmarkts steigern – Governance Test 2011. Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union)

Im Vergleich zum Vorjahr ist für Österreich eine Verbesserung im Sinne einer Reduktion des Umsetzungsdefizites von 1,7 % auf 1,3 % feststellbar.

- Normen stellen einen wichtigen Anknüpfungspunkt zur Förderung des Binnenmarkts dar. Ein Beispiel für jüngst erlassene Normen mit Bedeutung für KMU sind die Marken- und Patentbewertung.

Bislang war eine Bewertung oder Vergleichbarkeit immaterieller Unternehmenswerte nahezu unmöglich. Unterschiedlichste Bewertungsmodelle stellten oft die verhaltensorientierte oder technologische Bewertung in den Vordergrund bzw. berücksichtigten ausschließlich Finanzgeschäfte und Reporting. Um diesem Bedarf Rechnung zu tragen, wurden vom Austrian Standards Institute (ASI) gemeinsam mit Experten des Österreichischen Patentamts, des European Brand Institutes sowie mit Finanzanalysten und Rechts- und Patentanwälten die ÖNORM

A 6800 für Marken- und die ÖNORM A 6801 für Patentbewertung entwickelt. Die beiden Normen ermöglichen seit Jänner 2011 weltweit erstmals eine einheitliche, vergleichbare und holistische Bewertung von Marken und Patenten.

Eine österreichweite Informationskampagne (Roadshow) zum Thema Marken- und Patentbewertung des Österreichischen Patentamts startete gemeinsam mit serv.ip, dem privatrechtlichen Unternehmen des Österreichischen Patentamtes, Anfang Mai 2012.

5.7.3 Herausforderungen und Ausblick

- Eine „Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur europäischen Normung“ wurde im Juni 2012 im Europäischen Parlament behandelt. Die Vorzüge des europäischen Normungssystems sollen beibehalten, die Mängel beseitigt und der richtige Ausgleich zwischen der europäischen, der nationalen und der internationalen Dimension geschaffen werden.

KMU sehen sich mit einer Reihe von Problemen im Bereich Normung konfrontiert. Vielen Interessengruppen zufolge besteht eines der größten Probleme darin, dass die KMU bei den Normungstätigkeiten insbesondere auf europäischer Ebene im Allgemeinen unterrepräsentiert sind. Um dem Problem der mangelnden Vertretung von KMU im Normungsverfahren zu begegnen, erhalten deren Vertretungsorganisationen Finanzhilfen. Die Förderkriterien zur Bewilligung dieser Zuschüsse, die Verwendungsbedingungen und die Art der verfügbaren Zuschüsse sind jedoch sehr unterschiedlich. Die Folge der mangelnden Beteiligung von KMU besteht u. a. darin, dass sie keine Möglichkeit zur Einflussnahme auf das Verfahren als solches haben. Um dieser Entwicklung entgegen zu wirken, wurden folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

- KMU sollten bei europäischen Normungstätigkeiten besser vertreten sein; die finanzielle Unterstützung für deren Vertretungsorganisationen sollte gesichert werden;
- Der verwaltungstechnische Aufwand für die Europäische Kommission und die europäischen Normungsorganisationen wird verringert.

- Es wird an einer Europäischen Norm über Innovationsmanagement gearbeitet, wobei das Österreichische Patentamt in der „Arbeitsgruppe über Intellectual Property“ (AG für IP) mitwirkt. Diese Arbeitsgruppe wird von AFNOR, dem französischen Pendant zum Austrian Standards Institute, geführt.

Ziel der AG für IP ist, die Awareness für IP innerhalb der EU, insbesondere auch im Hinblick auf das EU-Patent, zu erhöhen. In Folge der niedrigeren Kosten des EU-Patents, im Vergleich zum jetzigen Europäischen Patent (EP), wird sich voraussichtlich auch die Anzahl von außer-europäischen EU-Patentinhabern erhöhen. Als weitere Folge steigt voraussichtlich die Wahrscheinlichkeit von Klagen gegen zahlungskräftige europäische Unternehmen.

Allgemeines Ziel ist es, Bewusstsein für das Thema geistiges Eigentum unter den KMU zu schaffen, auch um Schutzrechte anderer nicht zu verletzen.

5.8 Weiterqualifizierung und Innovation

KMU sollen ermutigt werden, in Forschung zu investieren und sich an F&E-Förderprogrammen, transnationaler Forschung sowie an Unternehmensclustern zu beteiligen. Dies und die verstärkte Vermarktung geistigen Eigentums sieht der Grundsatz „Qualifikation und Innovation“ des SBA vor. (Europäische Kommission (2008b): a. a. O.)

5.8.1 Österreich im europäischen Vergleich

Im Bereich der „Weiterqualifizierung und Innovation“ zeigt sich für Österreich im europäischen Vergleich ein eindeutig positives Bild. Besonders gut schneidet Österreich bei den beiden Bildungsindikatoren (Anteil der Ausbildungsunternehmen und Anteil der Beschäftigten, die Aus- und Weiterbildungsangebote wahrnehmen) ab. (Europäische Kommission (2011b): a. a. O.)

5.8.2 Aktuelle Situation

Forschung & Entwicklung

- Gemäß dem jüngsten Innovation Union Scoreboard der Europäischen Kommission liegt Österreich über dem europäischen Durchschnitt,

zählt aber zu den „Innovation Followers“, also der Gruppe hinter den führenden Innovationsnationen („Innovation Leaders“). Zu den Stärken zählt in Österreich u. a. das attraktive Forschungssystem und die geistigen Eigentumsrechte (Patente, Handelsmarken, Designs). Als relative Schwäche kann die im europäischen Vergleich unterdurchschnittliche Akademiker/innenquote ausgemacht werden. (Europäische Kommission (2012a): Innovation Union Scoreboard 2011. Brüssel: Europäische Kommission.)

- Was die Forschungs- und Entwicklungs-(FuE)-Quote betrifft, kann Österreich nach Dänemark und Portugal mit einem Plus von 0,82 Prozentpunkten für den Zeitraum 2000 bis 2010 die höchste Steigerungsrate in der EU vorweisen. (BMWf, BMVIT, BMWFJ (2012): Österreichischer Forschungs- und Technologiebericht 2012. Wien: BMWf, BMVIT, BMWFJ.) Angestrebt wird, dass Österreich von der Gruppe der „Followers“ zur Gruppe der „Innovation Leaders“ aufsteigt und damit zu einem der innovativsten Länder der EU avanciert. Die Forcierung von Bildung, Forschung und Innovation stellt unbestritten das entscheidende Element für das Entwicklungspotenzial von wissensbasierten Ökonomien dar. Daher entwickelte das BMWFJ den neuen Forschungsschwerpunkt „Forschungskompetenzen für die Wirtschaft“, in dessen Mittelpunkt die strukturelle Förderung des bestehenden Forschungs- und Innovationspersonals in österreichischen Unternehmen steht. Darüber hinaus soll mit dem Forschungsschwerpunkt eine stärkere Verankerung unternehmensrelevanter Lehr- und Forschungsschwerpunkte an Universitäten und Fachhochschulen erfolgen. Dafür stehen drei Module zur Verfügung:
 - Kompetenzaufbau (Qualifizierungsseminare):
Dauer 5-15 Tage, Förderhöhe maximal € 50.000;
 - Kompetenzvertiefung (Qualifizierungsnetze):
Dauer bis 2 Jahre, Förderhöhe maximal € 500.000;
 - Kompetenzerweiterung in der angewandten Forschung (Lehrveranstaltungen mit tertiärem Charakter):
Dauer 4 Jahre, Förderhöhe maximal € 1 Mio.

Die erste Programmlinie läuft von Juni 2011 bis Juni 2013, das Gesamtprojektvolumen beträgt € 2,3 Mio.

Die Programmlinie „Qualifizierungsnetze“ war von Oktober 2011 bis März 2012 geöffnet. Es wurden insgesamt 20 Anträge eingereicht. Davon wurden zehn Projekte in Niederösterreich, Oberösterreich, der Steiermark und Wien mit insgesamt € 4,16 Mio. gefördert.

Die Einreichungen in dieser Programmlinie umfassten die folgenden Themenbereiche: Life Science, Bautechnik, Innovations- und Technologiemanagement, Produktentwicklung, Werkstofftechnik und Technologieentwicklung.

Die dritte Programmlinie „Kompetenzerweiterung in der angewandten Forschung“ wurde 2012 gestartet. Für alle drei Linien steht eine Fördersumme von € 10 Mio. zur Verfügung.

- Innovationen können auch durch die öffentliche Beschaffung angeregt werden, weshalb bei effizientem Mitteleinsatz - unter Federführung des BMWFJ und des BMVIT - ein Leitkonzept zur innovationsfördernden öffentlichen Beschaffung (IÖB) erstellt worden ist. Die öffentliche Hand soll zukünftig als intelligenter Kunde vermehrt innovative Produkte und Dienstleistungen nachfragen, um so u.a. deren Entwicklung in Österreich zu unterstützen. Zwischenzeitlich wurden bereits konkrete Umsetzungsmaßnahmen gesetzt bzw. solche eingeleitet. Am 17. Oktober 2011 wurde mit Förderung des BMVIT eine Pilotausschreibung für Verkehrsinfrastrukturforschung gestartet, bei der das Instrument der „vorkommerziellen Beschaffung“ erstmals zum Einsatz gelangte (Budget dieser Ausschreibung: € 2 Mio.). Die Burghauptmannschaft startet mit Unterstützung des BMWFJ ein Pilotprojekt zum Thema „nachhaltige Kälte/Wärme-Lösungen in historischen Gebäuden“.
- Gemeinsames Ziel des BMWF, des BMWFJ sowie des BMVIT ist es, den Wissens- und Technologietransfer von der öffentlichen Forschung in die Wirtschaft zu forcieren und weiter auszubauen. Um diesem Ziel Rechnung zu tragen, wurde eine gemeinsame Nationale Kontaktstelle (www.ncp-ip.at) im BMWF eingerichtet, die als Drehscheibe des Wissenstransfers die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft durch gezielte Maßnahmen weiter stärkt, die Hochschulen beim professionellen Umgang mit geistigen Eigentumsrechten (intellectual property, IP) unterstützt und Österreich in europäischen Gremien vertritt. Die Kontaktstelle bietet auch thematische Unterstützung an, etwa für die Arbeitsgruppe der österreichischen Universitäten (Intellectual

Property Agreement Guide – IPAG). Diese arbeitet derzeit gemeinsam mit Experten aus Wirtschaft, Industrie und außeruniversitären Forschungseinrichtungen einen rechtlichen Online-Leitfaden für die Zusammenarbeit in Forschungs- und Entwicklungsprojekten aus.

Zur Stärkung öffentlicher Forschungseinrichtungen werden Maßnahmen zur Vereinheitlichung von Wissensschutz ergriffen. Auf Einladung der NCP-IP wurde im März 2011 ein Workshop der Europäischen Kommission gemeinsam mit der Schweiz und Liechtenstein zum Umgang mit geistigem Eigentum durchgeführt, im November 2011 ein Workshop zum Thema „Verwertungsstrategien der österreichischen Universitäten“.

- Der Schutz von geistigem Eigentum gewinnt an Bedeutung. Seit 1. Juni 2011 können Europäische Patent-Anmeldungen sowie internationale PCT-Anmeldungen nach dem Patent Cooperation Treaty (PCT) auch in elektronischer Form beim Österreichischen Patentamt eingereicht werden. Die Online-Einreichung ist für alle Anmelder eine zeit- und kostensparende Möglichkeit, ihre europäischen und internationalen Patentanmeldungen einfach zu übermitteln.

Dieser Online-Service wurde mit 1. Dezember 2011 auf nationale Patent- und Gebrauchsmusteranmeldungen ausgeweitet. Bereits drei Monate nach der Einführung der elektronischen Übermittlung wurde jede vierte Erfindung auf diese Weise eingereicht.

- Das Programm Research Studios Austria (RSA) fördert Errichtung und Betrieb abgegrenzter Forschungseinheiten („Research Studios“, Gruppen von Forschern), die in die Organisationsstruktur von Studioträgern (etwa Universitäten, Fachhochschulen sowie außeruniversitäre und kooperative Forschungseinrichtungen) eingebettet sind. Ziel ist die Förderung von Anwendung und Umsetzung von Forschungsergebnissen aus der Grundlagenforschung im Vorfeld unternehmerischer Forschung in Österreich, wobei zwei Modelle (Diversifizierungsmodell und Vermarktungsmodell) zur Auswahl stehen. Beim Diversifizierungsmodell akquirieren die Studios F&E-Aufträge aus Wirtschaftsunternehmen, beim Vermarktungsmodell erfolgt die Vermarktung eines im Rahmen der Anwendungsforschung erstellten Prototyps mit einem Partner aus der Wirtschaft. Die Ergebnisse der ersten beiden Ausschreibungen:

- Der erste Call fand 2008 statt. Es wurden 14 Studios gefördert, die insgesamt vergebene Förderung betrug € 9 Mio.;
- Im zweiten Call 2011 wurden 20 Studios, 8 davon unter dem Schwerpunkt „Energietechnologien“, mit insgesamt € 12,9 Mio. gefördert.
- 2013 wird eine Zwischenevaluierung auf Programmebene erfolgen und ein dritter Call für 2014 vorbereitet.

Angebote der Österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft (FFG)

- Die Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft mbH (FFG) ist zentraler Akteur zur Abwicklung von Innovationsförderungen in Österreich.

Im Jahr 2011 konnte die FFG 2.794 neue Projekte fördern. Das gesamte Fördervolumen (neue Zusagen) dieses Jahres betrug € 472 Mio. Die Mittelbindung ist ein Maß der im jeweiligen Jahr an die FFG übertragene Mittel; sie bestimmt zu einem hohen Anteil das Zusagenvolumen im Folgejahr: 2011 wurde nach einem Rückgang 2010 auf € 429 Mio. wieder ein Anstieg der Mittelbindung verzeichnet (auf € 550 Mio.). Diese diskontinuierliche Entwicklung sowohl für Mittelbindung als auch Zusagen ist stark von den nicht jährlich stattfindenden Ausschreibungen im Kompetenzzentrenprogramm COMET bestimmt. Da viele der finanzierten Projekte mittlerweile mehrjährig sind, zeigen sich die konkreten Auszahlungen an die Fördernehmer wesentlich stabiler: 2011 lagen die Auszahlungen mit € 406 Mio. um 1,5 % unter der im Jahr 2010 erreichten Höchstmarke von € 411 Mio.

Der konkrete Mittelfluss an forschende Einrichtungen erweist sich demnach auf hohem Niveau als konstant.

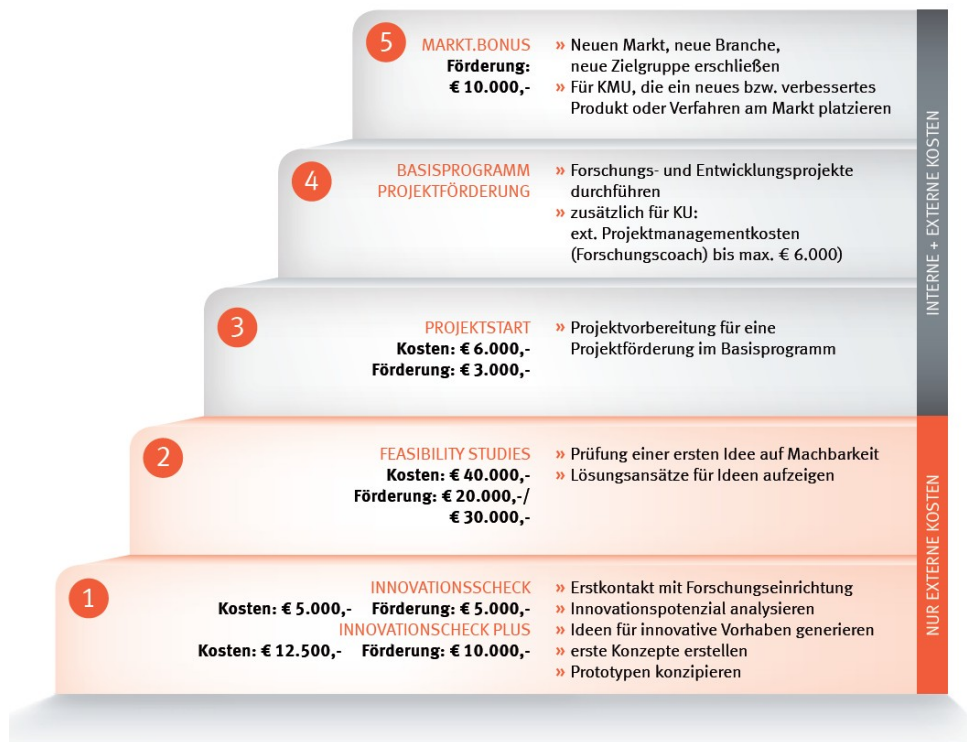
Ein Großteil der FFG-Förderung wird an KMU vergeben. Im Jahr 2011 haben 1.509 KMU ein FFG-gefördertes Projekt durchgeführt oder an einem teilgenommen (KMU-Anteil von 78 %). Insgesamt wurden € 127 Mio. an Gesamtförderung an KMU zugesagt, was einem Barwert von € 99 Mio. bzw. einem KMU-Anteil von 45 % entspricht.

- Ein großer Teil der etwa € 473,5 Mio. an Förderungszusagen der FFG wird über die Basisprogramme abgewickelt. Mit der Projektförderung im Rahmen der Basisprogramme unterstützt die FFG wirtschaftlich

verwertbare Forschungsprojekte von Unternehmen, von Forschungsinstituten und von Einzelpersonen. Der Anteil der geförderten Projekte von Betrieben mit weniger als 250 Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen konnte 2011 in den Basisprogrammen auf 86,7 % (2010: 83,7 %) ausgebaut werden. In diese Projekte flossen Förderungsmittel in der Höhe von € 146 Mio. (2010: € 143,9 Mio.). Insgesamt 43,6 % (2010: 39,9 %) der geförderten Unternehmen verzeichnen weniger als zehn Beschäftigte.

- Die FFG entwickelt ihr Förderungs- und Dienstleistungsportfolio in Abstimmung mit ihren Eigentümerressorts BMVIT und BMWFJ laufend weiter und bietet ein differenziertes, vor allem aber auf die Bedürfnisse von KMU optimal abgestimmtes Instrumentarienset an. Die FFG hat in den letzten Jahren ihr Förderangebot für KMU konsequent ausgebaut und folgt darin den Zielen der FTI-Strategie der Bundesregierung, die Forschungs- und Innovationsleistung, insbesondere von KMU, zu stärken.

Anfang 2011 wurden mit dem so genannten „KMU-Paket“ die speziellen Angebote der FFG für kleine und mittlere Unternehmen gebündelt und diese wurden in der Folge weiter ausgebaut.

Grafik 65 KMU-Paket der FFG

Quelle: FFG

Es umfasst neben dem 2007 eingeführten Innovationsscheck (€ 5.000 für die Leistung eines externen Forschungspartners) drei weitere Säulen: Das neue Förderprogramm „Projektstart“, das die Vorbereitung von Forschungsprojekten unterstützt, das Programm „Feasibility Studies“ (Machbarkeitsstudien), für das seit 2011 höhere Obergrenzen gelten, und die Förderung einer externen Managementunterstützung („Forschungcoach“) für Projekte.

2011 wurde zusätzlich der vom BMWFJ finanzierte Innovationsscheck Plus gestartet. Mit dem Innovationsscheck Plus können sich interessierte Unternehmen an Forschungseinrichtungen wenden und je nach Bedarf deren förderbare Leistungen bis zu einer Höhe von maximal € 12.500 nach Zahlung eines 20 %igen Selbstbehalts mit dem Scheck in der Höhe von € 10.000 (Förderintensität 80 %) bezahlen. Seit dem Programmstart im Juni 2011 wurden bis Ende 2011 bereits 124 Anträge zum Innovationsscheck Plus gestellt. 53,4 % aller Anträge kommen aus dem Bereich Dienstleistungen, fast ein Viertel aus der Industrie.

Insgesamt hat das BMWFJ bis 2012 € 1,5 Mio. an Fördergeldern für die beiden Innovationsschecks eingesetzt.

Im April 2012 wurde das Förderangebot für KMU, das von der FFG abgewickelt wird, um das Programm „Markt.Bonus“ des BMVIT erweitert. Ziel dieses Bonus (der in der Regel € 10.000 beträgt) ist es, KMU in der Phase der Markteinführung finanziell zu unterstützen.

- Unter der neu konzipierten Programmlinie „Projektstart“ ist es seit Anfang 2011 möglich, die Förderung von Vorbereitungskosten für ein Forschungsprojekt zu beantragen. Das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie (BMVIT) stellte zusätzliche Mittel in der Höhe von € 3 Mio. zur Verfügung. Über eCall wird ein Kurzantrag mit den Firmendaten und dem Projektthema (Idee) eingereicht. Das Unternehmen erhält einen Förderungsvertrag, in dem festgelegt wird, unter welchen Voraussetzungen eine Förderung erfolgt. Innerhalb von sechs Monaten muss ein konkretes Forschungs- und Entwicklungsprojekt in definierter Ausführungsqualität eingereicht und die KMU-Eigenschaft belegt werden. Es können Kosten in der Höhe von € 6.000 bis zu 50 % gefördert werden.
- Mit dem 2011 gestarteten Programm „Projektstart EU“ unterstützt die FFG die Vorbereitung von Projektanträgen im 7. EU-Forschungsrahmenprogramm durch KMU. Kleinen und mittleren Unternehmen kommt auch im 7. EU-Forschungs-Rahmenprogramm eine besondere Rolle zu. Das Ziel, mindestens 15 % der Fördermittel aus den thematischen Bereichen (Programm „Zusammenarbeit“) für die Beteiligung von KMU zu verwenden, wurde im EU-Durchschnitt erreicht, von Österreich mit rund 22 % sogar deutlich übertroffen. Gemessen an der Anzahl der Projektbeteiligungen im gesamten 7. Rahmenprogramm liegen österreichische KMU mit 19 % ebenfalls überdurchschnittlich gut. Der österreichische KMU-Sektor konnte damit bisher über € 83 Mio. aus Mitteln des 7. EU-Rahmenprogramms lukrieren.
- Mit dem Ziel, nationale Forschungsschwerpunkte zu unterstützen, fördern die thematischen Programme der FFG im Auftrag des BMVIT sehr erfolgreich heimische High-Tech-Entwicklungen. Der Anteil der KMU der an diesen Programmen teilnehmenden Unternehmen lag im Jahr 2011 bei 64 %. Für 2011 besonders hervorzuheben ist der neu gestartete Forschungsschwerpunkt „Intelligente Produktion“, in dessen Mit-

telpunkt leistungsfähige, ressourceneffiziente und innovative Prozesse und Produktionssysteme stehen. Rund € 14 Mio. wurden dafür vom BMVIT für themenspezifische und themenoffene Ausschreibungen zur Verfügung gestellt. Allein in der themenspezifischen Ausschreibung wurden im Jahr 2011 115 Projekte eingereicht. Für 2012 wurde das Budget nochmals deutlich aufgestockt. Mit dem Programm sollen die etwa 30.000 in der Sachgüterindustrie tätigen Unternehmen in Österreich bei steigender globaler Konkurrenz wettbewerbsfähig bleiben. Ziel des Programms ist es auch, den Ressourcenbedarf und Energieeinsatz zu reduzieren.

5.8.3 Herausforderungen und Ausblick

- Das Nachfolgeprogramm zum 7. EU-Rahmenprogramm wird von 2014 bis 2020 unter dem Titel „Horizon 2020“ laufen. Kernziel ist es, bis 2020 die Ausgaben für Forschung und Entwicklung auf 3 % des BIP aufzustocken. „Horizon 2020“, das nach derzeitigem Stand über ein Gesamtvolumen von rund € 80 Mrd. (laut Kommissionsentwurf) verfügen wird, soll auf drei Säulen basieren:

- (1) Exzellente Wissenschaft,
- (2) Marktführerschaft und
- (3) Gesellschaftliche Herausforderungen.

Forschungsförderungen zugunsten von KMU werden in den Säulen 2 und 3 vorgesehen, wobei innerhalb der zweiten Säule eine eigene Programmschiene mit dem Titel „Innovation in kleinen und mittleren Unternehmen“ eingerichtet werden soll. KMU sollen im Rahmen von „Horizon 2020“ bereichsübergreifend unterstützt werden. Ziel ist es, dass bis zu 20 % aller Haushaltsmittel in den Säulen 2 und 3 an KMU fließen. Zu diesem Zweck wird auch ein eigenes KMU-Instrument eingeführt.

Die Verhandlungen über „Horizon 2020“ müssen bis Ende 2013 abgeschlossen werden, damit das Programm mit Jänner 2014 starten kann. Als Grundlage für die Verhandlungen hat die österreichische Bundesregierung am 14. Februar 2012 ein interministeriell akkordiertes Verhandlungspapier beschlossen.

- Ein europaweites Thema ist auch der Patentschutz. Aktuell bedeutet Patentschutz in Europa: Ein einheitliches Patenterteilungsverfahren für über 35 europäische Staaten, jedoch kein einheitlicher Rechtstitel mit eigener Gerichtsbarkeit. Nach der Erteilung zerfällt die gemeinsame Anmeldung noch immer auf einzelne nationale Patente, was sich nicht nur auf den Verwaltungsaufwand, sondern auch auf Kosten und Gebühren negativ auswirkt. Seit vielen Jahren gibt es daher Bestrebungen, das europäische Patentsystem einer umfassenden Reform zu unterziehen. Ziel ist ein vom Europäischen Patentamt erteiltes EU-Patent mit einheitlicher Wirkung in der gesamten EU. Experten rechnen damit, dass das EU-Patent spätestens 2015 realisiert wird. Die einheitliche Patentgerichtsbarkeit ist eine weitere Säule dieser Patentreform, die derzeit noch auf europäischer Ebene diskutiert wird.
- Im Zusammenhang mit dem Patentschutz kann auch das bis 2010 gelaufene Innovationsschutzprogramms (IPP) der aws, das die Schutzrechtserlangung und -durchsetzung in Schwellenländern unterstützte, gesehen werden. Ab 2012 steht den Unternehmen mit den Schwerpunkten „beraten – finanzieren – verwerten“ allerdings ein ganzheitliches und ausgebautes Angebot an Unterstützungsleistungen zur Verfügung, das sowohl bei der Schutzrechtsfinanzierung als auch der -durchsetzung ansetzt. Bei der Zuschussförderung von Patentanmeldungen wurde der Länderkreis vom reinen Schwellenland um weitere außereuropäische Wachstumsmärkte (wie etwa USA, Kanada und Japan) erweitert. Statt wie bisher nur in Schwellenländern können Durchsetzungsaktivitäten von KMU ab 2012 in allen Ländern der Welt durch die aws unterstützt werden.
- Die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft hat sich in Österreich im vergangenen Jahrzehnt deutlich intensiviert. Die F&E-Erlöse, welche die Universitäten durch Auftraggeber und Kooperationspartner aus der Wirtschaft erzielen, sind stark angestiegen und tragen heute über 5 % zu den gesamten F&E-Ausgaben der Universitäten bei.
Als wichtiges Zeichen erfolgreichen Wissens- und Technologietransfers von öffentlichen Forschungseinrichtungen in die Wirtschaft wurden erstmals 2012 herausragende Verwertungs-Spin-Offs vom BMWF mit dem Preis „Phönix 2012“ (dotiert mit bis zu € 10.000) ausgezeichnet. Um gelungene Verbindungen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft

verstärkt ins öffentliche Bewusstsein zu rücken, wurde der Preis in den Kategorien „Phönix für junge Unternehmen“, „Phönix Frauen für innovative Unternehmerinnen“ und „Phönix Junior für Newcomer und Newcomerinnen mit besonders aktuellen und innovativen Themen“ vergeben.

5.9 Nachhaltigkeit, Umwelt und Energie

Umweltprobleme in Geschäftschancen für KMU umzuwandeln, ist das Ziel dieses den Umweltschutz betreffenden Grundsatzes. Demnach sollen KMU mehr Information, einschlägiges Fachwissen und finanzielle Anreize zur Verfügung gestellt werden. (Europäische Kommission (2011b): a. a. O.)

Eine Befragung aus dem Jahr 2012 lässt darauf schließen, dass Österreichs KMU häufiger (35 %) als im EU-27-Durchschnitt (26 %) grüne Produkte oder Dienstleistungen anbieten. Öfter als im europäischen Mittel werden von österreichischen KMU Maßnahmen zur Einsparung des Energieverbrauchs getroffen, seltener hingegen zum Beispiel Aktionen zur Verringerung der Abfallerzeugung. Etwa 93 % der europäischen KMU (und anteilmäßig etwa ebenso viele in Österreich) führen zumindest eine Maßnahme zur Steigerung der Ressourceneffizienz durch. (Europäische Kommission (2012b): KMU, Ressourceneffizienz und Grüne Märkte - Ergebnisse Österreich. Flash Eurobarometer 342. Brüssel: Europäische Kommission)

5.9.1 Österreich im europäischen Vergleich

Der Grundsatz „Umweltschutz“ kann für Österreich ausschließlich an Hand des Indikators „ökologisch nachhaltige Innovationen“ aus dem Jahr 2008 gemessen werden, also dem Anteil der KMU, die Innovationen entwickeln, die sich für das Unternehmen und/oder den Endnutzer unter ökologischen Aspekten rentieren. Der Anteil fällt für Österreich überdurchschnittlich aus. Eine allgemeine Schlussfolgerung für diesen Grundsatz kann mangels anderer Indikatoren nicht getroffen werden. (Europäische Kommission (2011b): a. a. O.)

5.9.2 Aktuelle Situation

- In Fortführung der äußerst erfolgreichen Förderaktion zur thermischen Sanierung 2009 (im Rahmen des Konjunkturpaket II) standen auch 2011 € 100 Mio. zur Verfügung, und zwar € 70 Mio. für den privaten

Wohnbau und € 30 Mio. für Betriebsgebäude. Unternehmen konnten seit März 2011 bei der Kommunalkredit Public Consulting (KPC) Förderungen für die Sanierung von Betriebsgebäuden, die älter als zehn Jahre sind, beantragen. Die Förderhöhe orientierte sich dabei an der erzielten Sanierungsqualität und dem entsprechend sinkenden Heizwärme- und Kühlbedarf. Mit diesen € 30 Mio. konnten 800 Sanierungsprojekte mit Investitionskosten in Höhe von rund € 170 Mio. gefördert werden. Die durch die Förderoffensive 2011 bei Betrieben und im Wohnbau insgesamt auf eine Nutzungsdauer von 30 Jahren gerechneten Energieeinsparungen belaufen sich auf insgesamt rund 500,3 Mio. kWh/a.

- Das Fundament der im März 2010 präsentierten Energiestrategie Österreich stellen vor allem die Forcierung des Einsatzes erneuerbarer Energiequellen, die Steigerung der Energieeffizienz sowie die Senkung der CO₂-Emissionen dar. Die im März 2011 beschlossene Strategie der Bundesregierung „Potenziale ausschöpfen, Dynamik steigern, Zukunft schaffen: Der Weg zum Innovation Leader“ gibt ambitionierte Ziele vor. Mit Hilfe der Energieforschungsinitiative des BMWFJ, welche auf der Österreichischen Energiestrategie basiert, soll dabei ein Beitrag zur Zielerreichung geleistet werden.

Angestrebt wird die verstärkte Finanzierung von einzelnen Pilot-/Demonstrationsanlagen. Mit dieser neuen Energieforschungsinitiative sollen durch gezielte strukturelle Fördermaßnahmen Prototypen bis zur Reife für die industrielle Produktion

- zur Wasserstoffherstellung aus Strom aus erneuerbaren Energien (EE) sowie
- zur Erzeugung von erneuerbaren Energieträgern (EE-Methan, EE-Treibstoffe, etc.) aus Wasserstoff, CO₂-Abgasen und Wasser entwickelt werden.

Ziel ist es, einen gut integrierbaren Speicher für den Ökostrom sowie eine industrielle CO₂-Nutzung zu schaffen, wobei auch mehrere Förderinstrumente, für die das Ressort zuständig ist (ein Antrag für Forschungs- und Arbeitsmarktförderungen), gebündelt werden sollen:

Tabelle 41 Bündelung der Förderinstrumente im Zusammenhang mit der Energieforschungsinitiative des BMWFJ		
Modul	Programmbündelungen	Schiene
1: Forschung bis zur Pilot- bzw. Technikumsanlage	<ul style="list-style-type: none"> • Basisprogramme • Research Studios Austria 	FFG
2: Industrielle Produktion und Demonstrationsanlage	<ul style="list-style-type: none"> • Unternehmensbezogene Arbeitsmarktförderung • Öko-Bonus • ERP-Kredit 	AWS
Quelle: BMWFJ		

- Die EU-Rahmenrichtlinie über die umweltgerechte Gestaltung energieverbrauchsrelevanter Produkte (kurz: Ökodesign-Richtlinie) gibt der Europäischen Kommission die Möglichkeit, für Produkte und deren umweltrelevante Eigenschaften Mindestanforderungen festzulegen. Die dabei verfolgten Prinzipien beruhen auf den Grundsätzen und dem Instrumentarium der CE-Kennzeichnung¹⁹. Beschränkte sich die ursprüngliche Regelung aus dem Jahr 2005 noch auf energiebetriebene Produkte, so brachte die Neufassung der Richtlinie (RL 2009/125/EG) eine Ausweitung auf energieverbrauchsrelevante Produkte.

5.9.3 Herausforderungen und Ausblick

- Wie schon 2011 stehen auch im Jahr 2012 € 30 Mio. für die thermische Sanierung von Betrieben zur Verfügung. Dabei beträgt die Förderung für Sanierungen von über 20 (bis dahin mindestens 10) Jahre alten Gebäuden bis zu 35 % der förderfähigen Kosten. Die Höhe der Auszahlungen orientiert sich an der Sanierungsqualität und dem sinkenden Heizwärme- und Kühlbedarf. Einen Zuschlag gibt es für die Kombination von Sanierungsmaßnahmen mit technischen Verbesserungen zur effizienteren Nutzung von Energie.

5.10 Internationalisierung

KMU zu ermutigen, vom Wachstum der Märkte außerhalb der EU zu profitieren, ist das Ziel des Grundsatzes „Internationalisierung“. KMU exportieren europaweit deutlich weniger als Großunternehmen. Die Mitgliedstaaten sind demnach aufgefordert, durch marktspezifische Förderungen und Unternehmensschulungen KMU zu helfen, die Chancen der Globalisierung zu nutzen,

sowohl was die Absatz- als auch was die Beschaffungsmärkte betrifft. (Europäische Kommission (2008b): a. a. O.)

5.10.1 Österreich im europäischen Vergleich

Österreich liegt im EU-27-Vergleich beim Grundsatz „Internationalisierung“ leicht über dem Durchschnitt. So liegt der Anteil der KMU, der in Nicht-EU-Länder exportiert, mit 5,5 % über dem EU-Durchschnitt von 3,9 %. Überdurchschnittlich fällt auch die Beschaffung von Betriebsmitteln österreichischer KMU aus Nicht-EU-Ländern aus. Etwas höher als im EU-Durchschnitt liegen hingegen die Kosten für die Abwicklung von Importen und Exporten. Dafür brauchen österreichische KMU für Ein- und Ausfuhren vier Tage weniger als der EU-Durchschnitt. (Europäische Kommission (2011b): a. a. O.)

5.10.2 Aktuelle Situation

- Die seit 2003 laufende und im Regierungsprogramm festgeschriebene Internationalisierungsoffensive (IO) unterstützt österreichische Exporteure und Investoren dabei, auch unter schwierigen internationalen Wettbewerbsbedingungen erfolgreich zu sein. Für die aktuelle Periode 2011/2012 ist dafür ein Budget von € 39 Mio. vorgesehen. Wichtigster Umsetzungspartner dieser Offensive ist die Außenwirtschaftsorganisation (AWO) der WKO mit dem Programm „go international“. Andere wichtige Programme sind die Headquarteroffensive der ABA (Austrian Business Agency), das strategische Betriebsansiedlungsprogramm, die Clusterinternationalisierung der aws, das Kompetenzzentrum „Forschungsschwerpunkt Internationale Wirtschaft“ sowie respACT, die Unternehmensplattform für Corporate Social Responsibility (CSR) und Nachhaltige Entwicklung in Österreich.
- € 35 Mio. der € 39 Mio. entfallen auf die Exportoffensive „go international“. Die Initiative des BMWFJ und der WKÖ, die von 2011 bis 2013 läuft, soll österreichische Unternehmen beim Schritt über die Grenze unterstützen und die Bearbeitung neuer Märkte erleichtern.

Im Rahmen der zwischen April 2009 und März 2011 gelaufenen Offensive konnten 2.953 neue Exporteure gewonnen werden. Insgesamt haben 1.285 Unternehmen 1.814 Förderungen aus einer Palette von 21 finanziellen Unterstützungsmodellen in Anspruch genommen.

- Unter „go international“ werden seit 2011 drei verschiedene Exportschecks angeboten. Die Schecks ermöglichen die Kofinanzierung von bis zu 50 % der direkten Markteintrittskosten (etwa Beratungs-, Marketing- und Veranstaltungskosten). Für den Markteintritt innerhalb Europas stehen Schecks von bis zu maximal € 5.000 zur Verfügung, für die Fernmarktförderung bis zu € 10.000 und für Technologieunternehmen maximal € 15.000.

Seit Beginn im April 2011 bis Juni 2012 wurden 143 Exportschecks für Europa (mit einem Volumen von € 715.000), 210 Exportschecks für Fernmärkte (mit einem Volumen von € 2,1 Mio.) sowie 232 Exportschecks für Technologie (mit einem Fördervolumen von rund € 2,3 Mio.) zugesagt.

- Die Verbesserung der Exportchancen für österreichische Umwelttechnologieprodukte und -dienstleistungen ist dem BMWFJ ein besonderes Anliegen. Dabei werden sowohl in den entsprechenden bilateralen Gemischten Kommissionen als auch in Kontakten mit einzelnen Unternehmen und Unternehmensgruppen die Exporte nachhaltiger Produkte und Dienstleistungen gefördert und unterstützt. So konnte die „Österreich-China-Partnerschaft“ im Bereich der Energie-/Umwelttechnologie ins Leben gerufen werden, welche auf zwei Absichtserklärungen (eine vom Juni 2006 sowie eine vom Oktober 2011) basiert. Derzeit wird etwa die Einrichtung eines Ökoparks in Nantong unter Einbeziehung österreichischer Unternehmen unterstützt.

5.10.3 Herausforderungen und Ausblick

- Den fünf Clustern der aktuellen mit € 35 Mio. dotierten Exportoffensive lässt sich jeweils ein Oberziel zuordnen, das bis zum Ende der Förderperiode (Ende März 2013) erreicht werden soll:

Cluster 1: How to do business abroad - Motivation von KMU zum Export, mit dem Ziel von 2.000 neuen Exporteuren;

Cluster 2: Strengthen strengths - Nischenweltmeister in neue Märkte führen mit dem Ziel, 5.000 österreichischen Exporteuren über Branchenveranstaltungen, Kongresse und Messen neue Märkte zu eröffnen;

Cluster 3: Exporting Know-how - Förderung von Dienstleistungsexporten mit dem Ziel, 1.000 österreichische Dienstleistungsunternehmen auf Auslandsmärkte zu begleiten;

Cluster 4: From exporting to integrated value-chains - Direktinvestitionen in Zukunftsmärkte mit dem Ziel, 300 österreichische Investoren auf Auslandsmärkte zu begleiten;

Cluster 5: Communicating Austria - Schaffung eines modernen Bilds von Österreich mit dem Ziel, zwei Millionen internationale Besucher auf advantageaustria.org an das österreichische Leistungsangebot heranzuführen.

- Im österreichischen Exportförderungssystem gibt es seit 1959 für KMU ein Spezialinstitut, die Österreichische Exportfonds GesmbH, welche über die Hausbanken KMU Betriebsmittelfinanzierungen zur Verfügung stellt. Exportfondskredite können von allen österreichischen Exporteuren von Waren und Dienstleistungen in Anspruch genommen werden. Aktuell betreut der Exportfonds rund 1.550 KMU-Kreditnehmer.

Im Februar 2012 wurde der Zugang zur Exportfondsfinanzierung dadurch erleichtert, dass der zulässige maximale Auslandsanteil von bisher 50 % auf 75 % erhöht wurde. Mit dieser Maßnahme wird auch der zunehmenden Internationalisierung der heimischen KMU Rechnung getragen. Das BMF unterstützt dieses Sonderkreditinstitut durch Gewährung einer Rahmenwechselbürgschaft des Bundes. Diese wurde im März 2012 um € 100 Mio. auf insgesamt € 1 Mrd. angehoben. Mit diesen Maßnahmen verfolgt das BMF das Ziel, exportierende KMU auch in schwierigen Zeiten mit ausreichender Liquidität zu versorgen.

- Bei Export- und Investitionsaktivitäten in Entwicklungsländern können österreichische KMU auch von längerfristigen Finanzierungen, welche die 2008 gegründete Oesterreichische Entwicklungsbank (OeEB) für Projekte in Entwicklungsländern zur Verfügung stellen kann, profitieren. 2012 wurde von der OeEB das Instrument der Eigenkapitalbeteiligungen eingeführt. Unternehmensbeteiligungen sind bis zu maximal 25 % (in der Regel im Ausmaß von € 2 Mio. bis € 5 Mio.) möglich.

6 Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Der österreichische Mittelstand wurde in den vergangenen Jahren durch zahlreiche Initiativen und Maßnahmen weiter unterstützt, mit dem Ziel, die Wettbewerbsposition dieses für die österreichische Wirtschaft sehr wichtigen Unternehmenssegments weiter zu stärken.

Dies zeigt sich auch im EU-Vergleich mit dem insgesamt überdurchschnittlich guten Abschneiden Österreichs bei der Umsetzung der Grundsätze des „Small Business Act“ (SBA). Nichtsdestoweniger sind weiterhin Anstrengungen erforderlich, um die positive Entwicklung der KMU weiterhin zu sichern und Bereiche, in denen – auch im EU-Vergleich – Handlungsbedarf besteht, in Angriff zu nehmen.

Die „unternehmerische Initiative“ wird in Österreich durch eine Vielfalt von Maßnahmen gefördert. Diese reichen von Sensibilisierungsmaßnahmen, die bereits im Schulalter greifen (z. B. nationale Jugendstrategie, Entrepreneurship Education, Unternehmerführerschein) über Förderungen in verschiedenen Phasen des Unternehmenslebenszyklus (z. B. Aktionsprogramm KMU) bis hin zu zielgruppenspezifischen Mentoringprogrammen und Maßnahmen zur Gesundheitsförderung. Der österreichische Wert, welcher die Umsetzung des Grundsatzes „unternehmerische Initiative“ misst, liegt in diesem Bereich unter dem EU-Durchschnitt, was vorwiegend an der weniger stark ausgeprägten Gründungsneigung der Österreicher und Österreicherinnen liegt. Wichtig ist es daher, verstärkt die unternehmerische Tätigkeit als eine mögliche berufliche Option in der Gesellschaft positiv zu verankern. Im Rahmen der europäischen und nationalen Jugendstrategie und des geplanten „Entrepreneurship Action Plan“ werden wichtige Schritte hin zu einer unternehmerfreundlicheren Kultur gesetzt.

Die im Jahr 2010 in Kraft getretene Reform der Insolvenzordnung konnte durch einheitliche Verfahrensregeln die Sanierung erleichtern und die Insolvenzen beschleunigen. Eine 2012 angekündigte Reform soll weitere Erleichterungen bringen. Der europäische Vergleich zeigt, dass es hinsichtlich der Umsetzung des Grundsatzes „Zweite Chance nach Insolvenz“ noch Handlungsbedarf gibt. Insbesondere die Kosten der Unternehmensschließung liegen in Österreich höher als in den meisten anderen EU-Ländern. Die österreichische Gesellschaft steht außerdem gescheiterten Unternehmern, die einen Neuanfang versuchen, kritischer gegenüber. Daher sollten entspre-

chende Reformen und Sensibilisierungsmaßnahmen in diesen Bereichen ansetzen.

Besonders positiv hervorzuheben ist die Umsetzung der Grundsätze „Prinzip – Vorfahrt für KMU“ sowie „Politische Instrumente – KMU gerecht“. Österreich liegt hier bei allen Indikatoren über dem EU-Durchschnitt und konnte oftmals die besten Werte aller EU-Staaten erzielen. Wesentlich dazu beigetragen hat beispielsweise das ambitionierte Entbürokratisierungsprogramm „Verwaltungskosten senken“ mit insgesamt 173 Vereinfachungsmaßnahmen für Österreichs Unternehmen, mit denen diese bis Ende 2012 voraussichtlich um rd. € 1 Mrd. entlastet werden. In diesem Zusammenhang ist auch die Einführung des genannten „KMU-Tests“ zu erwähnen, mit dem ab 2013 Auswirkungen von Regelungsvorhaben auf KMU abgeschätzt werden können.

Dass politische Instrumente in Österreich bereits in hohem Maße KMU-gerecht eingesetzt werden, zeigt sich am hohen Anteil der KMU an öffentlichen Aufträgen (über 40 %) im Vergleich zu anderen EU-Ländern. Die Novelle des Bundesvergabegesetzes konnte hier durch Anhebung der Schwellenwerte für die Direktvergabe Erleichterungen schaffen. Nichtsdestoweniger können hier noch weitere Verbesserungen (wie etwa Information, Weiterbildung, Monitoring, Austausch bewährter Verfahren) ansetzen, da KMU im Vergleich zu ihrer wirtschaftlichen Bedeutung (über 60 % der Beschäftigten bzw. der Bruttowertschöpfung aller Unternehmen) bei der Auftragsvergabe weiterhin unterrepräsentiert sind.

Besonders positiv ist in Österreich auch die online-Verfügbarkeit sämtlicher Behördendienste sowie auch die „Unternehmensgründung online“ im Rahmen des Unternehmensserviceportal (USP) zu bewerten. Hier hält Österreich eine Spitzenposition. Wesentliche Verbesserungen konnten zudem bei der Gründung von nicht protokollierten Einzelunternehmen (80 % der österreichischen Gründungen) erzielt werden. Diese ist innerhalb eines Tages nahezu kostenlos möglich. Handlungsbedarf kann währenddessen bei der GmbH-Gründung und den Mindestkapitalerfordernissen gesehen werden. Das einzuzahlende Mindestkapital, aber auch die Dauer der Unternehmensgründung, liegen noch deutlich über dem Durchschnitt der EU-Staaten.

Der Zugang des Mittelstandes zu Finanzmitteln wird in Zeiten angespannter Finanzmärkte durch ein umfangreiches Angebot an Maßnahmen der awS und ÖHT erleichtert. Österreich lag bei der Umsetzung des entsprechenden

Grundsatzes in etwa im Durchschnitt der EU-27. Während der Zugang zu Bankdarlehen sowie die vergleichsweise geringen Zahlungsausfälle positiv gewertet wurden, war der „Zugang zu Risikokapital“ unterdurchschnittlich. Die zwei neuen ab 2013 startenden Jungunternehmerfonds mit einem Gesamtvolumen von € 110 Mio. setzen daher genau hier an.

Dass „Weiterqualifizierung & Innovation“ in Österreich einen wichtigen Stellenwert einnimmt und auch unterstützt wird, zeigen die zahlreichen Förderungen auf diesem Gebiet sowie die überdurchschnittlich erfolgreiche Umsetzung dieses Grundsatzes des SBA. Der Anteil an Ausbildungsunternehmen in Österreich übertrifft deutlich den EU-Durchschnitt. Initiativen wie „Forschungskompetenzen für die Wirtschaft“, welche bestehendes Forschungs- und Innovationspersonal in Österreichs Unternehmen fördert, aber auch das umfassende Angebot an Forschungs- und Innovationsförderungen der FFG haben dazu beigetragen, die Forschungs- und Entwicklungsquote zu steigern (zwischen 2000 und 2010 um 0,82 Prozentpunkte). Diese Anstrengungen werden weiter forciert, um zur Gruppe der so genannten „Innovation Leaders“, der innovativsten Länder innerhalb der EU, aufzusteigen.

Österreichs KMU profitieren überdurchschnittlich vom Binnenmarkt und auch der Anteil der KMU, die in Nicht-EU-Länder exportieren liegt in Österreich über dem EU-Durchschnitt. Die im Regierungsprogramm verankerte Internationalisierungsoffensive mit der Exportoffensive „go international“ unterstützt die heimischen Unternehmen erfolgreich bei ihrem Schritt über die Grenze und der Bearbeitung neuer Märkte. In diesem Sinne gilt es, die Position Österreichs als erfolgreiches Exportland weiter zu stärken und vermehrt auch kleinere Unternehmen zum Schritt in die Exporttätigkeit zu ermutigen und entsprechend zu fördern.

7 Anhang

7.1 Nationale statistische Daten

7.1.1 Unternehmen und Beschäftigte in der gewerblichen Wirtschaft

Im Folgenden werden die Daten der Beschäftigungsstatistik 2011 der WKÖ gegliedert nach Sektoren sowie Unternehmensgrößen dargestellt. Umfasst ist ausschließlich die gewerbliche Wirtschaft²⁰, eine Vergleichbarkeit mit den in Kapitel 1 angeführten Werten der Statistik Austria zur marktorientierten Wirtschaft ist somit insofern nicht gegeben, als dass letztere auch die freien Berufe und das Veterinärwesen inkludieren.

Die nachfolgende sektorale Gliederung folgt der Einteilung nach Sparten gemäß der Systematik der WKÖ. Die Unternehmen sind nach ihrem Tätigkeitsschwerpunkt zu den jeweiligen Sparten zugeordnet. Die Abgrenzung der KMU wird mittels der Beschäftigten-Größenklassen, welche sich auf die unselbstständig Beschäftigten per Jahresende 2011 und nicht, wie in der Definition der Europäischen Kommission, auf die Beschäftigten insgesamt (inkl. Selbstständige) beziehen, vorgenommen.

Es ist weiters zu beachten, dass die Daten von 2011 nicht mit jenen der Vorjahre und daher auch nicht mit den im „Mittelstandsbericht 2010“ (BMWJF (2010): Mittelstandsbericht 2010 – Bericht über die Situation der kleinen und mittleren Unternehmungen der gewerblichen Wirtschaft. Wien: BMWFJ) veröffentlichten Daten vergleichbar sind. Seit 2010 fließen in die Beschäftigungsstatistik alle Unternehmen ohne Umsatzschwelle von € 10.000,- p.a. (wie im Unternehmensregister für statistische Zwecke bzw. in der Leistungs- und Strukturstatistik von Statistik Austria) ein. Auf Grund einer weiteren Verfeinerung der Methodik ist die Zahl der Unternehmen in der Beschäftigungsstatistik 2011 auch nicht mit jener von 2010 vergleichbar. Zudem wird die Anzahl der Ein-Personen-Unternehmen nicht mehr ausgewiesen. Deshalb wird von Vergleichen mit den Vorjahren abgesehen.

7.1.2 Struktur nach Größenklassen

Insgesamt zählten zum Jahresende 2011 rund 408.100 Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft zu den KMU, was einem Anteil von 99,7 % an allen Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft entspricht. Die KMU beschäftigten rund 1,4 Mio. bzw. rund 60 % aller Arbeitnehmer.

Eine Differenzierung nach Größenklassen macht deutlich, dass der Großteil der Betriebe klein strukturiert ist. Rund 92 % der Unternehmen beschäftigten weniger als zehn Mitarbeiter.

Der Großteil (rund 40 %) der Arbeitnehmer arbeitete Ende 2011 in einem Großbetrieb. Innerhalb der KMU war die Mehrheit der Beschäftigten in Kleinbetrieben mit 10 bis 49 Mitarbeitern und in Mittelbetrieben mit 50 bis 249 Mitarbeitern (jeweils rund 22 %) tätig.

Tabelle 42 Anzahl der Unternehmen und unselbstständig Beschäftigten der gewerblichen Wirtschaft nach unselbstständig Beschäftigten-Größenklassen per 31. 12. 2011

	Unternehmen		Unselbstständig Beschäftigte	
	absolut	Anteil in %	absolut	Anteil in %
0 bis 9 unselbstständig Beschäftigte	377.694	92,3	354.367	15,7
10 bis 49 unselbstständig Beschäftigte	25.449	6,2	505.002	22,4
50 bis 249 unselbstständig Beschäftigte	4.961	1,2	499.235	22,2
KMU insgesamt	408.104	99,7	1.358.604	60,2
250 und mehr unselbstständig Beschäftigte	1.090	0,3	898.813	39,8
Gesamte gewerbliche Wirtschaft	409.194	100	2.257.417	100
Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen Quelle: Wirtschaftskammer Österreich, Beschäftigungsstatistik 2011				

7.1.3 Sektorale Struktur nach Größenklassen

Differenziert nach Sektoren stellte das Gewerbe und Handwerk 2011 die größte Sparte dar. Mehr als drei von zehn Betrieben und über ein Drittel der Beschäftigten zählten Ende 2011 zu diesem Sektor. Der zweitgrößte Wirtschaftsbereich war der Handel, zu dem knapp ein Viertel der Unternehmen und ein Fünftel der Arbeitnehmer zu zählen waren.

Gemessen an der Anzahl der Unternehmen folgte an dritter Stelle die Sparte Information und Consulting mit rund 19 % der Unternehmen, knapp vor der Tourismus und Freizeitwirtschaft mit einem Anteil von rund 18 % der Unternehmen. Betrachtet man hingegen den Anteil an den Mitarbeitern in KMU, liegt der Tourismus und die Freizeitwirtschaft mit rund 18 % aller Beschäftigten an dritter Stelle vor der Sparte Information und Consulting (rund 9 %).

Ein Vergleich der Unternehmensgrößen zeigt, dass die Banken und Versicherungen sowie die Industrie überdurchschnittlich viele Mitarbeiter beschäftigten. Die Anzahl der Arbeitnehmer betrug bei den Banken und Versicherungen im Jahr 2011 durchschnittlich rund 33 und in der Industrie durchschnittlich rund 17 unselbstständig Beschäftigte. Am kleinsten strukturiert war die Sparte Information und Consulting, diese beschäftigte im Jahr 2011 durchschnittlich rund 2 unselbstständig Beschäftigte je Unternehmen.

Tabelle 43 Anzahl der KMU und unselbstständig Beschäftigten in KMU der gewerblichen Wirtschaft sowie durchschnittliche Unternehmensgröße nach Sparten per 31. 12. 2011					
	KMU		unselbstständig Beschäftigte in KMU		Ø Unternehmensgröße ¹
	absolut	Aufgliederung in %	absolut	Aufgliederung in %	
Gewerbe und Handwerk	125.939	30,9	460.666	33,9	3,7
Industrie	7.611	1,9	131.362	9,7	17,3
Handel	100.946	24,7	271.878	20,0	2,7
Bank und Versicherung	1.021	0,3	33.627	2,5	32,9
Transport und Verkehr	23.652	5,8	95.051	7,0	4,0
Tourismus und Freizeitwirtschaft	71.797	17,6	237.651	17,5	3,3
Information und Consulting	77.138	18,9	128.369	9,4	1,7
Gewerbliche Wirtschaft insgesamt	408.104	100	1.358.604	100	3,3

Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen
¹ unselbstständig Beschäftigte je Unternehmen
Quelle: Wirtschaftskammer Österreich, Beschäftigungsstatistik 2011

Gewerbe und Handwerk

Im Bereich des Gewerbe und Handwerks gab es Ende 2011 rund 125.900 KMU. Diese beschäftigten etwa 460.700 Mitarbeiter. Dies entsprach einem Anteil von 99,8 % aller Unternehmen sowie von mehr als drei Viertel aller Beschäftigten des Gewerbe und Handwerks.

Tabelle 44 Anzahl der Unternehmen und unselbstständig Beschäftigten der Sparte Gewerbe und Handwerk nach unselbstständig Beschäftigten-Größenklassen per 31. 12. 2011				
	Unternehmen		Unselbstständig Beschäftigte	
	absolut	Anteil in %	absolut	Anteil in %
0 bis 9 unselbstständig Beschäftigte	114.704	90,9	127.513	21,1
10 bis 49 unselbstständig Beschäftigte	9.760	7,7	191.162	31,7
50 bis 249 unselbstständig Beschäftigte	1.475	1,2	141.991	23,5
KMU insgesamt	125.939	99,8	460.666	76,3
250 und mehr unselbstständig Beschäftigte	209	0,2	142.918	23,7
Gewerbe und Handwerk	126.148	100,0	603.584	100,0

Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen
Quelle: Wirtschaftskammer Österreich, Beschäftigungsstatistik 2011

Industrie

Von den insgesamt rund 8.000 Unternehmen der Industrie waren 2011 rund 7.600 Unternehmen bzw. 95 % den KMU zuzurechnen. Diese beschäftigten mit rund 131.400 Arbeitnehmern knapp ein Drittel aller unselbstständig Beschäftigten in diesem Wirtschaftssektor. Eine vergleichsweise hohe Bedeutung kommt innerhalb der Industrie den Großbetrieben zu. Mehr als zwei Drittel der Beschäftigten in der Industrie arbeiteten 2011 in einem Großbetrieb.

Tabelle 45 Anzahl der Unternehmen und unselbstständig Beschäftigten der Sparte Industrie nach unselbstständig Beschäftigten-Größenklassen per 31. 12. 2011				
	Unternehmen		unselbstständig Beschäftigte	
	absolut	Anteil in %	absolut	Anteil in %
0 bis 9 unselbstständig Beschäftigte	5.808	72,3	4.535	1,1
10 bis 49 unselbstständig Beschäftigte	933	11,6	23.226	5,5
50 bis 249 unselbstständig Beschäftigte	870	10,8	103.601	24,5
KMU insgesamt	7.611	94,8	131.362	31,1
250 und mehr unselbstständig Beschäftigte	420	5,2	290.738	68,9
Industrie	8.031	100,0	422.100	100,0
Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen Quelle: Wirtschaftskammer Österreich, Beschäftigungsstatistik 2011				

Handel

Zu Jahresende 2011 zählten rund 100.900 Betriebe innerhalb der Sparte Handel zu den KMU. Dies entsprach rund 99,8 % aller Unternehmen. Die KMU boten rund 58 % aller Handelsmitarbeiter einen Arbeitsplatz.

Tabelle 46 Anzahl der Unternehmen und unselbstständig Beschäftigten der Sparte Handel nach unselbstständig Beschäftigten-Größenklassen per 31. 12. 2011				
	Unternehmen		unselbstständig Beschäftigte	
	absolut	Anteil in %	absolut	Anteil in %
0 bis 9 unselbstständig Beschäftigte	94.792	93,7	80.428	17,0
10 bis 49 unselbstständig Beschäftigte	5.323	5,2	102.312	21,6
50 bis 249 unselbstständig Beschäftigte	922	0,9	89.138	18,9
KMU insgesamt	100.946	99,8	271.878	57,5
250 und mehr unselbstständig Beschäftigte	185	0,2	200.955	42,5
Handel	101.131	100,0	472.833	100,0
Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen Quelle: Wirtschaftskammer Österreich, Beschäftigungsstatistik 2011				

Bank und Versicherung

Bei den Banken und Versicherungen waren Ende 2011 rund 1.020 Unternehmen bzw. knapp 94 % den KMU zuzurechnen. Diese beschäftigten rund 33.600 Mitarbeiter, was einem Anteil von rund 32 % an allen Mitarbeitern in diesem Wirtschaftsbereich entsprach.

Etwa ein Drittel der Banken und Versicherungen gehörten zur Gruppe der Kleinstunternehmen (bis 9 Beschäftigte). In den anderen betrachteten Sektoren findet sich in dieser Unternehmensgröße die Mehrheit der Unternehmen, während in der Sparte der Banken und Versicherungen der größte Anteil (rund 40 %) im Bereich der Kleinunternehmen mit 10 bis 49 Mitarbeitern zu finden ist.

Tabelle 47 Anzahl der Unternehmen und unselbstständig Beschäftigten der Sparte Bank und Versicherung nach unselbstständig Beschäftigten-Größenklassen per 31. 12. 2011				
	Unternehmen		unselbstständig Beschäftigte	
	absolut	Anteil in %	absolut	Anteil in %
0 bis 9 unselbstständig Beschäftigte	366	33,6	1.046	1,0
10 bis 49 unselbstständig Beschäftigte	439	40,3	10.635	10,0
50 bis 249 unselbstständig Beschäftigte	216	19,8	21.946	20,6
KMU insgesamt	1.021	93,8	33.627	31,6
250 und mehr unselbstständig Beschäftigte	68	6,2	72.956	68,4
Bank und Versicherung	1.089	100,0	106.583	100,0
Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen Quelle: Wirtschaftskammer Österreich, Beschäftigungsstatistik 2011				

Transport und Verkehr

In der Sparte Transport und Verkehr gab es zu Jahresende 2011 mehr als 23.700 Betriebe, von denen 99,7 % bzw. rund 23.650 zu den KMU gehörten. Diese beschäftigten knapp die Hälfte aller Mitarbeiter dieser Sparte bzw. rund 95.100 unselbstständig Beschäftigte.

Tabelle 48 Anzahl der Unternehmen und unselbstständig Beschäftigten der Sparte Transport und Verkehr nach unselbstständig Beschäftigten-Größenklassen per 31. 12. 2011				
	Unternehmen		unselbstständig Beschäftigte	
	absolut	Anteil in %	absolut	Anteil in %
0 bis 9 unselbstständig Beschäftigte	21.364	90,1	23.344	12,1
10 bis 49 unselbstständig Beschäftigte	1.947	8,2	38.911	20,2
50 bis 249 unselbstständig Beschäftigte	341	1,4	32.796	17,0
KMU insgesamt	23.652	99,7	95.051	49,4
250 und mehr unselbstständig Beschäftigte	67	0,3	97.428	50,6
Transport und Verkehr	23.719	100,0	192.479	100,0
Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen Quelle: Wirtschaftskammer Österreich, Beschäftigungsstatistik 2011				

Tourismus und Freizeitwirtschaft

Die insgesamt rund 71.800 KMU der Sparte Tourismus und Freizeitwirtschaft beschäftigten zum Jahresende 2011 etwa 237.700 Mitarbeiter. Beinahe alle Unternehmen (99,9 %) dieses Wirtschaftsbereiches waren KMU, welche auch mehr als 80 % aller Arbeitnehmer der Tourismus- und Freizeitwirtschaft beschäftigten. Ein Vergleich mit den übrigen Sparten zeigt, dass in der Tourismus- und Freizeitwirtschaft der höchste Anteil an Mitarbeitern, die in einem KMU arbeiten, zu finden ist.

Tabelle 49 Anzahl der Unternehmen und unselbstständig Beschäftigten der Sparte Tourismus und Freizeitwirtschaft nach unselbstständig Beschäftigten-Größenklassen per 31. 12. 2011

	Unternehmen		unselbstständig Beschäftigte	
	absolut	Anteil in %	absolut	Anteil in %
0 bis 9 unselbstständig Beschäftigte	66.287	92,2	77.513	26,9
10 bis 49 unselbstständig Beschäftigte	4.817	6,7	92.661	32,1
50 bis 249 unselbstständig Beschäftigte	693	1,0	67.477	23,4
KMU insgesamt	71.797	99,9	237.651	82,4
250 und mehr unselbstständig Beschäftigte	79	0,1	50.821	17,6
Tourismus und Freizeitwirtschaft	71.876	100,0	288.472	100,0
Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen				
Quelle: Wirtschaftskammer Österreich, Beschäftigungsstatistik 2011				

Information und Consulting

Ende des Jahres 2011 zählten 99,9 % bzw. rund 77.100 Betriebe der Sparte Information und Consulting zu den KMU. Rund 128.400 Beschäftigte waren in KMU tätig, die rund drei Viertel aller Mitarbeiter in diesem Wirtschaftsbe- reich ausmachten.

Tabelle 50 Anzahl der Unternehmen und unselbstständig Beschäftigten der Sparte Information und Consulting nach unselbstständig Beschäftigten-Größenklassen per 31. 12. 2011				
	Unternehmen		unselbstständig Beschäftigte	
	absolut	Anteil in %	absolut	Anteil in %
0 bis 9 unselbstständig Beschäftigte	74.373	96,3	39.988	23,3
10 bis 49 unselbstständig Beschäftigte	2.321	3,0	46.095	26,9
50 bis 249 unselbstständig Beschäftigte	444	0,6	42.286	24,7
KMU insgesamt	77.138	99,9	128.369	74,9
250 und mehr unselbstständig Beschäftigte	62	0,1	42.997	25,1
Information und Consulting	77.200	100,0	171.366	100,0
Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen Quelle: Wirtschaftskammer Österreich, Beschäftigungsstatistik 2011				

7.1.4 Gründungsgeschehen

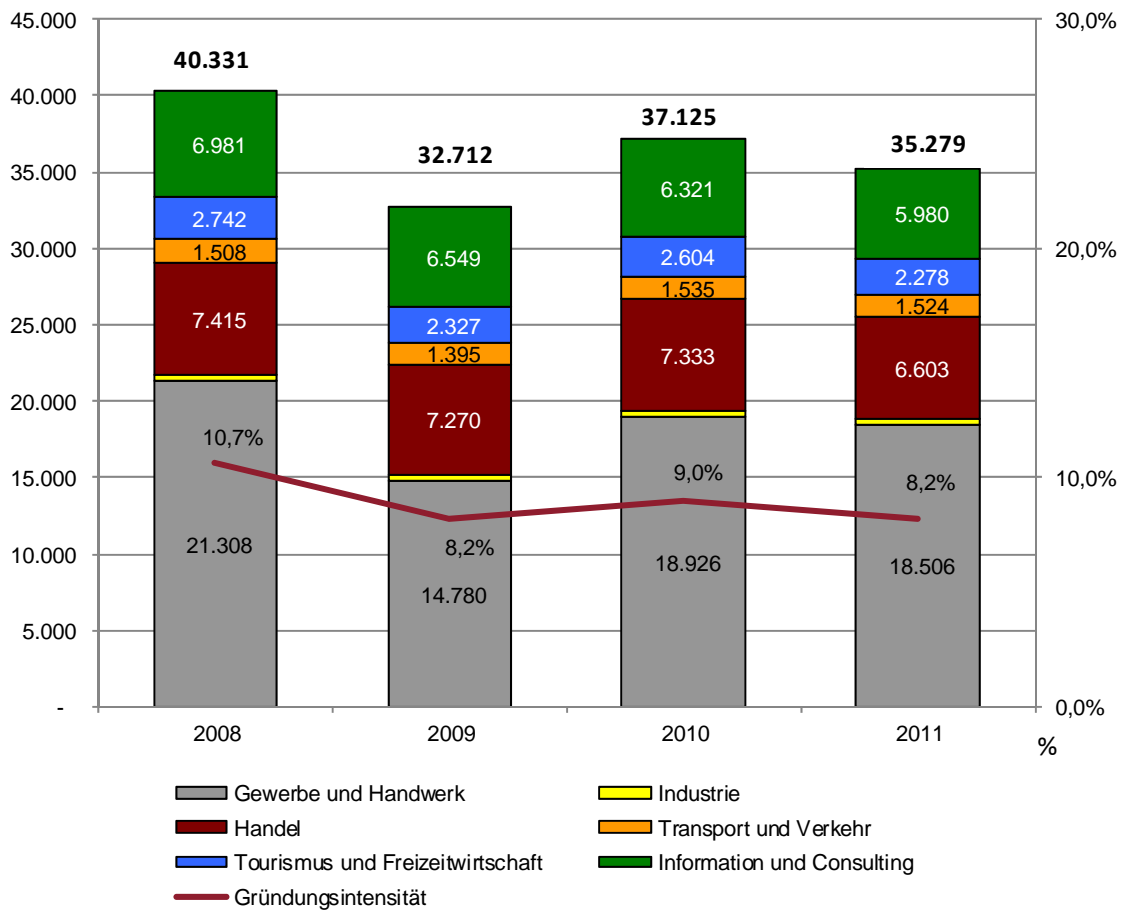
Die nachfolgende Statistik basiert auf Daten der Gründungsstatistik der Wirtschaftskammer Österreich. Dargestellt werden die Neuzugänge an Wirtschaftskammermitgliedern insgesamt, wobei eine Differenzierung nach KMU mangels Beschäftigungsdaten nicht möglich ist. Die Daten sind zudem nicht mit der Beschäftigungsstatistik (vgl. Kapitel 1.2) vergleichbar, welche die Anzahl der Unternehmen laut Unternehmensregister ausweist.

Im Jahr 2011 wurden in der gewerblichen Wirtschaft rund 35.300 Unternehmen neu gegründet²¹, was einen Rückgang von 5 % gegenüber dem Vorjahr bedeutet. Die Gründungsintensität, d.h. der Anteil der neugegründeten Betriebe an allen aktiven Kammermitgliedern lag bei 8,2 %. Ein Vergleich der letzten Jahre zeigt, dass die Neugründungen seit 2008 nicht zuletzt auf Grund der Wirtschaftskrise rückläufig waren. Der Wert von rund 40.300 Unternehmen und einer Gründungsintensität von 10,7 % konnte seither nicht mehr erreicht werden.

Demgegenüber steht die nach wie vor hohe Überlebensdauer der neugegründeten Unternehmen, knapp 70 Prozent sind nach fünf Jahren noch am Markt tätig (Quelle WKÖ).

Innerhalb der Sparten zeigt sich, dass die meisten Neugründungen im Gewerbe und Handwerk sowie im Handel stattgefunden haben. Jedoch waren auch in diesen Bereichen seit 2008 deutliche Rückgänge zu verzeichnen.

Grafik 66 Entwicklung der Neugründungen und der Gründungsintensität in der gewerblichen Wirtschaft, 2008 – 2011



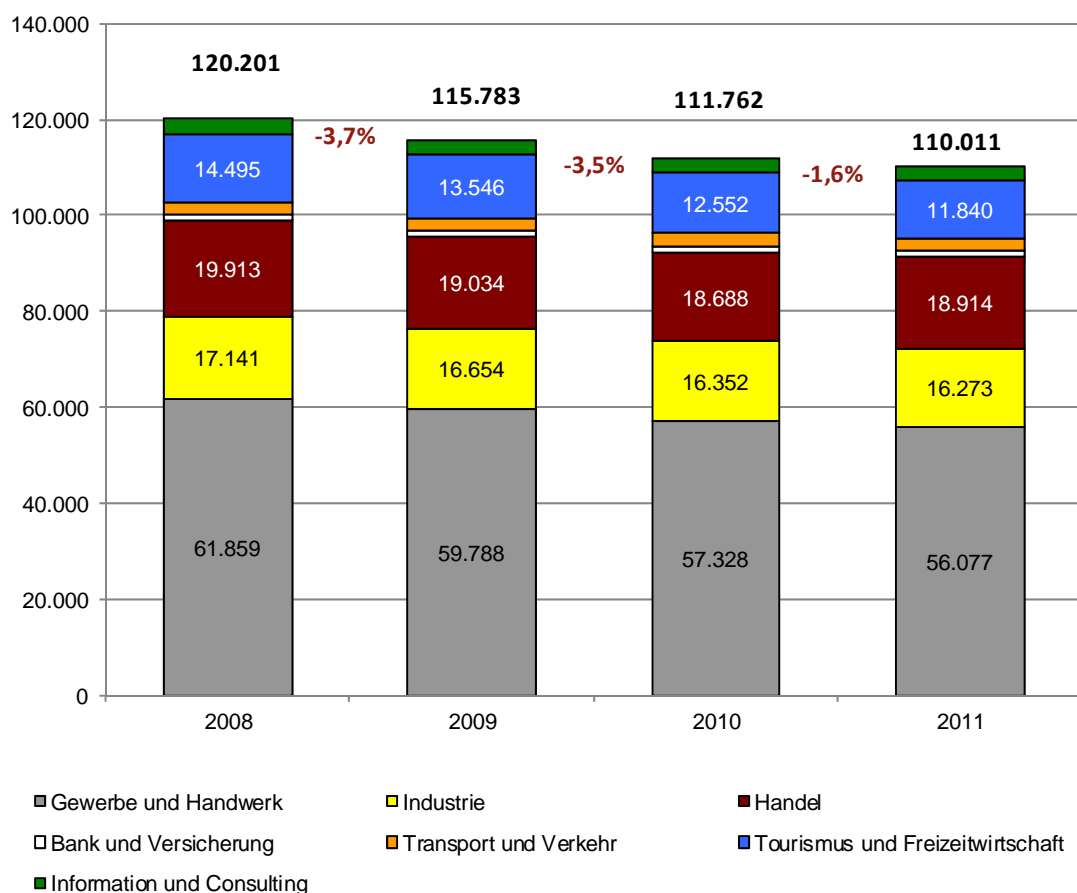
Quelle: WKÖ, Neugründungsstatistik

7.1.5 Lehrlinge

Im Jahr 2011 wurden in der gewerblichen Wirtschaft rund 110.000 Lehrlinge ausgebildet. Im Vergleich zum Vorjahr kam es zu einem Rückgang von 1,6 %. Der Rückgang fiel jedoch geringer aus als in den Jahren davor, als die Anzahl der Lehrlinge um 3,7 % (2008/09) bzw. um 3,5 % (2009/10) zurückging.

Die meisten Lehrlinge werden im Gewerbe und Handwerk (2011 rund 56.000) ausgebildet, gefolgt vom Handel (2011 rund 18.900) und der Industrie (2011 rund 16.300). In allen drei Bereichen kam es zwischen 2008 und 2011 zu Rückgängen an Lehrlingen. Im Vergleich zum Vorjahr konnte der Handel jedoch 2011 Lehrlingszuwächse (1,2 %) verzeichnen.

Grafik 67 Entwicklung Lehrlingszahlen nach Sparten in der gewerblichen Wirtschaft, 2008 - 2011



Quelle: WKÖ, Lehrlingsstatistik

7.2 Definitionen

Bedeutung der KMU und des Unternehmertums

1. Marktorientierte Wirtschaft

Unter marktorientierter Wirtschaft werden nach der Wirtschaftssystematik ÖNACE 2008^{1a} bzw. NACE Rev. 1.1 die Abschnitte B bis N und S95 zusammengefasst. Genauer sind dies folgende Sektoren:

- Abschnitt B: Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden
- Abschnitt C: Herstellung von Waren
- Abschnitt D: Energieversorgung
- Abschnitt E: Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen
- Abschnitt F: Bau
- Abschnitt G: Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen
- Abschnitt H: Verkehr und Lagerei
- Abschnitt I: Beherbergung und Gastronomie
- Abschnitt J: Information und Kommunikation
- Abschnitt K: Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen
- Abschnitt L: Grundstücks- und Wohnungswesen
- Abschnitt M: Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen (Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung, Werbung und Marktforschung)
- Abschnitt N: Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (Vermietung von beweglichen Sachen, Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften, Reisebüros)
- Abteilung S95: Reparatur von Datenverarbeitungsgeräten und Gebrauchsgütern

Nicht enthalten sind die Land- und Forstwirtschaft, die öffentliche Verwaltung sowie die Bereiche Erziehung und Unterricht, Gesundheit und Sozialwesen, Kunst, Unterhaltung und Erholung sowie Erbringung von sonstigen Dienstleistungen.

1a. ÖNACE 2008

NACE (= *nomenclature générale des activités économiques dans les communautés européennes*) stellt eine Einteilung der wirtschaftlichen Tätigkeiten in ein europaweit einheitliches Schema dar. Seit 1. Jänner 2008 ist in der Europäischen Union die revidierte Wirtschaftstätigkeitenklassifikation NACE Rev. 2, die die NACE Rev. 1.1 abgelöst hat, anzuwenden. Die nationale Version für Österreich lautet ÖNACE 2008.

2. Unternehmen

Unter Unternehmen ist nach Definition der Statistik Austria eine rechtliche Einheit zu verstehen, welche eine organisatorische Einheit zur Erzeugung von Waren oder Dienstleistungen bildet und insbesondere in Bezug auf die Verwendung der ihr zufließenden laufenden Mittel über eine gewisse Entscheidungsfreiheit verfügt. Ein Unternehmen kann eine oder mehrere Tätigkeiten an einem oder mehreren Standorten ausüben.

Erfasst werden von der Statistik Austria alle Unternehmen, die entweder mehr als € 10.000 Umsatz im Jahr oder mindestens einen unselbstständig Beschäftigten haben. Ein Unternehmen muss zudem in zumindest zwei der vier Verwaltungsquellen (Sozialversicherungs-, Steuerdaten, Firmenbuch und Daten der Wirtschaftskammer Österreich), die für die Berechnung verwendet werden, aufscheinen.

3. Kleine und mittlere Unternehmen (KMU)

Abgrenzungsmerkmale von KMU nach der Definition der Europäischen Kommission stellen die Anzahl der Beschäftigten und der Umsatz oder die Bilanzsumme dar.

Tabelle 51 Abgrenzungsmerkmale von KMU			
	Beschäftigte	Umsatz in € Mio.	Bilanzsumme in € Mio.
Kleinstunternehmen	9	2	2
Kleinunternehmen	49	10	10
Mittlere Unternehmen	249	50	43

Anmerkung: Die dargestellten Werte gelten seit 1. Jänner 2005 und stellen Höchstgrenzen dar.
Quelle: Europäische Kommission

Weiters muss ein KMU ein „eigenständiges“ Unternehmen sein. Darunter werden Unternehmen verstanden, bei denen es sich nicht um ein Partnerunternehmen^{3a} oder ein verbundenes Unternehmen^{3b} handelt. (Europäische Kommission (2003): Empfehlung der Kommission vom 6. Mai 2003 betreffend die Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen, Amtsblatt der europäischen Kommission, Brüssel)

3a. Partnerunternehmen

Ein Unternehmen ist nach Definition der Europäischen Kommission ein Partnerunternehmen eines anderen Unternehmens, wenn:

- es einen Anteil zwischen 25 % und 50 % an diesem anderen Unternehmen hält;
- dieses andere Unternehmen einen Anteil zwischen 25 % und 50 % an dem antragstellenden Unternehmen hält;
- das antragstellende Unternehmen keinen konsolidierten Abschluss erstellt, in den dieses andere Unternehmen durch Konsolidierung einbezogen wird, und nicht durch Konsolidierung in den Abschluss dieses bzw. eines weiteren Unternehmens, das mit diesem verbunden ist, einbezogen wird.

3b. Verbundenes Unternehmen

Verbundene Unternehmen, die entweder durch mittelbare oder unmittelbare Kontrolle der Mehrheit ihres Kapitals oder ihrer Stimmrechte oder die Fähigkeit haben, einen beherrschenden Einfluss auf ein anderes Unternehmen auszuüben, gehören einer Unternehmensgruppe an.

4. Beschäftigte

Die Beschäftigten umfassen nach Statistik Austria die tätigen Inhaber (auch Mitinhaber, Pächter), die mithelfenden Familienangehörigen sowie die unselbstständig Beschäftigten. Als unselbstständig Beschäftigte gelten Angestellte, Arbeiter, Lehrlinge und Heimarbeiter.

5. Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse beinhalten nach Statistik Austria die Summe der im Unternehmen während des Berichtszeitraumes für die gewöhnliche Geschäftstätigkeit in Rechnung gestellten Beträge (ohne Umsatzsteuer), welche dem Verkauf und/oder der Nutzungsüberlassung von Erzeugnissen und Waren bzw. gegenüber Dritten erbrachten Dienstleistungen nach Abzug der Erlöschmälerungen (Skonti, Kundenrabatte etc.) entsprechen.

6. Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten

Die Umsatzerlöse minus der Vorleistungen ergeben die Leistung des Unternehmens. Durch Addition der Subventionen und Subtraktion der Steuern und Abgaben ergibt sich die Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten.

7. Beschäftigten-Größenklassen

Die Beschäftigten-Größenklassen beziehen sich auf die Beschäftigten insgesamt. Bei Unternehmen mit 0 Beschäftigten handelt es sich zum Beispiel um Holdings, denen keine Beschäftigten zugewiesen werden.

8. Ein-Personen-Unternehmen (EPU)

Zur besseren Abgrenzung von anderen Wirtschaftskonstrukten müssen EPU folgende charakteristische Merkmale aufweisen, um als solche klassifiziert werden zu können:

- selbstständige, dauerhaft auf den Markt ausgerichtete Tätigkeit;
- auf Voll- oder Teilzeitbasis (d. h. auch neben einer anderen Beschäftigung), allerdings ohne Berücksichtigung jener Selbstständigen, deren jährliche Einkünfte unter dem Schwellenwert der GSVG-Pflichtversicherung liegen;
- kein Mitunternehmertum;
- keine dauerhaft (d. h. über einen durchgehenden Zeitraum von mindestens 5 Monaten) beschäftigten Mitarbeiter, unabhängig vom Tätigkeitsausmaß (während sporadisch Beschäftigte der EPU-Eigenschaft nicht abträglich sind);
- Tätigkeit in der Gesamtwirtschaft (ohne Berücksichtigung der Land- und Forstwirtschaft, aber unter Einbeziehung der freien Berufe und der neuen Selbstständigen).

9. Neugründungen

Nach Statistik Austria liegt eine echte Neugründung dann vor, wenn nur ein Unternehmen beteiligt ist und eine Kombination von Produktionsfaktoren - insbesondere Beschäftigung - geschaffen wird. Das Unternehmen wird sozusagen „aus dem Nichts“ aufgebaut. Zugänge zum Bestand durch z. B. Fusion, Auflösung oder Umstrukturierung sind keine echten Neugründungen. Auch ein reiner Wechsel der Wirtschaftstätigkeit, der Rechtsform oder des Firmensitzes wird nicht als Neugründung betrachtet. Wenn eine ruhende Einheit innerhalb von zwei Jahren reaktiviert wird, wird dies auch nicht als Neugründung gezählt. Als Jahr der Gründung wird jenes Jahr herangezogen, in dem das Unternehmen zum ersten Mal einen Umsatz über € 10.000 oder erstmals mindestens einen unselbstständig Beschäftigten hat. Wenn ein Unternehmen im Jahr der Gründung nur einen Teil des Jahres bestanden hat und im gleichen Jahr wieder geschlossen wurde, wird dieses Unternehmen im Jahr der Gründung zu den Neugründungen gezählt und im Jahr darauf zu den Unternehmensschließungen.

10. Schließungen

Die Statistik Austria spricht von einer echten Unternehmensschließung, wenn nur ein Unternehmen beteiligt ist und eine Kombination von Produktionsfaktoren wegfällt. Abgänge durch z. B. Fusion, Übernahme, Auflösung oder Umstrukturierung sind keine echten Schließungen. Auch ein reiner Wechsel der Wirtschaftstätigkeit, der Rechtsform oder des Firmensitzes wird nicht als Schließung betrachtet. Ein Unternehmen gilt erst dann als geschlossen, wenn es nicht innerhalb von zwei Jahren reaktiviert worden ist. Das Jahr der Schließung wird mit jenem Jahr festgelegt, in dem das Unternehmen letztmals über € 10.000 Umsatz oder letztmals unselbstständig Beschäftigte hatte.

11. Insolvenz

Eine Insolvenz beschreibt nach OeNB die Zahlungsunfähigkeit eines Unternehmens, die dann vorliegt, wenn das Unternehmen nicht nur vorübergehend (dies wäre eine Zahlungsstockung) nicht mehr in der Lage ist, seine fälligen Verbindlichkeiten zu begleichen. Bei juristischen Personen liegt auch eine Insolvenz vor, wenn eine Überschuldung gegeben ist.

Bei einer eröffneten Insolvenz handelt es sich um ein vom örtlich und sachlich zuständigen Gericht eröffnetes Insolvenzverfahren (ohne außergerichtliche Vereinbarungen und Konkursanträge). Eine Schließung des Unternehmens im Zuge eines Insolvenzverfahrens ist nicht zwangsläufig. Im Zuge eines gerichtlichen Ausgleichsverfahrens bleibt das Unternehmen im Regelfall bestehen; in einigen Fällen kommt es jedoch zu einer Unternehmensschließung.

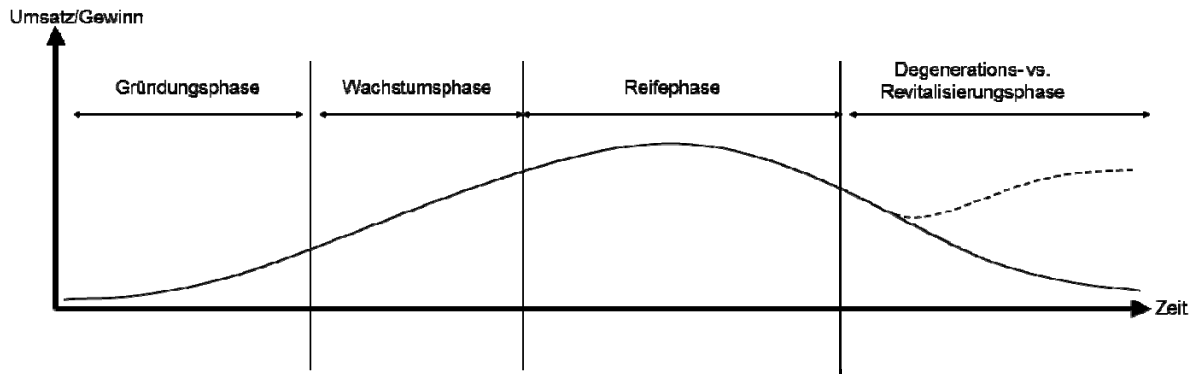
Heterogenität österreichischer KMU

12. Unternehmenslebenszyklus

Unternehmen als dynamische Organisationen verändern sich typischerweise entlang von Entwicklungspfaden im Zeitablauf. Je nach Phase, in denen sie sich befinden, weisen sie unterschiedliche Wachstumscharakteristika auf. Für die Erklärung von Unternehmensentwicklungen wird häufig die Metapher des Lebenszyklus in Anlehnung an den Lebenszyklus von Lebewesen verwendet.

Anhand von Lebenszyklusmodellen lassen sich idealtypische Wachstumsverläufe darstellen, die eine Orientierungshilfe für Unternehmen bzw. für die Analyse der Unternehmensentwicklung darstellen soll. Typischerweise wird der Unternehmenslebenszyklus durch vier bzw. fünf Phasen charakterisiert (vgl. Mugler, J. (1998) und Nischalke, P. (2006)):

Grafik 68 Idealtypischer Unternehmenslebenszyklus



Quelle: Mugler, J. (1998) und Nischalke, P. (2006)

13. Unternehmensnachfolge

Unter einer Unternehmensübergabe bzw. -nachfolge wird der Übergang des Eigentums an einem Unternehmen auf eine andere natürliche Person oder Unternehmung (Personengesellschaft oder juristische Person) verstanden, wobei das ursprüngliche Unternehmen weiterhin wirtschaftlich tätig ist.

14. Kreativwirtschaft

Unter Kreativwirtschaft werden hier jene erwerbsorientierten Unternehmen erfasst, die sich mit der Schaffung, Produktion, (medialen) Distribution von kreativen und kulturellen Gütern und Dienstleistungen beschäftigen. Wesentliche Abgrenzungsmerkmale sind dabei das kreative oder kulturelle Schaffen als zentraler Input und die Erwerbsorientierung der Betriebe. Die Sektoren der Kreativwirtschaft umfassen Architektur, Design, Radio & TV, Software & Games, Verlage, Video & Film, Werbung sowie Musik, Buch und künstlerische Tätigkeit.

Auswirkungen und Bewältigung der Staatsschuldenkrise

15. Nichtfinanzielle Unternehmen

Unter nichtfinanziellen Unternehmen sind private und öffentliche institutionelle Einheiten zu verstehen, deren Hauptfunktion nicht in der finanziellen Mittlertätigkeit besteht (anders als etwa bei Versicherungsunternehmen), sondern vielmehr in der Produktion von Gütern und in der Erbringung von nichtfinanziellen Dienstleistungen.

16. Maastricht-Kriterien

Mit dem Vertrag von Maastricht wurden Konvergenzkriterien (Maastricht-Kriterien) festgelegt, die ein Staat erfüllen muss, um an der Europäischen WWU (Wirtschafts- und Währungsunion) teilnehmen zu dürfen.

Folgende fiskalische Maastricht-Kriterien sind zu erreichen:

- Das öffentliche Defizit darf 3 % des Brutto-Inlandsproduktes (BIP) nicht übersteigen;
- Der öffentliche Schuldenstand darf maximal 60 % des nationalen BIP erreichen.

Folgende monetäre Maastricht-Kriterien sind zu erreichen:

- Die nationale Inflationsrate darf maximal 1,5 %-Punkte über derjenigen der drei preisstabilsten EU-Staaten liegen;
- Der langfristige Zinssatz darf höchstens 2 %-Punkte höher als in den drei preisstabilsten EU-Staaten liegen.

Maßnahmen zur Förderung der KMU

17. One-Stop-Shop

Eine allgemein gültige Definition von „One-Stop-Shop“ existiert nicht. Allgemein werden darunter zentrale Anlaufstellen verstanden, an denen alle notwendigen bürokratischen Schritte, die zur Realisierung eines Vorgangs (etwa die Unternehmensgründung) erforderlich sind, erfolgen können. Dies soll zu einem geringeren administrativen Aufwand und höherer Servicequalität führen.

18. ERP-Kredite

Im Rahmen des ERP-Fonds (European Recovery Program bzw. Europäisches Wiederaufbau-Programm) werden zinsgünstige Kredite vergeben. Der Fonds wurde 1962 eingerichtet, um die so genannten Counterpart-Mittel aus dem Marshall-Plan zur Realisierung wirtschaftlicher Investitionsvorhaben und

strukturverbessernder Maßnahmen zu organisieren. Er wird seit 2002 von der aws (Austria Wirtschaftsservice Ges.m.b.H.) verwaltet.

19. CE-Kennzeichnung

Mit dieser Kennzeichnung wird erklärt, dass das Produkt allen anzuwendenden Vorschriften der EU entspricht und die entsprechenden Konformitätsbewertungsverfahren durchgeführt wurden.

Nationale statistische Daten

20. Gewerbliche Wirtschaft

Die gewerbliche Wirtschaft beinhaltet die 7 Sparten, welche in der Wirtschaftskammer organisiert sind:

- Gewerbe und Handwerk
- Industrie
- Handel
- Banken und Versicherungen
- Verkehr und Transport
- Tourismus und Freizeitwirtschaft
- Information und Consulting

21. Unternehmensneugründungen

In der Gründungsstatistik der Wirtschaftskammer Österreich wird der Zugang an Kammermitgliedern betrachtet. Bei einer Neugründung müssen zwei der drei folgenden Merkmale neu vorliegen: Firmenbezeichnung, Standort oder Branchenzugehörigkeit. Übernahmen bestehender Unternehmen gelten nur dann als Neugründungen, wenn sich der Standort oder das Tätigkeitsprofil ändert, wie Wechsel der Fachgruppenzugehörigkeit oder Ausweitung des Gewerbeumfanges. Ausgeschlossen werden jene Berechtigungen, die innerhalb von 6 Monaten nach dem Meldedatum des neuen Kammermitglieds bereits wieder gelöscht wurden (sogenannte „Sternschnuppen“).

7.3 Small Business Act

Vor dem Hintergrund des Strukturwandels hin zu einer wissensbasierten Wirtschaft sind dynamische, wettbewerbsfähige Unternehmen von zentraler Bedeutung. „Der Wohlstand der EU wird daher in Zukunft entscheidend davon abhängen, ob wir imstande sind, das Wachstums- und Innovationspotenzial kleinerer und mittlerer Unternehmen (KMU) zu nutzen.“ (Europäische Kommission (2008a): a. a. O., S. 2.)

Die Europäische Kommission hat daher im Juni 2008 eine ambitionierte politische Initiative vorgestellt: Den „Small Business Act“ für Europa – Vorfahrt für KMU in Europa. Ziel dessen war und ist es, das Wohlergehen der KMU als wesentliches Element der europäischen Politik zu etablieren und die Idee, die EU im internationalen Vergleich zu einem besonders attraktiven Standort für KMU zu machen, umzusetzen.

Im Small Business Act (SBA) wurden zehn Grundsätze festgelegt, die für die Planung und Durchführung KMU-politischer Maßnahmen auf europäischer Ebene und jener der Mitgliedstaaten entscheidend sind.

Diese zehn Grundsätze, nach denen auch die Maßnahmen zur Förderung der österreichischen KMU gegliedert sind (vgl. Kapitel 5), umfassen:

- Unternehmertum: Förderung der unternehmerischen Initiative;
- zweite Chance: zweite Chance nach redlichem Scheitern;
- Vorfahrt für KMU: Einführung des Prinzips „Think Small First“;
- Mitdenkende Verwaltung: Schaffung elektronischer Behördendienste und zentraler Anlaufstellen („One-Stop Shop“);
- Öffentliches Auftragswesen und staatliche Beihilfen;
- Finanzierung: Erleichterung des Zugangs der KMU zu Finanzierungsmöglichkeiten;
- Binnenmarkt: KMU sollen ermuntert werden, verstärkt die Chancen des Binnenmarktes zu nutzen;
- Qualifizierung und Innovation: Förderung der Weiterqualifizierung und aller Formen der Innovation;

- Umwelt: Umweltprobleme sollen in Geschäftschancen für KMU umgewandelt werden;
- Internationalisierung: KMU sollen vom Wachstum der Märkte außerhalb der EU profitieren.

Diese zehn Maßnahmen stellen das Gerüst für die Planung und Durchführung politischer Maßnahmen sowohl auf europäischer als auch auf Ebene der Mitgliedstaaten dar. Mit dem Beschluss des SBA im Rahmen der Tagung des Rates für „Wettbewerbsfähigkeit“ im Dezember 2008 haben sich die Mitgliedstaaten zur Umsetzung verpflichtet.

Um die Fortschritte der Reformvorhaben und damit der europaweiten KMU-Politik bewerten zu können, werden von der Europäischen Kommission regelmäßige Monitoringberichte verfasst. Das jährlich für jedes Land herausgegebene „SBA Fact Sheet“ dient als Informationsquelle zu aktuellen Bedingungen der KMU in einem Mitgliedstaat sowie der mittelfristigen Veränderung auf Basis statistischer Erhebungen.

Im Rahmen des „SBA Fact Sheets“ werden 88 Indikatoren betrachtet und dem jeweiligen Grundsatz zugeordnet. Die Anzahl der Variablen, die in jedem Grundsatz analysiert werden, variiert stark; während zum „Unternehmertum“ 19 Indikatoren erhoben und verglichen werden, sind es zur „zweiten Chance“ nach redlichem Scheitern oder zur „Vorfahrt für KMU“ jeweils drei. In den fünften Grundsatz, in dem das öffentliche Beschaffungswesen und Beihilfen beleuchtet werden, fließen nur zwei Werte ein.

Das „SBA Fact Sheet“ sieht sich mit einigen Einschränkungen konfrontiert, die beachtet werden müssen. So ist das „SBA Fact Sheet“ kein hinreichendes Monitoringinstrument für die KMU-Politik eines Mitgliedstaates, da einerseits nicht alle im SBA angeführten Maßnahmen erfasst werden können und andererseits auch qualitative Betrachtungen für eine umfassende Einschätzung notwendig wären. Nachteile des „SBA Fact Sheet“ sind zudem die Vernachlässigung einiger Bereiche, wie etwa makroökonomischer Implikationen oder der Infrastruktur, mit direktem oder indirektem Einfluss auf die europäischen KMU.

Die zeitliche Verzögerung von zwei bis drei Jahren, mit der die statistischen Daten, welche die Grundlage der Vergleiche bilden, vorliegen, wirkt sich zudem nachteilig aus. Dieser Timelag lässt sich mit der Dauer der Erhebung

der Daten auf Ebene der Mitgliedstaaten bzw. durch europaweite Befragungen und allenfalls notwendige Harmonisierungen erklären.

Als problematisch bei internationalen Vergleichen stellt sich heraus, dass Maßnahmen der Mitgliedstaaten vor dem Beobachtungszeitraum des „SBA Fact Sheet“ nicht berücksichtigt werden. Die unterschiedlichen (Ausgangs-) Niveaus der EU-Länder werden damit nicht beachtet, wodurch ein jährlicher Vergleich der Entwicklung verzerrt wird. Ein weiteres Problem, das sich bei Zeitvergleichen zeigt, betrifft die Inkonsistenz der Zeitreihen: Obwohl davon ausgegangen wird, dass strukturelle Indikatoren sich eher langsam als abrupt verändern und damit nur eine kontinuierliche Änderung der Position der Mitgliedstaaten zu erwarten ist, zeigt sich in der Praxis, dass es zu starken Schwankungen im Ranking der Länder im Zeitvergleich kommt.

7.4 Übersicht der erfassten Maßnahmen

Maßnahme	Abschnitt Kapitel 4
Entrepreneurship Action Plan	1. Unternehmerische Initiative
Jugendstrategie, "Jugendcheck"	1. Unternehmerische Initiative
Entrepreneurship Education	1. Unternehmerische Initiative
Unternehmerführerschein der WKÖ	1. Unternehmerische Initiative
U:start des Alumniverbandes der Universität Wien	1. Unternehmerische Initiative
Aktionsprogramm KMU des BMWFJ und WIFI	1. Unternehmerische Initiative
Business pro Austria (bpa) des Verbands der Technologiezentren Österreichs	1. Unternehmerische Initiative
Mentoring für Migranten, WKO, ÖIF, AMS	1. Unternehmerische Initiative
Förderung von Unternehmern mit Behinderung	1. Unternehmerische Initiative
Burnout-Prävention des BMWFJ und WIFI Unternehmerservice	1. Unternehmerische Initiative
2012 Europäisches Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen	1. Unternehmerische Initiative
Coaching und Beratung für Lehrlinge und Lehrbetriebe	1. Unternehmerische Initiative
Frauenförderung Patenteinreichung	1. Unternehmerische Initiative
Selbstständig gesund - SVA Vorsorgeprogramm	1. Unternehmerische Initiative
Novelle Insolvenzrecht	2. Zweite Chance nach Insolvenz
www.verwaltungskostensenken.at	3. Vorfahrt KMU
Innovationsschutznovelle, Widerspruchsverfahren	3. Vorfahrt KMU
Neue Rechtsmaterien anwenden, Lebensmittelwirtschaft	3. Vorfahrt KMU
wirkungsorientierte Folgenabschätzung für Regelungsvorhaben, KMU-Test	3. Vorfahrt KMU
KMU-Paket, BMF	3. Vorfahrt KMU
Einrichtung von Online-Portalen (www.usp.gv.at)	4. Öffentliche Verwaltung
Unternehmensgründungen online	4. Öffentliche Verwaltung
Reduzierung von Zeitaufwand und Kosten bei Gründung	4. Öffentliche Verwaltung
Reduzierung des Zeitaufwands von Meldungen Statistik Austria	4. Öffentliche Verwaltung
Einführung eines Single-Flow-Systems bei Intrastat	4. Öffentliche Verwaltung

Maßnahme	Abschnitt Kapitel 4
Novelle Neugründungsförderungsgesetz (NeuFÖG)	4. Öffentliche Verwaltung
KMU-Strategie bei Beschaffung	5. politische Instrumente - KMU gerecht
Vergabewesen BVerG Novelle 2012	5. politische Instrumente - KMU gerecht
Bundeswettbewerbsbehörde: Aufgaben, Instrumente und Aktionsfelder	5. politische Instrumente - KMU gerecht
Bedeutung Ausschreibungsgestaltung - Dialog KMU und Auftraggeber	5. politische Instrumente - KMU gerecht
Vorzeitige Absetzung für Abnutzung, Konjunkturbelebungs-gesetz 2009	6. Finanzierung
Entfall der Gebühr für Darlehens-, Kredit-, Haftungs- und Garantiekreditverträge	6. Finanzierung
Forschungsprämie	6. Finanzierung
EIB-Maßnahmen	6. Finanzierung
Förderungstätigkeit aws, Entwicklung KMU Förderungen während und nach der Krise	6. Finanzierung
Roadmap-Prozess aws	6. Finanzierung
Bonitätsanalyse der aws	6. Finanzierung
Filmstandort Österreich, aws	6. Finanzierung
Förderungstätigkeit ÖHT	6. Finanzierung
Maßnahmenpakete für Tourismusstandort Österreich	6. Finanzierung
Tourismusstrategie des Bundes, neue Tourismus-Förderungs-Richtlinien, Förderpyramide	6. Finanzierung
Informationsbereitstellung der ÖHT - inkl. Webblog	6. Finanzierung
ÖHT: Innovationen „Leuchtturmprojekte“	6. Finanzierung
Gewinnfreibetrag	6. Finanzierung
Europäische Risikokapitalfonds	6. Finanzierung
Europäische Fonds für soziales Unternehmertum	6. Finanzierung
Programme for the Competitiveness of Enterprises and SMEs - COSME	6. Finanzierung
KMU-Stresstest	6. Finanzierung

Maßnahme	Abschnitt Kapitel 4
Jungunternehmerförderungen der aws	6. Finanzierung
Risikokapitalfinanzierung: Gründerfonds und Business Angel Fund	6. Finanzierung
ÖNORM A 6800 für Marken, ÖNORM A 6801 für Patentbewertung, Roadshow	7. Binnenmarkt
Verbesserung KMU-Vertretung im Normungsprozess	7. Binnenmarkt
Europäische Norm über Innovationsmanagement	7. Binnenmarkt
Forschungskompetenzen für die Wirtschaft	8. Innovation u Weiterqualifizierung
Innovationsfördernde öffentliche Beschaffung	8. Innovation u Weiterqualifizierung
www.ncp-ip.at: Kontaktstelle für Wissens- und Technologietransfer von öffentlicher Forschung in die Wirtschaft	8. Innovation u Weiterqualifizierung
elektronische Patenteinreichung	8. Innovation u Weiterqualifizierung
Research Studios Austria	8. Innovation u Weiterqualifizierung
Förderungstätigkeit FFG (COMET, Basisprogramme, KMU-Paket, Projektstart, Projektstart EU, Förderung High-Tech-Entwicklungen)	8. Innovation u Weiterqualifizierung
Horizon 2020	8. Innovation u Weiterqualifizierung
EU-Patent	8. Innovation u Weiterqualifizierung
Unterstützungsleistungen Schutzrechtsfinanzierung und -durchsetzung der aws	8. Innovation u Weiterqualifizierung
Phönix 2012	8. Innovation u Weiterqualifizierung
thermische Sanierung	9. Nachhaltigkeit
Energieforschungsinitiative des BMWFJ	9. Nachhaltigkeit
EU-Rahmenrichtlinie über umweltgerechte Gestaltung energieverbrauchsrelevanter Produkte (Ökodesign)	9. Nachhaltigkeit
Internationalisierungsförderung „go-international“	10. Internationalisierung
Verbesserung der Exportchancen im Bereich der Umwelttechnologie	10. Internationalisierung
Österreichische Exportfonds GesmbH	10. Internationalisierung
Eigenkapitalbeteiligung OeEB	10. Internationalisierung

7.5 Quellen- und Datenquellenverzeichnis

- ARGE creativ wirtschaft austria (2010): Vierter Österreichischer Kreativwirtschaftsbericht - Studienfassung. Wien: ARGE creativ wirtschaft austria.
- Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (2010): Assessing the Macroeconomic Impact of the Transition to Stronger Capital and Liquidity Requirements. Basel: BIS.
- BMWF, BMVIT, BMWFJ (2012): Österreichischer Forschungs- und Technologiebericht 2012. Wien: BMWF, BMVIT, BMWFJ.
- Dörflinger, C. et al. (2011): Ein-Personen-Unternehmen (EPU) in Österreich. Ein- und Ausblicke 2011. Wien: KMU Forschung Austria /Wirtschaftskammern Österreichs.
- Europäische Kommission (2008a): Europäischer Leitfaden für bewährte Verfahren (Code of best Practice) zur Erleichterung des Zugangs kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) zu öffentlichen Aufträgen. Brüssel: Europäische Kommission.
- Europäische Kommission (2008b): Vorfahrt für KMU in Europa – der „Small Business Act für Europa“. Brüssel: Europäische Kommission.
- Europäische Kommission (2009): An EU-Strategy for Youth – Investing and Empowering, A renewed open method of coordination to address youth challenges and opportunities. Brüssel: Europäische Kommission.
- Europäische Kommission (2011a): Die Leistung des Binnenmarkts steigern – Governance Test 2011. Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union.
- Europäische Kommission (2011b): Small Business Act Fact Sheet Österreich 2010/11. Brüssel: Europäische Kommission.
- Europäische Kommission (2011c): Überprüfung des „Small Business Act“ für Europa. Brüssel: Europäische Kommission.
- Europäische Kommission (2012a): Innovation Union Scoreboard 2011. Brüssel: Europäische Kommission.
- Europäische Kommission (2012b): KMU, Ressourceneffizienz und Grüne Märkte - Ergebnisse Österreich. Flash Eurobarometer 342. Brüssel: Europäische Kommission.
- Europäische Zentralbank (2001/12): Monatsberichte. Frankfurt: Europäische Zentralbank.
- Felderer, B. et al. (2010): Mögliche Auswirkungen von „Basel III“ auf Kreditvolumina und gesamtwirtschaftliche Entwicklungen in Österreich, Wien: IHS.
- Frank et al. (2011): Erfolgsfaktoren österreichischer Familienunternehmen - Das Zusammenspiel von Familie und Unternehmen in Entscheidungsprozessen. Wien: BMWFJ.

- Hahn F./Hölzl W. (2011): Auswirkungen der neuen Eigenkapitalbestimmungen „Basel III“ auf die Finanzierung kleiner und mittlerer Unternehmen in Österreich. Wien: WIFO.
- Hauptverband der Österreichischen Sozialversicherungsträger (2010): Ergebnisse einer österreichweiten Bedarfsanalyse zu gesundheitsbezogenen Maßnahmen für Klein- und Kleinstbetriebe, Wien.
- Heckl, E. et al. (2010): Unternehmerinnen in Österreich: Status quo 2009. Wien: KMU Forschung Austria, BMWFJ, Wirtschaftskammer Österreich – Frau in der Wirtschaft.
- Hölzl, W. (2009): Österreichs kleine und mittlere Unternehmen in der Finanzmarktkrise. In: WIFO Monatsberichte 12/2009. Wien: WIFO.
- Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel (2012): Glossar zur Schuldenkrise. <http://www.ifw-kiel.de/wirtschaftspolitik/konjunkturprognosen/glossar-schuldenkrise/ifw-glossar-zur-schuldenkrise/> Stand 21.05.2012
- Kailer, N./Daxner, F. (2010): Gründungspotenzial und –aktivitäten von Studierenden an österreichischen Hochschulen. Linz: Johannes Kepler Universität Linz.
- KSV1870 (2010): Europa der zwei Geschwindigkeiten, Internationale Insolvenzstatistik 2010, Wien, 2010.
- KSV1870 (2011): Optimismus ungebrochen. Trendumfrage: Umsätze weiter steigend, Öffentliche Hand zahlt schneller. Pressemitteilung, Wien, 09/2011.
- KSV1870 (2011b): Starke Wirtschaft – Schwache Insolvenzzahlen: Insolvenzstatistik Unternehmen 2011. Pressemitteilung, Wien, 01/2012.
- Mandl I. (2008): Overview of Family Business Relevant Issues. Wien: KMU Forschung Austria, Europäische Kommission.
- Mandl, I./Obenaus, S. (2008): Overview of Family Business Relevant Issues. Country Fiche Austria. Wien: KMU Forschung Austria, Europäische Kommission.
- Mugler, J. (1998): Betriebswirtschaftslehre der Klein- und Mittelbetriebe. Band 1. Wien: Springer.
- Nischalke, P. (2006): Die Organisation wachsender Unternehmen: Eine Entwicklung idealtypischer Gestaltungsalternativen auf system- und kontingenztheoretischer Basis. Schriften zur Organisation und Information, 8, Handelshochschule Leipzig.
- OECD (2012): Entrepreneurship at a Glance 2012. Paris: OECD.
- Slovik, P., Cournede, B. (2011): Macroeconomic Impact of Basel III, OECD Economics Department Working Papers No 844. Paris: OECD.
- Voithofer, P. et al. (2009): Ein-Personen-Unternehmen in Österreich – Status quo 2009. Wien: KMU Forschung Austria, Wirtschaftskammer Österreich.
- WIFO (2012): Prognose für 2012 und 2013: Euro-Raum vorübergehend in der Rezession. Wien: WIFO.

7.6 Abkürzungsverzeichnis

ABA	Austrian Business Agency
AMS	Arbeitsmarktservice
AWO	Außenwirtschaft Österreich
aws	Austria Wirtschaftsservice Ges.m.b.H
BBG	Bundesbeschaffung GmbH
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BIZ	Bank für Internationalen Zahlungsausgleich
BKA	Bundeskanzleramt
BLS	Bank Lending Survey
BMASK	Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz
BMF	Bundesministerium für Finanzen
BMI	Bundesministerium für Inneres
BMJ	Bundesministerium für Justiz
BMLFUW	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft
BMUKK	Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur
BMVIT	Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie
BMWF	Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung
BMWFJ	Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend
bpa	business pro austria
BUAK	Bauarbeiter-Urlaubs- & Abfertigungskasse
CIP	Competitiveness and Innovation Programme
DL-I	Dienstleistungsinitiative
EDM	Elektronisches Datenmanagement des Lebensministeriums
EE	Erneuerbare Energien
EEN	Enterprise Europe Network
eesi	Entrepreneurship Education für schulische Innovationen
EFG	Eigenkapital-Fazilität für Investitionen in der Wachstumsphase
EFSF	European Financial Stability Facility
EFSM	Europäischer Finanzstabilitätsmechanismus
EIB	Europäische Investitionsbank
EIF	Europäischer Investitionsfonds
EIT	Europäisches Innovations- und Technologieinstitut
ELDA	Elektronischer Datenaustausch mit den österreichischen Sozialversicherungsträgern
EP	Europäisches Patent

EPA	Europäisches Patentamt
EPU	Ein-Personen-Unternehmen
ER>B	E-Rechnung an den Bund
ERP	European Recovery Program
ESM	Europäischer Stabilitätsmechanismus
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EZB	Europäische Zentralbank
FFG	Forschungsförderungsgesellschaft
FON	FinanzOnline
GewInN	Zentrales Gewerberegister NEU
IHS	Institut für Höhere Studien
IÖB	innovationsfördernde öffentliche Beschaffung
IP	Intellectual Property (Geistiges Eigentum)
IPAF	Intellectual Property Agreement Guide
IWF	Internationaler Währungsfonds
KMU	Kleine und Mittlere Unternehmen
KPC	Kommunalkredit Public Consulting
KSV1870	Kreditschutzverband von 1870
NCP-IP	National Contact Point, Intellectual Property
NeuFöG	Neugründungsförderungsgesetz
OeEB	Oesterreichische Entwicklungsbank
OeNB	Oesterreichische Nationalbank
ÖHT	Österreichische Hotel- und Tourismusbank Ges.m.b.H.
ÖIF	Österreichischer Integrationsfonds
ÖPA	Österreichisches Patentamt
OSS	one stop shop
PCT	Patent Cooperation Treaty
RSA	Research Studios Austria
SAFE	Survey on the Access to Finance of small and medium-sized Enterprises
SBA	Small Business Act
SPE	Societas Privata Europaea, europäische Privatgesellschaft
USP	Unternehmensserviceportal
USt	Umsatzsteuer
VCD NSP	Virtual Company Dossier National Service Provider
VIP	Verbrauchssteuer Internetplattform

WEBEKU	WEB-BE-Kunden-Portal
WIFI	Wirtschaftsförderungsinstitut
WKO	Wirtschaftskammer Österreich
WKÖ	Wirtschaftskammern Österreichs
WKW	Wirtschaftskammer Wien
WWU	Europäische Wirtschafts- und Währungsunion